

Flüchtlingsdrama in Griechenland

Spiegel Online

20. Dezember 2012 Donnerstag 8:40 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AMNESTY-INTERNATIONAL-BERICHT

Length: 818 words

Highlight: Sie leben auf der Straße oder in miserablen Unterkünften, sie müssen tagelang vor Behörden warten und werden von Rassisten angegriffen. Ein Amnesty-International-Bericht beklagt die katastrophale Lage von **Flüchtlingen** in Griechenland. Die Rede ist von einer "humanitären Krise" in Europa.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/amnesty-international-miserable-lage-der-fluechtlinge-in-griechenland-a-873974.html>

Body

Hamburg - Monatelang erleiden **Flüchtlinge** aus Afrika und Asien Hunger, Durst, Hitze und Kälte. Ihre Hoffnung: nach der schweren Reise Zuflucht in der Europäischen Union zu finden. Das erste Land, das viele **Flüchtlinge** in der EU erreichen, ist oft Griechenland. Doch dort erwartet sie das nächste Drama.

Die **Migranten** - unter ihnen viele Kinder - müssten in Griechenland unter "beschämenden und fürchterlichen" Bedingungen leben, kritisiert Amnesty International in einem aktuellen Bericht. Die Menschen erhielten nicht einmal einfachsten Schutz.

Besonders erschreckend sei die Situation von Kindern, die ohne ihre Eltern oder Verwandte angekommen seien. Sie müssten unter "sehr schlechten Bedingungen" in einem Auffanglager in Korinth leben. Die Zustände, die dort herrschten, seien unerträglich und würden internationale Standards untergraben. Die Kinder seien jene, die am meisten Schutz brauchten - der ihnen nicht gewährt werde.

"Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die EU eine humanitäre Krise nicht vor ihren Grenzen, sondern innerhalb ihrer Grenzen hat", sagte der Sprecher von Amnesty International, John Dalhuisen. "Die aktuelle Situation in Griechenland ist unwürdig für die Europäische Union, die gerade einen Friedensnobelpreis erhalten hat."

Messerattacke auf Migranten

Zehntausende Migranten strömen jedes Jahr nach Griechenland, sie stammen aus Afghanistan und Pakistan, Iran, Syrien und Afrika. Viele kommen über den Landweg. Doch weil die Grenze immer stärker gesichert wird, versuchen sie nun, über das Meer und den Grenzfluss Evros nach Griechenland zu kommen.

Was Amnesty von dort berichtet, ist erschreckend. So schildern die Menschenrechtler den Fall von sechs Syrern, die im Juni mit einem Schlauchboot über den Evros gelangen wollten. Doch ein griechisches Patrouillenboot habe

Flüchtlingsdrama in Griechenland

sie zurück auf die türkische Seite gedrängt. Ein Polizist habe mit einem Messer in das Plastik des Schlauchbootes gestochen, das daraufhin gesunken sei. Die Syrer hätten zurückschwimmen müssen.

Besonders der Konflikt in Syrien hat die Lage in Griechenland verschärft: Laut Human Rights Watch sind mehr als 200.000 Menschen bereits aus dem Bürgerkriegsland in die Nachbarstaaten geflohen, davon 80.000 in die Türkei. Viele suchen dann den Weg in die Europäische Union.

Doch Europa bietet nicht die erhoffte Sicherheit, oder Wohlstand und Arbeit. Es bietet nicht einmal einfachen Schutz. Denn die Flüchtlinge werden immer öfter in Griechenland attackiert. Die Zahl von rassistisch motivierten Gewalttaten sei "dramatisch angestiegen", berichtet Amnesty International. Fast täglich würden die Flüchtlinge angegriffen - sie werden geschlagen, getreten, aus Bussen gezerrt oder durch die Straßen gehetzt, so Human Rights Watch. Auch Schwangere würden verfolgt. Ein Iraker starb im August nach einer Messerattacke. Das sind nur die Fälle, die der Öffentlichkeit bekannt geworden sind: Viele Opfer erstatten keine Anzeige.

100.000 Illegale auf Athens Straßen

Im von der Euro-Krise geplagten Griechenland machen Rechtsextreme vermehrt Stimmung gegen Ausländer. Die fremdenfeindliche Partei "Goldene Morgenröte" stellt seit der letzten Parlamentswahl 18 Abgeordnete. Nach den Überfällen auf Migranten kündigte der griechische Minister für Bürgerschutz im August an, eine Sondereinheit der Polizei zu gründen. Sie soll rassistisch motivierte Gewalttaten aufklären.

Griechenland steht unter Druck, ein funktionierendes Asylsystem aufzubauen. Doch das Land kämpft weiter mit der schlechten Wirtschaftslage, vielen Griechen geht es immer schlechter. Die erschreckende Situation der Flüchtlinge ist den europäischen Partnern allerdings bereits seit Jahren bekannt. Nach dem sogenannten Dublin-II-Abkommen muss das EU-Land, das ein Migrant zuerst betreten hat, seinen Asylantrag bearbeiten. Die Zustände in griechischen Flüchtlingslagern sind allerdings derart miserabel, dass die Bundesregierung seit 2011 keine Flüchtlinge mehr dorthin zurückschickt.

Griechenland ist mit der Bearbeitung der Asylanträge völlig überfordert. Amnesty International berichtet mit einem Beispiel, wie schlimm die Zustände seien: In der zuständigen Behörde könnten nur 20 Menschen an einem Tag in der Woche ihre Asylgesuche einreichen. Schon Tage vorher bilde sich eine Schlange, die Hunderte Meter die Straße herunter führe.

Wer mit seinem Asylantrag scheitert - oder bei dem Versuch, ihn einzureichen, aufgibt -, den erwarte oft ein noch miserableres Leben. Viele Migranten lebten auf der Straße. Derzeit sollen sich rund 100.000 Illegale in Athen aufhalten. Andere würden Amnesty zufolge in überfüllten, unhygienischen Hafteinrichtungen ein Jahr oder länger festgehalten.

"Griechenland braucht Hilfe, muss aber auch seine Verantwortung akzeptieren," sagt Amnesty International. Dem pflichtet die Organisation Human Rights Watch bei: "Die wirtschaftlichen Belastungen und das unfaire EU-Asylrecht nehmen Griechenland nicht aus der Verantwortung."

kgp

Load-Date: December 20, 2012

Schweden will allen Syrern Asyl gewähren

SPIEGEL ONLINE

04. September 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 266 words

Highlight: Als erstes europäisches Land hat Schweden angekündigt, alle syrischen Flüchtlinge aufzunehmen - und zwar unbefristet. Der schwedische Migrationsminister ruft andere Länder auf, diesem Beispiel zu folgen.

Body

Stockholm - Schweden will allen Asylanträgen von syrischen Flüchtlingen stattgeben. Jeder Asylbewerber aus dem Bürgerkriegsland werde aufgenommen, sagte die Sprecherin der schwedischen Einwanderungsbehörde, Annie Hörnblad, der Nachrichtenagentur AFP. "Die Behörde hat diese Entscheidung getroffen, weil sie davon ausgeht, dass die Gewalt in Syrien in naher Zukunft nicht abreißen wird." Schweden ist damit das erste europäische Land, das diesen Schritt ankündigt.

Den Flüchtlingen werde bis auf Weiteres ein zeitlich unbefristeter Aufenthaltsstatus eingeräumt. Bislang gewährte Schweden ihnen ein dreijähriges Asyl, nachdem jeder Fall gesondert überprüft wurde.

Seit 2012 hat das Land 14.700 Syrer aufgenommen. Die Einwanderungsbehörde rechnet damit, dass die große Mehrheit der Syrer, die bislang nur ein vorübergehendes Bleiberecht hat, sich nun um ein permanentes Aufenthaltsrecht bemühen wird. Dies würde ihnen ermöglichen, auch ihre Familien nach Schweden zu holen.

Schwedens Migrationsminister Tobias Billström rief andere Länder auf, diesem Beispiel zu folgen. "Kein Konflikt auf der Welt ist derzeit so grausam, lang und blutig wie der Konflikt in Syrien. Das sollte viele Politiker innerhalb und außerhalb der EU veranlassen, über unsere Verantwortung nachzudenken", sagte Billström der Zeitung "Aftonbladet".

Insgesamt wurden in Schweden im vergangenen Jahr 44.000 Asylanträge gestellt, 48 Prozent mehr als 2011. Damit verzeichnete das Land den größten Zustrom von Flüchtlingen seit der Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien Anfang der Neunziger.

hmo/AFP

Load-Date: September 18, 2013

Mehr Asylbewerber kommen nach Deutschland

Spiegel Online

12. Oktober 2012 Freitag 8:05 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: MIGRATION

Length: 434 words

Highlight: Die Zahl der Asylbewerber steigt im Oktober rasant an. Vor allem aus Serbien und Mazedonien strömen Flüchtlinge nach Deutschland - Innenminister Friedrich will nun überprüfen, ob die Einreise aus diesen Ländern weiter ohne Visum erlaubt wird.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zahl-der-asylbewerber-steigt-stark-an-a-860859.html>

Body

Berlin - Im Oktober ist die Zahl der Asylbewerber bislang stark gestiegen. Die größten Zuwächse gibt es bei Migranten aus Serbien und Mazedonien. Das belegen neue Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), wie die "Bild"-Zeitung berichtet.

Demnach wurden allein vom 1. bis 10. Oktober insgesamt 3.744 Asylanträge gestellt. 1.841 Anträge (49 Prozent) stammten von Serben (1.250) und Mazedoniern (591). Zum Vergleich: Im August stellten Serben und Mazedonier zusammen 1.116 Asylanträge. In der Vergangenheit wurden jedoch weit über 90 Prozent dieser Anträge abgelehnt.

Durchschnittlich wurden im Oktober 2012 bisher 535 Asylanträge pro Tag gestellt. Bis zum Monatsende werden insgesamt rund 11.700 Anträge erwartet. Das ist fast ein Viertel der Gesamtzahl der Asylanträge des Jahres Jahr 2011 (45.741).

Die "Bild"-Zeitung verweist auf Experten, die vor allem bei den Balkan-Flüchtlingen die Sozialleistungen für Asylbewerber und Krisenflüchtlinge als möglichen Anreiz für die Migration nach Deutschland vermuten.

Die Zahl von serbischen und mazedonischen Asylbewerbern steigt das gesamte Jahr über Jahr stark. Das geht aus einer Aufstellung des Bundesinnenministeriums hervor, wie die "Passauer Neue Presse" berichtet. Demnach lag die Zahl serbischer Asylbewerber im Januar 2010 noch bei 68, im Januar 2012 seien es bereits 697 und im September 1.395 gewesen.

Friedrich: "Visumfreiheit muss auf Prüfstand"

Ähnlich die Entwicklung bei mazedonischen Asylbewerbern: Von 10 im Januar 2010 auf 154 im Januar dieses Jahres und 1.040 im September. Mit 1.395 Anträgen von Serben und 1.040 Anträgen von Mazedoniern im September dieses Jahres liegen sie - trotz einer Anerkennungsquote von 0,0 Prozent in jedem Monat - zahlenmäßig deutlich vor den Gruppen der Antragsteller aus Syrien (745 Anträge), Afghanistan (563), Iran (406) und Irak (348), unter denen die Zahl der tatsächlich Schutzbedürftigen hoch sei.

Mehr Asylbewerber kommen nach Deutschland

So seien im September 19,6 Prozent der syrischen und 23,6 der afghanischen Antragsteller als Asylberechtigte oder Flüchtlinge anerkannt worden. Bei den Iranern seien dies sogar 46,9 Prozent und bei den Irakern 67,5 Prozent gewesen.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) fordert nun eine Überprüfung, ob die visafreie Einreise von Serben und Mazedoniern aufrechterhalten werden kann. Auf Nachfrage sagte er: "Die Visumfreiheit für Serbien und Mazedonien muss auf den Prüfstand. Einen entsprechenden Beschluss hat der Rat der Innenminister auch auf unser Betreiben hin bereits im April 2012 getroffen. Dieser Beschluss muss jetzt schnell auf europäischer Ebene durchgesetzt werden."

fab/dapd

Load-Date: October 12, 2012

End of Document

Europa schirmt sich ab

SPIEGEL ONLINE

09. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 2676 words

Byline: Giorgos Christides Björn Hengst Frauke Lüpke-Narberhaus Katharina Peters Mathieu von Rohr Hans-Jürgen Schlamp Carsten Volkery

Highlight: Sie hoffen auf Schutz, doch wenn Asylbewerber und Flüchtlinge die EU-Grenzen überwinden, erfahren sie wenig Mitgefühl. In Griechenland werden sie in armseligen Internierungslagern festgehalten, in Italien landen sie oft auf der Straße. Wie sieht es in anderen Ländern aus? Ein Überblick.

Body

Hamburg - Sie wissen, dass ihnen der Tod droht. Dennoch steigen viele Menschen an Afrikas Küsten in marode Boote, in der Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa.

Sind vor einigen Jahren noch Migranten auf der Suche nach Arbeit aus Nordafrika etwa nach Italien gekommen, sind es heute oft Menschen, die vor Chaos und Gewalt in ihren Heimatländern fliehen - Syrer, Afghanen, Somalier. Die Zahl der Asylanträge in Europa ist in den vergangenen sechs Jahren deutlich gestiegen.

Zufluchtsuchende seien "besonders verletzbare Menschen", mahnte Bundespräsident Joachim Gauck, nachdem vor Lampedusa am Donnerstag Dutzende Menschen ertranken. "Leben zu schützen und Flüchtlingen Gehör zu gewähren, sind wesentliche Grundlagen unserer Rechts- und Werteordnung." Am Dienstag berieten die EU-Innenminister in Luxemburg über Konsequenzen aus dem Unglück mit rund 300 Toten. Doch sie konnten sich trotz heftiger Kritik zu keiner umfassenden Änderung ihrer Asylpolitik durchringen.

Die Erwartungen der Flüchtlinge an Europa erfüllen sich aber oft nicht. Viele müssen sich durch lange Asylverfahren quälen oder gegen Vorurteile kämpfen. In einigen Ländern müssen sie katastrophale Lebensbedingungen in Auffanglagern erdulden; in anderen Staaten landen sie auf der Straße.

Die Korrespondenten von SPIEGEL ONLINE berichten, wie die Lage in den einzelnen europäischen Ländern ist:

ITALIEN

von Hans-Jürgen Schlamp

Die Katastrophe von Lampedusa hat die Welt erschüttert. Ganz besonders Italien. Entsetzt sieht man die Bilder im Fernsehen, die verpackten Körper am Strand. Kann, darf das sein? "Eine Schande", sagt Papst Franziskus.

Europa schirmt sich ab

"Ja", sagen viele, "eine Schande." Es wird über Solidarität gesprochen. Italiens Regierungschef Enrico Letta verlieh den Verstorbenen posthum die italienische Staatsbürgerschaft.

Für die Überlebenden beginnt nun eine unangenehme Prozedur. Der Staatsanwalt leitet ein Verfahren ein und prüft, ob sie illegale Einwanderer sind. Dann müssten sie bis zu 5000 Euro Strafe zahlen. Selbst Richter sind diese Verfahren zuwider. Für die Flüchtlinge bedeutet das eine wenig solidarische Zukunft.

Die Flüchtlinge, die übers Meer kommen, landen in "Erstaufnahmezentren", das sind bestenfalls öde, oft auch schreckliche Lager. Manche werden von dort schnell wieder abgeschoben. Darunter wohl auch viele, die politisches Asyl beantragen wollen - aber sich nicht richtig artikulieren können oder dürfen.

Andere, die vor Krieg oder politischer Verfolgung geflohen sind, nehmen das unter der Hand gereichte Angebot an, sich mit provisorischen Papieren und mitunter sogar mit einer 500-Euro-Geldspende auf den Weg nach Norden zu machen. In die Schweiz, nach Deutschland oder nach Skandinavien. Übrig blieben im Jahr 2012, nach amtlichen Zahlen, 15.715 neue Migranten mit Asylbegehren. Das sind laut EU-Statistik gerade einmal 260 Flüchtlinge auf eine Million Italiener.

Doch auch für diese geringe Zahl ist Italien nicht gerüstet. In den "Einrichtungen zum Schutz von (anerkannten) Flüchtlingen und Asylbewerbern", ist nicht einmal für ein Drittel Platz. Diese Menschen haben zumindest für sechs bis zehn Monate ein Dach überm Kopf. Dann müssen sie ihr dürftiges Zuhause verlassen. Wohin auch immer.

Andere kommen in den Bettenlagern unter, die meisten Asylbewerber landen mangels Alternativen gleich auf der Straße. Sie hausen in abgestellten Zügen in ausgemusterten Rangierbahnhöfen, leerstehenden Abbruchhäusern oder mit Matratze und einer Plastikfolie auf Brachflächen. Jobs gibt es kaum, allenfalls Schwarzarbeit für ein, zwei Euro die Stunde.

GRIECHENLAND

von Giorgos Christides

Seit mehr als einem Jahrzehnt ist Griechenland das wichtigste Einfallstor für illegale Immigranten und Asylbewerber aus Asien und Afrika. Doch dort finden sie nicht das Gelobte Land, sondern landen in einem kaputten Einwanderungs- und Asylsystem.

Asylbewerber werden in überfüllten, armseligen Lagern festgehalten. Menschenrechtsgruppen und internationale Medien haben dieses Drama mehrfach öffentlich kritisiert.

Besonders die Lage syrischer Flüchtlinge steht zur Debatte. 2012 nahm Griechenland 8000 Syrer fest, weil sie illegal ins Land kamen. Nach Uno-Angaben wurden im vergangenen Jahr nur zwei Syrer als Asylberechtigte anerkannt.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilte, dass Griechenlands Asylsystem mangelhaft und menschenunwürdig ist. Daraufhin haben die meisten EU-Staaten aufgehört, Flüchtlinge nach Griechenland abzuschieben. Eigentlich sind sie verpflichtet, einen Asylsuchenden in das EU-Land zu bringen, das er zuerst betreten hat.

Anfang August revoltierten Flüchtlinge in Amygdaleza, einem der neuen Camps nahe Athen. Dutzende Einwanderer flohen von dem Gelände, das selbst der griechische Ombudsmann für die Asylpolitik als "eine besondere Gefängnisart" bezeichnete.

Wegen des wachsenden internationalen Drucks hat Griechenland angefangen, sein Asylsystem zu erneuern. Doch der Einstellungsstopp und die fehlenden Gelder wegen der Sparpolitik machen Reformen schwierig.

Für die meisten Griechen ist die verheerende Lage der Flüchtlinge kaum ein Thema. Viele sind jedoch der Meinung, dass das Land keine weiteren Ausländer mehr aufnehmen kann. Die Profiteure dieser Stimmung sind die

Europa schirmt sich ab

rechtsextremen Kräfte der Partei Goldene Morgenröte. Die Partei hat es zur drittstärksten Kraft im Parlament gebracht.

Übersetzung von Christoph Sydow

FRANKREICH

Von Mathieu von Rohr

Das große ausländerpolitische Thema in Frankreich waren in den vergangenen Wochen die Roma. Zwar gibt es nur circa 15.000 bis 20.000 im Land, doch sie werden von Politikern und Medien mit Kriminalität und unhygienischen Behausungen in Verbindung gebracht. Sogar der sozialistische Innenminister Manuel Valls sagte kürzlich, die Roma seien nicht integrierbar. Wie schon unter dem früheren Präsidenten Nicolas Sarkozy werden sie in großer Zahl ausgewiesen.

Die viel größeren Asylprobleme werden dagegen in den französischen Medien nur selten thematisiert: Die Zahl der Asylanträge hat in Frankreich in den vergangenen fünf Jahren um 73 Prozent auf 61.468 zugenommen. Mit diesem Ansturm sind die Behörden völlig überfordert.

Die Asylsuchenden müssen in Frankreich ihre Anträge auf der Präfektur stellen, dem Verwaltungszentrum des Departements. Bereits dort brauchen die Beamten bis zu 70 Tage, um eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung auszustellen - das gesamte Verfahren dauert im Schnitt 20 Monate: Zuerst prüft die französischen Flüchtlingsagentur die Gesuche, knapp 90 Prozent werden abgelehnt. In fast allen Fällen werden Rechtsmittel eingelegt. Laut einem Bericht des Innenministeriums tauchen jährlich 37.000 Menschen ohne Papiere unter.

Wegen der überfüllten Unterkünfte haben die Behörden etwa in der lothringischen Stadt Metz 450 Asylsuchende seit Juni in Zelten auf einem Parkplatz untergebracht: Hilfsorganisationen beklagten die "unwürdigen" und "hygienisch ungenügenden" Anlagen. Erst in den vergangenen Tagen begannen die Behörden auf gerichtliche Anweisungen, das Lager aufzulösen.

Die 271 Aufnahmezentren im Land verfügen über 21.400 Plätze, doch laut dem Innenministerium würden 35.000 Plätze benötigt. Der Staat bringt die Asylsuchenden teilweise in leerstehenden Sozialwohnungen abgelegener ländlicher Gemeinden unter. Das hat zu Protesten lokaler Politiker geführt. Viele Asylsuchende werden sogar in Hotels einquartiert - insgesamt kostete die Unterbringung inklusive finanzieller Hilfen für die Asylsuchenden 550 Millionen Euro. In der Presse wird der alarmierende Bericht als ein Indiz gewertet, dass die Regierung bald ein neues Asylgesetz plant.

GROSSBRITANNIEN

Von Carsten Volkery

Britische Boulevardmedien schimpfen oft darüber, dass Großbritannien sich zum Paradies für Asylbewerber entwickelt habe. Dabei rangiert das Land gemessen an der Zahl der Asylanträge nur auf Rang vier in der EU - weit hinter Deutschland, Frankreich und Schweden. Pro Jahr werden zwischen 20.000 und 25.000 Asylanträge gestellt. Die Ablehnungsquote betrug zuletzt 62 Prozent.

Die meisten Asylbewerber kommen aus Pakistan, gefolgt von Iran, Sri Lanka und Syrien. Sie dürfen in Großbritannien nicht arbeiten, sondern sind auf den Staat angewiesen. Sie bekommen eine möblierte Unterkunft gestellt, in der Regel handelt es sich um schwer vermietbare Sozialwohnungen. Wegen des Wohnungsmangels werden Asylbewerber grundsätzlich nicht in London und nur selten im dichtbesiedelten Südosten Englands untergebracht. Stattdessen werden sie auf den Rest der Insel verteilt. Für den Lebensunterhalt gibt es 36,62 Pfund Bargeld pro Person pro Woche. Der Zugang zum Gesundheitssystem ist kostenlos.

Über den Asylantrag wird innerhalb von sechs Monaten entschieden. In dieser Zeit müssen die Bewerber an der ihnen zugewiesenen Adresse wohnen und jederzeit den Behörden zur Verfügung stehen. Rund ein Zehntel aller Bewerber kommt in das Fast-Track-Verfahren: Wenn bei der Antragstellung festgestellt wird, dass der Fall nicht

Europa schirmt sich ab

kompliziert ist, wird der Bewerber direkt in ein Auffanglager eingewiesen. Am zweiten Tag findet das Interview statt, am dritten Tag wird entschieden. Schon nach wenigen Tagen kann der Bewerber abgeschoben werden.

Nach einer Asylkrise 2006, als die Regierung auf 450.000 unbearbeiteten Anträgen saß, wurde das Thema zur Chefsache. Seither haben die Behörden den Prozess wieder unter Kontrolle. Dennoch wird in den britischen Medien regelmäßig der Eindruck erweckt, es gebe eine Asylbewerberschwemme. Laut einer Studie der Glasgow University werden Flüchtlinge in der Presse meist als "illegale Immigranten" bezeichnet. In den meisten Artikeln gehe es darum, wie man sie nicht ins Land lassen oder abschieben könnte.

SPANIEN

Von Katharina Peters

Die Städte Ceuta und Melilla gehören zu Spanien, liegen aber in Nordafrika - und sind somit Sehnsuchtsorte für viele Afrikaner. Migranten, die nach Europa fliehen wollen, kampieren rund um die Exklaven. Mitte September wurden die Behörden überrascht von einem neuen, heftigen Ansturm: Dutzende Afrikaner schwammen nach Ceuta, in Melilla rissen sie einen Stacheldrahtzaun nieder. Etwa hundert schafften es in die spanischen Gebiete. Menschenrechtler kritisieren, dass Grenzschützer in der Vergangenheit Menschen oft sofort zurückgeschickt haben - ohne zu überprüfen, ob sie Anrecht auf Asyl hätten.

Spanien hat in den vergangenen Jahren massiv aufgerüstet, um Migranten fernzuhalten. Um die Exklaven sind sechs Meter hohe Drahtzäune gezogen worden, Infrarotkameras überwachen die Anlagen.

Auch im Mittelmeer gibt es schärfere Kontrollen, die Küsten werden abgeschirmt. 31.000 Bootsflüchtlinge erreichten noch im Jahr 2006 die Kanarischen Inseln, in den maroden Schiffen saßen vornehmlich Menschen aus Nord- und Westafrika. Seither ist die Zahl drastisch gesunken. 2012 landeten auf den Kanaren nur noch 173 Flüchtlinge an.

Das vergangene Jahr verzeichnete ohnehin einen Negativ-Rekord: Nur 2580 Asylanträge gingen insgesamt in Spanien ein, so wenig wie seit 25 Jahren nicht mehr. Die Bewerber stammten aus Syrien, Algerien und westafrikanischen Ländern wie Nigeria und Kamerun.

Sie kommen in Spanien in Auffanglagern unter, die sich über das ganze Land verteilen. Vier solcher Zentren sind direkt der Regierung unterstellt, viele andere werden von gemeinnützigen Organisationen wie der Spanischen Kommission zur Hilfe von Flüchtlingen (CEAR) betrieben.

Wem Asyl gewährt wird, der hat Anspruch auf 51,60 Euro pro Monat. Außerdem gibt es weitere Gelder für Familien sowie Zuzahlungen für öffentliche Verkehrsmittel, Kleidung oder Bildung.

SCHWEDEN

von Frauke Lüpke-Narberhaus

Schweden lässt insgesamt vergleichsweise viele Asylbewerber ins Land. Und dennoch: Viele kommen auch hier nicht richtig an. Im Mai schaute das Ausland verwundert auf das heimelige Schweden, als Jugendliche in Vororten Autos anzündeten und Steine warfen. In Stockholms Vorort Husby etwa haben fast alle Einwohner ausländische Wurzeln - die Arbeitslosenquote ist mit rund neun Prozent etwa dreimal so hoch wie in Stockholm. Schweden haben dafür ein eigenes Wort "utanförskap", wörtlich übersetzt etwa "Außenvorschaft". Viele Jugendliche fühlen sich ausgegrenzt, von der Polizei schikaniert, zwar gut versorgt, aber nicht gebraucht.

Rund 43.900 Personen suchten im vergangenen Jahr Asyl, teilt die zuständige Behörde Migrationsverket mit. In diesem Jahr dürfte die Zahl noch einmal deutlich steigen: Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum haben 2013 bislang fast 20 Prozent mehr Menschen Asyl beantragt. Die meisten kamen aus Syrien, Eritrea, Afghanistan und Somalia. 2011 mussten Bewerber durchschnittlich 149 Tage warten, bis ihr Antrag bearbeitet wurde - etwa einem Drittel gewährte Schweden Asyl.

Europa schirmt sich ab

Das Migrationsverket vermittelt Bewerbern eine Wohnung, sie dürfen sich laut Gesetz ihre Bleibe aber auch selbst organisieren, bei Freunden und Verwandten beispielsweise. Im vergangenen Jahr taten das immerhin rund 40 Prozent. Immer wieder wurde dieses Gesetz kritisiert, beispielsweise von der damaligen Generaldirektorin des schwedischen Arbeitsamtes Angeles Bermudez-Svankvist. Sie sagte Anfang des Jahres "Sveriges Radio": Die Flüchtlinge sammelten sich in einigen wenigen Kommunen, "eine unglaublich schwierige soziale Situation" sei die Folge.

In manchen Kommunen berichten Flüchtlinge: "Wir leben wie Tiere." Es gebe Streit, Brände, Drohungen, in zwei Monaten sei die Polizei fast 30-mal gerufen worden, berichtet ein Flüchtling aus der Kommune Örebro. In einem Raum schliefen manchmal sechs, sieben Menschen. Komfortabler leben hingegen Asylsuchende in Wermlandia, einem ehemaligen Wellness-Hotel in Ekshärad, Mittelschweden. Der Besitzer spricht stolz vom "luxuriösesten Flüchtlingsquartier in ganz Schweden". Wobei wohl auch für die Wermlandia-Bewohner gilt: Es wird ihnen schwerfallen, in Schweden anzukommen.

ÖSTERREICH

von Björn Hengst

Die Saualm ist Vergangenheit, der Ort galt lange Zeit als Beispiel für eine fragwürdige Asylpolitik in Österreich. Der damalige Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider hatte die "Sonderbetreuungsanstalt für mutmaßliche kriminelle Asylbewerber" einrichten lassen, im vergangenen Jahr wurde sie nach Berichten über verfaultes Essen und mangelnden Zugang zu ärztlicher Versorgung geschlossen.

Flüchtlingsorganisationen reagierten erleichtert. Grund, sich zurückzulehnen, haben sie trotzdem nicht: Zwar habe man in Österreich im europäischen Vergleich "nicht das schlechteste Asylsystem", in etlichen Bereichen seien aber noch Verbesserungen denkbar, sagt Anny Knapp von der Organisation Asylkoordination Österreich. So etwa bei der Rechtsberatung oder der Unterbringung von Flüchtlingen, die oft unbefriedigend sei. Ähnlich wie in Deutschland werden Asylbewerber in Österreich oft in isolierten Quartieren untergebracht.

Die Unterstützungsleistungen wurden der Asylkoordination Österreich zufolge zuletzt erhöht, so beträgt der Tagessatz in Gemeinschaftsunterkünften jetzt 19 Euro (vorher 17 Euro).

Im vergangenen Jahr wurden rund 17.500 Asylanträge in Österreich gestellt, davon wurden 3680 angenommen. Die meisten Antragsteller kamen aus Afghanistan, der Russischen Föderation und aus Pakistan.

Einige Asylbewerber warten schon seit mehr als fünf Jahren auf eine endgültige Entscheidung über ihren Antrag. Inzwischen gebe es die Tendenz, über neue Anträge rasch zu entscheiden. Dies sei grundsätzlich zu begrüßen. Bei den beschleunigten Verfahren würde die Einzelfallprüfung allerdings "immer wieder auf der Strecke bleiben".

Ab dem kommenden Jahr ist eine übergeordnete Behörde für die Asylverfahren in Österreich zuständig: das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl. Es untersteht dem Innenministerium und soll "auf die zunehmenden Auswirkungen weltweiter Migrationsbewegungen effizienter reagieren" können, wie es in einer Zeitschrift des Ministeriums heißt.

Wie Deutschland mit Asylbewerbern umgeht, lesen Sie hier.

Load-Date: October 9, 2013

Flucht vor dem Fremdenhass

Spiegel Online

3. Mai 2013 Freitag 11:18 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: MIGRANTEN IN GRIECHENLAND

Length: 1138 words

Byline: Armin Peter

Highlight: Viele Migranten haben bei der illegalen Einreise nach Griechenland alle Papiere vernichtet, doch jetzt stehen sie bei ihren Botschaften Schlange, um bloß wieder zurück in die Heimat zu kommen. Europa bietet ihnen keine Perspektive - und in Athen schlägt ihnen der Hass der Rechtsextremen entgegen.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-fremdenhass-treibt-illegale-migranten-aus-dem-land-a-896607.html>

Body

Vor der pakistanischen Botschaft in Athen herrscht Gedränge. Etwa 70 Männer warten vor dem verwaschenen Betonbau. Unter den Migranten geht die Angst um. "Wenn sie nachts einen von uns sehen, schlagen sie ihn halbtot", sagt Mohammed. Der 28-Jährige kam vor neun Jahren aus Pakistan nach Griechenland - jetzt will er nur noch weg. Seinen richtigen Namen möchte er nicht verraten, fotografieren lässt er sich nicht mal von hinten. "Ich verlasse mein Haus nur zum Arbeiten. Nach sieben Uhr abends gehe ich gar nicht mehr weg", sagt Mohammed.

Wie viele andere wurde auch Mohammed von Schleppern eingeschleust. Die Reise kostete ihn 4000 Euro - es schien ihm ein annehmbarer Preis für ein besseres Leben. Einige Jahre lang habe er in der Stahl- und Aluminiumindustrie gearbeitet, so Mohammed. Doch inzwischen hat die Krise fast alle Jobs aufgefressen, die früher unter der Hand an illegale Migranten vergeben wurden.

Die Arbeitslosigkeit in Griechenland ist auf einem Rekordhoch, aktuell liegt sie bei 27,2 Prozent. Hinzu kommt, dass der Staat Sozialleistungen kürzen musste. Das gesellschaftliche Klima wird rauer. Polizei und Behörden sind mit dem Migrationsproblem überfordert, Extremisten gewinnen an Zulauf. Die "Goldene Morgenröte" hat es mit sieben Prozent und 21 Sitzen ins griechische Parlament geschafft. Die Recht-und-Ordnung-Parolen der ultrarechten Partei kommen bei vielen Griechen gut an.

So auch bei Nikias Naoum, der vor seinem Lebensmittelgeschäft steht und genervt auf die Pakistaner blickt. Sein Laden ist nur 200 Meter von der pakistanischen Botschaft entfernt, die tägliche Schlange reicht oft bis vor seine Tür. "Seit fast fünf Jahren geht das nun schon so", klagt der 54-Jährige, die Pakistaner seien schlecht fürs Geschäft: "Ich zahle hier Miete. Und gleich nebenan verkaufen diese Leute auf der Straße Reis mit Hähnchen und was nicht alles."

Unwürdige Bedingungen für Asylbewerber

Flucht vor dem Fremdenhass

Niemand weiß genau, wie viele Migranten in Griechenland leben. Es gibt kaum belastbare Daten. Fest steht nur: Ein großer Teil kommt aus Afghanistan und Pakistan. Innenstaatssekretär Patroklos Georgiadis schätzt, dass 500.000 legale und ebenso viele illegale Migranten in Griechenland leben - rund zwölf Prozent der Bevölkerung. Viele von ihnen tauchen in Athen unter.

Ketty Kehayoiyou, Pressesprecherin des UNHCR in Griechenland, beobachtet die Entwicklung mit Sorge: "Viele Menschen, die internationalen Schutz benötigen, werden abgeschoben." Asyl zu beantragen, sei sehr schwierig: "Einen Antrag kann man in Athen nur am Samstagvormittag stellen. 20 Personen pro Woche wird der Zugang gewährt", erklärt Kehayoiyou.

Auch die Anerkennungsrate sei sehr gering. "Die Behörden sagen, es gebe nicht mehr Kapazitäten. Zudem hat Athen nur tausend Unterbringungsplätze." Sie hofft auf den Aktionsplan, den die griechische Regierung im August 2010 beschlossen hat. In Untersuchungszentren sollen Migranten von Psychologen befragt werden, ob sie Asyl benötigen. Laut Staatssekretär Georgiadis befindet sich der Aktionsplan noch in der Übergangsphase. "Ich glaube aber, dass wir auf einem guten Weg sind", sagt er.

Athen setzt Europa unter Druck

Dimitris K. Christopoulos, stellvertretender Vorsitzender der Nationalen Menschenrechtskommission, sieht das anders: "Griechenland ist die Notaufnahme Europas für illegale Einwanderer. Allerdings gibt es kein Krankenhaus", sagt er. Die meisten Illegalen wollten zudem gar kein Asyl beantragen, so Christopoulos. "Um Druck auf Europa auszuüben, hält die Regierung die Einwanderer in menschenunwürdigen Bedingungen. Gleichzeitig sendet Griechenland dadurch ein Signal nach Afrika und Asien: Kommt nicht her, es ist die Hölle."

Die EU hat die überfüllten Untersuchungsgefängnisse Griechenlands scharf kritisiert. Illegale verbringen dort oft Monate bis zu ihrer Abschiebung. Patroklos Georgiadis hält dagegen: "Das ist allemal besser, als in einer Pappschachtel auf der Straße schlafen zu müssen", sagt er. "Europa hat außerdem sehr lange gebraucht, um Griechenlands Problem zu begreifen."

Etliche europäische Länder, darunter auch Deutschland, haben inzwischen die Dublin-II-Verordnung ausgesetzt. Sie sieht vor, dass Asylsuchende, die aus einem sicheren Drittstaat eingereist sind, dorthin abgeschoben werden können. Somit landeten Flüchtlinge, die es bis nach Deutschland geschafft hatten, oft wieder in Griechenland.

Weiterreise in andere EU-Staaten gelingt nur wenigen

Einem Sprecher des Auswärtigen Amtes zufolge hat Deutschland Experten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sowie Kräfte der Bundespolizei im Rahmen von Frontex-Operationen und auf bilateraler Basis entsandt. Zudem unterstütze Deutschland Vorschläge auf EU-Ebene, die Griechenland leichteren Zugang zu Fördermitteln ermöglichen sollen.

Für viele Illegale wird der Sehnsuchtsort Europa zur Falle: In Griechenland gibt es durch die Krise keine Arbeit, eine Asylbewerbung ist chancenlos. Und die Weiterreise in andere EU-Staaten gelingt den wenigsten. Wer Glück hat, bekommt Hilfe von der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Sie bietet Illegalen die Chance, in Sicherheit und Würde nach Hause zu reisen.

Im Erdgeschoss eines heruntergewirtschafteten Baus warten einige Dutzend illegale Migranten. Hinter einer quietschenden Holztür sitzt der IOM-Vorsitzende Daniel Esdras an seinem überladenen Schreibtisch. Es ist brütend heiß, die Sonne wird nur von ausgebleichten Holzblenden abgehalten. "Die Leute sagen, dass es früher einfacher war, in andere EU-Länder zu kommen", sagt er. "Außerdem finden sie keine Jobs und fühlen sich nicht mehr sicher. Manche kommen mit Wunden und gebrochenen Händen hierher, sie wurden von der 'Goldenen Morgenröte' attackiert."

Vor zwei Jahren begann das Rückreiseprogramm

Das freiwillige Rückreiseprogramm begann vor zwei Jahren mit 400 Migranten und wurde seither konstant erweitert. 6000 Illegale sind inzwischen vom IOM zurück in ihre Heimatländer geflogen worden. Dreiviertel der

Flucht vor dem Fremdenhass

Kosten übernimmt die Europäische Kommission, den Rest bezahlt Athen. Angesichts der steigenden Nachfrage macht sich Daniel Esdras um die Zukunft keine Sorgen.

Das IOM bietet nicht nur ein Flugticket, sondern gibt den Ausreisenden auch 300 Euro, so dass sie in ihrem Heimatland nicht mittellos dastehen. "Selbst wenn sie hier Asyl bekämen, hätten sie noch immer keinen Job und kein Dach überm Kopf", sagt Esdras. "Deshalb reisen viele selbst nach Irak oder Afghanistan zurück."

Ali Wakas fliegt nach Lahore. Er kann es kaum erwarten. "Ich habe hier sieben Jahre gelebt, aber jetzt gibt es keine Arbeit mehr", erzählt er in fließendem Griechisch. Außerdem, das betont Ali mehrfach, habe er große Angst vor der "Goldenen Morgenröte". Einige seiner Freunde seien zusammengeschlagen worden.

Was er in Pakistan anfangen will, weiß der 26-Jährige nicht. Weg aus Griechenland, raus aus Europa - nur das zählt für ihn.

Load-Date: May 3, 2013

End of Document

**[Europäische Richter stärken Rechte von Flüchtlingen;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/asylpolitik-europaeische-richter-
staerken-rechte-von-fluechtlingen-a-933578.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/asylpolitik-europaeische-richter-staerken-rechte-von-fluechtlingen-a-933578.html)**

SPIEGEL ONLINE

14. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 521 words

Highlight: Der Europäische Gerichtshof hat den Status illegal eingereister **Flüchtlinge** verbessert. Verhandelt wurde der Fall eines Iraners, der über Griechenland nach Deutschland gekommen war: Weil ihm im Ankunftsland eine erniedrigende Behandlung drohte, muss nun die Bundesrepublik den **Asylantrag** prüfen.

Body

Luxemburg - Die Rechtslage war für deutsche Richter unklar, deswegen hat jetzt der Europäische Gerichtshof (EuGH) über den Status von **Asylbewerbern** entschieden und den Status von jenen verbessert, die über - für sie unsichere - EU-Staaten wie Griechenland nach Deutschland eingereist sind.

Hintergrund: Grundsätzlich muss ein Asylantrag in dem ersten EU-Land gestellt werden, das der Bewerber betritt. Verankert ist dies in der Dublin-II-Verordnung. Das führt dazu, dass Flüchtlinge, die etwa aus Griechenland nach Deutschland reisen, dorthin abgeschoben werden müssen. Doch in Griechenland sind die Zustände in Flüchtlingslagern derart katastrophal, dass andere europäische Länder nicht mehr dorthin ausweisen.

Im aktuellen Fall, der vor dem EuGH verhandelt wurde, war ein Iraner illegal über Griechenland nach Deutschland gekommen. Sein in Hessen gestellter Asylantrag wurde zunächst mit der Begründung zurückgewiesen, dass laut geltendem Recht der EU-Staat der Ersteinreise, also Griechenland, dafür zuständig sei. Der Iraner sollte abgeschoben werden. Er wehrte sich dagegen. Das Verwaltungsgericht Frankfurt gab ihm Recht: Dem Mann müsse wegen der Bedingungen in Griechenland Flüchtlingsstatus gewährt und sein Asylantrag geprüft werden. Die deutschen Richter wollten aber von den EU-Richtern wissen, wie in solchen Fällen zu verfahren ist.

Nun lautet das EuGH-Urteil:

EU-Mitglieder sind zwar weiterhin nicht verpflichtet, Asylanträge zu prüfen. Sie können es aber tun, wenn es in dem eigentlich zuständigen Land schwerwiegende Mängel im Asylverfahren und bei den Aufnahmebedingungen gibt. Oder aber sie müssen einen anderen Staat ermitteln, der die Prüfung übernimmt. Dauern diese Ermittlungen jedoch "unangemessen lange", muss der betroffene Staat den Asylantrag selbst prüfen. In dem konkreten Fall sei Deutschland auch verpflichtet, einen Asylbewerber nicht an den eigentlich zuständigen Mitgliedstaat zu überstellen, wenn die "systemischen Mängel" des dortigen Asylverfahrens eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung vermuten ließen.

Asylverfahren sollen verkürzt werden

In den vergangenen Monaten ist die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, stark angestiegen. Unter anderem in Berlin machten Flüchtlinge öffentlich immer wieder auf ihre unsichere Situation aufmerksam.

Asylbewerber müssen sich in Deutschland allerdings teils quälend langwierigen Verfahren unterziehen. Union und SPD wollen diese Prozedur nun deutlich beschleunigen. "Wir wollen Asylverfahren auf drei Monate verkürzen", sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), am Mittwoch in Berlin. Darauf habe sich die Unterarbeitsgruppe für Migration und Integration bei den Koalitionsverhandlungen am Dienstag in ihrer abschließenden Sitzung verständigt.

Einigkeit herrschte in der Runde demnach auch darüber, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das die Asylanträge bearbeitet, dafür mehr Personal braucht. Laut BAMF-Angaben dauern die Verfahren im Durchschnitt acht Monate, viele Fälle ziehen sich jahrelang hin.

kgp/AFP

Load-Date: November 15, 2013

Zahl der Asylbewerber aus Syrien hat sich verdoppelt;
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/immer-mehr-syrer-beantragen-asyl-in-deutschland-a-933606.html>

SPIEGEL ONLINE

14. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 753 words

Highlight: In Deutschland suchen immer mehr Menschen aus Krisenregionen Zuflucht. Allein im Oktober wurden rund 13.000 **Asylanträge** gestellt, 30 Prozent mehr als im gleichen Monat vor einem Jahr. Vor allem Syrer hoffen auf Aufenthalt in der Bundesrepublik.

Body

Berlin - Die Zahl der **Asylbewerber** in Deutschland nimmt zu. Fast 13.000 Menschen stellten im Oktober einen **Asylantrag**, teilt das Bundesinnenministerium mit.

Die Zahl stieg damit gegenüber dem Vormonat um rund 13 Prozent.

Im Vergleich zum Oktober 2012 war die Zahl noch deutlich höher: Sie ist um rund 30 Prozent gestiegen.

Die Zahl der **Asylbewerber** hat bereits jetzt den Stand des gesamten Vorjahres deutlich übertroffen. Von Januar bis Oktober stellten 87.442 Menschen einen Antrag. 2012 waren es über das ganze Jahr gerechnet rund 65.000 gewesen.

Die meisten **Asylsuchenden** in diesem Oktober stammen aus Syrien. 1629 Menschen aus dem Bürgerkriegsland stellten einen **Asylantrag**, das waren 28 Prozent mehr als im Vormonat. Syrien rückte damit auf der Liste der Hauptherkunftsländer von **Asylsuchenden** auf Platz eins. Seit dem Beginn der Kämpfe in dem Staat im März 2011 baten damit insgesamt mehr als 21.500 Menschen aus dem Bürgerkriegsland in Deutschland um **Asyl**.

Neben Syrern hofften im Oktober auch viele Serben und Mazedonier auf Asyl in Deutschland. Hinter Syrien folgen auf der Liste der Herkunftsländer Serbien (1553 Asylanträge), Mazedonien (999), Eritrea (691) und Afghanistan (652). Ägypten rückte auf Platz sechs vor, weil sich die Zahl der ägyptischen Asylsuchenden im Vergleich zum Vormonat auf 640 fast verdoppelte.

Asylbewerber müssen sich in Deutschland allerdings teils quälend langwierigen Verfahren unterziehen. Union und SPD planen, diese Prozedur nun deutlich zu beschleunigen. "Wir wollen Asylverfahren auf drei Monate verkürzen", sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), am Mittwoch. Darauf habe sich die Unterarbeitsgruppe für Migration und Integration bei den Koalitionsverhandlungen am Dienstag in ihrer abschließenden Sitzung verständigt.

Zahl der Asylbewerber aus Syrien hat sich verdoppelt <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/immer-mehr-syrer-beantragen-asyl-in-deutschland-a-933606.html>

Einigkeit herrschte in der Runde demnach auch darüber, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das die Asylanträge bearbeitet, dafür mehr Personal braucht. Laut BAMF-Angaben dauern die Verfahren im Durchschnitt acht Monate, viele Fälle ziehen sich jahrelang hin.

Europäische Richter verbessern Status von Flüchtlingen

In einem Urteil vom Donnerstag hat der Europäische Gerichtshof zudem die Rechte von Flüchtlingen in der Europäischen Union gestärkt.

Grundsätzlich muss ein Asylantrag in dem ersten EU-Land gestellt werden, das der Bewerber betritt. Verankert ist dies in der Dublin-II-Verordnung. Das führt dazu, dass Flüchtlinge, die etwa aus Griechenland nach Deutschland reisen, dorthin abgeschoben werden müssen. Doch in Griechenland sind die Zustände in Flüchtlingslagern derart katastrophal, dass andere europäische Länder nicht mehr dorthin ausweisen.

Im aktuellen Fall, der vor dem EuGH verhandelt wurde, war ein Iraner illegal über Griechenland nach Deutschland gekommen. Sein in Hessen gestellter Asylantrag wurde zunächst mit der Begründung zurückgewiesen, dass laut geltendem Recht der EU-Staat der Ersteinreise, also Griechenland, dafür zuständig sei. Der Iraner sollte abgeschoben werden. Er wehrte sich dagegen. Das Verwaltungsgericht Frankfurt gab ihm Recht: Dem Mann müsse wegen der Bedingungen in Griechenland Flüchtlingsstatus gewährt und sein Asylantrag geprüft werden. Die deutschen Richter wollten aber von den EU-Richtern wissen, wie in solchen Fällen zu verfahren ist.

Nun lautet das EuGH-Urteil:

EU-Mitglieder sind zwar weiterhin nicht verpflichtet, Asylanträge zu prüfen. Sie können es aber tun, wenn es in dem eigentlich zuständigen Land schwerwiegende Mängel im Asylverfahren und bei den Aufnahmebedingungen gibt. Oder aber sie müssen einen anderen Staat ermitteln, der die Prüfung übernimmt. Dauern diese Ermittlungen jedoch "unangemessen lange", muss der betroffene Staat den Asylantrag selbst prüfen. In dem konkreten Fall sei Deutschland auch verpflichtet, einen Asylbewerber nicht an den eigentlich zuständigen Mitgliedstaat zu überstellen, wenn die "systemischen Mängel" des dortigen Asylverfahrens eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung vermuten ließen.

Die Krisen im Nahen Osten und in Asien treiben derweil weitere Menschen aus ihren Heimatländern: In Griechenland haben Küstenwache und Polizei in verschiedenen Landesteilen in den vergangenen vier Tagen 117 Migranten aufgegriffen. Die aus Afghanistan, Pakistan, Somalia und Syrien stammenden Menschen seien in ihrer Mehrheit aus der Türkei ins Land gekommen, teilte die Küstenwache mit.

kgp/dpa/AFP

Load-Date: November 15, 2013

CDU-Spitzen gehen bei Asylpolitik auf Grüne zu

SPIEGEL ONLINE

10. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 480 words

Highlight: Vor dem ersten Sondierungsgespräch streiten Union und Grüne über die deutsche **Asylpolitik**. Jetzt geben sich erste CDU-Politiker kompromissbereit. Vize-Parteichef Laschet und Staatsministerin Böhmer verlangen einen besseren Schutz für Migranten.

Body

Berlin - Die Grünen haben angekündigt, die **Flüchtlingspolitik** zu einem zentralen Thema bei dem Sondierungsgespräch mit der Union am Donnerstag zu machen. Erstmals zeigen sich nun einige führende CDU-Politiker offen für die Positionen der Grünen: Der Vize-Parteichef Armin Laschet und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer forderten in der "Süddeutschen Zeitung" einen besseren Schutz für Migranten.

"Das Mittelmeer darf nicht weiter ein Massengrab für Flüchtlinge sein", sagte Böhmer. Dafür müssten "jetzt alle Kräfte mobilisiert werden". Die Katastrophe von Lampedusa müsse "zu Änderungen führen". Es sollten alle Möglichkeiten ausgelotet werden, "damit Flüchtlinge in ihren seeuntüchtigen Booten nicht mehr zu Tode kommen".

Sie kritisierte insbesondere die EU-Grenzschutzagentur Frontex. Diese sei seit 2011 gehalten, Menschen in Seenot zu helfen. "Unser Eindruck ist aber, dass dies nicht in ausreichendem Maß geschieht", sagte die Staatsministerin. Die "Schnelligkeit und die Möglichkeiten" von Frontex müssten verbessert werden. Auch Laschet verlangte Änderungen. "Frontex muss künftig seine zweite Aufgabe, die Rettung von Menschenleben, viel stärker betonen", sagte der Parteivize. "Wenn Menschen in Not sind und ums Überleben kämpfen, kann man nicht über Asylregeln diskutieren - dann muss man retten."

Grüne attackieren CSU

Mehr als 300 Menschen sind vergangene Woche vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa ertrunken. Frontex bemerkte das Drama offenbar nicht. Seither wird heftig über die Konsequenzen für die EU-Flüchtlingspolitik diskutiert. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso forderte am Mittwoch größere Anstrengungen zur Vermeidung solcher Tragödien und sagte Italien zusätzliche Hilfen in Höhe von 30 Millionen Euro zu. Das Europaparlament stimmt am Donnerstag zudem in erster Lesung über das geplante grenzüberschreitende Überwachungssystem Eurosur ab, mit dem die EU neue Flüchtlingsdramen im Mittelmeer verhindern will.

Der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich hatte in den vergangenen Tagen allerdings eine Änderung der EU-Flüchtlingspolitik oder die Aufnahme von mehr Asylbewerbern abgelehnt. Die Grünen attackierten ihn daraufhin scharf.

CDU-Spitzen gehen bei Asylpolitik auf Grüne zu

Der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach bezeichnete in der "Welt" die Kritik als "sachlich ungerechtfertigt und in einem hohen Maße polemisch". Die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt sagte der Zeitung, Deutschland werde seiner humanitären Verantwortung gerecht. "Wer anderes sagt, verdreht die Realität." Es müsse auch klar sein, dass es nicht Aufgabe Deutschlands oder der EU sein könne, "alle Menschen aufzunehmen, denen es nicht so gutgeht wie den Menschen hier".

Laschet mahnte alle Seiten zu Zurückhaltung: "Wir sollten angesichts der Katastrophe versuchen, einen parteipolitischen Streit zu vermeiden."

kgp/Reuters/AFP

Load-Date: October 10, 2013

End of Document

Triumph der Hardliner; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/schwarz-rote-asylopolitik-triump-der-hardliner-a-936125.html>

SPIEGEL ONLINE

28. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 525 words

Byline: Maximilian Popp

Highlight: Union und SPD schwärmen von bedeutenden Fortschritten für **Flüchtlinge**. Tatsächlich festigt der Koalitionsvertrag den Status quo in der **Asylpolitik**. Der wichtigsten Frage weichen die Koalitionäre aus.

Body

Kämpferisch gaben sich die **Migrationspolitiker** der SPD - und grundsätzlich: Unter dem Eindruck der Schiffskatastrophe vor der Mittelmeerinsel Lampedusa forderten die Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag in Leipzig einen "Kurswechsel in der europäischen **Flüchtlingspolitik**". Weniger als zwei Wochen sind seit dem Zusammentreffen vergangen. Und trotzdem ist man geneigt zu fragen: Lampedusa, war da etwas?

Von dem angekündigten Wandel jedenfalls ist im Koalitionsvertrag so gut wie nichts übrig geblieben. Die Beschlüsse der Arbeitsgruppe Integration und Migration, die die Koalitionäre als "bedeutende Fortschritte" für Flüchtlinge verkaufen, sind in Wahrheit eine als Reform getarnte Zementierung des Status quo.

Beispiel Arbeitsverbot: Flüchtlinge sollen nach dem Willen von Union und SPD künftig nach drei statt wie bisher neun Monaten arbeiten dürfen. Die sogenannte Vorrangprüfung durch das Arbeitsamt, das kontrolliert, ob eine freie Stelle adäquat durch EU-Bürger besetzt werden kann, bleibt jedoch bestehen. Gerade in strukturschwachen Regionen führt dies zu einem faktischen Arbeitsverbot. Die Gesetzesänderung bleibt wirkungslos.

Beispiel Residenzpflicht: Die Regel, wonach Asylbewerber die Region, in der sie untergebracht sind, nicht verlassen dürfen, ist eine in Europa einzigartige Schikane. Schwarz-Rot will sie nun lockern. Flüchtlinge sollen sich künftig zumindest innerhalb eines Bundeslandes frei bewegen dürfen. Das klingt nach neuer Freiheit, ist jedoch in allen Bundesländern mit Ausnahme Bayerns und Sachsens längst Alltag. Vernünftig wäre gewesen, die Bestimmung ganz aufzuheben.

Beispiel Asylentscheid: Bislang warten Flüchtlinge durchschnittlich neun Monate auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag, manchmal bis zu eineinhalb Jahren. Das Procedere soll nun auf drei Monate verkürzt werden. Dies ist ein richtiges Ansinnen, auf das sich die EU allerdings bereits vor etwa einem halben Jahr in ähnlicher Form verständigt hat.

Triumph der Hardliner <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/schwarz-rote-asylpolitik-triump-der-hardliner-a-936125.html>

Einen wirklichen Fortschritt bringt lediglich die angestrebte Neufassung des Bleiberechts. Menschen, die längere Zeit mit einer Duldung in Deutschland leben, sollen fortan eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, wenn sie selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können.

Gleichzeitig will Schwarz-Rot Serbien und Mazedonien als "sichere Drittländer" einstufen. Menschen, die von dort nach Deutschland fliehen, hätten künftig keine Chance mehr auf Schutz. Dabei hat Maria Böhmer, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, die für die Union die Verhandlungen mit der SPD bei dem Thema führte, vor kurzem selbst noch "erhebliche Diskriminierungen" von Roma auf dem Balkan beklagt.

Das Spannendste ist, was nicht im Koalitionsvertrag erwähnt wird: Dublin. SPD-Politiker wollten die umstrittene Regel, wonach Flüchtlinge ausschließlich in dem europäischen Land Asyl beantragen dürfen, das sie als Erstes betreten, abschaffen. Davon ist nun keine Rede mehr. Der Vertrag ruft lediglich zu "mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten" beim Flüchtlingsschutz auf. Mit anderen Worten: Auch Schwarz-Rot hält an der deutschen Abschottungspolitik fest.

Load-Date: November 28, 2013

End of Document

[Die Fluchthelfer; http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/uni-giessen-jurastudenten-bieten-rechtsberatung-fuer-asylbewerber-a-924155.html](http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/uni-giessen-jurastudenten-bieten-rechtsberatung-fuer-asylbewerber-a-924155.html)

SPIEGEL ONLINE

15. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: UNISPIEGEL / STUDIUM

Length: 1014 words

Byline: Klaus Martin Höfer

Highlight: Ihre Mandanten haben oft eine schreckliche Flucht hinter und deutsche Beamte vor sich. In "Refugee Law Clinics" wie in Gießen helfen Jurastudenten Flüchtlingen durch die Wirren des Asylrechts - und bereiten sie auf das wohl wichtigste Gespräch ihres Lebens vor.

Body

Maleeha Zamarai wird sich gleich mit einem Mädchen treffen, das gerade die schlimmste Reise seines Lebens erlebt hat. Eine 13-Jährige, aus Somalia geflohen, allein, ohne Familie. Irgendwie ist es nach Deutschland gekommen, mit einer der Schlepperbanden, die aus der Flüchtlingsnot Kapital schlagen. Wahrscheinlich losgeschickt von den eigenen Eltern, die sich für ihr Kind ein besseres Leben in der Fremde versprochen haben.

Maleeha Zamarai studiert Jura und wird sich um das Mädchen kümmern. Sie wird ihr bei der Anhörung vor dem Beamten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge helfen, wo am Ende über ihren Asylantrag entschieden wird. Maleeha Zamarei arbeitet in der Refugee Law Clinic (RLC) der Uni Gießen, so wie ein gutes Dutzend anderer Studenten.

Sie kümmern sich um Asylbewerber und Flüchtlinge, die in Gießen auf ihr Verfahren warten. Dort steht die zentrale "Erstaufnahmeeinrichtung" von Hessen, tausend Menschen sind hier untergebracht. Dazu kommen die minderjährigen Flüchtlinge, die Sozialarbeiter in Wohnungen betreuen, wie das Mädchen aus Somalia.

Maleeha Zamarai wird dem Mädchen ihre Hilfe anbieten. Vielleicht hört sie einfach zu und lässt sich die Geschichte der Flucht erzählen: Armut, Krieg, Verfolgung. Auch Maleeha Zamarai ist als Kind aus Afghanistan geflohen. Allerdings war ihr Vater schon in Deutschland und hatte nach seiner Asylanerkennung die Aufenthaltserlaubnis für seine Familie erhalten.

"In Vorlesungen haben sie nie mit richtigen Schicksalen zu tun"

Viele Studenten, die sich in der Law Clinic engagieren, hätten selbst einen Migrationshintergrund, sagt Paul Tiedemann, Richter am Frankfurter Verwaltungsgericht und dort mit strittigen Asylfällen befasst. Er hatte die Idee zur Law Clinic in Gießen, der ersten in Deutschland. Mittlerweile gibt es ähnliche Einrichtungen auch in Köln.

Die Fluchthelfer <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/uni-giessen-jurastudenten-bieten-rechtsberatung-fuer-asylbewerber-a-924155.html>

Tiedemann war die Juristenausbildung zu theoretisch: "In den Vorlesungen haben die Studenten immer nur mit Fällen zu tun, bei denen es um anonyme Personen A oder B geht, nie mit richtigen Schicksalen", sagt er. In Osteuropa hatte er Refugee Law Clinics an Hochschulen kennengelernt, da war das anders. Doch in Deutschland waren solche Uni-Initiativen bis vor wenigen Jahren gar nicht erlaubt. Erst nach einer Gesetzesänderung dürfen auch Studenten als Rechtsberater arbeiten.

Die sind begeistert: Die Vorlesung, die Tiedemann als Vorbereitung auf die Arbeit in der Law Clinic hält, ist inzwischen übertoll. Begonnen hat er mit zehn Hörern, jetzt sind es 60, einige auch von anderen Hochschulen. "Jura-Studenten kann man, grob gesagt, in drei Gruppen aufteilen: diejenigen, die Geld machen wollen, solche, die nicht wussten, was sie sonst studieren sollten. Und die Idealisten: Denen liegen Recht und Gerechtigkeit am Herzen." Bei der RLC-Clinic, sagt er, sind die aus der dritten Gruppe.

Engagement ist tatsächlich gefragt: Es dauert Monate, bis RLC-Nachwuchskräfte fit genug für die Beratung sind. Asylrecht sei kompliziert, sagt Tiedemann, und "in vielen Aspekten absolut unlogisch". Deswegen werden die Studenten erst fest ins Team eingebunden, wenn sie Tiedemanns Vorlesung besucht und ein Praktikum gemacht haben, zum Beispiel bei einem Fachanwalt oder einer Flüchtlingsberatung. Danach begleiten sie erst mal andere Law-Clinic-Studenten, bevor sie eigenständig helfen.

Wer seine Anhörung verpatzt, dem droht die Abschiebung

Laura Hilb hat das bereits hinter sich. Sie bereitet Asylbewerber auf die Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vor. "Die Flüchtlinge kennen natürlich das ganze Verfahren nicht und können selten Deutsch", sagt sie. "Sie sind schon x-mal befragt worden, von allen möglichen Leuten: an der Grenze, in der Aufnahmeeinrichtung. Wir müssen ihnen verdeutlichen, dass die Anhörung beim Bundesamt die absolut wichtigste Schilderung ist."

Bekommen die Flüchtlinge kein Asyl in Deutschland, werden sie abgeschoben - das hängt von der mehrstündigen Befragung ab, und dem Bild, das sich der Bundesamtmitarbeiter von den Antragstellern und ihrer Geschichte macht. Doch nicht immer läuft das fair ab: Häufig stellen Laura Hilb und ihre Kommilitonen fest, dass die Übersetzer nicht gewissenhaft genug arbeiten.

So wie bei Maruf Rahmani, der seinen richtigen Namen nicht nennen will. Er kommt aus Afghanistan, hat dort Germanistik studiert und kann recht gut Deutsch. "Bei meiner Anhörung kam es sehr oft vor, dass ich den Übersetzer verbessern musste", sagt er.

Zum Beispiel, als es dort über Einzelheiten seiner Flucht ging. Auf welchem Weg er nach Deutschland gekommen ist, wie lange es gedauert hat, welche Umwege, welche Transportmittel. Damit soll geprüft werden, ob Asylbewerber tatsächlich ihre wahre Geschichte erzählen oder sich nur etwas ausgedacht haben. Plausibel und nachvollziehbar soll es sein.

Trotz der Übersetzungsprobleme ist sich Maruf Rahmani sicher, dass er seine Flucht überzeugend schildern konnte. Und dass er seine Anerkennung als Asylberechtigter erhält. Wenn nicht, werden die Gießener Studenten ihn beraten, wie er Widerspruch einlegt und sich auf ein mögliches Verfahren beim Verwaltungsgericht vorbereitet. Und dass er an diesem Punkt einen Anwalt engagieren sollte. Um zu wissen, wann sie einen Fall abgeben müssen, treffen sich die ehrenamtlichen Mitarbeiter alle paar Wochen mit Professor Tiedemann, um ihre Fälle zu besprechen.

Für akute Hilfe gibt es außerdem eine Hotline von Jura-Professoren und Anwälten, um Fragen zu klären. Und eine andere Telefonnummer von Psychologen und Psychiatern der Uni Gießen, die mit den Helfern sprechen, falls die von den Schilderungen der Flüchtlinge überfordert sind. "Beide Telefonnummern", sagt Tiedemann, "sind noch nie in Anspruch genommen worden."

LESEN SIE MEHR ÜBERS JURA-STUDIUM

Die Fluchthelfer <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/uni-giessen-jurastudenten-bieten-rechtsberatung-fuer-asylbewerber-a-924155.html>

Wenn möglich, bitte wenden - Was tun, wenn man das Falsche studiert? Als Studienanfängerin in Jura merkte Julia Jung schnell, dass Paragrafen und Mordmerkmale nichts für sie sind. Sie hatte das Paukfach ausprobiert - und schmiss nach fünf Wochen hin. Ein Erfahrungsbericht.

Load-Date: November 15, 2013

End of Document

Papst fordert mehr Solidarität mit Flüchtlingen

SPIEGEL ONLINE

08. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / GESELLSCHAFT

Length: 681 words

Highlight: Der Papst hat auf der Insel Lampedusa an das Elend der dort strandenden oder im Meer ertrunkenen Migranten erinnert: Ihr Schicksal gehe alle an. Kirchenvertreter sprechen von einem wichtigen Signal, im Vergleich zu seinem Vorgänger zeige Franziskus endlich Barmherzigkeit.

Body

Rom - Einen "kurzen Besuch in der größtmöglichen Diskretion" hatte der Vatikan zuvor angekündigt - tatsächlich wurde der Besuch von Papst Franziskus auf Lampedusa ein kleines Spektakel. Seine erste Reise als Kirchenoberhaupt der Katholiken führte ihn zu den Flüchtlingen. Franziskus prangerte auf der italienischen Insel die Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal von Migranten an.

In einem dramatischen Appell rief er zu mehr Solidarität mit den verzweifelt Hilfesuchenden auf. Unsere Wohlstandskultur führe dazu, "dass wir nur an uns selbst denken, sie macht uns gefühllos dem Aufschrei der anderen gegenüber, lässt uns in schönen Seifenblasen leben", sagte der Papst in einer Messe auf dem Sportplatz der Insel. Vor etwa 10.000 Migranten und Inselbewohnern forderte er die Abkehr von einer "Globalisierung der Gleichgültigkeit".

Der Tod von Migranten bei einer Überfahrt stecke wie ein schmerzender "Dorn im Herzen", sagte Franziskus. Der Mensch sei orientierungslos geworden, er kümmere sich nicht mehr um den anderen. Gott müsse um Vergebung für diese Gleichgültigkeit gebeten werden. Er werde die Menschen auch danach beurteilen, wie sie die Armseligsten behandelten, schrieb Franziskus nach der Messe über Twitter.

"Ich bete für alle, die nicht bis hierher gekommen sind"

"Und wenn diese Orientierungslosigkeit weltweite Ausmaße annimmt, dann kommt es zu solchen Tragödien", so der Papst. Zur Grausamkeit in der Welt trügen dabei auch jene bei, die soziale und wirtschaftliche Weichen stellten, die den Weg zu dramatischen Schiffbrüchen ebneten.

Zuvor hatte Franziskus für die vielen Menschen gebetet, die bei Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer umgekommen sind. Bei einer Fahrt durch die Menschenmenge küsste er Kinderhäupter und schüttelte Dutzende Hände.

Auf Lampedusa stranden jedes Jahr Tausende Afrikaner. In der Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa wagen sie die gefährliche Überfahrt in meist überfüllten und wenig seetüchtigen Booten. Dabei kommen immer wieder zahlreiche Flüchtlinge ums Leben. Zu ihrem Gedenken legte der Papst von einem Patrouillenboot der

Papst fordert mehr Solidarität mit Flüchtlingen

italienischen Küstenwache aus einen Kranz im Meer ab. "Ich bete für euch und für alle, die nicht bis hierher gekommen sind", sagte er. In den vergangenen Wochen waren wieder Hunderte Migranten auf der Insel vor Sizilien gestrandet.

Mehr als 200.000 Flüchtlinge

Der Besuch von Franziskus auf Lampedusa ist ein wichtiges Signal. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger wagt er sich nur wenige Monate nach seiner Wahl zum Kirchenoberhaupt an einen Ort, an dem es immer wieder Dutzende Tote zu beklagen gibt. Dass Franziskus seine erste Reise außerhalb Roms auf die Flüchtlingsinsel mache, sei ein "starkes Signal" an die Regierungen, ihre Einwanderungspolitik zu überdenken, sagte der für Flüchtlinge zuständige Kardinal Antonio Maria Vegliò.

Auch der Sprecher der Reformbewegung "Wir sind Kirche", Christian Weisner, nannte die Reise von Franziskus ein bemerkenswertes Zeichen. Der Papst erinnere damit an die vielen Toten an den Grenzen Europas und halte den europäischen Ländern und auch Deutschland in der Asylpolitik kritisch einen Spiegel vor. Solche Barmherzigkeit sei von vielen Gläubigen in der Amtszeit von Papst Benedikt XVI. vermisst worden.

Eine knappe halbe Stunde vor der Ankunft von Papst Franziskus war erneut ein Boot mit rund 160 Flüchtlingen in Lampedusa eingetroffen. Es wurde von Booten der Polizei sowie der Hafenbehörden zu der Insel geleitet. Von 1999 bis 2012 sind mehr als 200.000 Menschen auf Lampedusa angekommen. Nach Schätzungen kamen in den vergangenen 25 Jahren rund 19.000 Flüchtlinge bei der oft gefährlichen Überfahrt ums Leben.

Erst vor kurzem hatten die Vereinten Nationen in ihrem Jahresbericht zum Weltflüchtlingstag neue Zahlen veröffentlicht: Demnach lebten Ende des vergangenen Jahres 45,2 Millionen Menschen als Flüchtlinge. Das ist der höchste Stand seit Mitte der neunziger Jahre, als die Kriege in Ex-Jugoslawien und der Völkermord in Ruanda unzählige Menschen aus ihrer Heimat vertrieben.

aar/dpa/AFP

Load-Date: July 23, 2013

[Flüchtlinge beenden Hungerstreik;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-am-brandenburger-
tor-beenden-hungerstreik-a-928860.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-am-brandenburger-tor-beenden-hungerstreik-a-928860.html)

SPIEGEL ONLINE

19. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 282 words

Highlight: Die Flüchtlinge am Brandenburger Tor setzen ihren Hungerstreik nach zehn Tagen vorerst aus. Um ihren Forderungen nach Asyl und einer Arbeitserlaubnis Nachdruck zu verleihen, halten sie sich eine Fortsetzung offen.

Body

Berlin - Die Flüchtlinge am Brandenburger Tor in Berlin haben ihren seit zehn Tagen dauernden Hungerstreik vorerst beendet. Das provisorische Protestcamp werde gerade aufgelöst, sagte Berlins Integrationsministerin Dilek Kolat (SPD) am Samstag. Zuvor hatten Vertreter der Bundes-SPD, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und Kolat mit den Streikenden verhandelt. "Die Flüchtlinge setzen den Hungerstreik bis Mitte Januar aus", sagte Kolat. Ihre politischen Forderungen nach Asyl, Abschaffung der Residenzpflicht und einer Arbeitserlaubnis hielten sie aber aufrecht.

Das Bundesinnenministerium hatte Ausnahmeregelungen für die Flüchtlinge abgelehnt. Wer in Deutschland um Asyl und Flüchtlingsschutz bitte und tatsächlich schutzbedürftig sei, dem biete Deutschland auch Schutz, hatte ein Sprecher des Ministeriums dem Berliner "Tagesspiegel" gesagt. Dies entscheide sich aber im Asylverfahren, nicht auf Straßen und Plätzen.

Laut einem Bericht des rbb sollen die Flüchtlinge in einer kirchlichen Einrichtung in Berlin-Kreuzberg untergebracht werden. Die Situation für einige der Flüchtlinge am Brandenburger Tor, die das Essen und Trinken verweigert hatten, war am Samstag von der Organisation Asyl in der Kirche Berlin bereits als lebensbedrohlich eingestuft worden.

Die rund 30 Flüchtlinge waren vor etwa zehn Tagen aus Bayern nach Berlin gekommen. Vor dem Brandenburger Tor begannen sie nach Polizeiangaben eine Dauermahnwache. Die Flüchtlinge protestierten für ein Recht auf Asyl, gegen die Art ihrer Unterbringung und gegen die Residenzpflicht. Diese schreibt Asylbewerbern vor, den Landkreis, in dem sie registriert sind, nicht zu verlassen.

sun/dpa/AFP

Load-Date: November 15, 2013

Flüchtlinge beenden Hungerstreik <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-am-brandenburger-tor-beenden-hungerstreik-a-928860.html>

End of Document

Europa trauert, Europa mauert

SPIEGEL ONLINE

04. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 751 words

Byline: Gregor Peter Schmitz

Highlight: Mehr als 100 Flüchtlinge sind vor Lampedusa ertrunken, Europa ist schockiert. Dabei tut der Staatenbund alles, um ungebetene Gäste fernzuhalten. Die Tragödie wirft eine Grundsatzfrage auf: Darf sich Deutschland weiter abschotten?

Body

Es ist ein ungeheures Drama, das sich vor der Küste von Lampedusa abgespielt hat. Bislang sind mindestens 111 Tote geborgen, darunter zahlreiche Kinder. Rund 200 Menschen werden noch vermisst, ihre Überlebenschancen gelten als winzig. Vielleicht setzt die Tragödie nun eine Diskussion in Gang, inklusive unangenehmer Fragen.

Eine davon lautet: Was kann rasch getan werden, um eine ähnliche Tragödie in der Zukunft zumindest unwahrscheinlicher werden zu lassen? Das Unglück vor der italienischen Mittelmeerinsel war schließlich bereits das zweite dieser Art binnen einer Woche - am Montag waren vor Siziliens Küste 13 Flüchtlinge beim Versuch, ans Ufer zu schwimmen, ertrunken. Von bis zu tausend toten Migranten in diesem Jahr gehen die italienischen Behörden aus.

Gute Ansätze aus Brüssel

Und deren Strom wird nicht so bald abreißen: Derzeit sind wegen des günstigen Wetters besonders viele Flüchtlinge aus Afrika auf dem Weg nach Europa. Sie kommen auch, weil der Arabische Frühling in Ländern wie Tunesien oder Ägypten rasch abgeklungen ist und in Somalia und Eritrea das staatliche Chaos wächst. In Libyen lässt die unübersichtliche Lage seit dem Sturz von Diktator Muammar al-Gaddafi den Schleuserbanden weitgehend freie Hand.

EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström schlägt nun Folgendes vor:

Im Dezember soll das Europäische Grenzkontrollsystem (Eurosur) starten, das kleine Boote - wie sie Migranten oft benutzen - leicht aufspüren und aus Seenot befreien kann. Das System soll allen Mitgliedstaaten zugutekommen: durch Datentransfer und gemeinsame Ortungssysteme. Und dann gibt es noch die Idee der "Mobilitätspartnerschaften", die die Europäische Union etwa mit Marokko bereits geschlossen hat und die für andere Länder Nordafrikas laut Malmström ebenfalls denkbar wären. Diese Abkommen sind auf Zusammenarbeit angelegt: Drittländer müssen beim Kampf gegen Menschensmuggel mitmachen und illegale Migranten

Europa trauert, Europa mauert

verpflichtend wieder aufnehmen - im Gegenzug sollen ihre Bewohner leichter Visa und mehr Infos über Arbeitsmöglichkeiten in Europa erhalten können.

Deutschland verweist auf die "Drittstaaten-Regelung"

Die Ansätze klingen gut, doch das Kernproblem der EU lösen sie nicht. In Lampedusa strandeten seit 1999 rund 200.000 Flüchtlinge aus Asien und Afrika, allein in diesem Jahr 22.000.

Europas Rezept hieß bislang: Abschottung. Die Zahl der Asylanträge innerhalb der EU fiel zwischen 1992 und 2007 von 460.000 auf nur noch 220.000. Dies geschah, weil die besonders betroffenen Staaten im Süden zweifelhafte Deals mit Diktatoren wie Gaddafi schlossen, um sich Flüchtlinge vom Leib zu halten.

Ein Grund ist aber auch, dass Länder wie Deutschland sich verweigern - indem sie auf die "Drittstaaten-Regelung" verweisen, die so bürokratisch ist, wie sie sich anhört. Ein Asylbewerber muss in dem EU-Mitgliedsland, dessen Boden er zuerst betritt, auch seinen Antrag auf Asyl stellen. Das heißt: Selbst wenn ein Flüchtling Anrecht auf Bleibe hätte, aber Deutschland nur über andere EU-Länder wie Italien, Spanien oder Griechenland erreicht hat, wird sein Antrag nicht einmal geprüft. Er muss wieder zurück.

"Rückreise ist die einzige Option"

Auf dieser Regelung ruht sich Deutschland aus, egal wie groß das Leid ist. Erst nach anderthalb Jahren Dauerdiskussion war Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich endlich bereit, wenigstens 5000 syrische Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen - und dann auch nur unter strengen Bedingungen. Die Türkei muss derweil mit Hunderttausenden syrischer Flüchtlinge klarkommen.

Und als im Sommer in Hamburg rund 300 libyschstämmige Flüchtlinge auftauchten, die offenbar von Italien mit temporären Schengenvisa weitergeschickt worden waren, weil das Land des Ansturms nicht mehr Herr zu werden drohte, urteilte der Hamburgische Sozialsenator Detlef Scheele umgehend: "Rückreise ist die einzige Option."

Deutschland argumentiert gerne mit Fairness, wenn es um Geld geht, etwa bei der Euro-Rettung. Europa sei ein Raum des Rechts, in dem faire Lastenverteilung gelten müsse, heißt es dann. Diese Prinzipien sollten gerade gelten, wenn es um Menschen geht. Das sieht offenbar auch Bundespräsident Joachim Gauck so. Er fand in Berlin deutliche Worte: "Zufluchtsuchende sind Menschen und - die gestrige Tragödie zeigt das - besonders verletzte Menschen. Sie bedürfen des Schutzes. Wegzuschauen und sie hineinsegeln zu lassen in einen vorhersehbaren Tod, missachtet unsere europäischen Werte."

Load-Date: October 4, 2013

Zahl der Asylbewerber steigt weiter an

SPIEGEL ONLINE

14. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 399 words

Highlight: In keinem anderen EU-Land beantragen mehr Menschen Asyl als in Deutschland. Im Juli hat sich die Zahl der Erstanträge im Vergleich zum Vorjahresmonat mehr als verdoppelt - auf fast 10.000. Innenminister Hans-Peter Friedrich nennt den Anstieg alarmierend.

Body

Berlin - Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist so hoch wie seit 1999 nicht mehr. Allein im Juli beantragten nach einem Bericht der "Augsburger Allgemeinen" 9516 Menschen erstmals Asyl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Im Vergleich zum Vorjahresmonat hat sich die Zahl damit mehr als verdoppelt.

Seit Jahresbeginn haben damit mehr als 50.000 Menschen in der Bundesrepublik Asyl gesucht. Bis Ende Juni waren beim BAMF 43.000 Asylerstanträge eingegangen - im Vergleich zum ersten Halbjahr 2012 ein Plus von 86,5 Prozent.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nannte die Zahlen alarmierend und sagte voraus: "Wir werden noch in diesem Jahr die Marke von 100.000 Asylerstanträgen erreichen." Mehr Asylzugänge als im ersten Halbjahr 2013 habe Deutschland zuletzt in den ersten sechs Monaten des Jahres 1999 verzeichnet. Kein anderes Land in der Europäischen Union verzeichnet mehr Asylanträge als die Bundesrepublik.

Die Zahlen liegen jedoch noch immer deutlich unter den Rekordjahren Mitte der Neunziger. Allein 1995 hatten laut Statistischem Bundesamt mehr als 160.000 Menschen Asyl beantragt.

Nur 15 Prozent der Asylbewerber werden als Flüchtlinge anerkannt

Derzeit kommt fast jeder vierte neue Asylbewerber in Deutschland aus Russland. Viele von ihnen stammen aus der Teilrepublik Tschetschenien. Die Menschen werden von Schleppern aus dem Kaukasus in die Bundesrepublik gelockt. In Tschetschenien machen Gerüchte die Runde, dass Flüchtlinge in Deutschland mit 4000 Euro Begrüßungsgeld empfangen werden.

Die zweitmeisten Asylsuchenden kommen aus Syrien. Seit Jahresbeginn haben etwa 5000 Menschen aus dem Bürgerkriegsland Zuflucht in Deutschland gesucht. Auf den Plätzen drei und vier liegen Afghanistan und Serbien.

Im ersten Halbjahr 2013 haben die Behörden mehr als 40 Prozent der Asylanträge abgelehnt. 15 Prozent der Antragssteller wurden als Flüchtlinge anerkannt, bei weiteren 16,8 Prozent wurden Abschiebungsverbote

Zahl der Asylbewerber steigt weiter an

festgestellt, das heißt, sie dürfen nicht in ihr Heimatland zurückgeschickt werden, auch wenn die Bundesrepublik noch nicht abschließend über ihren Asylantrag entschieden hat.

Bei den übrigen Bewerbern habe sich laut Innenministerium das Verfahren "anderweitig erledigt", wie es im Behördendeutsch heißt - unter anderem weil sie ihre Asylanträge zwischenzeitlich zurückgezogen haben.

syd

Load-Date: September 6, 2013

Innenministerium will keine Asyl-Ausnahmen machen;
[http://www.spiegel.de/politik/deutschland/innenministerium-keine-asyl-](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/innenministerium-keine-asyl-ausnahme-fuer-hungerstreikende-a-928824.html)
[ausnahme-fuer-hungerstreikende-a-928824.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/innenministerium-keine-asyl-ausnahme-fuer-hungerstreikende-a-928824.html)

SPIEGEL ONLINE

19. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 322 words

Highlight: Sie verweigern das Essen und mittlerweile auch das Trinken. Doch das Innenministerium lehnt es ab, den vor dem Brandenburger Tor kampierenden **Flüchtlingen** entgegen zu kommen: Die **Asylgesetze** gälten für alle.

Body

Berlin - Das Bundesinnenministerium hat mit Blick auf die hungerstreikenden **Flüchtlinge** am Brandenburger Tor in Berlin Ausnahmeregelungen abgelehnt. Wer in Deutschland um **Asyl** und **Flüchtlingsschutz** bitte und tatsächlich schutzbedürftig sei, dem biete Deutschland auch Schutz, sagte ein Sprecher des Ministeriums dem Berliner "Tagesspiegel". Ob jemand nach den international anerkannten Regeln dieser Hilfe bedürfe, das werde "im **Asylverfahren** geklärt und nicht auf Straßen und Plätzen".

Eine bevorzugte Prüfung bestimmter Asylanträge gehe immer auf Kosten anderer Antragsteller, die dann länger warten müssen, fügte der Sprecher hinzu und verwies auf den Asylartikel des Grundgesetzes. Es gebe in Deutschland klare Regelungen und auch Widerspruchsrechte gegen Entscheidungen, "aber eben nach Recht und Gesetz, das für alle gilt". Deutschland nehme seine humanitären Verpflichtungen sehr ernst.

Hungerstreikende in "lebensbedrohlicher Situation"

Die Organisation Asyl in der Kirche Berlin forderte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf, mit den Flüchtlingen direkt zu sprechen. Asyl in der Kirche fordere die Abschaffung des Zwangs zum Leben in Sammelunterkünften, der Residenzpflicht und des Arbeitsverbotes, erklärte die Organisation am Samstag in Berlin. Die Situation für einige der Flüchtlinge am Brandenburger Tor, die das Essen und Trinken verweigerten, sei "inzwischen lebensbedrohlich".

Die rund 30 Flüchtlinge waren vor etwa zehn Tagen aus Bayern nach Berlin gekommen. Vor dem Brandenburger Tor begannen sie nach Polizeiangaben eine Dauermahnwache. Die Flüchtlinge protestieren laut Medienberichten für ein Recht auf Asyl, gegen die Art ihrer Unterbringung und gegen die Residenzpflicht. Diese schreibt Asylbewerbern vor, den Landkreis, in dem sie registriert sind, nicht zu verlassen. Nachdem sie zuerst nur auf Nahrung verzichteten, trinken sie inzwischen auch nichts mehr.

ric/afp

Innenministerium will keine Asyl-Ausnahmen machen
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/innenministerium-keine-asyl-ausnahme-fuer-hungerstreikende-a-928824.....>

Load-Date: November 15, 2013

End of Document

Bosbach will Arbeitsverbot für Asylbewerber behalten

SPIEGEL ONLINE

15. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 226 words

Highlight: Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist auf ein Rekordhoch gestiegen. Geht es nach Wolfgang Bosbach, bleibt es den Flüchtlingen auch in Zukunft verboten zu arbeiten. Andernfalls würde man die Schlepper unterstützen, sagte der CDU-Politiker der "Welt".

Body

Berlin - Wolfgang Bosbach lehnt eine Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber ab. Wenn das Verbot fiele, "würde sich diese Nachricht in Windeseile verbreiten und die Menschen würden nach Deutschland strömen", sagte der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses der Zeitung "Welt". "Damit würden wir letztlich auch die Schlepper unterstützen."

In keinem anderen EU-Land beantragen mehr Menschen Asyl als in Deutschland. Im Juli haben fast 10.000 Menschen einen Erstantrag gestellt, die meisten von ihnen stammen aus Russland und Syrien. Das berichtet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das für die entsprechenden Anträge zuständig ist. Gegenüber dem Vormonat Juni stieg die Zahl der Anträge um 13,2 Prozent, gegenüber Juli 2012 war es sogar ein Plus von knapp 112 Prozent.

Angesichts dieses Anstiegs warnte Bosbach vor einer Überforderung der Städte und Gemeinden. "Einige Kommunen haben die Grenzen der Belastbarkeit erreicht", sagte der CDU-Politiker.

Derzeit kommt fast jeder vierte neue Asylbewerber in Deutschland aus Russland. Viele von ihnen stammen aus der Teilrepublik Tschetschenien. Die Menschen werden von Schleppern aus dem Kaukasus in die Bundesrepublik gelockt. In Tschetschenien machen Gerüchte die Runde, dass Flüchtlinge in Deutschland mit 4000 Euro Begrüßungsgeld empfangen werden.

aar/AFP

Load-Date: September 6, 2013

[Mehr als 400 Bootsflüchtlinge gerettet;
http://www.spiegel.de/panorama/italienisches-mittelmeer-mehr-als-400-bootsfluechtlinge-aufgegriffen-a-930255.html](http://www.spiegel.de/panorama/italienisches-mittelmeer-mehr-als-400-bootsfluechtlinge-aufgegriffen-a-930255.html)

SPIEGEL ONLINE

27. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / DEFAULT

Length: 511 words

Highlight: Allen Gefahren zum Trotz wagen immer wieder afrikanische Migranten die Fahrt über das Mittelmeer. Die italienische Marine rettete jetzt erneut mehr als 400 Bootsflüchtlinge vor der sizilianischen Küste - an Bord waren auch rund 80 Kinder.

Body

Rom - Wenige Wochen nach zwei Flüchtlingsdramen mit Hunderten Toten vor der italienischen Küste hält der Zustrom in das Land weiter an. In der Nacht zum Sonntag griff die italienische Marine mehr als 400 Bootsflüchtlinge im Mittelmeer vor Sizilien auf, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Die Menschen wurden nach Augusta in Sizilien gebracht.

Bei den Flüchtlingen handelte es sich überwiegend um Afrikaner, darunter auch rund 80 Kinder. In diesem Jahr sind bereits mehr als 36.000 Bootsflüchtlinge an den italienischen Küsten angekommen. In den vergangenen Wochen hatten Einsatzkräfte insgesamt mehr als 1200 Menschen im Mittelmeer gerettet und nach Lampedusa oder Sizilien gebracht.

Auch nach dem Tod von mehr als 400 Migranten bei zwei Schiffbrüchen vor der Insel Lampedusa Anfang Oktober wagen immer wieder Afrikaner die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer. Anfang des Monats waren bei der Havarie eines Flüchtlingsbootes 360 Menschen ertrunken. Rund 440 Flüchtlingen hatten sich auf einem Holzboot gedrängt. Viele von ihnen kamen aus Somalia und Eritrea. Wenige Tage später war erneut ein Schiff mit Flüchtlingen aus Afrika gesunken. An Bord waren Hunderte Menschen, mehr als 30 starben.

Trotz der Flüchtlingsdramen sieht Europa keinen Anlass zu einer Änderung im Umgang mit Asylbewerbern. In der Abschlusserklärung des Brüsseler Gipfels kündigte die EU zwar "konsequente Maßnahmen" an, um solche Tragödien zu verhindern. Es ist aber keine grundlegende Neuausrichtung in Bezug auf die Verteilung von illegalen Einwanderern auf andere EU-Länder vorgesehen.

Scharfe Kritik an EU-Beschlüssen

Die meisten EU-Regierungen - darunter Deutschland - sind nämlich mit dem bestehenden System einverstanden: Die Dublin-II-Verordnung legt fest, dass das EU-Land zuständig ist, in dem der Schutzsuchende

Mehr als 400 Bootsflüchtlinge gerettet <http://www.spiegel.de/panorama/italienisches-mittelmeer-mehr-als-400-bootsfluechtlinge-aufgegriffen-a-930255.html>

zuerst europäischen Boden betreten hat. Das führt dazu, dass Flüchtlinge, die etwa aus Italien nach Deutschland kommen, dorthin abgeschoben werden. In der Gipfel-Erklärung taucht das Thema Dublin-II nicht auf.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, man habe "eine lange Diskussion über die Flüchtlingspolitik" geführt, alle Beteiligten seien "tief bestürzt". Eine Task-Force solle nun auch kurzfristige Maßnahmen ergreifen und die EU-Grenzschutzagentur Frontex stärken.

Die Beschlüsse der EU werden nun scharf kritisiert: Der Europareferent der Organisation Pro Asyl, Karl Kopp, sprach am Samstag im WDR von einem "vollkommen herzlosen und kalten Dokument". Kopp kritisierte, er sehe in dem in Brüssel beschlossenen Dokument lediglich "Betroffenheitserklärungen", die "vollkommen unglaubwürdig" seien.

Mehr Offenheit für die Aufnahme von Flüchtlingen verlangte auch der frühere Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU). Seiters, der heute Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) ist, forderte die Bundesregierung auf, sie solle "Deutschlands Grenzen ein Stück weit lockern". Anders als in den neunziger Jahren gebe es heute keine "Überforderung der Bundesrepublik und der europäischen Staaten".

lgr/dpa/AFP

Load-Date: November 15, 2013

End of Document

Deutschland nimmt 99 Flüchtlinge aus dem Irak auf

SPIEGEL ONLINE

16. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 791 words

Byline: Tobias Brunner

Highlight: 99 irakische Flüchtlinge sind an diesem Dienstag nach Hannover gekommen. Sie brauchen laut Uno-Flüchtlingswerk besonderen Schutz, deshalb haben sich die Innenminister zur Aufnahme verpflichtet. Insgesamt 900 sollen es bis 2014 werden - Flüchtlingsorganisationen fordern jedoch mehr Plätze.

Body

Hannover - Um zwölf Uhr ist der Charterflug aus Ankara an diesem Dienstag auf dem Flughafen Hannover gelandet. Für die Flüchtlinge an Bord soll es der Start in ein neues Leben sein. Sie stammen aus dem Irak, manche von ihnen haben ihre Heimat schon vor Jahren wegen des Kriegs verlassen. Seitdem sind sie auf der Flucht, haben in Lagern in der Türkei gelebt.

101 der irakischen Flüchtlinge hat das Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) nun als "besonders schutzbedürftig" ausgewählt. Zwei von ihnen mussten ihren Flug aus gesundheitlichen Gründen verschieben. Fast die Hälfte der Flüchtlinge ist jünger als 18 Jahre, teilte das Bundesinnenministerium mit. Sie alle sind Teil des "Resettlement"-Programms zur Neuansiedlung von Flüchtlingen und werden deshalb von Deutschland aufgenommen.

Das hatten die Innenminister Ende 2011 auf ihrer gemeinsamen Konferenz beschlossen: Insgesamt 900 Flüchtlinge sollen in Deutschland ein neues Zuhause finden - 300 pro Jahr. Die ersten 200 kamen im September vergangenen Jahres aus Tunesien: Afrikaner, die vor dem Bürgerkrieg in Libyen geflohen waren. Einen Monat später folgten rund hundert Iraker aus der Türkei. Noch bis 2014 läuft das dreijährige Resettlement.

Weltweit 780.000 Resettlement-Plätze benötigt

Der Bedarf ist groß: Allein in der Türkei leben derzeit 14.000 Iraker, schätzen die Vereinten Nationen. Beide Länder teilen sich eine rund 350 Kilometer lange Grenze, noch immer treiben die Unruhen weitere Flüchtlinge aus dem Land. Zuletzt starben bei einer Anschlagsserie im Irak wieder Dutzende Menschen.

Das Uno-Flüchtlingshilfswerk geht deshalb davon aus, dass die Zahl der geflohenen Iraker in der Türkei bis Dezember 2013 auf mehr als 24.000 anwachsen könnte. Weltweit würden in den kommenden drei bis fünf Jahren rund 780.000 Resettlement-Plätze benötigt. Doch nur für 80.000 findet das Flüchtlingswerk pro Jahr tatsächlich einen Platz. Insgesamt sind derzeit nach Uno-Angaben weltweit rund 45 Millionen Menschen auf der Flucht.

Deutschland nimmt 99 Flüchtlinge aus dem Irak auf

Nicht jeder von ihnen hat ein Anrecht auf das Resettlement-Program: Sieben Gruppen kämen dafür in Frage, erklärt Norbert Trosien, der als UNHCR-Jurist in Berlin für Flüchtlingsrecht und dauerhafte Lösungen zuständig ist. Dazu zählen unter anderem Folteropfer, Menschen, die eine besondere medizinische Versorgung brauchen, oder Frauen, die in den Lagern besonders gefährdet sind. Sie alle gelten als "besonders schutzbedürftig" - das Flüchtlingshilfswerk wählt aus, wer von ihnen nach Deutschland kommt.

Flüchtlinge werden auf einzelne Bundesländer verteilt

Dort werden sie zunächst für bis zu zwei Wochen im Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen untergebracht. Sie erhalten dabei eine "kulturelle Erstorientierung", wie Christoph Sander vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erläutert. Das sind Sprachkurse oder Informationen über das Leben in Deutschland. Anschließend würden die Männer und Frauen auf die einzelnen Bundesländer verteilt.

Anders als reguläre Asylbewerber müssen die Flüchtlinge jedoch keinen Antrag stellen oder lange auf eine Antwort warten. Das deutsche Aufenthaltsgesetz sieht vor, ihre Aufnahme sofort zu bestätigen. Zudem könnten sie einen Integrationskurs besuchen, sagt Sander. Bei Fragen würden die lokalen Migrationsberatungsstellen helfen: "In welche Schule soll mein Kind gehen? Wie finde ich Arbeit?"

Pro Asyl spricht von symbolischem Beitrag

Die Uno lobt diese Arbeit. Einerseits. Gleichzeitig hofft sie jedoch auch, dass die Innenminister das Programm erweitern. Zwar wolle er keine Zahlen vorgeben, schränkt UNHCR-Jurist Trosien ein. Aber: "Wir gehen davon aus, dass es in Deutschland mehr als 300 Plätze pro Jahr gibt." Bernd Mesovic, stellvertretender Geschäftsführer der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl, spricht von einem "eher symbolischen Beitrag". Auch er könne sich eine größere Zahl nach 2014 vorstellen.

Das Bundesinnenministerium möchte solche Forderungen nicht kommentieren. Es sei derzeit noch zu früh, um über eine Verlängerung des Programms zu sprechen, heißt es dort. Ein Sprecher betont, dass Deutschland im Zeitraum 2009/10 rund 2500 irakische Flüchtlinge aufgenommen habe. Zudem würden in den kommenden Monaten 5000 Syrer nach Deutschland kommen. Im ersten Halbjahr 2013 stellten fast doppelt so viele Menschen einen Asylantrag in der Bundesrepublik wie im Vorjahr.

Mesovic sieht jedoch noch ein anderes Problem: Die Europäische Union müsse sich endlich als "Resettlement-Block" begreifen und die Aufnahme in allen Mitgliedstaaten vorantreiben. Gemessen an der Bevölkerungszahl würden einige große Länder deutlich weniger Flüchtlinge aufnehmen als kleinere. Laut BAMF-Statistik sind das vor allem Polen, Spanien oder Italien.

Load-Date: August 12, 2013

**[Tausende afrikanische Flüchtlinge demonstrieren für Asyl;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/afrikanische-fluechtlinge-
demonstrieren-in-tel-aviv-fuer-bleiberecht-a-941128.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/afrikanische-fluechtlinge-demonstrieren-in-tel-aviv-fuer-bleiberecht-a-941128.html)**

SPIEGEL ONLINE

28. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 212 words

Highlight: Auf der Suche nach Arbeit und Asyl sind sie nach Israel geflohen. Tausende afrikanische Flüchtlinge haben nun in Tel Aviv für ihr Bleiberecht demonstriert. Ihr Protest richtet sich auch gegen die Praxis der Polizei, Zuwanderer festzunehmen.

Body

Tel Aviv - Auf ihren Schildern steht: "Wir sind Flüchtlinge" und "Keine Festnahme". Tausende Afrikaner haben auf einer Kundgebung in Tel Aviv gefordert, als Asylbewerber anerkannt zu werden.

Gemeinsam mit israelischen Unterstützern protestierten die Demonstranten am Samstag auch gegen die jüngsten Festnahmen von Afrikanern im Land.

Israels Regierung rechtfertigt ihr Vorgehen mit dem Status der Zuwanderer: Sie überquerten ohne gültige Dokumente die Grenze und arbeiteten illegal im Land.

Hunderte von Sudanesen, Äthiopiern und Eritreern versuchen jedes Jahr, über die ägyptische Sinai-Halbinsel nach Israel zu gelangen, um dort Arbeit zu finden. Die Demonstranten in Tel Aviv betonten, sie seien in das Land gekommen, weil ihr Leben in der Heimat in Gefahr gewesen sei.

Im August hatte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ein Abkommen mit Uganda geschlossen, nach dem sich das ostafrikanische Land verpflichtet, die afrikanischen Migranten aus Israel aufzunehmen. Damit sollen die Flüchtlinge in ein für sie fremdes Land abgeschoben werden. Denn 90 Prozent der nach Israel eingewanderten Afrikaner stammen aus Eritrea und dem Sudan. Im Gegenzug soll Uganda Gelder für die Entwicklungshilfe und die Aufrüstung der Armee bekommen.

kha/dpa

Load-Date: December 29, 2013

Amnesty wirft Griechen massive Misshandlung von Flüchtlingen vor

SPIEGEL ONLINE

09. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 917 words

Byline: Tobias Brunner

Highlight: Amnesty International erhebt schwere Vorwürfe gegen griechische Behörden. Flüchtlinge seien misshandelt und hilflos auf dem Meer zurückgelassen worden, auch nach ihrer Aufnahme würden sie diskriminiert - und die EU trage eine Mitschuld an den Zuständen.

Body

Hamburg - Als seine Eltern bei einem Bombenanschlag in Ghazni starben, war Babur* gerade 17 Jahre alt. Der Junge musste sich entscheiden: ein Leben im umkämpften Afghanistan - oder die Flucht ins Ausland? Babur entschloss sich zu fliehen. Über Iran gelangte er in die Türkei nach Izmir, von dort wollte er über die Ägäis weiter nach Griechenland reisen.

In einer kalten Nacht im Februar 2013 bestieg er mit 36 anderen Flüchtlingen ein Schlauchboot. Mehr als drei Stunden waren sie unterwegs, als ein griechisches Polizeiboot sie entdeckte. "Sie holten uns an Bord und schlugen uns zusammen", berichtet Babur. "Sie nahmen uns alles: unsere Handys, unser Geld und unsere Kleidung." Anschließend setzten die Beamten sie mitten auf dem Meer aus - jedoch nicht ohne vorher den Bordmotor zu entfernen. Die Flüchtlinge wurden schließlich von der türkischen Küstenwache aufgegriffen und verhaftet.

Baburs Geschichte ist Teil eines Berichts von Amnesty International, der an diesem Dienstag veröffentlicht wird. Die Organisation wirft der griechischen Regierung darin vor, an der Grenze zur Türkei massiv Menschenrechte zu verletzen. Hunderte Menschen seien seit August 2012 bei dem Versuch, Griechenland zu erreichen, ertrunken. Dass Flüchtlinge wie Babur sofort abgewiesen werden und kein Asyl beantragen können, wertet Amnesty als Verstoß gegen internationales Recht. "Diese Operationen gefährden Menschenleben", heißt es in dem Bericht.

Flüchtlinge werden geschlagen und misshandelt

Zehntausende Migranten kommen jedes Jahr nach Griechenland, viele davon aus Afghanistan, andere aus Syrien wegen des dortigen Bürgerkriegs. Doch weil seit Herbst 2012 die Landesgrenze zur Türkei stärker gesichert wird, wählen immer mehr von ihnen die Route über das Meer und den Grenzfluss Evros. Während 2012 zwischen Januar und Mai nur 169 Menschen auf dem Wasser aufgegriffen wurden, seien es 2013 im gleichen Zeitraum 3265 gewesen.

Über ihr Schicksal hat die Organisation Informationen bei Anwälten, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Regierungsbehörden und dem Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) gesammelt. Vor allem aber stützt sich Amnesty

Amnesty wirft Griechen massive Misshandlung von Flüchtlingen vor

auf Telefoninterviews zwischen März und Juni 2013 mit Menschen, die kürzlich die Grenze überquert haben oder es versuchten. Ihre Berichte sind erschreckend.

Von den 79 Befragten beschrieben mehr als ein Drittel eine kollektive Abschiebung wie bei Babur, manche erlebte dies sogar mehrfach. Und alle gaben an: Die Beamten hätten ihnen keine Möglichkeit gelassen, ihre Situation zu erklären oder die Ausweisung anzufechten. Stattdessen seien viele Flüchtlinge geschlagen und misshandelt worden. Ein Mann aus Palästina erzählt: "Wir fragten nach Wasser, aber sie lachten uns aus und sagten: 'Ihr seid wie Hunde'."

Asylbewerber müssen bis zu 18 Monate in Haft

Doch selbst wer es über die Grenze schafft, ist laut Amnesty nicht sicher, wie der Fall von Dahab* zeigt. 2008 war er aus dem Sudan nach Athen geflohen, arbeitete seitdem in einer Autowäscherei. Im August 2012 wurde er dort von der Polizei aufgegriffen, als er seine Asylbewerberkarte vergessen hatte. "Die Karte ist zu Hause, ich habe hier Frau und Kind", habe er den Beamten gesagt. Doch diese hätten seine Einwände ignoriert. "Sie schlugen mir in den Bauch und stießen mich in einen Bus", erzählt Dahab. Zusammen mit 25 anderen wurde er in die Türkei gebracht, seine Familie blieb zurück.

Ähnlich ergeht es vielen anderen Asylbewerbern: Seit Oktober 2012 können sie bis zu 18 Monate festgehalten werden, während die Behörden über ihr Gesuch urteilen. Amnesty kritisiert, dass diese Abschiebehaft zu häufig und willkürlich angewendet wird. "Weniger einschränkende Maßnahmen werden fast nie berücksichtigt." Griechenland solle deshalb bei allen Fällen genauer prüfen, ob eine Haft tatsächlich nötig ist.

Zellen feucht, Hygiene und medizinische Versorgung schlecht

Das hat auch mit den Umständen der Haft zu tun. Denn die Liste der Mängel ist lang: Weil Übersetzer fehlten, würden viele Flüchtlinge kaum über ihre Rechte aufgeklärt. Fernsehen, Radio und Mobiltelefone seien verboten, Telefonkarten nahezu unbezahlbar. Einige Zellen, die Amnesty besuchte, seien trotz Renovierungen feucht gewesen und von Schimmel befallen. Bettdecken würden über Monate nicht gewaschen, Seife und Shampoo nicht verteilt. Viele Insassen litten deshalb an Haut- und Atemwegserkrankungen, die medizinische Versorgung sei unzureichend. "Falls du hier stirbst, würde es niemand merken", sagt ein Mann aus Somalia.

Die Europäische Union sei mitverantwortlich für die Zustände, sagte Franziska Vilmar, Asyl-Expertin von Amnesty International in Deutschland. "Die EU-Staaten scheinen ganz froh darüber zu sein, dass die Griechen die Dicksarbeit für sie machen", sagte sie. "Sie stellen sich blind für die Methoden, die Griechenland anwendet, um die Grenzen gegen Flüchtlinge und Migranten abzuschotten." Die EU müsse Griechenland bei der Aufnahme von Flüchtlingen stärker unterstützen.

Von der griechischen Regierung gab es bisher keine Stellungnahme. In der Vergangenheit hatte Athen wiederholt alle Vorwürfe von sich gewiesen. Bereits Ende 2012 hatte Amnesty kritisiert, dass viele Migranten in Griechenland unter "beschämenden und fürchterlichen" Bedingungen leben. Die Regierung müsse deshalb insbesondere mehr Unterkünfte für Kinder schaffen, derzeit gebe es gerade einmal etwa tausend: "Die Praktiken an der Grenze sind eine Schande für die gesamte EU."

*Name geändert

Load-Date: July 23, 2013

Innenministerium will keine Asyl-Ausnahmen machen;
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/innenministerium-zu-fluechtlingen-vor-brandenburger-tor-a-928820.html>

SPIEGEL ONLINE

19. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

Length: 322 words

Highlight: Sie verweigern das Essen und mittlerweile auch das Trinken. Doch das Innenministerium lehnt es ab, den vor dem Brandenburger Tor kampierenden **Flüchtlingen** entgegenzukommen: Die **Asylgesetze** gälten für alle.

Body

Berlin - Das Bundesinnenministerium hat mit Blick auf die hungerstreikenden **Flüchtlinge** am Brandenburger Tor in Berlin Ausnahmeregelungen abgelehnt. Wer in Deutschland um **Asyl** und **Flüchtlingsschutz** bitte und tatsächlich schutzbedürftig sei, dem biete Deutschland auch Schutz, sagte ein Sprecher des Ministeriums dem Berliner "Tagesspiegel". Ob jemand nach den international anerkannten Regeln dieser Hilfe bedürfe, das werde "im **Asylverfahren** geklärt und nicht auf Straßen und Plätzen".

Eine bevorzugte Prüfung bestimmter Asylanträge gehe immer auf Kosten anderer Antragsteller, die dann länger warten müssen, fügte der Sprecher hinzu und verwies auf den Asylartikel des Grundgesetzes. Es gebe in Deutschland klare Regelungen und auch Widerspruchsrechte gegen Entscheidungen, "aber eben nach Recht und Gesetz, das für alle gilt". Deutschland nehme seine humanitären Verpflichtungen sehr ernst.

Hungerstreikende in "lebensbedrohlicher Situation"

Die Organisation Asyl in der Kirche Berlin forderte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf, mit den Flüchtlingen direkt zu sprechen. Asyl in der Kirche fordere die Abschaffung des Zwangs zum Leben in Sammelunterkünften, der Residenzpflicht und des Arbeitsverbotes, erklärte die Organisation am Samstag in Berlin. Die Situation für einige der Flüchtlinge am Brandenburger Tor, die das Essen und Trinken verweigerten, sei "inzwischen lebensbedrohlich".

Die rund 30 Flüchtlinge waren vor etwa zehn Tagen aus Bayern nach Berlin gekommen. Vor dem Brandenburger Tor begannen sie nach Polizeiangaben eine Dauermahnwache. Die Flüchtlinge protestieren laut Medienberichten für ein Recht auf Asyl, gegen die Art ihrer Unterbringung und gegen die Residenzpflicht. Diese schreibt Asylbewerbern vor, den Landkreis, in dem sie registriert sind, nicht zu verlassen. Nachdem sie zuerst nur auf Nahrung verzichteten, trinken sie inzwischen auch nichts mehr.

ric/afp

Innenministerium will keine Asyl-Ausnahmen machen
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/innenministerium-zu-fluechtlingen-vor-brandenburger-tor-a-928820.htm....>

Load-Date: November 15, 2013

End of Document

Europas Versagen

SPIEGEL ONLINE

03. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 1002 words

Byline: Hans-Jürgen Schlamp

Highlight: Mehr als 100 Flüchtlinge sterben vor der Mittelmeerinsel Lampedusa, als ihr Boot sinkt. Die Tragödie zeigt wieder einmal auf furchtbare Weise, dass Europas Flüchtlingspolitik gescheitert ist.

Body

Es müssen apokalyptische Szenen gewesen sein: 500 Menschen stürzen von einem brennenden Boot ins Meer, viele von ihnen können nicht schwimmen. Was am Donnerstag vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa passierte, erschüttert nun ganz Europa.

Mehr als hundert Menschen kamen bei dem Flüchtlingsdrama ums Leben, darunter auch Kinder, Hunderte werden vermisst. Es ist das zweite Drama innerhalb weniger Tage; bereits am Montag waren 13 Flüchtlinge vor der Küste Siziliens ertrunken, als sie versuchten, zum Ufer zu schwimmen.

Jetzt liegen die Leichen aufgebahrt in Lampedusa, Europas südlichem Vorposten im Mittelmeer. "Kommen Sie her", fordert die verzweifelte Bürgermeisterin Lampedusas Italiens Regierungschef Enrico Letta auf, "helfen Sie uns Leichen zählen".

Die kleine Insel, die näher an Tunesien als am italienischen Mutterland liegt, fühlt sich alleingelassen - und das nicht zum ersten Mal. Seit 1999 strandeten dort über 200.000 Menschen aus Afrika und Asien, geflüchtet vor Bürgerkrieg, Hunger und Elend. Man schätzt, dass zehn bis zwanzigtausend Menschen bei der Überfahrt ihr Leben verloren.

In diesem Jahr kommen mehr denn je: Aus Somalia, wo kriminelle Banden jeden Tag Terror und Tod verbreiten, aus Eritrea, wo es keine Zukunft gibt, aus Ägypten, Libyen, Tunesien, wo der anfangs gefeierte "Arabische Frühling" für viele längst zum Alptraum wurde. 22.000 Flüchtlinge erreichten seit Januar Lampedusas Küste.

Die Insel ist ein Symbol. Ein Symbol für das Scheitern der gesamten europäischen Flüchtlingspolitik.

"Raum der Freiheit und Sicherheit"

Der Versuch, populistische Thesen ("Das Boot ist voll!") mit einer ethisch halbwegs sauberen Migrationspolitik zu verbinden, hat sich längst als Sackgasse erwiesen. Es will nur niemand zugeben, weil man keine andere Lösung hat. Deshalb reisen, an solchen Schreckenstagen wie dem heutigen Donnerstag, Politiker aus den Hauptstädten an die Orte des Grauens, verkünden Mitgefühl und versprechen politische Konsequenzen.

Europas Versagen

So kündigte die zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström an, dass die Identifizierung und Rettung von Flüchtlingsbooten in Seenot verbessert werden soll. Zudem müsse der Dialog mit den Ländern vertieft werden, aus denen die Flüchtlinge stammten und durch die sie reisten. Und sie appellierte zugleich an die EU-Mitgliedstaaten, mehr für Asylsuchende zu tun.

Das klingt gut. Aber Frau Malmström weiß, wie alle damit befassten Politiker, dass die Probleme so nicht zu lösen sind. Das zeigt die Historie. Die schon 1999 im Amsterdamer Vertrag beschlossene gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik hat nie funktioniert.

Europa ist nicht der damals verheißene "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" geworden, der jedem Flüchtling ein gleiches faires Asylverfahren garantiert und unverhältnismäßige Lasten der Aufnahmeländer solidarisch verteilt. Wie denn auch? Es ging in der Praxis immer nur darum, möglichst wenige der aus Süden und Osten einströmenden Menschen aufnehmen zu müssen. Das Motto: Jeder für sich und alle gemeinsam gegen jene, die da zu uns kommen wollen.

Die Fiktion von der "Festung Europa"

Die Südländer - Italien, Spanien, Griechenland - fühlten sich als erste Anlaufstationen für die transkontinentale Migration besonders betroffen und arbeiteten schnell auf eigene Faust. Theatralisch reisten Politiker, allen voran Silvio Berlusconi während seiner vier Regentschaften in Rom, durch Nordafrika, huldigten Präsidenten und Diktatoren, herzten Libyens regierenden Obristen und schlossen reihenweise Verträge ab: Wir zahlen euch Geld, schenken euch Schnellboote und andere Waffen und ihr haltet uns die Flüchtlinge vom Hals. Wie ihr das macht, ist uns relativ egal.

Jene, die trotzdem durchkamen und auf einem Schrottboot die riskante Fahrt übers Meer wagten, wurden oftmals schon auf See abgefangen und zurückgeschickt. Dabei wurde das europäisch verbrieftete Recht, einen Asylantrag zu stellen, schlicht ausgehebelt. In der Folge sank die Zahl der Asylanträge in Europa zwischen 1992 und 2007 von 460.000 auf nur noch 220.000.

Entgegen all den schönen Ankündigungen, bauten die EU-Partner an der "Festung Europa". Und wenn es gelegentlich allzu hart zugeht, sprach man Worte des Bedauerns oder vertuschte den Vorgang.

"Eine Schande"

Da konnte der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen genauso heftig kritisieren wie Amnesty International oder die Caritas: Die EU-Länder focht das nicht an. Deutschland hielt sich den Flüchtlingstreck durch die Dublin-Verordnung fern, nach der ein Asylsuchender in dem Mitgliedstaat, den er zuerst betreten hat, seinen Asylantrag stellen muss. Wer also via Italien oder Griechenland nach Deutschland kommt und - womöglich begründet - um Asyl bittet, wird in der Regel einfach dorthin zurückgebracht.

Doch auch das immer feinmaschigere Netz - inklusive Radar- und Satellitenkontrolle des Mittelmeers - hat nicht verhindert, dass Millionen von Menschen aus den Armuts- und Kriegsgebieten der Erde fliehen, die Ersparnisse ihrer Familien dabei opfern und ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen. Solange sie daheim keine Zukunft haben, ja nicht einmal sicher sein können, den nächsten Tag zu überleben, werden diese Menschen sich aufmachen. Dorthin, wo es besser ist - oder zumindest besser sein könnte.

Die meisten von ihnen bleiben in den Lagern der überforderten Nachbarländer. Aber andere ziehen weiter, Richtung Europa. Durch die Anti-Flüchtlingsverträge der nordafrikanischen Staaten mit Europas Südländern stiegen die Preise für die Überfahrten, denn es mussten ja zusätzlich Offizielle in jenen Ländern bestochen werden. Und auch das Risiko stieg, denn die Schleuser brachten die Menschen nicht mehr an Land, sondern nur in Strandnähe. Für die zahlreichen Nichtschwimmer unter den Flüchtlingen ist das fatal.

Das alles führt geradezu zwangsläufig zu Katastrophen wie heute in Lampedusa. "Eine Schande", empörte sich Papst Franziskus. Er hat recht.

Europas Versagen

Load-Date: October 4, 2013

End of Document

Politiker stellen sich hinter Flüchtlinge

SPIEGEL ONLINE

21. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 388 words

Highlight: Proteste gegen eine Asylunterkunft im Berliner Osten sorgen für hässliche Szenen. Nun haben sich die Bundestagskandidaten von sechs Parteien geschlossen hinter die Flüchtlinge gestellt - sie fürchten, dass die Stimmungsmache von rechts außen weitergeht.

Body

Berlin - Der Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf sorgt nach dem Streit über die Asylunterkunft bundesweit für Schlagzeilen. Nach den Anfeindungen gegenüber neuen Flüchtlingen haben sich die Direktkandidaten von sechs Parteien hinter die Asylsuchenden gestellt: "Schwer traumatisierte Menschen aus Bürgerkriegsländern verdienen den Schutz, die Hilfe und den Beistand unserer Gesellschaft", heißt es in einem Aufruf der Kandidaten, den sie am Mittwochabend veröffentlichten.

"Wir verwahren uns gegen die empörenden Versuche von Rechtsextremisten, ausländerfeindliche Stimmung zu schüren und Wahlkampf auf dem Rücken der verstörten und traumatisierten Flüchtlinge zu machen."

Die Initiative tragen gemeinsam Monika Grütters (CDU), Iris Spranger (SPD), Stefan Ziller (Grüne), Tom Wesener (FDP), Björn Glienke (Piraten) sowie Petra Pau (Linke), die derzeit gewählte Direktkandidatin des Wahlkreises. Sie hätten Verständnis für die Sorgen vieler Anwohner vor Veränderungen, die das neue Flüchtlingsheim mit sich bringen könne, erklären die Kandidaten. Sie seien sich aber sicher, "dass gerade auch der Kontakt der Flüchtlinge mit den Anwohnern zur Entspannung beitragen kann". Als "überzeugte Demokraten" stellen sich die sechs Kandidaten "gegen Rassismus und menschenverachtende Äußerungen".

Rund 40 NPD-Anhänger hatten am Dienstagabend in Hellersdorf gegen das Heim protestiert, in dem seit Montag unter anderem Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und vom Balkan untergebracht sind. Dabei war es zu Zusammenstößen mit der Polizei und Gegendemonstranten gekommen. Am Mittwoch standen sich wieder rechte und linke Demonstranten in der Nähe des Hellersdorfer Heims und andernorts in Berlin gegenüber.

Auch bei einer Kundgebung der Rechtspopulisten von Pro Deutschland am Mittwoch in Berlin-Mitte zeigten sich die Berliner Spitzenkandidaten von CDU, SPD, Linke und Grünen einträchtig bei der Gegendemonstration.

Weitere Politiker positionierten sich gegen die Proteste von rechts außen in der Hauptstadt. Als "menschenverachtend" und "unerträglich" verurteilte die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, Böhmer, die ausländerfeindlichen Kundgebungen. "Rechtsradikale Hetze und Parolen gegen Asylbewerber und Flüchtlinge kritisiere ich auf das Schärfste", erklärte sie.

Politiker stellen sich hinter Flüchtlinge

fab/AFP

Load-Date: September 18, 2013

End of Document

[Union und SPD wollen Asylverfahren verkürzen;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/union-und-spd-wollen-
asylverfahren-verkuerzen-a-933352.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/union-und-spd-wollen-asylverfahren-verkuerzen-a-933352.html)

SPIEGEL ONLINE

13. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 635 words

Highlight: Die Asylverfahren in Deutschland sollen beschleunigt werden. Union und SPD haben sich bei ihren Koalitionsverhandlungen darauf geeinigt, dass künftig nach drei Monaten über Anträge entschieden wird. Insgesamt stocken die Gespräche jedoch in vielen Bereichen.

Body

Berlin - Immer mehr Flüchtlinge kommen nach Deutschland und müssen sich teils quälend langwierigen Verfahren unterziehen. Union und SPD wollen diese Prozedur nun deutlich beschleunigen. "Wir wollen Asylverfahren auf drei Monate verkürzen", sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), am Mittwoch in Berlin. Darauf habe sich die Unterarbeitsgruppe für Migration und Integration bei den Koalitionsverhandlungen am Dienstag in ihrer abschließenden Sitzung verständigt.

Einigkeit herrschte in der Runde demnach auch darüber, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das die Asylanträge bearbeitet, dafür mehr Personal braucht. Laut BAMF-Angaben dauern die Verfahren im Durchschnitt acht Monate, viele Fälle ziehen sich jahrelang hin.

In den vergangenen Monaten stieg die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, stark an. Unter anderem in Berlin machten Flüchtlinge öffentlich immer wieder auf ihre unsichere Situation aufmerksam.

Stärkere Kontrollen, Abschlüsse und Transparenz

Ein weiteres Ergebnis der Koalitionsverhandlungen: Krankenhauspatienten sollen besser vor Behandlungsfehlern, Qualitätsmängeln und Korruption geschützt werden. Dieser Plan soll durch stärkere Kontrollen, Abschlüsse und Transparenz umgesetzt werden. Korruption im Gesundheitswesen soll besser bestraft werden können. Mehr Sicherheit für Patienten soll es auch bei Implantaten geben. Das sehen Entwürfe der Arbeitsgruppe Gesundheit vor, die der Agentur dpa vorlagen.

Klinikkontrollen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) sollen die Prüfungen durchführen. Ein neues Qualitätsinstitut soll Listen mit Klinikvergleichen erstellen und führen, die auch online einsehbar sind. Sicherheitschecklisten sollen Standard werden, um Fehler bei Operationen zu vermeiden.

Union und SPD wollen Asylverfahren verkürzen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/union-und-spd-wollen-asylverfahren-verkuerzen-a-933352.html>

Gegen Korruption bei Ärzten, Pharmavertretern und anderen Gesundheitsberufen soll ein neuer Straftatbestand der Bestechlichkeit und Bestechung im Strafgesetzbuch eingeführt werden, wie es in einem weiteren AG-Entwurf heißt. Zwei Tage vor der Bundestagswahl waren bisherige Pläne gegen Ärztekorruption im Bundesrat gescheitert.

Verhandlungen gerieten ins Stocken

Kurz vor Beginn der großen Runde in Berlin haben sich Union und SPD gegenseitig den Schwarzen Peter für das Stocken der Verhandlungen zugespielt. Im Vordergrund dabei: der Ärger um die Maut-Gebühren. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt mahnte, wenn die SPD eine Große Koalition wolle, müsse sie "auf dem Pfad der Konstruktivität" bleiben. CSU-Verkehrsminister Peter Ramsauer warf den Sozialdemokraten eine "störrische Haltung" vor.

Auf der Seite der Sozialdemokraten hieß es, die Gespräche seien an einen "Tiefpunkt" gekommen. SPD-Fraktionsvize Elke Ferner betonte jedoch, es sei im Moment nicht die SPD, die zur Besserung beitragen müsse. Man sei eben nach der Anfangseuphorie in den "Mühen der Ebene" angekommen, sagte die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU).

Auch in der Frage der Gleichstellung homosexueller Partnerschaften gab es Streit zwischen den Verhandlungspartnern. Das Thema solle jedoch nicht auf die lange Bank geschoben werden, forderten die Interessenvertretungen von Schwulen und Lesben in Union und SPD gemeinsam: "Wir appellieren an die Verhandlungsführer in den Koalitionsverhandlungen, die Gleichstellung von Lebenspartnern endlich abschließend umzusetzen und sich nicht auf Formelkompromisse zurückzuziehen."

Nach getrennten Vorgesprächen setzten sich Union und SPD am späten Mittwochvormittag in der CDU-Parteizentrale erneut in großer Runde zusammen. Themen sollen unter anderem die Volksentscheide, die Bankenregulierung in Europa, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Bildung, Wissenschaft und Forschung sein.

fab/vek/dpa/AFP

Load-Date: November 15, 2013

Seehofer zieht Konsequenzen aus Hungerstreik-Drama

SPIEGEL ONLINE

02. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 512 words

Byline: Björn Hengst

Highlight: Bayerns Ministerpräsident Seehofer reagiert auf den Hungerprotest in München: Er will die Situation von Asylbewerbern im Freistaat verbessern. Nach Informationen von SPIEGEL ONLINE soll unter anderem die Unterbringung von Flüchtligen in Wohnungen stärker gefördert werden.

Body

Es gab nur ein einziges Thema, das die Koalitionsspitzen der bayerischen Landesregierung bei ihrem außerordentlichen Treffen am Montagabend auf der Tagesordnung hatten: die Asylpolitik und die Lebensbedingungen für Flüchtlinge im Freistaat.

Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hatte das Treffen einberufen, Grund war der tagelange Hungerstreik von rund 50 Flüchtlingen auf dem Münchner Rindermarkt. Die Polizei hatte den Protest am frühen Sonntagmorgen mit der Räumung des Flüchtlingslagers beendet, zu diesem Zeitpunkt galt der Gesundheitszustand mehrerer Flüchtlinge als kritisch. Sie hatten die sofortige Anerkennung als politisch Verfolgte gemäß Artikel 16a des Grundgesetzes gefordert und unter anderem ihr "Leben in Isolationslagern" beklagt.

Die Regierung aus CSU und FDP will die Situation für Flüchtlinge im Freistaat jetzt spürbar verbessern, wie SPIEGEL ONLINE aus Koalitionskreisen erfuhr. Demnach soll die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern künftig forciert werden, also die Unterbringung in Wohnungen.

Derzeit leben in Bayern viele Flüchtlinge in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften, die Situation in diesen Gruppenzimmern gilt in der Regel als schwierig. Andere Bundesländer sind von dieser Form der Unterbringung inzwischen abgerückt; Bayern wurde für sein Festhalten an den Gemeinschaftsunterkünften wiederholt kritisiert. Zuletzt erklärte die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl, der Freistaat sei mit seiner Flüchtlingspolitik "einsamer Spitzenreiter der Hartherzigkeit".

Verstärkte dezentrale Unterbringung

In den kommenden Wochen sollen nun unter anderem Gespräche mit Kirchen und Sozialverbänden geführt werden, um Möglichkeiten für eine verstärkte dezentrale Unterbringung auszuloten, hieß es. Auch die Situation in den Gruppenzimmern soll nach dem Willen der Seehofer-Regierung verbessert werden. Dies soll durch eine intensivere Betreuung durch Sozialarbeiter gewährleistet werden. Ebenso gibt es den Plan, die Zahl von

Seehofer zieht Konsequenzen aus Hungerstreik-Drama

Hausmeistern in den Gemeinschaftsunterkünften zu erhöhen. Mehr Personal könnte dazu beitragen, Konflikte in den Unterkünften zu vermeiden oder frühzeitig zu entschärfen, hieß es.

Die Asylpolitik soll demnach noch vor der Sommerpause Thema im Kabinett werden. Es gehe jetzt unter anderem um die Frage, welche zusätzlichen Finanzmittel für die Sozialverbände zur Verfügung gestellt würden.

Bayern werde sich zudem auf Bundesebene dafür starkmachen, die personelle Ausstattung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu verbessern, hieß es. Das BAMF entscheidet über Asylanträge, die Bearbeitungsdauer der Asylverfahren lag im vergangenen Jahr nach BAMF-Angaben im Durchschnitt bei rund zwölf Monaten.

Die treibende Kraft innerhalb der bayerischen Landesregierung für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen war zuletzt die FDP. Thomas Hacker, Fraktionschef der Liberalen im bayerischen Landtag, sagte am Dienstag SPIEGEL ONLINE "Der FDP ist es ein wichtiges Anliegen, die Situation von Flüchtlingen und Asylbewerbern weiter zu verbessern."

Load-Date: July 23, 2013

End of Document

Der Angstwahlkampf der Rechtsextremen

SPIEGEL ONLINE

22. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 1085 words

Byline: Anna-Lena Roth

Highlight: Im Wahlkampf schüren die rechten Parteien die Angst vor Asylbewerbern. Sie nutzen die Ausschreitungen in Berlin und Duisburg und predigen fleißig das Märchen von der Flüchtlingsschwemme. Dabei sprechen die Fakten klar gegen sie.

Body

Berlin - Die NPD hat ihr Wahlkampfthema gefunden. Dank Duisburg. Dank Berlin. In beiden Städten machen die Rechtsextremen Stimmung gegen Asylbewerber, ihre platten Parolen fallen teils auf fruchtbaren Boden: Flüchtlinge werden als Kriminelle beschimpft, mit Hitlergruß in der Nachbarschaft willkommen geheißen. Nicht nur von Mitgliedern der rechten Parteien. Sondern auch - und das ist das eigentlich Dramatische an den aktuellen Ereignissen - von verängstigten Bürgern.

Die NPD schürt diese Ängste. "Maria statt Scharia" steht auf ihren Plakaten. Oder: "Geld für die Oma statt für Sinti & Roma". Asylbewerber als Schmarotzer: Es ist dieses Bild, das die NPD in den Wahlkampf trägt. Und nach Einschätzung von Meinungsforschern das einzige Thema, mit dem die Partei bei den Wahlen punkten könnte - das Thema Euro-Krise hat sich die AfD zu eigen gemacht.

In Mecklenburg-Vorpommern haben die Rechtsextremen bereits im Juli eine Tour unter dem Motto "Asylflut stoppen" veranstaltet. Die Rechtspopulisten von Pro Deutschland touren derzeit durchs Land, im Gepäck schlechte Witze über Türken und rassistische Reden. Die NPD ändert nach den Eskalationen im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf ihre Route im Wahlkampf, um am kommenden Samstag erneut auf dem Alice-Salomon-Platz Stimmung zu machen.

"Neonazis schaden unserem Vaterland", sagte Innenminister Hans-Peter Friedrich der "Rheinischen Post". Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) warnte auf "Der Westen" vor einem rechtsextremen Potential, "das fremdenfeindlich agiert und auch vor schlimmsten Taten nicht zurückschreckt".

Die Rechten gehen mit dem Märchen von der Asylantenschwemme auf Stimmenfang. Nur: Stimmt es?

In **Deutschland** ist die Zahl der Asylbewerber **so hoch wie seit 1999 nicht mehr**: Allein im Juli haben 9516 Flüchtlinge einen Asylerstantrag in Deutschland gestellt, seit Beginn des Jahres waren es insgesamt 52.754 - ein Zuwachs von 90 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Als das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Mitte

Der Angstwahlkampf der Rechtsextremen

August die aktuellen Zahlen präsentierte, nannte Innenminister Friedrich sie alarmierend. Doch tatsächlich liegen sie deutlich unter den Rekordjahren.

Mitte der Achtziger kamen immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland, darunter nicht nur politisch Verfolgte, sondern Menschen aus allen Krisenregionen der Welt. 1985 waren es 55.000, 1992 beantragten 438.000 Menschen Asyl. Ein Jahr später wurde das Asylrecht überarbeitet: Wer über einen "sicheren Drittstaat" einreist, so hieß es, muss dorthin wieder zurück. Die Zahlen sanken. Und stiegen erst 2010 wieder stark an - 56,6 Prozent der Anträge wurden abgelehnt, nur 1,3 Prozent der Antragsteller wurden als Asylberechtigte anerkannt.

International sieht es so aus: **Malta** (5000 Asylbewerber pro Million Einwohner), **Schweden** (4600) und **Österreich** (2100) liegen klar vor Deutschland, wo 2012 auf eine Million Einwohner 945 Asylbewerber kamen. Auch die **Schweiz**, die wegen ihrer rigiden Regeln für Flüchtlinge in der Kritik steht, hatte im vergangenen Jahr eine deutliche höhere Quote als Deutschland: 3575 Asylbewerber pro Million Einwohner.

Die meisten Asylbewerber in Deutschland sind aus **Russland, Syrien, Afghanistan** und **Serbien** geflohen, vor Verfolgung und Hunger, vor Krieg, vor der Todesangst in ihren Heimatländern. Zehntausende kommen jedes Jahr in die 19 Erstaufnahmeeinrichtungen in Deutschland. In das reiche, in das sichere Land.

Das Land, in dem das Asylrecht im **Grundgesetz** verankert ist: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", heißt es in **Artikel 16a**. Gemeint sind Menschen, die vom Staat verfolgt werden oder denen dies bei einer Rückkehr in ihre Heimat droht. Sogenannte asylerhebliche Merkmale sind laut der Genfer Flüchtlingskonvention die Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe und die politische Überzeugung. Allgemeine Notsituationen - wie Armut, Bürgerkriege, Naturkatastrophen oder Arbeitslosigkeit - sind als Gründe für eine Asylgewährung ausgeschlossen.

Wer in Deutschland Recht auf Asyl hat, entscheidet das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (BAMF). Wird der Antrag anerkannt, erhalten die Betroffenen eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis, die anschließend in eine Niederlassungserlaubnis umgewandelt werden kann. Von Januar bis Juni 2013 erkannte das BAMF 348 Menschen als Asylberechtigte an - und lehnte die Anträge von 12.614 Flüchtlingen ab.

Die Behörde kann den Antragstellern aber nach Paragraph 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) auch **Flüchtlingsschutz gewähren** - in den vergangenen sechs Monaten war dies bei 4431 Menschen der Fall. Bei weiteren 16,8 Prozent wurden **Abschiebungsverbote** festgestellt, das heißt, die Betroffenen dürfen nicht in ihr Heimatland zurückgeschickt werden, auch wenn die Bundesrepublik noch nicht abschließend über ihren Asylantrag entschieden hat.

Im Durchschnitt dauert es laut BAMF rund acht Monate, bis über einen Asylantrag entschieden wird. Monate, in denen Menschen mit oft tragischen Schicksalen auf engstem Raum hausen. "Menschenunwürdig", "Isolation", "Knast": Immer wieder gibt es teils heftige Kritik an der Art der Unterbringung, die Betroffenen selbst machen mit Hungerstreiks auf ihre Lage aufmerksam - zuletzt war dies in München der Fall.

Nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** (AsylbLG) haben die Antragsteller unter anderem ein Recht auf eine Unterkunft samt Heizung, auf Lebensmittel, Kleidung und ärztliche Behandlung. Für "persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens" bekommen sie laut BAMF **bis zu 137 Euro pro Monat**.

Bis über den Antrag entschieden wird, ist den Asylbewerbern der Aufenthalt in Deutschland erlaubt ("**Aufenthaltsgestattung**") - frei bewegen dürfen sie sich jedoch nicht. Deutschland ist das einzige EU-Land, in dem die sogenannte **Residenzpflicht** gilt: Das heißt, die Betroffenen dürfen sich ohne - teilweise kostenpflichtige - Erlaubnis nicht aus dem von der zuständigen Behörde festgelegten Bereich entfernen: Mal ist das ein Bundesland, mal nur ein Regierungsbezirk. Wer dagegen verstößt, muss mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe rechnen.

Umstritten ist auch die **Dublin-II-Verordnung** von 2003, denn sie macht es Deutschland leicht, Flüchtlinge in EU-Länder zurückzuschicken: Sie schiebt die Zuständigkeit für Asylverfahren auf den Mitgliedsstaat, in den der Flüchtling zuerst eingereist ist - also vor allem die Küstenländer Italien, Griechenland und Spanien.

Der Angstwahlkampf der Rechtsextremen

Load-Date: September 18, 2013

End of Document

Italiens Präsident fordert neue Asylgesetze

SPIEGEL ONLINE

04. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 769 words

Highlight: Nach dem Flüchtlingsdrama vor Lampedusa herrscht in Italien Staatstrauer. Präsident Napolitano fordert eine neue Asylpolitik. Die Gesetze müssten den Grundprinzipien von Menschlichkeit und Solidarität entsprechen.

Body

Rom - Das Flüchtlingsdrama vor der Küste der italienischen Insel Lampedusa hat mindestens 133 Menschen das Leben gekostet. Doch die Zahl der Toten wird vermutlich weiter steigen: Es werden noch immer viele Menschen vermisst.

Das Boot mit etwa 500 Passagieren aus Nordafrika an Bord hatte im Mittelmeer vor der Nachbarinsel Isola dei Conigli Feuer gefangen und war dann gekentert. 155 Menschen konnten von der Küstenwache in Sicherheit gebracht werden, andere versuchten, sich selbst über Wasser zu halten.

Die italienische Marine unterstützt nun die Such- und Bergungsarbeiten. Die Korvette "Chimera" habe Kurs auf die Unglücksstelle genommen, teilte die Marine nach Angaben der italienischen Nachrichtenagentur Ansa am Donnerstagabend mit. Auch das Patrouillenboot "Cassiopea" sei mit Tauchern unterwegs, um die Bergungsarbeiten zu unterstützen.

Angesichts des Unglücks fordert Staatspräsident Giorgio Napolitano jetzt eine Überprüfung der Gesetzeslage. Normen, die eine Aufnahmepolitik verhinderten, sollten geändert werden, sagte er laut Ansa in einem Interview mit Radio Vatikan. Die Gesetze müssten Italien würdig sein und den Grundprinzipien von Menschlichkeit und Solidarität entsprechen.

In Italien erhält mehr als jeder dritte Flüchtling eine Aufenthaltserlaubnis - so hoch ist die Quote in nur wenigen anderen EU-Staaten -, aber die Menschen sind sich selbst überlassen. Wenige finden Arbeit und eine Unterkunft. Sie vegetieren in Parks oder in Slum-Siedlungen ohne medizinische Versorgung. Die Flüchtlinge sind Ziel rechtsradikaler Angriffe. Männer arbeiten für wenig Geld auf den Feldern oder auf dem Bau. Frauen prostituieren sich.

"Sie hören nicht auf, weitere Leichen zu bringen"

Auf dem Schiff, das nun vor Lampedusa gesunken ist, sollen Migranten eine Decke angezündet haben, um dadurch ein Fischerboot in der Nähe auf sich aufmerksam zu machen. Das Feuer breitete sich aus, das Schiff kenterte. Das tunesische Innenministerium teilte mit, das Boot sei in Libyen aufgebrochen und auf seinem Weg

Italiens Präsident fordert neue Asylgesetze

nach Lampedusa an der tunesischen Hafenstadt Sfax vorbeigefahren. Die Flüchtlinge sollen überwiegend aus Somalia und Eritrea stammen. Sie waren nach Angaben von Geretteten vor zwei Tagen in der libyschen Hafenstadt Misurata gestartet.

Bewegende Fernsehbilder zeigten, wie Rettungsteams in dem kleinen Hafen von Lampedusa eingehüllte Leichen nebeneinander aufbahrten. "Unglücklicherweise brauchen wir keine Krankenwagen mehr, sondern Särge", berichtete der örtliche Arzt Pietro Bartolo. "Es ist ein Horror", sagte Bürgermeisterin Giusi Nicolini nach dem zweiten Flüchtlingsdrama innerhalb weniger Tage. "Sie hören nicht auf, weitere Leichen zu bringen."

Innenminister Angelino Alfano reiste nach einem Treffen mit Regierungschef Enrico Letta nach Lampedusa, um sich selbst ein Bild von der Lage zu machen. Letta bezeichnete den Tod der Migranten als "ungeheure Katastrophe". Die Minister von Alfanos PdL-Partei sagten eine geplante Pressekonferenz ab. Für Freitag wurde in Italien Staatstrauer angeordnet.

"Beten wir für die Opfer des tragischen Schiffbruchs vor Lampedusa", schrieb Papst Franziskus auf Twitter. Die erneute Flüchtlingstragödie sei eine Schande. Der Papst hatte Lampedusa vor zwei Monaten besucht und auf das Schicksal der Flüchtlinge als Folge einer "Globalisierung der Gleichgültigkeit" aufmerksam gemacht.

2013 kamen mehr Flüchtlinge denn je

Die Staatsanwaltschaft eröffnete ein Ermittlungsverfahren, einer der mutmaßlichen Schleuser wurde Medienberichten zufolge bereits festgenommen. "Eine enorme Tragödie, für die es keine Worte gibt", sagte Vize-Innenminister Filippo Bubbico.

Bei gutem Wetter versuchen immer wieder Flüchtlinge, die europäischen Küsten zu erreichen. Oft endet die Überfahrt auf den kaum seetüchtigen Booten für einige tödlich. Erst am Montag waren 13 Menschen vor der Küste Italiens ertrunken.

Die kleine Insel Lampedusa, die näher an Tunesien als am italienischen Mutterland liegt, fühlt sich alleingelassen - und das nicht zum ersten Mal. Seit 1999 strandeten dort über 200.000 Menschen aus Afrika und Asien, geflüchtet vor Bürgerkrieg, Hunger und Elend. Man schätzt, dass zehn- bis zwanzigtausend Menschen bei der Überfahrt ihr Leben verloren.

In diesem Jahr kommen mehr denn je: Aus Somalia, wo kriminelle Banden jeden Tag Terror und Tod verbreiten, aus Eritrea, wo es keine Zukunft gibt, aus Ägypten, Libyen, Tunesien, wo der anfangs gefeierte "Arabische Frühling" für viele längst zum Alptraum wurde. 22.000 Flüchtlinge erreichten seit Januar Lampedusas Küste.

ler/dpa

Load-Date: October 4, 2013

[Italienische Marine rettet fast 400 Flüchtlinge;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/bootsunglueck-italienische-marine-rettet-fast-400-fluechtlinge-a-936468.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/bootsunglueck-italienische-marine-rettet-fast-400-fluechtlinge-a-936468.html)

SPIEGEL ONLINE

29. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 222 words

Highlight: Eine Tragödie wie vor Lampedusa ist ihnen erspart geblieben: Italiens Marine hat 370 Bootsflüchtlinge aus Afrika aus der Seenot befreit. Auch vor der libyschen Küste wurden rund 300 Migranten auf Schiffen gestoppt und in Gefangenenlager gebracht.

Body

Rom - Rund acht Wochen nach dem Flüchtlingsdrama vor der Insel Lampedusa hat die italienische Marine 370 Migranten aus Seenot gerettet. Die Flüchtlinge seien auf vier Schiffen unterwegs gewesen und dann in Schwierigkeiten geraten, teilte die Marine am Freitag mit. Die Menschen seien nach Sizilien gebracht worden. Anfang Oktober hatte ein Schiffbruch vor der Insel Lampedusa mit mehr als 360 Toten für Entsetzen gesorgt.

Weiter südlich stoppte die libysche Küstenwache Boote mit rund 300 afrikanischen Migranten in ihren Hoheitsgewässern. Die Flüchtlinge stammten größtenteils aus Mali, Ghana, Senegal und Gambia. Sie wurden in Gefangenenlager der libyschen Behörde für illegale Migration gebracht.

Normalerweise reißt der Flüchtlingsstrom über das Mittelmeer nach Europa mit dem Winter ab, weshalb der Zeitpunkt der Rettungsaktion Ende November ungewöhnlich war. Die Migranten aus Afrika nutzen meist die wärmeren Sommer- und Herbstmonate, um die gefährliche Überfahrt zu wagen.

In diesem Jahr sind bereits mehr als 30.000 Migranten an den italienischen Küsten angekommen. Der Bürgerkrieg in Syrien und die Unruhen in Ägypten und anderen Länder Afrikas haben einen Flüchtlingsstrom nach Europa ausgelöst. Immer wieder kommt es bei den Überfahrten über das Mittelmeer zu tödlichen Unfällen.

ade/dpa/Reuters

Load-Date: November 30, 2013

Linke-Chef beschimpft Friedrich als Hassprediger

SPIEGEL ONLINE

09. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 507 words

Highlight: In Europa ist ein heftiger Streit über die Flüchtlingspolitik entbrannt. Die EU-Innenminister konnten sich nicht auf Änderungen der Asylpolitik einigen, gegen Neuerungen hatte sich auch Bundesinnenminister Friedrich ausgesprochen. Linkspartei-Chef Riexinger wirft ihm nun Stimmungsmache vor.

Body

Berlin - EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso will sich mit Überlebenden der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa treffen. Dazu reist der Politiker im Lauf des Tages gemeinsam mit EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström auf die italienische Mittelmeerinsel.

Sie folgen einer Einladung des italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta, der sich angesichts des anhaltenden Flüchtlingsstroms vor allem aus Afrika von seinen europäischen Partnern alleingelassen fühlt. Doch die EU-Innenminister hatten sich bei ihrem Treffen am Dienstag in Luxemburg trotz heftiger Kritik zu keiner umfassenden Änderung ihrer Asylpolitik durchringen können - besonders der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich hatte sich gegen Neuerungen ausgesprochen. Damit bleibt das Land, in dem ein Flüchtling die EU erreicht, für das Asylverfahren und die Unterbringung verantwortlich.

Linkspartei-Chef Bernd Riexinger wirft Friedrich in der "Mitteldeutschen Zeitung" nun vor, er nutze die Bootskatastrophe, "um Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen". "Ein Innenminister, der sich als Hassprediger betätigt, ist eine Gefahr für die innere Sicherheit." Der CSU-Politiker erzeuge ein Klima, "das braune Banden ermutigt".

Anlass sind dem Bericht zufolge Friedrichs Äußerungen über Armutswanderung in Europa. Der Minister hatte die EU-Kommission aufgefordert, gegen Sozialhilfe-Missbrauch durch Migranten in Europa vorzugehen. Viele deutsche Großstädte hätten inzwischen ein Problem mit der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. Ferner hatte Friedrich die Forderung des Präsidenten des Europa-Parlaments, Martin Schulz, und anderer Europa-Politiker nach einer stärkeren Aufnahme von Flüchtlingen durch Deutschland als unbegreiflich zurückgewiesen.

Rotes Kreuz appelliert an Deutschland

Die EU-Kommission hält die Sorge Deutschlands für unbegründet. Sozialkommissar László Andor hatte im SPIEGEL-ONLINE-Interview die Vorteile der Zuwanderung angesprochen. EU-Innenkommissarin Malmström sprach in Luxemburg von teils "stark übertriebenen" Bedenken. Grünen-Chefin Claudia Roth warf Friedrich Populismus vor.

Linke-Chef beschimpft Friedrich als Hassprediger

Taucher brachten derweil nach Angaben der Nachrichtenagentur Ansa auch am Dienstag Dutzende weitere Leichen an Land, die Zahl der Opfer des Unglücks vor Lampedusa stieg damit auf 289.

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) warnte inzwischen vor weiteren Flüchtlingskatastrophen vor den Toren Europas. "Für Asylsuchende muss es eine legale und sichere Möglichkeit geben, nach Europa einzureisen und hier Schutz zu suchen", sagte DRK-Vizepräsidentin Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg der "Rheinischen Post". "Solange dies nicht gewährleistet ist, sind weitere schreckliche Flüchtlingsdramen wie jetzt vor Lampedusa mit zahlreichen Todesopfern zu befürchten."

Deutschland müsse auch bereit sein, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen, fügte sie hinzu. Im Sinne einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik müssten allerdings die Flüchtlinge gerecht auf die einzelnen EU-Mitgliedstaaten verteilt werden.

ler/Reuters/dpa

Load-Date: October 9, 2013

End of Document

[Einmal Deutschland und zurück;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/tschetschenen-fluechtling-adlan-
einmal-deutschland-und-zurueck-a-932424.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/tschetschenen-fluechtling-adlan-einmal-deutschland-und-zurueck-a-932424.html)

SPIEGEL ONLINE

30. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 1012 words

Byline: Christina Hebel

Highlight: Tausende Menschen flüchten aus Tschetschenien nach Deutschland - vor Willkür, Überfällen und Gewalt. Der 36-jährige Adlan hatte es schon bis nach Hamburg geschafft. Nun droht sein Traum von einer sicheren Zukunft zu platzen.

Body

Hamburg/Berlin - "Mehr erwarten" steht auf Adlans T-Shirt. Er sitzt an einem Tisch, schiebt Frühstückskrümel der Kinder zusammen. Der 36-Jährige erzählt von maskierten Männern, die immer wieder mit ihren Kalaschnikows in sein Haus gekommen seien.

Adlan Mushabow* stammt aus einem Dorf in Tschetschenien, 15 Kilometer von Grosny entfernt, der Hauptstadt der russischen Teilrepublik. Von seinem früheren Leben ist ihm, seinen Kindern (sieben, acht, elf Jahre) und seiner Mutter (72) nicht viel geblieben: Einen Koffer, etwas Kleidung, ein Handy und einen Plastikbeutel mit Papieren hat er in die **Flüchtlingsunterkunft** im Nordosten Hamburgs mitgebracht.

Sein T-Shirt ist ein Werbegeschenk einer Bank. Als er den Schriftzug darauf übersetzt bekommt, nennt er seine Erwartung: "Endlich Ruhe. In Tschetschenien haben alle Angst, das ist kein Leben mehr."

Es sind Tausende, die wie Adlan aus Tschetschenien in den Westen fliehen (Mehr über das Schicksal der Tschetschenen hier). Bis Ende Oktober dieses Jahres haben 14.000 in Deutschland Asyl beantragt - das sind fast sieben Mal mehr als im gesamten Jahr 2012 und so viele wie aus keinem anderen Land.

"Wir werden dich töten"

Die zentrale Asylbehörde ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, und das tut sich schwer mit den Tschetschenen, die offiziell als Angehörige der Russischen Föderation gelten. Das Amt muss entscheiden, ob sich unter ihnen islamistische Terroristen befinden, ob jemand nur aus finanziellen Gründen kommt und wer Schutz verdient. Diesen bekommen die Flüchtlinge nach deutschem Recht nur, wenn sie politisch verfolgt werden und dies hinreichend belegen können.

Einmal Deutschland und zurück <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tschetschenen-fluechtling-adlan-einmal-deutschland-und-zurueck-a-932424.html>

Adlans Angst passt kaum in dieses Raster, auch wenn seine Familie jahrelang bedroht wurde, wie er sagt. Bewaffnete Männer hätten sein Haus regelmäßig auf der Suche nach Geld durchwühlt, sie forderten Tausende Rubel: "Du musst bezahlen, sonst werden wir dich töten." Adlan sagt, Anfang der neunziger Jahre habe seine Familie noch über Rücklagen verfügt. Die Mutter habe damals Wolle aus Usbekistan zu Mützen oder Schals verarbeiten lassen. Mit dem ersten Tschetschenien-Krieg 1994 sei das Geschäft vorbei gewesen.

Den maskierten Männern sei das egal gewesen, im Januar dieses Jahres hätten sie gebrüllt, sie würden das nächste Mal seine Kinder mitnehmen. Wer die Männer sind, wisse er nicht - nur, dass es Tschetschenen gewesen seien.

Said-Hassan Abumuslimow, nach Russlands erstem Tschetschenien-Krieg Vizepremier der Kaukasus-Republik, kennt diese Geschichten, er lebt in Berlin. Das Land sei ein Willkür-Regime: "Es wird erpresst, entführt, gefoltert und gemordet - und niemand wird zur Rechenschaft gezogen." Wladimir Putin lasse das zu. Der Staatschef unterstütze Präsident Ramsan Kadyrow jährlich mit 1,6 Milliarden Euro. Schließlich hat Kadyrow die Rebellen niedergeschlagen, die für die Abspaltung Tschetscheniens kämpften. Menschenrechtler sprechen von einer Friedhofsruhe in dem Land. Auch deshalb würden viele den Schleppern glauben, die behaupten, Deutschland würde Tschetschenen mit offenen Armen empfangen.

"Verschiebebahn" Europa

Adlan bricht im April mit seinen Kindern und der Mutter auf, von seiner Frau lebt er getrennt. Eine Tante gibt ihnen Geld, sie nehmen den Zug von Grosny nach Moskau, weiter nach Brest an die weißrussisch-polnische Grenze. Sieben Mal bittet Adlan Polens Grenzschrützer um Asyl: Dann dürfen er und seine Familie in die EU einreisen. Schon da sagen ihm die Beamten: "Sie haben keine Chance hier." Der Tschetschene aber glaubt, dass alles besser wird. Er stellt das erste Mal einen Asylantrag. Mitte Mai fährt ein Schlepper die fünf in einem Kleinbus für 1200 Euro nach Berlin, wo Verwandte der Familie wohnen. Adlan stellt einen zweiten Asylantrag in Deutschland, die Behörden bringen die Flüchtlinge in Hamburg unter.

Sie sind damit im "Verschiebebahn" Europa angekommen, wie der Berliner Flüchtlingsanwalt Bernward Ostrop sagt. Deutschland fühlt sich für die Menschen nicht zuständig. Die Behörden berufen sich auf das Dublin-II-Verfahren. Das EU-Recht besagt, dass der Mitgliedstaat für die Flüchtlinge verantwortlich ist, den sie als erstes betreten. Das sind fast immer die Länder an der Außengrenze - bei einem Großteil der Tschetschenen Polen (siehe Karte unten).

Doch dahin will Adlan nicht zurück. Er und andere tschetschenische Asylbewerber erzählen, dass Kadyrow-Spitzel Exilanten in Polen bedrohen würden - Belege dafür gibt es nicht. Sie kritisieren zudem die schlechten Bedingungen, welche die Helsinki-Föderation für Menschenrechte bestätigt: In Polen würden Asylbewerber teils in Haftzentren gesperrt. Mit ihren Zäunen würden sich diese wenig von Gefängnissen unterscheiden. Wärter würden Leibesvisitationen durchführen. Die medizinische Versorgung der oft traumatisierten Flüchtlinge sei schlecht, kritisiert auch ProAsyl. Viele Tschetschenen tauchten bei drohenden Abschiebungen nach Polen ab.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sagt dagegen, es lägen derzeit keine Erkenntnisse über Mängel in Polens Asylsystem vor. Adlan versteht das nicht.

Der dritte Antrag

Er bekommt Fieber, ist wochenlang müde, schließlich muss er ins Krankenhaus. Im September wird er an der rechten Niere operiert. Sein Ziel: Er will gesund werden und Deutsch lernen, um hier zu arbeiten. Was, das sei ihm egal, Hauptsache seine Familie finde Frieden.

Dazu kommt es nicht: Adlan wird Ende Oktober nachts mit seiner Familie abgeschoben - nach Polen rücküberstellt, wie es im Amtsdeutsch heißt. Bis heute sind sie im Nordosten Polens nahe der Grenze zum russischen Kaliningrad untergebracht.

Einmal Deutschland und zurück <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tschetschenen-fluechtling-adlan-einmal-deutschland-und-zurueck-a-932424.html>

Adlan stellt einen neuen Asylantrag in Polen, es ist der dritte. Sein deutscher Anwalt sagt, es werde eng. Das Nachbarland ist bekannt für seine rigide Abschiebepraxis. Es gibt bereits ein Schreiben der Behörden. Sollten keine weiteren Gründe für einen Aufenthalt in Polen vorliegen, soll die Familie abgeschoben werden - bis spätestens 23. Januar.

* Name geändert

Mitarbeit: Maximilian Popp

Load-Date: November 30, 2013

End of Document

EU drängt Malta zur Aufnahme schiffbrüchiger Migranten

SPIEGEL ONLINE

06. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 290 words

Highlight: Vor der Küste Maltas liegt ein Frachter mit 102 schiffbrüchigen **Migranten** - auch schwangere Frauen und ein Baby sind an Bord. Doch die Regierung in Valletta blockt den Frachter mit Kriegsschiffen ab. Die EU-Kommission pocht nun darauf, dass Malta die Menschen aufnimmt: Es sei "humanitäre Pflicht".

Body

Brüssel - Die für innere Sicherheit zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström hat Malta zur sofortigen Aufnahme von 102 schiffbrüchigen **Migranten** aufgefordert. "Zum derzeitigen Zeitpunkt ist es die humanitäre Pflicht der maltesischen Stellen, diese Personen an Land gehen zu lassen", heißt es in einer am Dienstag in Brüssel veröffentlichten Erklärung.

Malta verhindert bisher mit Kriegsschiffen, dass ein liberianischer Frachter die im Mittelmeer geretteten Menschen im Hafen Valletta absetzen kann. Die Regierung argumentiert, die Flüchtlinge seien sicher an Bord des Frachters und in internationalen Gewässern. Das Schiff sei von italienischer Seite abgewiesen worden und habe dann Kurs auf Malta genommen, berichteten maltesische Medien.

In Malmströms Erklärung hieß es hingegen, der Kapitän des Frachters habe die 102 Migranten auf See aufgenommen, damit seine Pflicht getan und anschließend die Fahrt zu seinem Zielhafen in Malta fortgesetzt. Unter den Geretteten befänden sich vier schwangere Frauen, eine verletzte Frau und ein fünf Monate altes Baby. "Es ist jetzt vor allem wichtig, das Leben des aufgenommenen Personen zu retten." Die Rechtslage könne später geklärt werden.

Der kleine Inselstaat sieht sich einer Rekordzahl an Flüchtlingen gegenüber. Allein im Juli sind rund 1000 Menschen in Malta angekommen. Die zahlreichen Flüchtlinge stellen die Mittelmeerranrainerstaaten der Europäischen Union vor große Herausforderungen. Internationalen Abkommen zufolge müssen Bootsflüchtlinge im Prinzip im nächstgelegenen Land aufgenommen werden.

Immer wieder kommt es bei der Flucht über das Meer zu Toten. Vergangene Woche ertranken etwa vor der türkischen Westküste 24 Flüchtlinge.

fab/dpa/Reuters

Load-Date: August 12, 2013

EU drängt Malta zur Aufnahme schiffbrüchiger Migranten

End of Document

Unterkünften für Flüchtlinge droht Überlastung

Spiegel Online

1. September 2012 Samstag 9:11 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: ASYLBEWERBER

Length: 524 words

Highlight: Nordrhein-Westfalen überlegt bereits, Hotelzimmer anzumieten: Weil so viele **Flüchtlinge** kommen, sind viele Einrichtungen für die erste Aufnahme voll oder fast voll. In Hamburg oder Thüringen wäre hingegen noch genug Platz.; <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/unterkuenfte-fuer-fluechtlinge-und-asylbewerber-ueberlastet-a-853394.html>

Body

Berlin - Der Platz wird knapp in manchen Bundesländern - zumindest was die erste Bleibe von neu ankommenden **Flüchtlingen** angeht. Da ihre Zahl gestiegen ist, sind mancherorts die Unterkünfte voll oder sogar überlastet. Das gilt etwa für Nordrhein-Westfalen und für Baden-Württemberg. Andere Länder wie Niedersachsen stehen kurz vor der Grenze ihrer Möglichkeiten. Anderenorts gibt es derweil noch genug Platz, wie eine Umfrage der dpa ergab.

Bundesweit ist die Zahl der Erstanträge auf Asyl stark gestiegen. Im Vergleich zum Juni kletterte der Wert im Juli um gut 15 Prozent auf 4498. Verglichen mit dem Juli 2011 war es ein Anstieg um fast 31 Prozent. Nach einer Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge werden in diesem Jahr mehr als 50.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Sie werden nach einem festgelegten Schlüssel auf die Länder verteilt. Dabei bleiben die Zahlen im Vergleich zu den neunziger Jahren aber niedrig. Zum Vergleich: 1995 lag die Zahl der Asylbewerber noch bei knapp 167.000.

Zahl der Flüchtlinge aus Syrien stieg im letzten Monat stark an

Die meisten Flüchtlinge versuchen, Gewalt und Bürgerkriegen in ihrer Heimat zu entkommen. Knapp 15 Prozent der heutigen Asylbewerber kommen aus Afghanistan, gut elf Prozent aus dem Irak und rund acht Prozent aus Syrien. Besonders die Zahl der Syrer, die vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat nach Deutschland fliehen, nimmt stark zu. Sie stieg im Juli um fast 57 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Baden-Württemberg hat seine zentrale Erstaufnahme-Einrichtung in Karlsruhe. "Ihre regulären Kapazitäten sind bereits voll ausgelastet. Die Lage ist angespannt", sagte ein Sprecher des Stuttgarter Integrationsministeriums. Einige Bewerber hat das Land deshalb in Ausweichunterkünften untergebracht. Im Südwesten stieg die Zahl der Asylanträge von rund 1900 im Jahr 2006 auf rund 5300 im Jahr 2011.

Ansturm in Nordrhein-Westfalen

Unterkünften für Flüchtlinge droht Überlastung

In Nordrhein-Westfalen erleben die Unterkünfte gerade einen Ansturm. Bei den vier Erstaufnahme-Einrichtungen gibt es Engpässe, wie in der vergangenen Woche bekannt wurde. Laut Landesregierung wird jetzt über eine fünfte Einrichtung nachgedacht. Auch könnten kurzfristig Hotelzimmer angemietet werden.

In Niedersachsen sind die Aufnahmestellen laut Landesregierung im Moment zu 92 Prozent ausgelastet. Man gehe aber nicht von Engpässen aus, sagte eine Sprecherin des Innenministeriums. In Hessen erklärte das Sozialministerium, damit die Kapazitätsgrenze in der zentralen Aufnahmestelle in Gießen nicht überschritten werde, würden die Menschen schneller an die Kommunen weitergeleitet.

Die Regierung in Sachsen erklärte, die Kapazität der zentralen Aufnahmeeinrichtung in Chemnitz sei "nicht überbeansprucht". Allerdings sei die Zahl der Aufgenommenen in letzter Zeit erheblich gestiegen. Freie Kapazitäten melden Thüringen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Hamburg und das Saarland.

In den sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben die Flüchtlinge meistens einige Tage. Dort werden die Akte angelegt und die Gründe für den Asylantrag aufgenommen. Anschließend werden die Bewerber auf die eigentlichen Unterkünfte der Länder verteilt.

juh/dpa

Load-Date: September 2, 2012

End of Document

[Auf der Flucht; http://www.spiegel.de/politik/ausland/tschetschenen-in-deutschland-auf-der-flucht-vor-dem-kadyrow-regime-a-933061.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/tschetschenen-in-deutschland-auf-der-flucht-vor-dem-kadyrow-regime-a-933061.html)

SPIEGEL ONLINE

15. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 270 words

Byline: Benjamin Bidder Christina Hebel

Highlight: Sie wollen nur noch weg: Tausende Tschetschenen kehren dem Regime von Präsident Kadyrow den Rücken. Sechs Flüchtlinge berichten von Willkür und Folter in ihrem Land. Ihre Hoffnung? Deutschland.

Body

Grosny/Hamburg/Berlin - Tausende Tschetschenen machen sich derzeit auf den Weg nach Deutschland. In den ersten zehn Monaten haben 14.000 Menschen aus der russischen Teilrepublik hier Asyl beantragt. Das sind fast siebenmal mehr als noch im gesamten Jahr 2012, wie die neuen Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zeigen.

Das Kaukasus-Land führt in diesem Jahr die deutschen Asylstatistiken an. Vielen Tschetschenen erscheint die Lage ein Jahrzehnt nach Ende des zweiten Kriegs mit den Russen ausweglos.

Präsident Ramsan Kadyrow hat die Rebellen, die Tschetschenen von Russland abspalten wollen, mittlerweile niedergedrückt. Kadyrow und sein Machtapparat regieren brutal und skrupellos, sagt Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina. Dafür überweist der Kreml jedes Jahr großzügig mehr als 1,6 Milliarden Euro nach Grosny. Es herrscht mittlerweile Friedhofsruhe in dem kleinen Land mit einer Million Einwohnern.

Darüber könnten auch die glänzenden Fassaden der neuen Wolkenkratzer und Moscheen im Land nicht hinwegtäuschen, sagt Said-Hassan Abumuslimow. Nach Russlands erstem Tschetschenen-Krieg war er Vizepremier der Kaukasus-Republik, mittlerweile lebt er in Berlin. Abumuslimow spricht von Willkür und Angst, die das Regime verbreite. "Die Menschen haben keine Hoffnung mehr."

Wie es ihnen ergeht, erzählen sechs Tschetschenen. Sie schildern, warum sie ihre Heimat in Richtung Deutschland verlassen. Nicht alle wollten sich fotografieren lassen oder ihren richtigen Namen nennen - aus Angst vor Verfolgung. Sie bangen nicht nur um sich, sondern auch um ihre Verwandten.

Load-Date: November 15, 2013

Die Freibad-Rassisten von Bremgarten

SPIEGEL ONLINE

09. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 933 words

Byline: Björn Hengst

Highlight: Ihre Unterkunft gleicht einer Hochsicherheitszone. Asylbewerber im Schweizer Ort Bremgarten müssen massive Einschränkungen hinnehmen. Der Besuch des Freibades ist tabu. Wer sich in dem Städtchen umsieht, stößt auf Barrikaden, Verbote, Schweigen.

Body

Die Wassertemperatur beträgt angenehme 23 Grad, die Bahnen im 50-Meter-Becken sind für Freizeit- und Sportschwimmer unterteilt, auf der Liegewiese spenden Sonnenschirme Schatten. Der Ort, der jetzt zum Sinnbild für eine menschenunwürdige Asylpolitik der Schweiz wurde, ist eigentlich ein erholsamer Platz. Man muss hier nur willkommen sein.

Ein Schild am Eingang des Freibades in Bremgarten macht auf die wichtigsten Regeln aufmerksam, so sind hier unter anderem "Essen, Trinken, Schlecken" an den Bassins nicht erlaubt. Die neueste Regel ist nirgendwo angeschlagen, aber dafür hat sie dem kleinen Ort mit rund 6500 Einwohnern im Kanton Aargau viel Aufmerksamkeit beschert - und Empörung im Ausland: Asylbewerber sind hier unerwünscht. Der britische "Independent" schrieb von "apartheid-ähnlichen Einschränkungen" für Flüchtlinge.

Das Badi-Verbot in Bremgarten ist Teil einer Vereinbarung, die der Ort mit dem Bundesamt für Migration (BFM) geschlossen hat. Neuerdings kann in der Schweiz der Bund ohne Zustimmung von Kantonen oder Gemeinden über die Eröffnung neuer Asylunterkünfte verfügen. In den sogenannten Bundeszentren sollen die Asylverfahren beschleunigt werden, aber der Widerstand gegen die Unterkünfte ist in vielen Orten groß. So wehrt sich die Gemeinde Bedretto im Tessin gegen die mögliche Unterbringung von rund 120 Asylbewerbern mit dem Argument, der dafür vorgesehene frühere Militärbunker auf rund 1700 Meter Höhe sei lawinengefährdet.

Die Schweiz nimmt vergleichsweise viele Flüchtlinge auf

Das Vorgehen in Bremgarten berührt eine sensible Frage: Wie geht man mit den Menschen um, die aus verschiedenen Gründen aus ihrer Heimat geflohen sind und eine neue Bleibe suchen? Viele Länder haben hohe rechtliche Hürden aufgestellt, auch Deutschland gilt nicht gerade als Musterbeispiel für eine liberale Asylpolitik. In einigen Bundesländern schränkt die sogenannte Residenzpflicht die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge stark ein. Erst vor wenigen Wochen ließ Bayern in seinem Asylrecht den umstrittenen Satz streichen, dass die Unterbringung von Asylbewerbern im Freistaat "die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern" solle.

Die Freibad-Rassisten von Bremgarten

Die Schweiz nimmt vergleichsweise viele Flüchtlinge auf, zuletzt kam ein Asylbewerber auf 332 Einwohner - im europäischen Durchschnitt ist es ein Flüchtling je 625 Einwohner. Allerdings wurden im vergangenen Jahr in der Schweiz lediglich knapp zwölf Prozent der Anträge genehmigt.

Auch in Bremgarten gab es massive Bedenken gegen die Unterkunft, in der seit Montag 23 Asylbewerber leben, später sollen es bis zu 150 Flüchtlinge werden. Dem Ort mit historischer Altstadt geht es wirtschaftlich gut, Ende 2011 waren 115 Bürger arbeitslos gemeldet. Stadtpräsident Raymond Tellenbach von der rechtsliberalen FDP erklärte die Verbote für Asylbewerber als "Vorsichtsmaßnahme, damit es nicht zu sexuellen Belästigungen von Schülerinnen oder zu Drogenverkäufen durch Asylsuchende kommt". Verbote gelten für die übrigen Sporteinrichtungen, Schulplätze sind von den Flüchtlingen zu meiden. Unterstützung erhielt er von BFM-Chef Mario Gattiker: Man müsse den "Bedenken und Anliegen der Bevölkerung Rechnung tragen".

Auch wenn die Verantwortlichen zuletzt mit beschwichtigenden Erklärungen auf Kritiker zu reagieren versuchten, hat sich längst das Bild verfestigt, dass Flüchtlinge in Bremgarten und anderen Teilen der Schweiz unter einen Generalverdacht gestellt werden. "Sie werden pauschal als Kinderschänder und Drogenhändler gebrandmarkt", sagt Rolf Zopfi von der Menschenrechtsgruppe Augenauf. Sie hatte die Verbote für Asylbewerber in Bremgarten publik gemacht und wirft den Behörden Rechtsbruch vor. Auf eine Anfrage von SPIEGEL ONLINE reagierte Stadtpräsident Tellenbach zunächst nicht.

"Man sollte nicht den roten Teppich auslegen"

Wie verbreitet die harte Haltung gegenüber Asylbewerbern im Land ist, machte zuletzt die Aargauer Regierungsrätin Susanne Hochuli deutlich: Wenn Asylsuchende in die Schweiz kommen würden, "dann sollte man ihnen nicht den roten Teppich auslegen", sagte die Politikerin. Dabei gehört die Politikerin nicht etwa zur rechtspopulistischen SVP, sondern zu den Grünen.

Ein roter Teppich liegt tatsächlich nicht vor der Asylunterkunft Bremgarten, stattdessen wurde ein Metallzaun mit schwarzem Sichtschutz vor dem mit Überwachungskameras ausgestatteten Militärgelände aufgebaut. "Betreten verboten", "Fotografieren verboten", so steht es auf Schildern am Zaun. Rund 50 Meter dahinter ist die eigentliche Sicherheitsschleuse, an der Personal postiert ist. Das Gebäude wirkt wie eine Festung.

Die Männer von der Security sind ausgesprochen wortkarg. Ob man mit den Asylbewerbern sprechen könne?

"Glaube ich nicht", sagt der eine. "Warum nicht?" "Keine Ahnung."

Der andere Mann weist darauf hin, dass er die Polizei alarmiere, wenn man das Fahrzeug nicht binnen fünf Minuten von dem Gelände entferne.

Von 8 bis 17 Uhr ist die Unterkunft gemäß der vom BFM erlassenen Hausordnung geöffnet, zu anderen Zeiten können die Asylbewerber die Unterkunft nicht verlassen. Die Flüchtlinge sollten sich "auf ihre Heimreise vorbereiten", sagt eine Spaziergängerin, die ihren Namen nicht nennen will. "Dafür müssen sie nicht schwimmen."

Carol Buess sieht das anders. Sie ist an diesem Freitag zusammen mit einer Freundin eine der ersten Badi-Besucherinnen. "Ein Verbot für Asylbewerber - geht's noch?", fragt die Frau, die im nächsten Jahr in Rente geht und schüttelt den Kopf. "Es geht um Würde", sagt sie und steigt die Stufen ins Wasser.

Load-Date: September 6, 2013

Barroso mit Buh-Rufen auf Lampedusa empfangen

SPIEGEL ONLINE

09. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 547 words

Highlight: Sie riefen "Schande" und "Mörder": Eine wütende Menge hat José Manuel Barroso bei seinem Besuch auf Lampedusa beschimpft. Der EU-Kommissionspräsident will dort mit Überlebenden des **Flüchtlingsunglücks** sprechen.

Body

Lampedusa - Mit Buh-Rufen sind EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Italiens Regierungschef Enrico Letta am Mittwoch auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa empfangen worden. Menschenrechtler und Einwohner riefen "Schande!" und "Mörder!" und schwenkten Fotos von **Flüchtlingen**, als die Politiker am Flughafen eintrafen. Auch auf dem Weg zum Hafen von Lampedusa wurde der Politiker-Konvoi von Beschimpfungen begleitet.

Barroso sprach nach der jüngsten Flüchtlingstragödie vor Lampedusa unter anderem mit einigen Überlebenden gedachte Hafen von Lampedusa der Todesopfer. Es sollte auch Treffen mit Mitarbeitern der Küstenwache, Vertretern von Hilfsorganisationen und Lokalpolitikern geben. Barroso war gemeinsam mit EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström auf Einladung Lettas nach Lampedusa gekommen.

Barroso und Letta nutzen den Termin auf Lampedusa, um einen Aufruf an Europa zu lancieren. "Der Notstand von Lampedusa ist ein europäischer, Europa kann sich nicht abwenden", sagte Barroso. Es müsse denen Hoffnung gegeben werden, die vor Kriegen fliehen müssten, notwendig sei jedoch auch die Kooperation der Länder, aus denen sich die Migranten Richtung Europa aufmachten. Er werde nie das Bild von Hunderten Särge nach der Katastrophe der vergangenen Woche vergessen. Barroso sicherte Italien zusätzliche 30 Millionen Euro zur Verbesserung der Lage der Flüchtlinge zu.

Auch Letta nannte die Katastrophe von Lampedusa ein "europäisches Drama". Rom werde das Flüchtlingsproblem zu einem zentralen Anliegen machen und die EU um Hilfe bitten. Die Flüchtlingsfrage solle auf dem EU-Gipfel am 24./25. Oktober behandelt werden. Für die Opfer des Schiffbruchs werde es ein Staatsbegräbnis geben, so Letta. Italien entschuldige sich dafür, nur unzulänglich auf eine solche Tragödie vorbereitet gewesen zu sein.

Vor der Küste der Mittelmeerinsel war am vergangenen Donnerstag ein Schiff mit Hunderten Flüchtlingen gekentert, von denen bisher rund 290 tot geborgen wurden. Nur 155 Bootsinsassen konnten gerettet werden, die Zahl der Todesopfer wird auf zwischen 300 und 390 geschätzt.

Italien fühlt sich alleingelassen

Barroso mit Buh-Rufen auf Lampedusa empfangen

Angesichts des starken Flüchtlingsstroms vor allem aus Afrika fühlt sich Italien von seinen europäischen Partnern alleingelassen. Die EU-Innenminister hatten sich bei einer Konferenz am Dienstag in Luxemburg zu keiner umfassenden Änderung ihrer Asylpolitik durchringen können. Als erste Reaktion beschloss die EU die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die Probleme in diesem Bereich untersuchen soll. Zunächst bleibt weiterhin dasjenige Land für die Aufnahme von Flüchtlingen und die Bearbeitung ihrer Asylanträge zuständig, in dem Ankömmlinge zuerst die Europäische Union erreichen.

Schwere Kritik an der europäischen Flüchtlingspolitik haben unterdessen Hilfsorganisationen geübt. Pro Asyl warf in einem Interview des Bayerischen Rundfunks Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und seinen EU-Amtskollegen "völliges Versagen" vor: "Das Sterben auf dem Meer wird weitergehen", sagte Geschäftsführer Günter Burkhardt. Die Flüchtlingsorganisation Gemeinsam für Afrika kritisierte eine europäische Abschottungsstrategie und sprach von einer "menschenverachtenden Praxis unterlassener Seenothilfe".

ler/dpa/AFP

Load-Date: October 9, 2013

End of Document

Griechen schießt auf Dutzende Migranten

Spiegel Online

18. April 2013 Donnerstag 11:39 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: STREIT UM LÖHNE

Length: 369 words

Highlight: Sie forderten ihre Löhne - und wurden angeschossen: In Griechenland sind mindestens 27 ausländische Saisonarbeiter verletzt worden. Ein Vorarbeiter feuerte mit einem Jagdgewehr auf die Männer, die vor allem aus Bangladesch stammen.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-vorarbeiter-schiesst-auf-dutzende-migranten-a-895094.html>

Body

Athen - In Griechenland ist ein Streit um ausstehende Tageslöhne eskaliert. Drei Vorarbeiter und etwa 200 Arbeiter in der Ortschaft Manolada auf dem Peloponnes stritten - dann zückte offenbar einer der Aufseher sein Jagdgewehr. Er schoss auf die Arbeiter und verletzte mindestens 27 von ihnen.

Die Polizei bestätigte entsprechende Medienberichte. Die Verletzten wurden in Krankenhäusern behandelt, die meisten von ihnen stammen aus Bangladesch. Die Sicherheitskräfte nahmen den Besitzer der Plantage und einen der Vorarbeiter fest. Ein großes Polizeiaufgebot wurde abgestellt, um weitere Zwischenfälle in dem Betrieb zu verhindern.

Für Donnerstag wurde eine antirassistische Demonstration nahe des Ortes angekündigt. Die größte Oppositionspartei Griechenlands, das Bündnis der radikalen Linken (Syriza), verurteilte die Tat "verbrecherisch und rassistisch".

Die Erdbeerpflücker hatten am Mittwoch die Auszahlung von sechs ausstehenden Monatslöhnen von ihren Arbeitgebern gefordert. Manolada ist ein wichtiges Erdbeer-Anbaugebiet. In der Region arbeiten Tausende Migranten für Hungerlöhne, sie schuften in bis zu 40 Grad heißen Treibhäusern und hausen in heruntergekommenen Häusern oder unter Plastikplanen.

Rassisten greifen Flüchtlinge an

Im Frühjahr 2008 hatte es dort Streiks und Demonstrationen gegeben. Die Protestierenden forderten bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn. Im Jahr 2009 waren zwei griechische Landwirte festgenommen worden, weil sie zwei Migranten aus Bangladesch, denen sie den Diebstahl von Schafen vorwarfen, an ihrem Motorrad festgebunden und hinter sich hergezogen hatten.

In Griechenland gibt es mehr als eine Million Migranten, bei einer Gesamtbevölkerung von rund 11,5 Millionen Menschen. Immer wieder werden Ausländer Opfer von erschreckenden Übergriffen.

Grieche schießt auf Dutzende Migranten

Zudem strömen jedes Jahr weitere Zehntausende Flüchtlinge nach Griechenland, sie stammen aus Afghanistan und Pakistan, Iran, Syrien und Afrika. Doch Schutz finden sie in dem europäischen Land nicht: Sie leben auf der Straße oder in miserablen Unterkünften, müssen tagelang vor Behörden warten und werden von Rassisten angegriffen. Ein Amnesty-International-Bericht beklagte im Dezember die katastrophale Lage der Flüchtlinge.

kgp/dpa/AFP

Load-Date: April 23, 2013

End of Document

Friedrich will Asylbewerbern weniger Geld zahlen

Spiegel Online

25. Oktober 2012 Donnerstag 9:45 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: CSU-INNENMINISTER

Length: 370 words

Highlight: Innenminister Friedrich macht Druck auf Asylbewerber aus sicheren Ländern. Er will ihnen die Geldzahlungen kürzen - wegen des starken Anstiegs an Anträgen aus Serbien und Mazedonien. Es würde vor allem Roma treffen.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/friedrich-will-asylbewerbern-aus-serbien-weniger-geld-zahlen-a-863286.html>

Body

Berlin - Vor dem Treffen der EU-Innen- und Justizminister hat sich Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) erneut für schärfere Regeln für Asylbewerber aus Ländern wie Serbien und Mazedonien ausgesprochen. Friedrich plädierte für eine Gesetzesänderung. "Wer aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt, soll künftig eine abgesenkte Barleistung erhalten", sagte der Bundesinnenminister der "Welt".

Friedrich hatte bereits vor zwei Wochen gesagt, Bundesländer könnten sich gegen den Ansturm wehren, indem sie Sach- statt Barleistungen verteilten. Das gelte für sichere Herkunftsstaaten wie Serbien und Mazedonien. Hintergrund ist der extreme Anstieg der Asylbewerberzahlen aus den beiden Staaten in den vergangenen Wochen. Vor allem Angehörige der Roma sind darunter.

Allerdings hatte das Verfassungsgericht im Juli die aktuellen Sätze für Asylbewerber für "menschenunwürdig" erklärt und verlangt, dass die staatlichen Hilfen für Asylbewerber künftig annähernd auf das Niveau der Sozialhilfe und von Hartz IV erhöht werden müssen.

Friedrich verlangt nun zudem eine schnellere Entscheidung über die Asylanträge: Ein Schnellverfahren binnen 48 Stunden wie in der Schweiz sei zwar aufgrund der Rechtsmittelfristen "wohl nicht möglich. Aber Abwicklung innerhalb kürzest möglicher Zeit bleibt das Ziel."

Um die aktuellen Verfahren zu bearbeiten, hat Friedrich 60 zusätzliche Beamte zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg beordert. Darüber hatte zunächst der spiegel berichtet. Der "Welt" sagte Friedrich nun: "Es muss sichergestellt sein, dass die Verfahren rasch bearbeitet werden." Das Bundesamt kündigte an, die Asylverfahren von Serben und Mazedoniern erheblich zu beschleunigen.

Friedrich hatte bereits eine Überprüfung gefordert, ob die visafreie Einreise aus den beiden Staaten aufrechterhalten werden kann. "Die Visumfreiheit für Serbien und Mazedonien muss auf den Prüfstand. Einen entsprechenden Beschluss hat der Rat der Innenminister auch auf unser Betreiben hin bereits im April 2012

Friedrich will Asylbewerbern weniger Geld zahlen

getroffen. Dieser Beschluss muss jetzt schnell auf europäischer Ebene durchgesetzt werden", hatte Friedrich vor zwei Wochen gesagt. Das dürfte er nun auf dem Treffen der EU-Amtskollegen in Luxemburg bekräftigen.

fab/dpa

Load-Date: October 25, 2012

End of Document

Gefangen und gefoltert

Spiegel Online

25. März 2013 Montag 8:40 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: MENSCHENSCHMUGGEL AUF DEM SINAI

Length: 1745 words

Byline: Nicola Abé

Highlight: Der Sinai ist zum Gefängnis und Grab für Tausende afrikanischer **Flüchtlinge** geworden. Sie werden von Kriminellen gekidnappt, eingesperrt und zu Tode gefoltert. Unter Schmerzen zwingt man sie, ihre Familien in der Heimat anzurufen, um Lösegeld zu erbetteln.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/menschenschmuggel-grausame-methoden-der-geiselnehmer-auf-dem-sinai-a-878452.html>

Body

Sie waren zu fünft, als sie flohen. Der Wind gab ihnen Deckung. Es war Nacht und die Böen zertritten an der Hütte, in der man sie angekettet hatte. Der Aufpasser schien zu schlafen. So laut wütete der Sturm, dass sie ihre Fesseln mit einem Stein zerschlagen konnten, ohne dass er es bemerkte. Nacheinander robbten sie auf der Seite liegend durch einen Spalt in der Wand ins Freie. "Wir wollten entweder sterben oder entkommen", erzählt Zeae, 27, aus Eritrea.

Sie waren barfuß, trugen kaum Kleider an den ausgemergelten, mit Brandwunden und Narben übersäten Leibern. "In der Ferne sahen wir Lichter", sagt Zeae. Doch zwei der Männer waren zu schwach, um zu laufen, sie blieben in der Wüste liegen. Den anderen fehlte die Kraft, sie mitzuschleppen. Sie hatten Mühe, ihre eigenen Körper zu tragen.

Zwei junge Männer und ein Mädchen erreichten schließlich das erste Haus. Ein Beduine öffnete die Tür. "Ich dachte, dass nun alles wieder von vorne anfängt", sagt Zeae. Die Schläge, die Folter, die Vergewaltigungen.

Der Sinai, der Ägypten mit Israel verbindet, ist zum Ort des Martyriums für Tausende Migranten aus Subsahara-Afrika geworden. Sie kommen aus Eritrea, Somalia und dem Sudan und hoffen auf ein besseres Leben in Israel oder Europa. Unterwegs werden sie gekidnappt, festgehalten, gefoltert. Kriminelle Beduinen erpressen Lösegeld von den Familien der Geiseln in deren Heimatländern. Nicht selten quälen sie die Afrikaner bis zum Tod. Die Regierung in Kairo ignoriert die grausamen Verbrechen.

Der Menschenhandel floriert, die Mordrate ist explodiert

Seit die Revolution die Machtverhältnisse in Ägypten umwälzte, ist der Norden der Halbinsel der politischen Kontrolle noch weiter entglitten, zur gesetzlosen Zone verkommen und zum Hort von Kriminellen und Terroristen.

Gefangen und gefoltert

Auf den Straßen lungern Gruppen junger Männer, bewaffnet mit Kalaschnikows. Der Menschenhandel floriert, die Mordrate ist explodiert.

"Polizei gibt es hier nicht", sagt Scheich Mohammed, ein junger, bärtiger Beduinenführer. Im Sinai herrschen Familienc clans - nach ihren eigenen Regeln.

Scheich Mohammed gehört zu jenen Beduinen, die das grausame Geschäft mit den Flüchtlingen ablehnen. "Ich kann sie nicht befreien. Niemand kann sich in die Angelegenheiten anderer Clans einmischen", erzählt er. Sonst drohten blutige Familienfehden. "Ich kann den Afrikanern nur helfen, wenn sie von allein entkommen."

Am Morgen nach ihrer Flucht sitzen die drei Eritreer in einer Hütte auf Scheich Mohammeds Grundstück. Gegen sechs Uhr morgens hatte der Beduine, an dessen Haus sie angekommen waren, sie hierher gebracht. Man gab ihnen Jacken und Decken. In den Sandboden ist eine Blechtonne eingegraben, glühende Kohlen schwelen darin. Daneben steht eine Pfanne mit Reis und Hühnerschenkeln. Die drei können nicht viel essen. Immer wieder werden ihre Körper von Zitteranfällen erschüttert, immer wieder vergraben sie ihre Köpfe zwischen den knochigen Knien und weinen.

Ihre Familien zahlten 30.000 Dollar an die Kidnapper

"Es gab kaum etwas zu essen und zu trinken. Und wir durften nicht schlafen, sonst haben sie uns verbrannt", erzählt Mhretab, 27, "sie haben uns mit brennendem Plastik die Haut versengt an Armen und Rücken oder uns direkt mit Feuerzeugen angezündet." Er zeigt eine lange Narbe in seinem Nacken. "Sie haben uns an den Füßen aufgehängt und geschlagen. Wenn wir geweint haben, haben sie unsere Familien angerufen, und wir mussten ins Telefon betteln, damit sie für uns zahlen."

Seit mehr als einem Jahr seien sie unfreiwillig im Sinai. Zuerst hätten Menschenhändler sie monatelang in einem unterirdischen Raum gefangen gehalten, später in jener Hütte in der Wüste. "Am Anfang waren wir 22", erzählt Zeae, "zehn von uns sind in dem Keller gestorben."

Ihre Familien hätten 30.000 Dollar für jeden an die Kriminellen überwiesen. Doch nachdem man für sie bezahlt hatte, seien sie nicht freigelassen, sondern an die nächsten Menschenhändler weitergegeben worden. "Meine Eltern haben nichts mehr", sagt Zeae. "Sie haben ihr Land verkauft und alle ihre Tiere. Sie haben in der Kirche für mich gesammelt."

Immer wieder finden die Anwohner tote Afrikaner

Das 15-jährige Mädchen, Lemlem, sitzt in einer Ecke, abgemagert, die Augen blutunterlaufen, in einem riesigen Pulli, den man ihr gegeben hat. Zeae erzählt, dass sie immer wieder vergewaltigt worden sei. "Sie haben sie einfach geholt, jederzeit, immer wenn sie wollten", sagt er. Lemlem selbst spricht kaum. Nur einmal sagt sie etwas. Sie bittet die Reporterin, ob sie ihr eine Unterhose besorgen könnte.

Was die drei Flüchtlinge erzählen, entspricht Hunderten von Berichten, die Human Rights Watch ausgewertet hat. Immer wieder ist die Rede von Elektroschocks, von Vergewaltigungen, Schlafentzug und von brennendem Plastik, das in einigen Fällen sogar in Vagina und Anus eingeführt wurde. Auf Videos eines lokalen Fotografen sind Flüchtlinge mit tiefen Fleischwunden zu sehen, auf denen Fliegen sitzen, und entzündete, dick angeschwollene Gliedmaßen. Die "New York Times" geht von 7000 misshandelten Migrantinnen in den vergangenen vier Jahren aus, von denen 4000 gestorben sein könnten. Sie stützt sich dabei auf die Angaben von Hilfsorganisationen in Israel, Europa und den USA. Immer wieder finden die Anwohner in der Gegend tote Afrikaner, die einfach in der Wüste abgelegt wurden oder deren Gliedmaßen aus dem Sand ragen.

In der Dunkelheit, zwischen der Stadt Arisch und dem Grenzort Rafah, liegt ein flaches Haus. Es gibt keinen Strom, nur ein paar Kerzen spenden Licht. Der Raum ist mit Teppichen ausgelegt. In einer Ecke sitzt ein junger, stämmiger Mann, er trägt eine weißgraue Steppjacke. Er nennt sich Mahmud und ist Menschenhändler.

Er sagt: "Wir behalten sie hier, bis wir das Geld von ihren Familien haben."

Gefangen und gefoltert

Erst vor drei Tagen habe er wieder eine Gruppe Afrikaner an Schlepper weitergegeben, die sie nach Israel bringen sollten. Seit 2009 sei er im Geschäft.

Aber das Leben sei schwieriger geworden.

Die Lage der Flüchtlinge ist qualvoll wie aussichtslos

Lokale Respektpersonen wie Scheich Mohammed wettern in den Moscheen gegen seinesgleichen, prangern die Verbrechen an den Wehrlosen als unislamisch an. Den Menschenhändler Mahmoud grüßen die Leute auf der Straße nicht mehr. Er fürchtet um sein Leben.

"Aber was soll ich denn sonst machen?", fragt er. "Hier gibt es keine Arbeit, keine Möglichkeit Geld zu machen!"

Dann kniet er in einer Ecke nieder und betet.

Die Lösegeldsumme für eine afrikanische Geisel beträgt inzwischen bis zu 50.000 Dollar. In den vergangenen 20 Monaten zeigte sich ein erschreckender neuer Trend: Viele der Flüchtlinge, die in Israel ankamen, wollten gar nicht dorthin. Beduinen des Stammes Raschaida hatten sie bereits im Sudan gekidnappt, einige wurden sogar aus Flüchtlingslagern entführt. Die Entführer gaben sie an Clans aus dem Sinai weiter. Flüchtlinge berichten, dies sei in Zusammenarbeit mit der sudanesischen Grenzpolizei geschehen.

"Sobald das Lösegeld für eine Person bezahlt ist, wird sofort die nächste Geisel genommen", meint Mohammed Bakr, Manager einer lokalen Nichtregierungsorganisation im Nordsinai. Die einzige Chance sehe er darin, die Menschen schon in ihren Heimatländern über die Gefahren einer Flucht aufzuklären.

Sind die Afrikaner erst einmal im Sinai gefangen, ist ihre Lage so qualvoll wie aussichtslos: Selbst wenn sie überleben und tatsächlich freigelassen werden, dann irren sie in einem Niemandsland vor der israelischen Grenze umher. Wenn sie diese überqueren, laufen sie Gefahr erschossen zu werden, gelangen sie ins Land, droht ihnen Haft. Greift die ägyptische Polizei die Flüchtlinge noch vor dem Grenzübertritt auf, dann sperrt sie sie in Polizeistationen im Sinai ein, wo sie unter menschenverachtenden Bedingungen festgesetzt werden, bis man sie in ihre Heimatländer abschiebt.

Ägypten bricht internationales Flüchtlingsrecht

Dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) wird der Zutritt zu diesen Gefängnissen verweigert. Die ägyptische Regierung begründet dies damit, dass die Migranten Wirtschaftsflüchtlinge seien und illegal im Sinai. Daher müsse ihnen kein Asyl gewährt werden. "Ägypten bricht damit das internationale Flüchtlingsrecht", sagt Mohammed Dairi vom Kairoer Büro der Organisation. Das Hilfswerk der Uno sei die Instanz, die über den Status von Flüchtlingen zu bestimmen habe. Viele Migranten aus Eritrea und Somalia hätten ein Recht auf Asyl.

Mit seiner Ignoranz gegenüber den Verbrechen an den Afrikanern bricht Ägypten auch seine eigenen Gesetze, die Menschenhandel ausdrücklich verbieten. Schmuggler von Tomaten oder Kartoffeln werden immer wieder inhaftiert - aber noch kein einziger der Menschenhändler wurde strafrechtlich verfolgt. Die Regierung in Kairo begründete ihr Nichteingreifen in der Vergangenheit mit Sicherheitsbedenken.

Seit August vergangenen Jahres hat die Regierung Mursi ihre Militärpräsenz im Sinai ausgebaut - ein Einsatz zur Bekämpfung islamistischer Terroristen, nicht zur Befreiung unschuldiger Migranten. Die ägyptische Journalistin Lina Attalah von der Wochenzeitung "Egypt Independent" kritisiert Staatsversagen und eine gleichgültige Haltung: "Die Opfer sind unwichtig. Sie sind Afrikaner." Es gebe keine mächtige Instanz, die ihre Interessen vertrete.

Schleuser bestechen die Grenzpolizei

Auch Mohammed Bakr von der lokalen Nichtregierungsorganisation zweifelt am politischen Willen: "Die Regierung will dieses Problem nicht anerkennen", sagt Bakr. Er ist überzeugt davon, dass die Schleuser die Grenzpolizei bestechen, um die Flüchtlinge in den Sinai zu schmuggeln. Er glaubt, dass Polizei und Militär genau wüssten, wer

Gefangen und gefoltert

die Menschenhändler seien und wo sie ihre Gefangenen versteckten. "Aber sie machen nichts, obwohl es ihre Aufgabe wäre."

Wegen der vielen Checkpoints in Folge des Militäreinsatzes im Sinai hat sich der Flüchtlingsstrom in den vergangenen Monaten dennoch verringert. "Leider wird das Problem dadurch nicht gelöst", sagt Dairi vom UNHCR, "die Menschenhändler suchen sich andere Routen. Wir wissen von Flüchtlingen, die neuerdings in Assuan festgehalten werden."

Im Sinai sollen sich derzeit rund tausend gefangene afrikanische Migranten befinden.

Zeae, Lemlem und Mhretab sind ihren Peinigern entkommen, aber sie sitzen noch immer in der Hütte von Scheich Mohammed - im Sinai. Ihre Zukunft ist ungewiss. Sie hoffen, dass der Scheich sie nach Kairo schmuggeln wird und einer Hilfsorganisation übergibt.

"Dann will ich nach Europa", sagt Mhretab, "ich will sehr viel arbeiten, um meiner Familie das ganze Geld zurückzugeben."

Load-Date: March 25, 2013

End of Document

Schweiz sperrt "sensible Zonen" für Asylbewerber

SPIEGEL ONLINE

08. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 867 words

Byline: Fabian Reinbold

Highlight: Sie dürfen weder ins Freibad noch auf den Sportplatz: In der Schweizer Kleinstadt Bremgarten sind Flüchtlingen "sensible Zonen" verboten - Menschenrechtler schlagen Alarm, denn die Schweiz sperrt immer öfter Gebiete für Asylbewerber.

Body

Zürich - Die Empörung ist laut. Die Schweizer Flüchtlingshilfe nennt die Regelung "rechtlich und humanitär unhaltbar". Andere Initiativen sprechen von "offener Diskriminierung". Auch Zeitungen aus Großbritannien und Spanien berichten über die seltsame Regelung in der Schweizer Kleinstadt Bremgarten.

In Bremgarten, im Kanton Aargau, ist Asylbewerbern verboten, ins Freibad zu gehen, auch von Schul- und Sportplätzen müssen sie sich fernhalten. Anfangs hieß es, die Flüchtlinge müssten gar Büchereien, Kirchen und Hallen meiden. Das dementieren die Behörden mittlerweile, aber die Aufregung können sie damit nicht stoppen: Die "Badi-Diskussion" läuft auf Hochtouren.

Am Montag wurde in Bremgarten in einer früheren Armeekaserne eine Asylunterkunft für 150 Personen eröffnet. Die ersten 23 Flüchtlinge sind da, sie kommen aus Eritrea, Tibet oder dem Sudan - und sind offenbar erheblich in ihrer Freizügigkeit eingeschränkt.

Strikte Regeln wie diese werden in der Schweizer Asylpolitik immer häufiger angewandt. Nun werden sie erstmals von einer breiten Öffentlichkeit hinterfragt.

In der Schweiz gibt es neue Bundeszentren für Asylbewerber, um zügig über deren Status zu entscheiden. Höchstens acht Wochen sollen sich die Flüchtlinge dort aufhalten. Die Einrichtung solcher Zentren ist auch ohne Zustimmung der Gemeinde möglich, doch wie im Fall Bremgarten werden Regelungen mit der Kommune getroffen - inklusive harscher Auflagen für die Flüchtlinge.

32 "sensible Zonen" in einer Kleinstadt?

Sechs Seiten umfasst die Vereinbarung zwischen dem Bundesamt für Migration (BfM) und Bremgarten. Der "Tages-Anzeiger" zitiert daraus: "Auf Wunsch der Stadt Bremgarten" dürfe "das Betreten der Schul- und Sportanlagen nicht ohne Zustimmung der zuständigen Behörden" erfolgen.

Schweiz sperrt "sensible Zonen" für Asylbewerber

Unterzeichnet haben die Vereinbarung ein stellvertretender BfM-Leiter und Raymond Tellenbach, Bremgartens Stadtmann, eine Art Bürgermeister. Insgesamt sind darin laut "Tages-Anzeiger" 32 Tabuzonen ausgewiesen: Neben der Badi, wie das Freibad auf Schweizerdeutsch heißt, auch Kindergärten, Vorplätze von Kirchen, die Mehrzweckhalle, das Casino und ein Altenheim.

Das BfM dementiert mittlerweile. Es handele sich nicht um Sperrzonen, und es seien weniger Gebiete als berichtet betroffen. Einzig die Schul- und Sportanlagen einschließlich der Badeanstalt dürften von Asylsuchenden ohne Bewilligung nicht alleine betreten werden. Wie das genau geschehen soll, konnte das Amt auf Nachfrage von SPIEGEL ONLINE bislang nicht erklären.

Amtschef Mario Gattiker sagt, es gehe darum zu verhindern, dass "50 Asylbewerber gleichzeitig auf den Fußballplatz oder in die Badi" gingen. Das würde zu "Friktionen und Ressentiments" führen. Man wolle mit der Regelung natürlich auch "Bedenken der Bevölkerung Rechnung tragen".

"Wir sind keine Unmenschen"

Bremgartens Stadtmann Tellenbach sagt: "Wir haben uns aus Sicherheitsgründen dazu entschlossen, diese Räume möglichst nicht betreten zu lassen, um eventuellen Konflikten aus dem Weg zu gehen und vor allem auch, um möglichem Drogenkonsum vorzubeugen." Tellenbach betont: "Wir sind keine Unmenschen."

Auch in Deutschland ist die Bewegungsfreiheit für Asylbewerber eingeschränkt. Es gilt die sogenannte Residenzpflicht. Allerdings gehören bestimmte Aufenthaltsverbote wie in Freibädern nicht dazu. Und in der Schweiz werden die Regeln verschärft. Erst im Juni stimmten 78,5 Prozent der Schweizer für härtere Asylgesetze.

Unklar ist bislang, wer die Einhaltung der neuen Bewegungsregeln überwacht. Laut einer Betreiberfirma von Heimen sind Sanktionen nicht geplant, die Asylsuchenden würden vom Personal lediglich auf die Verbote hingewiesen.

"Störende Personen" werden immer öfter präventiv verwiesen

Rechtlich schienen die Regeln, die die Bewegungsfreiheit einschränken, ohnehin fragwürdig. Doch in der Schweiz greift die Polizei immer öfter zu dem Mittel, "störende Personen" von Orten fernzuhalten, berichtet die "Neue Zürcher Zeitung" (NZZ). Das können Bettler, Hooligans, Jugendliche, Drogensüchtige oder eben Asylbewerber sein. Diese präventiven Maßnahmen seien auf dem Weg zum Normalfall.

Für die neuen Asylbewerberzentren wurden bereits mehrfach "sensible Zonen" ausgewiesen. Festgelegt werden sie in der Regel in der Hausordnung des Heims. In Eigenthal in Luzern waren Flüchtlinge 2012 von einem Schulgelände und einem Stall ausgeschlossen. Angedacht war auch, den Zutritt zu einem Restaurant zu verbieten, doch das wurde laut "NZZ" wieder verworfen.

In Nottwil, ebenfalls in Luzern, wo bis Juli ein Zentrum betrieben wurde, gab es in der Badi-Causa die Regelung, dass sich Asylbewerber erst einschreiben mussten und dann in Begleitung die Badeanstalt besuchen konnten. Das Ausschreiben "sensibler Zonen hat sich voll bewährt und nie zu Problemen geführt", sagte der Gemeindeschreiber zur "NZZ".

Und kommende Woche wird die nächste Bundesunterkunft in der Gemeinde Alpnach (Kanton Obwalden) eröffnet - auch dort soll es eine Verbotsregelung geben. Asylbewerber müssen dort ein Altenheim und ein nahes Wohnviertel meiden. Selbst ein angrenzendes Wäldchen soll für sie Sperrzone sein.

Load-Date: September 6, 2013

[Italien räumt Flüchtlingslager auf Lampedusa;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/lampedusa-italien-raeumt-
fluechtlingslager-a-940842.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/lampedusa-italien-raeumt-fluechtlingslager-a-940842.html)

SPIEGEL ONLINE

25. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 430 words

Highlight: Die Berichte über Schikanen und Misshandlungen in einem Aufnahmelager für Flüchtlinge auf der Insel Lampedusa schockierten Italien. Jetzt hat die Regierung in Rom das Lager räumen lassen. Die Menschen wurden nach Sizilien oder aufs Festland gebracht.

Body

Rom - Oftmals waren hier mehr als 1000 Flüchtlinge auf engstem Raum untergebracht, eigentlich bietet das Lager auf Lampedusa Platz für nur etwa 250 Menschen. Jetzt leben dort nur noch 17 Migranten, berichten italienische Medien. Nach schockierenden Berichten über Misshandlungen und menschenunwürdige Zustände hat die italienische Regierung in Rom das Aufnahmelager zu Weihnachten nahezu ganz geräumt.

169 Flüchtlinge waren am Dienstag von Lampedusa aus nach Sizilien oder aufs Festland gebracht worden. Von den restlichen 17 Migranten sei die Identität noch nicht mit Sicherheit festgestellt worden, heißt es. Sobald dies geschehen sei, könnten auch sie an andere Orte gebracht werden.

Eine offensichtlich schockierende Behandlung von Flüchtlingen in dem Aufnahmezentrum hatte vor acht Tagen Italien empört. Bilder des Rai2-Fernsehens zeigten, wie sich Migranten reihenweise nackt an einer Wand aufstellen mussten, um in der winterlichen Kälte dann mit Wasser abgespritzt und damit wegen Krätze "desinfiziert" zu werden.

Neun Flüchtlinge aus Nordafrika hatten sich in der vergangenen Woche aus Protest gegen die katastrophalen Zustände im Lager die Lippen zusammengeheftet.

Die Innenkommissarin der Europäischen Union (EU), Cecilia Malmström, zeigte sich schockiert von den "bedauernswerten Zuständen" und forderte eine sofortige Aufklärung der Vorwürfe. Giusi Nicolini, Bürgermeisterin von Lampedusa, verglich die Zustände in dem Aufnahmezentrum mit einem "Konzentrationslager".

"Das ist kein Lager, wir halten uns an Gesundheitsvorschriften", wehrte sich der Verantwortliche des Aufnahmezentrums, Cono Galipò, im "Corriere della Sera". Eine Desinfizierung drinnen berge Risiken für alle. Das Personal arbeite Tag und Nacht, und man werde ihm nicht gerecht, wenn man es wegen der Videobilder an den Pranger stelle.

Italien räumt Flüchtlingslager auf Lampedusa <http://www.spiegel.de/politik/ausland/lampedusa-italien-raeumt-fluechtlingslager-a-940842.html>

Italiens Regierungschef Enrico Letta versprach, gründliche Ermittlungen in diesem Fall einzuleiten, um "die Verantwortlichen zu bestrafen". Letta versprach außerdem, die Zustände in den Zentren zu verbessern.

Flüchtlingswellen aus Afrika und dem Nahen Osten und die Behandlung der Migranten sorgten immer wieder für unzumutbare Verhältnisse auf der Insel, die zwischen Sizilien und Tunesien liegt. Die meisten Flüchtlinge stammen aus Eritrea, Ghana und Nigeria. Unter den von der rüden Behandlung Betroffenen waren italienischen Medien zufolge auch Menschen, die das Unglück am 3. Oktober überlebt haben. Bei der Flüchtlingstragödie vor Lampedusa waren mehr als 500 Menschen ums Leben gekommen.

Igr/dpa/Reuters

Load-Date: December 26, 2013

End of Document

USA appellieren an Snowdens Ehrgefühl

SPIEGEL ONLINE

17. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 745 words

Highlight: Das Gezerre um den NSA-Enthüller Edward Snowden geht weiter: Die Obama-Regierung will nicht akzeptieren, dass er in Russland Asyl beantragt hat. Der Whistleblower solle den Mut haben, in die USA zurückzukehren - und sich den Anschuldigungen stellen.

Body

Moskau/Washington - Die Regierung in Washington hat von dem Computerexperten Edward Snowden verlangt, in sein Heimatland zurückzureisen. "Er sollte nach Hause kommen und den Mut haben, sich den Anschuldigungen zu stellen", sagte US-Außenamtssprecher Patrick Ventrell.

Snowden sitzt seit mehr als drei Wochen auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo fest, da die USA seinen Reisepass für ungültig erklärt haben. Der Fall des flüchtigen Informanten sorgt für erhebliche Spannungen zwischen Russland und den USA.

Washington hoffe, dass der Fall nicht zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Russland führe, sagte der Sprecher des Weißen Hauses, Jay Carney, am Dienstag. Es gebe hinreichende Gründe, Snowden auszuliefern, betonte er erneut. Washington stehe weiterhin in Kontakt mit Moskau wegen des NSA-Enthüllers.

Es gebe derzeit aber keine Überlegungen, die Reisepläne von US-Präsident Barack Obama zu ändern. Er will Anfang September nach Moskau reisen und danach zum G20-Gipfel nach St. Petersburg.

Putin: Beziehungen zu USA wichtiger als Geheimdienst-Zank

Obama hatte sich am Wochenende selbst in den Streit um Snowden eingeschaltet - er telefonierte mit Putin. Der aber ließ Obama auflaufen. Snowden werde nicht ausgeliefert, in den USA gelte die Todesstrafe. Nannte der russische Präsident die Situation am Montag noch "ein Geschenk, wie zu Weihnachten", klang das am Mittwoch schon etwas anders.

"Zwischenstaatliche Beziehungen sind viel wichtiger als das Gezänk von Geheimdiensten", sagte Putin der Agentur Interfax zufolge. "Wir haben Snowden gewarnt, dass jede Aktion, die den russisch-amerikanischen Beziehungen Schaden zufügt, für uns inakzeptabel ist", betonte der Präsident erneut.

Trotzdem beharrte er darauf, Snowden nicht auszuliefern. "Wir haben unsere eigenen Vorstellungen für die Entwicklung der russisch-amerikanischen Beziehungen. Wir werden uns nicht so verhalten wie andere Staaten. Wir sind ein unabhängiges Land und haben eine unabhängige Außenpolitik."

Maximal drei Monate Bearbeitungszeit

Snowden hatte am Dienstag offiziell seinen Asylantrag in Moskau eingereicht. Der US-Amerikaner habe das Schreiben in der Transitzone des Flughafens Scheremetjewo einem Mitarbeiter der Migrationsbehörde übergeben, sagte sein Anwalt Anatoli Kutscherena. Der Leiter der Behörde, Konstantin Romodanowski, in Moskau bestätigte dies: "Ja, wir haben sein Gesuch erhalten." Der Antrag auf vorläufiges Asyl werde im Lauf von maximal drei Monaten bearbeitet.

Kremlchef Putin sei über den Schritt Snowdens informiert, sagte sein Sprecher Dmitri Peskow. Die Entscheidung darüber, ob der US-Bürger nun als politischer Flüchtling anerkannt werde, treffe aber allein die Migrationsbehörde - "und nicht einmal auf Direktorenebene", sagte er der Agentur Interfax. Mit seinem Flüchtlingsstatus könnte sich der Amerikaner in Russland frei bewegen und dort arbeiten.

Der "Guardian"-Journalist Glenn Greenwald hatte bereits angekündigt, dass Snowden weiteres Material habe, das den USA schaden könnte. Tausende Dokumente habe Snowden auf verschiedene Orte verteilt.

Klage gegen US-Regierung wegen NSA-Spähprogramm

Der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter Snowden hatte umfangreiche Überwachungsprogramme der USA und Großbritanniens enthüllt. Laut SPIEGEL-Informationen wurden allein in Deutschland jeden Monat rund eine halbe Milliarde Telefonate, E-Mails und SMS überwacht. In der Bundesrepublik ist eine Debatte darüber entbrannt, was die Regierung von Kanzlerin Angela Merkel wusste.

In den USA will nun ein Bündnis aus Bürgerrechtlern und anderen Gruppen die Spähprogramme des Geheimdienstes NSA per richterlicher Entscheidung stoppen. Als Beschwerdeführerin von 19 Organisationen reichte die Electronic Frontier Foundation (EFF) am Dienstag Klage gegen die Regierung bei einem Bundesgericht in Kalifornien ein. Die gemeinnützige EFF setzt sich unter anderem für den Schutz der Privatsphäre im Internet ein.

Die von der EFF als "Schleppnetz" bezeichnete Sammlung von Daten sei illegal verstoße gegen die amerikanische Verfassung, heißt es in der Klageschrift. Die Organisationen fordern die Rückgabe und Vernichtung ihrer Telefondaten sowie einen Geschworenenprozess. Die Kläger hoffen auf eine einstweilige Verfügung gegen die NSA, das US-Justizministerium und die amerikanische Bundespolizei FBI sowie deren Leiter.

Lesen Sie hier die Chronologie der gesamten NSA-Affäre

heb/dpa

Load-Date: August 12, 2013

Israel will Tausende Afrikaner nach Uganda abschieben

SPIEGEL ONLINE

30. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 583 words

Highlight: Uganda nimmt in den kommenden Jahren Tausende afrikanische **Flüchtlinge** aus Israel auf. Im Gegenzug erhält Diktator Museveni Geld und Waffen aus Jerusalem. Die abgeschobenen Einwanderer kommen in ein fremdes Land: Fast alle Afrikaner in Israel stammen aus Eritrea und dem Sudan.

Body

Jerusalem - In Tel Aviv und anderen israelischen Orten gehören sie seit Jahren zum Stadtbild: Illegale Einwanderer aus Afrika, die auf der Straße oder in ärmlichen Unterkünften leben, sich als Tagelöhner verdingen oder betteln. Nach Angaben der israelischen Behörden leben derzeit etwa 55.000 afrikanische **Asylbewerber** in Israel. Hinter ihnen liegt eine monatelange, lebensgefährliche Flucht über den ägyptischen Sinai.

Der jüdische Staat will die Afrikaner loswerden. Deshalb hat die Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ein Abkommen mit Uganda geschlossen. Das ostafrikanische Land verpflichtet sich zur Aufnahme der Migranten. Damit sollen die Flüchtlinge in ein für sie fremdes Land abgeschoben werden. Denn 90 Prozent der nach Israel eingewanderten Afrikaner stammen aus Eritrea und dem Sudan.

Im Gegenzug bekommt Uganda von Israel Gelder für die Entwicklungshilfe und die Aufrüstung der Armee. Bereits in den vergangenen Jahren haben beide Staaten ihre militärische Zusammenarbeit verstärkt. Unter anderem lieferte Israel Mörsergranaten, Artilleriegeschütze, und Überwachungssysteme an die Regierung in Kampala. Außerdem wurden ugandische Kampfpiloten in Israel ausgebildet.

Nach Angaben des israelischen Innenministers Gideon Saar soll die Deportation der Afrikaner noch in diesem Jahr beginnen. In einer ersten Phase sollen die Einwanderer mit Finanzhilfen und Flugtickets zu einer freiwilligen Übersiedlung nach Uganda bewegt werden. Zudem sollen sie Gelder, die sie in Israel verdient haben, mitnehmen können.

Wenn sie das Land nicht freiwillig verlassen, sollen die Sudanesen und Eritreer in Sammellager eingesperrt und ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr verlängert werden.

Israel weist Kritik zurück

Nach dem Willen von Innenminister Saar soll das Beschäftigungsverbot für illegale Einwanderer fortan strikt durchgesetzt werden. Zudem soll die Möglichkeit eingeschränkt werden, Geld an Verwandte in den Herkunftsländern zu schicken.

Israel will Tausende Afrikaner nach Uganda abschieben

Menschenrechtsgruppen kritisieren den israelischen Deal mit Uganda scharf. Schon jetzt leben etwa 250.000 Flüchtlinge aus Ruanda, der Demokratischen Republik Kongo und dem Sudan in Uganda - unter verheerenden Bedingungen. "Die Flüchtlinge leben praktisch in riesigen Gefängnissen, die sie ohne Erlaubnis nicht verlassen dürfen", sagte der ugandische Menschenrechtsaktivist David Nkunda der Zeitung "Haaretz".

Das Abkommen sei ein klarer Verstoß gegen die Menschenrechte. "Diese Menschen wollten niemals nach Uganda. Sie hatten ihre Gründe, nach Israel zu fliehen", sagte Nkunda. Uganda ist ein autoritärer Staat, der seit 1986 mit harter Hand von Präsident Yoweri Museveni geführt wird.

Ein Bündnis israelischer Bürgerrechtsgruppen warf Netanjahus Regierung vor, Asylbewerber für Waffen und Geld zu verkaufen. Das Schicksal der Deportierten sei den Politikern egal.

Der israelische Generalstaatsanwalt Jehuda Weinstein, der die Einigung absegnete, wies diese Vorwürfe zurück. Uganda habe die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet und "hat ein Asylsystem, das die Rechte der betreffenden Gruppen schützt", erklärte Weinstein.

Wie viele Flüchtlinge in den kommenden Jahren nach Uganda ausgewiesen werden, ist derzeit noch unklar. Israels Innenminister Saar sprach am Donnerstagabend von 2000 bis 3000 pro Jahr. Doch dabei soll es nicht bleiben, sagte er. "Wir arbeiten daran, in den kommenden Wochen Abkommen mit weiteren Staaten zu schließen."

syd/AFP/Reuters

Load-Date: September 18, 2013

Europa drängt Griechen zu besserem Grenzschutz

Spiegel Online

8. März 2012 Donnerstag 12:17 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FLÜCHTLINGSSTROM

Length: 596 words

Highlight: "Die Grenze ist offen wie ein Scheunentor": Sieben EU-Staaten, darunter Deutschland und Österreich, werfen Griechenland schwere Versäumnisse beim Kampf gegen illegale Einwanderung vor. Den Behörden in Athen fehle der Wille, das Problem zu lösen.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,820097,00.html>

Body

Brüssel - Mit ihrer langen Küstenlinie und den zahlreichen Inseln ist die griechische Grenze kaum zu kontrollieren. In jedem Jahr überqueren sie Tausende **Flüchtlinge** auf dem Weg in die EU - vor allem aus der Türkei. Nun haben Deutschland, Österreich und fünf weitere EU-Länder von Griechenland einen besseren Grenzschutz gefordert, um die illegale Einreise von **Flüchtligen** zu stoppen.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und seine österreichische Kollegin Johanna Mikl-Leitner beklagten am Donnerstag in Brüssel einen "signifikanten" Anstieg von Asylbewerbern in ihren Ländern. Die Ursache dieser "illegalen Migrationsströme" liege an der griechisch-türkischen Grenze, so Mikl-Leitner: "Diese Grenze ist offen wie ein Scheunentor." Falls sich die Lage nicht bessere, müsse darüber nachgedacht werden, Grenzkontrollen vorübergehend wieder einzuführen.

Gemeinsam mit ihren Kollegen aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Schweden und Großbritannien verfassten Friedrich und Mikl-Leitner einen Maßnahmenkatalog, um die illegale Einwanderung in die EU einzudämmen. In den sieben Ländern werden den beiden Ministern zufolge 75 Prozent aller Asylanträge in der gesamten EU gestellt und die meisten Flüchtlinge ohne Einreiseerlaubnis aufgenommen.

Im Oktober 2010 hatte EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström mitgeteilt, dass bis zu 90 Prozent der illegalen Einwanderer die EU über Griechenland erreichen. Schon damals hatte Athen Grenzschützer der EU-Agentur Frontex angefordert - eingedämmt ist das Problem aber trotzdem nicht.

"Mangelnder politischer Wille" in Athen

In Deutschland ist die Zahl der Asylbewerber von 28.000 Antragstellern im Jahr 2009 auf 41.000 Bewerber im Folgejahr gestiegen. Im Jahr 2011 wurden in Deutschland schließlich fast 49.000 Asylanträge gestellt. Das sei zwar keine "Explosion", aber doch ein "signifikanter" Anstieg, sagte Friedrich. Der deutsche Minister und Mikl-Leitner äußerten sich auf einer gemeinsamen Pressekonferenz vor einem Treffen der EU-Innenminister, bei dem über Einwanderung und die Regeln des Schengen-Raums beraten wurde.

Europa drängt Griechen zu besserem Grenzschutz

Der Ton der gemeinsamen Erklärung war ungewöhnlich scharf. Mikl-Leitner warf den griechischen Behörden "mangelnden politischen Willen" in der Flüchtlingspolitik vor. Die Asylbehörde des Landes sei mit elf Angestellten ausgestattet - anstatt mit dem angepeilten Personal von 300 Beamten, kritisierte die Österreicherin. Die sieben EU-Länder fordern demnach von der Regierung in Athen, die Behörde so aufzustellen, dass sie die "Flüchtlingsströme bewerkstelligen" könne. Nötig sei zudem eine engere Zusammenarbeit mit den türkischen Grenzbehörden sowie Kontrollen durch EU-Experten vor Ort.

Neues Abkommen mit der Türkei nötig

Die sieben EU-Länder fordern Mikl-Leitner zufolge außerdem, dass die Schengen-Regeln den EU-Ländern die Wiedereinführung von Grenzkontrollen erlauben, wenn Länder wie Griechenland die EU-Außengrenze nicht schützen. Nötig sei zudem eine engere Zusammenarbeit mit der Türkei, da "sehr viele Flüchtlingsströme" über das Land kämen, sagte die österreichische Ministerin. Darunter falle auch die Unterzeichnung eines Abkommens mit der Regierung in Ankara, damit die EU über die Türkei eingereiste Flüchtlinge dahin zurückschicken könne.

Friedrich bezeichnete den gemeinsamen Vorstoß der sieben EU-Länder als "Signal" dafür, "dass wir gemeinsam innerhalb der Europäischen Union marschieren wollen, um das Problem zu lösen". Die Vorschläge sollen demnach Grundlage für ein EU-Maßnahmenpaket sein, das von der dänischen EU-Ratspräsidentschaft bis Jahresmitte erarbeitet werden soll.

jok/dpa/dapd

Load-Date: March 8, 2012

Dramatischer Hungerstreik in der Münchner Innenstadt

SPIEGEL ONLINE

28. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 878 words

Byline: Björn Hengst

Highlight: Sie essen nichts mehr, nehmen auch keine Flüssigkeit zu sich: In der Münchner Innenstadt fordern Dutzende **Flüchtlinge** per Hungerstreik die sofortige Anerkennung ihrer **Asylanträge**. Bayerns Sozialministerin Haderthauer reagiert kühl - und erntet prompt Kritik.

Body

Die Menschen hinter dem rot-weißen Absperrband auf dem Münchner Rindermarkt sind bereit, notfalls zu sterben. Und diejenigen, die vor der Sperre stehen, reagieren darauf auf sehr unterschiedliche Weise. Da gibt es zum Beispiel die Rentnerin mit den langen grauen Haaren, die am Freitag mit Blumen vorbeikommt. "Als Zeichen der Anteilnahme", sagt sie und geht bald wieder. Und dann ist da der ältere Herr, der in ein Gespräch verwickelt ist und dessen Stimme plötzlich immer lauter wird: "Ich zahle nicht einen Cent mehr für irgendeinen dahergelaufenen Kameltreiber", sagt er und deutet mit dem Zeigefinger Richtung Absperrband.

Es gibt hässliche Szenen und rührende - und alle gelten sie den rund 50 **Asylbewerbern** aus Ländern wie Pakistan oder Nigeria, die hier im Herzen der bayerischen Landeshauptstadt seit vergangenen Samstag ein Camp aufgeschlagen haben. Ihre Forderung: die sofortige Anerkennung als politisch Verfolgte gemäß Artikel 16a des Grundgesetzes. Dafür sind sie in einen Hungerstreik getreten. Mehr noch: Sie trinken auch nichts mehr. Seit sieben Tagen keine Nahrung mehr, seit vier Tagen auch kein Wasser.

21 Flüchtlinge seien bereits kollabiert, fünf oder sechs würden sich derzeit noch in Krankenhäusern befinden, sie würden aber ins Camp zurückkommen. So sagt es jedenfalls Ashkan Khorasani, der nach eigenen Angaben als Bote der Flüchtlinge fungiert. Als Sprecher will er sich nicht bezeichnen.

"Wir wehren uns", steht auf einem der Transparente am Camp. "Flüchtlingslager abschaffen", steht auf einem anderen. Auch ein Schreiben gibt es, adressiert an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Andreas Voßkuhle, den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts: Sie würden in Deutschland wohnen, schreiben die Flüchtlinge darin, und seien "vom Leben in Isolationslagern, dem Ausschluss von Bewegungsfreiheit und allnächtlichen Abschiebungen geplagt". Weiter heißt es darin: "Wir sind nicht willens, in dieser Situation zu leben - nicht einmal einen Tag mehr."

Zwei Krankenwagen stehen in der Nähe des Camps bereit, auch die Polizei hat mehrere Beamte postiert. Der Münchner Rindermarkt ist zum Ort eines politischen Protests geworden, bei dem es um Leben und Tod geht. Und

Dramatischer Hungerstreik in der Münchner Innenstadt

nebenher ist aus ihm auch eine Art Stammtisch geworden, an dem die Urteile schnell gesprochen werden. "Dass wir uns hier so etwas bieten lassen müssen", sagt eine Frau und schüttelt mit dem Kopf.

Markige Worte von der Ministerin

Auch die Politik tut sich schwer mit einem moderaten Ton. Sozialministerin Christine Haderthauer warf SPD und Grünen zuletzt vor, die Hoffnungen der Asylsuchenden für ihre parteipolitischen Zwecke zu instrumentalisieren, indem sie "bewusst Desinformation" bezüglich der Rechtslage und der Zuständigkeiten in der Asylpolitik betreiben würden. Die Asylbewerber forderte die CSU-Politikerin zum Ende des Hungerstreiks auf: "Hierzulande ist Politik nicht erpressbar, wir leben in einem Rechtsstaat, wo man sich nicht durch Hungerstreiks eine Vorzugsbehandlung erzwingen kann."

Die Grünen erklärten kurz darauf, dass Bayern eine inhumane Flüchtlingspolitik betreibe und Asylbewerber jahrelang in Massenunterkünften hausen müssten. "Sie sind Geiseln der Staatsregierung und der CSU, die auf dem Rücken dieser Menschen eine populistische Abschreckungspolitik exerzieren." Im Unterschied zu vielen anderen Bundesländern setzt der Freistaat auf Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge und steht nicht gerade im Ruf, Asylbewerber besonders herzlich aufzunehmen.

Auch die FDP, Regierungspartner der CSU, kritisierte jetzt Ministerin Haderthauer. Er frage sich "zunehmend, warum die Sozialministerin so wenig Einfühlungsvermögen an den Tag" lege, erklärte Thomas Hacker, FDP-Fraktionschef im Landtag, am Freitag. Zwar dürfe sich ein Rechtsstaat nicht erpressen lassen, es müsse aber weiter Verbesserungen für die Menschen geben, "die zu uns kommen, weil sie unserer Hilfe bedürfen".

Es gibt derzeit nur wenige, denen in dieser angespannten Atmosphäre Worte des Ausgleichs gelingen. Einer davon ist Marian Offman, sozialpolitischer Sprecher der CSU im Münchner Stadtrat. Zwar sei die Forderung der Hungerstreikenden eine Form der Erpressung, man müsse aber auch die humanitäre Seite sehen. "Das sind schwer traumatisierte Menschen, die Angst vor Abschiebung haben", sagt Offman. Regelmäßig geht er zum Rindermarkt und sucht Kontakt zu den Flüchtlingen.

"Sie wissen genau, was sie tun"

Die Hungernden haben sich in den vergangenen Tagen aber zunehmend zurückgezogen, das rot-weiße Absperrband soll vor aufdringlichen Neugierigen schützen. Khorasani gibt denjenigen Auskunft, die Fragen zum Gesundheitszustand der Flüchtlinge haben. Einige von ihnen liegen sichtlich geschwächt auf ihren Decken, andere harren regungslos auf Stühlen aus.

Die Lage ist schwierig: Verhandlungen zwischen Khorasani und den Behörden blieben bislang ohne Ergebnis. Das Angebot des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, die Asylanträge der Hungernden innerhalb der nächsten zwei Wochen zu prüfen, lehnte der 24-Jährige ab. Einen Abbruch des Hungerstreiks der Flüchtlinge ohne sofortige Anerkennung als politisch Verfolgte werde es nicht geben. Über die Menschen im Camp sagt er: "Sie wissen genau, was sie tun."

Load-Date: July 23, 2013

Flüchtlinge überwinden Grenzwall zu Exklave Melilla

Spiegel Online

19. August 2012 Sonntag 8:23 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: MAROKKO

Length: 221 words

Highlight: Sie haben den Zeitpunkt gewusst gewählt: Während der Feierlichkeiten zum Ende des Fastenmonats Ramadan versuchten Hunderte Afrikaner den Grenzwall zur spanischen Exklave Melilla zu überwinden. Nur Wenige waren erfolgreich.; <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/afrikanische-fluechtlinge-ueberwinden-grenzwall-zu-exklave-melilla-a-850888.html>

Body

Melilla - Rund 300 afrikanische **Migranten** haben versucht, die Grenzbefestigungen der spanischen Nordafrika-Exklave Melilla zu stürmen. Etwa 60 **Flüchtlingen** ist es gelungen, über die Absperrung im Flussbett des Rio de Oro bis nach Melilla zu gelangen, wie spanische Behörden mitteilten.

Die Migranten hatten den Zeitpunkt, den Abschluss des Ramadan am Samstagabend, offenbar bewusst gewählt - viele Menschen feierten in diesen Stunden das Ende der Fastenzeit. Am Sonntagmorgen habe eine weitere Gruppe von rund 150 Menschen vergeblich versucht, den Grenzwall zu stürmen. Von dieser Gruppe sei aber niemand auf spanisches Gebiet gelangt, teilte die Polizei mit.

Vor sieben Jahren waren Hunderte von Afrikanern illegal von Marokko nach Melilla und Ceuta gelangt. Die spanische Regierung ließ daraufhin die Grenzbefestigungen ausbauen und die Zäune erhöhen.

Afrikanische Flüchtlinge versuchen zurzeit wieder verstärkt Italien zu erreichen: Vor der Küste der Insel Lampedusa wurden am Samstag mehr als 350 Migranten in zwei Booten gerettet. Mit der Hoffnung auf ein neues Leben und dem Versuch, sich nach Europa abzusetzen, bringen sich jedes Jahr viele Flüchtlinge in Lebensgefahr.

Erst im Juli verdursteten mehr als 50 afrikanische Flüchtlinge im Mittelmeer, bei dem Versuch mit einem Schlauchboot nach Italien zu gelangen.

kha/dpa/AFP

Load-Date: August 20, 2012

"Haut ab"

SPIEGEL ONLINE

21. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 822 words

Byline: Anna-Lena Roth

Highlight: 30 Rechtsradikale, 600 Gegendemonstranten: In Berlin ist der Streit über ein neues Asylbewerberheim im Stadtteil Hellersdorf eskaliert. Der Flüchtlingsrat spricht vom schlimmsten Protest gegen eine solche Einrichtung in der Stadt.

Body

"Refugees are welcome here", schreien die einen. "Haut ab", brüllen die anderen. Es dauert eine halbe Stunde, da fliegt die erste Glasflasche zwischen den Lagern. Weitere folgen, außerdem Eier. Ein Polizist wird von einer Flasche am Kopf getroffen und verletzt.

Auf dem Alice-Salomon-Platz im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf treffen am Dienstagabend rund 30 Rechtsradikale auf 600 wütende Gegendemonstranten. Die NPD hat zur Demonstration gegen ein neu eröffnetes Asylbewerberheim im Viertel aufgerufen. 250 Polizisten sind im Einsatz - und sie haben alle Hände voll zu tun.

Am Montag waren die ersten Flüchtlinge in die Carola-Neher-Straße 65 eingezogen. In das vierstöckige Gebäude, das einmal ein Gymnasium war und nun ein Zuhause für die Menschen werden soll, die ihre Heimat verlassen mussten.

Sie waren durch den Hintereingang in ihre neue Bleibe gebracht worden. Begleitet von Polizisten und Protesten, wie Verbrecher. Genau das ist es, was viele ihrer neuen Nachbarn in ihnen sehen: Kriminelle, die Müll machen. Die nur rumhängen. Die nicht nach Deutschland gehören. Die erste Nacht haben die Männer, Frauen und Kinder hinter sich, sind eingekehrt. Aber mit ihnen noch längst keine Ruhe.

NPD macht Stimmung gegen Ausländer

Der Streit über das Asylbewerberheim schwelt schon seit Wochen: Die Anwohner beschwerten sich, dass sie zu spät über die Pläne informiert wurden. Die Rechten nutzen das Thema, um gegen Ausländer Stimmung zu machen - als Argument dienen ihnen auch die jüngsten Zahlen vom Bundesamt für Migration. Und die größtenteils anonym agierende "Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf" fährt auf Facebook eine Kampagne gegen das Heim.

Der Flüchtlingsrat der Stadt spricht vom "schlimmsten Protest gegen eine solche Einrichtung in Berlin". Mindestens sechs Flüchtlinge hätten das Haus bereits nach einem Tag aus Furcht wieder verlassen, darunter eine Familie: "Sie fühlen sich bedroht".

"Haut ab"

Die NPD-Gegner wollen nicht tatenlos zusehen. Vor der Demo der Rechtsradikalen versammeln sie sich am Dienstagabend vor dem Asylbewerberheim. Sie wollen zeigen, dass die Flüchtlinge Unterstützer haben, dass sie eben doch willkommen sind. Sie rufen es, es steht auf ihren Transparenten und mit Kreide auf dem Asphalt. Wer nach oben guckt, hoch zu den Fenstern der Plattenbauten, erkennt auf der einen Seite die Flüchtlinge hinter dem Glas. Und auf der anderen Seite die Nachbarn, weit herausgelehnt aus offenen Fenstern, mit Kissen unter den Ellbogen. Es scheint, als würden beide Seiten darauf warten, dass es auf der Straße unter ihnen losgeht.

Doch soweit kommt es hier nicht. Gegen 18.00 Uhr wird offiziell bekannt: Die NPD-Demonstration findet nicht direkt vor dem Asylbewerberheim statt, sondern wenige hundert Meter entfernt auf dem Alice-Salomon-Platz - ein Versuch der Deeskalation. Doch es kommt trotzdem zu Gewalt. In einer ersten Zwischenbilanz spricht die Polizei von elf Festnahmen.

Es wird nicht der letzte Marsch sein. Für Mittwoch planen die Rechtspopulisten von Pro Deutschland an mehreren Standorten in Berlin Protestaktionen. Sie sei gegen das Asylbewerberheim, sagt Maria Fank, 24, Mitglied bei der NPD und dem Ring Nationaler Frauen. Sie hat die Kundgebung angemeldet. Das Geld solle besser für Deutsche eingesetzt werden, ruft sie ins Mikrofon. Weiter kommt sie nicht: Sie wird wie ihr Vorredner von den Hunderten Menschen auf der anderen Seite überstimmt.

Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien

Die Rechtsextremen haben in den vergangenen Wochen häufig Stimmung gegen das Asylbewerberheim gemacht. Einer der Höhepunkte war eine Versammlung der Anwohner Anfang Juli: Dort marschierten sie in Massen auf, Teilnehmer beschreiben die Situation als aggressiv und furchteinflößend.

Auch Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin war dabei. Er habe Angst vor den sichtbar gewaltbereiten Rechtsradikalen gehabt, sagt er. Wusste nicht, ob er sicher wieder zu seinem Auto kommen würde, wenn er sich öffentlich äußern würde.

Auch er setzt sich an diesem Dienstag vor dem Asylbewerberheim für die Bewohner ein - auch wenn er nicht will, dass derzeit Flüchtlinge dorthin gebracht werden. Bisher sind es knapp 50, vor allem aus Afghanistan, Syrien und Serbien. In den kommenden Monaten sollen es rund 200 Flüchtlinge werden.

"Es ist unverantwortlich, Menschen, die gerade vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland geflohen sind und in ihren Heimatländern Schreckliches erlebt haben, in eine derart aufgeheizte Atmosphäre zu schicken", sagt Classen. Es fehle ein umfassendes Sicherheitskonzept - und der Kontakt zu den Nachbarn.

Classen glaubt, dass viele Vorurteile durch Gespräche ausgeräumt werden könnten. "Wir müssen mit den Anwohnern reden", sagt er. Ihnen klarmachen, dass die Kriminalität in den anderen Gegenden Berlins mit Asylbewerberheimen nicht angestiegen sei. Dass hier Menschen wohnen wollen. Keine Verbrecher.

Load-Date: September 18, 2013

Hunderte Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet

SPIEGEL ONLINE

15. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / DEFAULT

Length: 463 words

Highlight: Die tödlichen Flüchtlingsdramen auf dem Mittelmeer halten Migranten nicht von der gefährlichen Überfahrt nach Italien ab. Küstenwache und Marine halfen bei mehreren Rettungsaktionen rund 400 in Seenot geratenen Menschen.

Body

Rom - Der Flüchtlingsstrom nach Italien reißt nicht ab. Bei insgesamt vier Rettungsaktionen wurden mehr als 400 Migranten in der Nacht zum Dienstag im Mittelmeer aus Seenot gerettet und auf die Insel Lampedusa oder nach Sizilien gebracht. Italienische Marine und Küstenwache sicherten ein Boot mit etwa 250 Migranten aus Eritrea an Bord, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Das Boot wurde in dem Gebiet zwischen Malta und Lampedusa entdeckt, in dem am Freitag Dutzende Flüchtlinge bei einem Schiffbruch gestorben waren.

Rund hundert Kilometer südlich von Lampedusa retteten Helfer etwa 80 illegale Einwanderer von einem anderen Schiff. Die Einsätze folgten auf den Beginn einer neuen Überwachungsmission, die tags zuvor von der italienischen Regierung beschlossen worden war: Dabei werden zusätzliche militärische und zivile Schiffe sowie Flugzeuge zur Überwachung des Mittelmeers eingesetzt, um - wie es offiziell heißt - in Seenot geratene Flüchtlinge zu retten und Menschenschmuggler abzuschrecken.

Vorgesehen ist auch der Einsatz von Drohnen und Hubschraubern und moderner Nachtsichtausrüstung. "Es wird eine militärische und humanitäre Aktion sein, die die Überwachungs- und Rettungsmaßnahmen im offenen Meer verstärkt, um die Sicherheit zu erhöhen", sagte Verteidigungsminister Mario Mauro.

Mehr Tote bei Unglück zwischen Malta und Lampedusa?

Bei der Katastrophe am vergangenen Freitag könnten nach Aussage des maltesischen Regierungschefs Joseph Muscat bis zu 200 Flüchtlinge ums Leben gekommen sein. "Wir haben die Befragung der Überlebenden abgeschlossen, dabei ergaben sich zu der Zahl der Menschen an Bord unterschiedliche Angaben", sagte Muscat. Unklar sei dabei, welche Zahlen richtig seien, den Angaben zufolge könnten aber zwischen 50 und 200 Menschen gestorben sein. Offiziell bestätigt wurde bislang der Tod von 38 Bootsflüchtlingen.

Am 3. Oktober waren bei einer Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa mindestens 364 Menschen aus Afrika ums Leben gekommen. Die Tragödie hatte eine neuerliche Debatte über die umstrittene Flüchtlingspolitik der Europäischen Union befeuert und Italien abermals dazu veranlasst, mehr Unterstützung durch andere EU-Länder anzufordern.

Hunderte Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet

Nach Schätzungen des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind in diesem Jahr bereits rund 32.000 Flüchtlinge in Italien und Malta eingetroffen. Viele von ihnen stammen aus Eritrea, Somalia und Syrien.

Ähnlich wie Italien wird auch Griechenland von vielen Flüchtlingen als Eingangstor in die EU angesteuert. Südlich der Halbinsel Peloponnes griffen die Behörden des Landes am Dienstag Dutzende schiffbrüchige Syrer auf, darunter elf Frauen und 18 Kinder. Die 73 Flüchtlinge wurden laut Hafenwacht unversehrt in Kalamata an Land gebracht.

wit/dpa/AFP

Load-Date: October 15, 2013

End of Document

Demonstranten attackieren Flüchtlingslager

Spiegel Online

2. Oktober 2012 Dienstag 12:02 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: GRIECHENLAND

Length: 232 words

Highlight: Sie warfen Steine und versuchten, das Gelände zu erstürmen: Im Norden Griechenlands haben Demonstranten ein Migrantenlager angegriffen. Der Übergriff ist nur der jüngste einer Reihe von Attacken.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-demonstranten-attackieren-fluechtlingslager-a-859058.html>

Body

Thessaloniki/Athen - Nach Behördenangaben haben am Montagabend etwa 100 Steine werfende Demonstranten versucht, das Gelände eines neues Auffanglager für illegale Immigranten im Norden Griechenlands zu stürmen. Die Polizei habe Tränengas eingesetzt, um sie zurückzudrängen. Über Festnahmen oder Verletzte lagen zunächst keine Berichte vor. Die Attacke ist nur die jüngste in einer Reihe von Angriffen auf Ausländer.

Derzeit leben nach Schätzungen rund eine Million Nicht-EU-Ausländer in Griechenland, 350.000 ohne gültige Papiere. In dem krisengeplagten Land machen Rechtsextremisten Stimmung gegen Ausländer.

In Athen wurden in der Nacht zu Montag bei Zusammenstößen zwischen autonomen und rechtsextremen Gruppen zwei Menschen verletzt und 15 festgenommen. Mit einem Motorradkorso hatten Autonome im Stadtteil Agios Panteleimon gegen Ausländerfeindlichkeit demonstriert. Der Stadtteil ist Hochburg der Rechtsextremen, dort leben auch Zehntausende Migranten mit asiatischen und afrikanischen Wurzeln. Rechtsextremisten sollen die Demonstranten mit Latten attackiert haben, die Autonomen sollen mit Ketten zurückgeschlagen haben.

Die Regierung geht intensiver gegen illegale Migranten vor: Bei einer Razzia in Patras wurden am Montagmorgen mehr als 150 Menschen ohne Dokumente festgenommen. In dem Ort versuchen viele Flüchtlinge, auf eine der Fähren nach Italien zu gelangen.

mia/dpa/dapd/Reuters

Load-Date: October 2, 2012

Wissenschaftler fordern Integrationsministerium

SPIEGEL ONLINE

01. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 459 words

Highlight: Bei den Themen Migration und Integration herrscht in Deutschland ein Kompetenzgerangel zwischen den Ministerien. Wissenschaftler fordern von der neuen Regierung die Schaffung eines eigenen Ressorts, das die Zuständigkeiten bündeln soll. Eine Online-Petition soll die Parteien unter Druck setzen.

Body

Berlin - Mehr als 60 Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und weitere Erstunterzeichner unterstützen einen Aufruf für die Reform der Integrationspolitik. In einer Online-Petition, die am Dienstag veröffentlicht wurde, fordern sie von der neuen Bundesregierung dafür die Gründung eines eigenen Ministeriums.

Das Bundesinnenministerium sei mit seiner Konzentration auf Sicherheitspolitik und Gefahrenabwehr der falsche Ansprechpartner für die Förderung von Zuwanderung und Willkommenskultur, kritisiert der Rat für Migration, ein bundesweiter Zusammenschluss von Wissenschaftlern, der den offenen Brief initiiert hat. "Als inhaltliche Grundlage für die Arbeit des neuen Querschnitts-Ministeriums ist ein Bundesmigrations- und Integrationsgesetz erforderlich, das die Neuausrichtung auf einen umfassenden Ansatz festschreibt", fordert Professor Jürgen Bast, Migrationsrechtler an der Universität in Gießen.

Das neue Querschnitts-Ministerium solle auch die Dimensionen Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur im Blick haben und damit über seine eigenen Ressortgrenzen hinaus wirken. "Derzeit gibt es auf der Bundesebene in Sachen Migration und insbesondere bei der Integrationspolitik eine schwer zu überblickende Vielfalt von Kompetenzen", kritisiert der Politikwissenschaftler Professor Dietrich Thränhardt.

Kompetenz-Hickhack beim Thema Integration

Jenseits der zentralen Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums liegt die Federführung für Fragen der Arbeitsmigration beim Arbeitsministerium, die Visavergabe fällt in die Zuständigkeit des Außenministers, und diverse andere Ministerien haben inzwischen selber ein eigenes Integrationsreferat. Im Bundeskanzleramt sitzt die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung ohne eine Zuständigkeit für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das wiederum für die Integrationskurse zuständig ist, aber dem Bundesinnenministerium nachgeordnet.

"Bis heute ist es nicht einmal gelungen, einen geschlossenen Migrations- und Integrationsbericht vorzulegen und kontinuierlich fortzuschreiben", kritisiert der Rat für Migration.

Wissenschaftler fordern Integrationsministerium

Außer zahlreichen Wissenschaftlern haben unter anderem der SPD-Politiker Dieter Wiefelspütz, Ex-CDU-Generalsekretär Heiner Geißler sowie die ehemalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen, den Online-Aufruf unterzeichnet.

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Günter Krings, erteilte der Forderung eine Absage: "Die Innenminister Schäuble, de Maizièrre und Friedrich haben gezeigt, dass man kein Sheriff sein muss, sondern auch wichtige Fragen wie Islamkonferenz, Netzpolitik und Demographie erfolgreich angehen kann", sagte Krings. "Inhalte gehen vor Strukturen und Posten."

syd

Load-Date: October 1, 2013

End of Document

Afrikanische Flüchtlinge stürmen spanische Exklaven

SPIEGEL ONLINE

17. September 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 300 words

Highlight: Hunderte Afrikaner haben am Dienstag die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla an der marokkanischen Küste gestürmt. Fast 200 von ihnen gelang es, die Barrikaden zu überwinden - das spanische Innenministerium bezeichnete die Migranten als "sehr gewalttätig".

Body

Madrid - Hunderte Flüchtlinge haben am Dienstag die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla an der marokkanischen Küste gestürmt. Wie das spanische Innenministerium mitteilte, hätten rund 300 Afrikaner versucht, die Stacheldrahtbarrikaden in Melilla zu überwinden. Etwa hundert von ihnen sei es gelungen, sie sollen in ein Auffanglager gebracht werden. In Ceuta hätten es zudem mindestens 80 Afrikaner schwimmend an den Strand der Exklave geschafft.

In Melilla hätten die Afrikaner "sehr gewalttätig" agiert, hieß es weiter. Die Flüchtlinge hätten einen sechs Meter hohen Zaun niedergerissen und marokkanische und spanische Polizisten mit Steinen und anderen Objekten beworfen. Sechs Beamte und ein Flüchtling seien dabei verletzt worden.

Melilla und Ceuta grenzen beide an der Seeseite ans Mittelmeer und werden an der Landseite von Marokko umgeben. Migranten, die nach Europa fliehen wollen, campieren rund um die beiden Städte. Mehrere tausend von ihnen versuchen jährlich in die Exklaven zu gelangen, die meisten werden aber an der Grenze zurückgedrängt.

Der Flüchtlingsstrom nach Europa reißt nicht ab. Nachdem am Montag ein Boot mit 42 Flüchtlingen in der Straße von Gibraltar Schiffbruch erlitten hatte, setzte die spanische Küstenwache am Dienstag die Suche nach zwölf Vermissten fort. In der Meerenge wurde am frühen Morgen die Leiche eines Afrikaners geborgen, der aber nicht zu den Vermissten gehörte. Am Dienstag fing die spanische Polizei zudem ein Boot mit 17 Flüchtlingen aus Algerien ab.

Nach einem Massenansturm auf die Exklaven im Jahr 2005 hat Spanien in den letzten Jahren die Kontrollen zu Land und zu Wasser drastisch verschärft und unter anderem Grenzbefestigungen mit sechs Meter hohen Zäunen mit Stacheldraht und Kameras errichtet.

asp/dpa/ap

Load-Date: September 18, 2013

Afrikanische Flüchtlinge stürmen spanische Exklaven

End of Document

Griechischer Minister warnt vor "Invasion"

Spiegel Online

6. August 2012 Montag 10:26 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FLÜCHTLINGSWELLE

Length: 402 words

Highlight: "Wir sind mit einer Invasion konfrontiert": Der griechische Minister für Bürgerschutz zeichnet ein dramatisches Bild von der Lage seines Landes. Unter der Last der illegalen Migranten drohe Griechenland unterzugehen. Neue Sorge bereiten Athen Flüchtlinge aus Syrien.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingswelle-griechischer-minister-warnt-vor-invasion-a-848410.html>

Body

Athen - Flüchtlinge, die über das krisengeschüttelte Griechenland nach Europa kommen, werden für die Regierung in Athen zu einem immer größeren Problem. Der griechische Minister für Bürgerschutz, Nikolaos Dendias, hat die unkontrollierte Zuwanderung mit einer Invasion verglichen. "Das Land geht unter. Wir sind mit einer Invasion konfrontiert", sagte der Minister im Fernsehen. Die Sicherheitskräfte würden konsequent ihre seit zwei Tagen begonnene landesweite Aktion gegen die illegale Migration fortsetzen.

Griechenland geht seit Samstagmorgen mit massivem Polizeiaufgebot gegen illegale Einwanderer vor. Rund 1500 Polizisten schwärmten am Wochenende allein in der Hauptstadt Athen aus, um vermeintliche Nicht- EU-Ausländer ohne Aufenthaltserlaubnis zu kontrollieren, wie die Polizei mitteilte. Bis zum Montagmorgen seien mehr als 1100 Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis in ein Auffanglager bei Athen gebracht worden.

Nach Medienberichten gab es weitere Einsätze an der türkischen Grenze im Nordosten des Landes. Die Maßnahme werde fortgesetzt und sei nicht vorübergehend, sagte Dendias im Rundfunk. Das Land an der südöstlichen Außengrenze der EU ist seit längerem Anlaufpunkt für Migranten vor allem aus Asien und Afrika. In den vergangenen zehn Jahren haben mehr als eine Million Menschen dort Zuflucht gesucht. Allein 2010 waren es nach griechischen Angaben 128.000.

Zuletzt hatte die griechische Regierung aus Angst vor einer Flüchtlingswelle aus dem umkämpften Syrien die Grenze zur Türkei noch schärfer bewachen lassen. 1800 Grenzpolizisten würden zusätzlich an die Grenze geschickt, sagte Justizminister Nikos Dendias in der vergangenen Woche. Bislang werden lediglich 600 griechische Grenzschrützer eingesetzt. Auf dem Grenzfluss Evros würden weitere Patrouillenboote und schwimmende Barrieren eingesetzt. Zuvor hatte Dendias angekündigt, dass sein Land trotz internationaler Kritik am Bau eines knapp elf Kilometer langen Grenzzauns zur Türkei festhalte. Er soll Anfang Oktober fertig sein.

Mit der Eskalation der Gewalt in Syrien rund um die Großstadt Aleppo hatte die Zahl der Flüchtlinge noch einmal drastisch zugenommen. Nach Schätzungen des Internationalen Roten Kreuzes von vergangener Woche sind

Griechischer Minister warnt vor "Invasion"

bereits rund 200.000 Menschen aus der Wirtschaftsmetropole geflohen - viele zieht es in die Türkei. Schon jetzt leben mehr als 43.000 syrische Flüchtlinge in türkischen Lagern in der Grenzregion.

anr/dpa

Load-Date: August 6, 2012

End of Document

Böhser Onkel gibt den Guten

SPIEGEL ONLINE

08. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR / LITERATUR

Length: 1008 words

Byline: Christian Buß

Highlight: Als ob das Dschungelcamp auf Tour geht: Für das ZDFNeo-Format "Auf der Flucht" reisen Boulevardsternen Mirja du Mont und Ex-Böhse-Onkelz-Mitglied Stephan Weidner quer durch Afrika und Nahost - wie echte Flüchtlinge.

Body

Gleich am Anfang kommt Dschungelcamp-Atmosphäre auf. Da werden den Teilnehmern von "Auf der Flucht" die Handys abgenommen. Was bei der RTL-Survival-Show Dr. Bob erledigt, das übernimmt beim ZDFNeo-Selbstversuch "Auf der Flucht" allerdings ein seriöser Nahost-Experte.

Mit der gleichen sachlichen Jovialität wie der Buschmann Dr. Bob weist Daniel Gerlach, im Hauptberuf Chefredakteur des Orient-Fachmagazins "Zenith", mit dem auch SPIEGEL ONLINE kooperiert, die sechs unvorbereiteten Kandidaten in ihre Aufgabe ein: Drei von ihnen sollen in umgekehrter Richtung via Italien die Route von Flüchtlingen aus Afrika bereisen, die anderen drei via Griechenland die Route von Flüchtlingen aus dem Irak. Und das mit den gleichen Mitteln wie die Iraker oder Afrikaner, ohne Geld, mit sehr wenigen Rechten.

Ist das noch Unterhaltungsfernsehen oder schon Bildungsprogramm? Beides zusammen - so dürften das jedenfalls die Macher von "Auf der Flucht" sehen. Das Kompositionsprinzip wurde von Reallife-Soaps wie dem RTL-Dschungelcamp kopiert; dem voyeuristischen Fressen für den Zuschauer wird aber auch versucht, journalistisches Futter beizumengen. Etwa die immer wieder in den Erzählstrom eingefügte Anmerkung, dass im letzten Jahr 65.000 Menschen Asyl in Deutschland beantragt haben. Wir sind schließlich beim ZDF. Infos müssen sein.

Spaß aber auch. Die Auswahl der öffentlich-rechtlichen Scheinasylbewerber folgt voll und ganz dem Dschungelcamp-Prinzip. Die Teilnehmer wurden nach Dramapotential gecastet; dass einige von ihnen Publicity dringend nötig haben, so die Rechnung, dürfte sie die zugewiesenen Rollen noch ergebener spielen lassen.

Verschwunden im Tränenbach

Da ist zum Beispiel Mirja du Mont, die als "Model" arbeitet, aber vor allem als Ehefrau von Adelsdarsteller Sky du Mont überschaubare Berühmtheit erlangt hat. Ihr kommt der Part der Heulsuse zu. Ob vor Elendskulisse in den Slums von Rom oder einfach nur im Gespräch mit Flüchtlingen - sie tätschelt und flennt, sobald die Kamera angeht.

Dabei hat sich das Anhängsel des wandelnden FDP-Werbebanders Sky("Das stärkste Mittel gegen Links") sehr klar geäußert zur Flüchtlingspolitik: Die Dritt-Staaten-Regelung, wonach Flüchtlinge in dem europäischen Land bleiben müssen, in dem sie ihren Antrag auf Asyl gestellt haben, findet sie in einem Einspieler aus der Zeit vor der Reise richtig - "sonst hätten wir ja alle hier". Kaum aber hört sie in Italien die Leidensgeschichte eines Afrikaners, herrscht Taschentuchalarm und sämtliche eiserne Grundsätze gehen den Tränenbach hinunter.

Noch eiserner sind die Grundsätze von Bloggerin Katrin Weiland, die Thilo Sarrazin verehrt und der im ZDF-Camp die Rolle der Krawallnudel zukommt. Vor der Reise ließ sie noch ein paar markige Sprüche gegen Asylsuchende ab. An dem Gitter eines griechischen Internierungslagers aber, an dem sich unter unmenschlichen Bedingungen Flüchtlinge aus dem Nahen Osten drängeln, steuert sie ihre Aggressionen in eine andere Richtung: "Perversion in Reinkultur", schreit sie in die Kamera. Bekehrung auf die brutale Tour.

Ob diese auch bei Kevin Müller, einem Ex-NPD-Mitglied aus Berlin, wirkt? Ihm kommt der Doku-Soap-Part des Querulanten zu. Ausgetreten aus der rechtsradikalen Partei sei er, weil die ihm zu "demokratisch" gewesen sei. Er esse auch mal gerne "ausländisch", bei Schwarzen denke er aber sofort an Aids. Was anfangen mit so jemandem? Auf der Fake-Flucht durch Italien und Afrika droht er immer wieder das Experiment abubrechen, überall wittert er Feinde. Irgendwann im Flüchtlingselend von Rom sagt der Irre im Deutschwahn: "Es ist das erste Mal, dass ich Mitleid empfinde."

Bis der letzte umgedreht ist

Die Reality-Show als gesellschaftspolitische Konfrontationstherapie: Folgt man der Logik von "Auf der Flucht", braucht man nur ein paar starke Bilder und Emotionen, schon hat man auch den letzten Xenophoben umgedreht. Aber taugt eine anpolitisierte Doku-Soap als Debatteninstrument? Dreht man Kandidaten und Zuschauer nicht einfach per Bildermassage um, statt Denkprozesse in Gang zu setzen? Und vor allem: Darf man das geballte Flüchtlingselend an den Rändern Europas in einem Unterhaltungsformat ausstellen?

Wie die Kamera sich an Flüchtlingslagerzäunen und Baracken in Italien oder Griechenland weidet, damit eine Yellowpress-Tränentrine wie Mirja du Mont ihre Haltung überdenkt oder ein Springerstinkstiefel wie Kevin Müller beim Migranten um die Ecke essen geht, ist zumindest schwierig zu nennen. Und dass ausgerechnet Stephan Weidner, früher Mitglied der unter Rechtsrockverdacht stehenden Böhse Onkelz, auch noch dabei ist, lässt das Ganze erst recht zweifelhaft erscheinen.

Dabei freut man sich am Ende gar über ihn. Eigentlich erscheint der Musiker, der zumindest früher wenig Anzeichen machte, er hätte etwas dagegen, dass Neonazis seine Texte mitgrölen, als ideales Missionierungsobjekt. Aber hier gibt er sich gleich am Anfang bereits missioniert: "Man kann Leute, die an der Tür klopfen, nicht einfach abweisen. Ich bin ganz klar pro Asyl."

Weidner verkneift sich auf der Flüchtlings-Show-Rallye des ZDF jeden markigen Kommentar, versteckt sich vorsichtig hinter seinen Haaren, die er, so sagt er selbst, sehr lang trägt, um sich schon symbolisch von den Glatzen abzusetzen, für die er früher gesungen hat. Der Mann beherrscht das Spiel mit den Bildern. Umso bemerkenswerter sein Auftritt in Athen. Dort trifft er auf Asylsuchende, die zuvor Opfer eines rechtsradikalen Angriffs geworden sind, und zeigt Solidarität. Beinahe, so möchte man glauben, echte Solidarität. Als eines der Opfer als Spätfolge der rechtsradikalen Gewalt zusammenbricht, bittet Weidner, dass die Kameras ausgemacht werden, auf dass die von ZDFNeo heimgesuchten Flüchtlinge ihre Ruhe haben.

Für eine Show wie "Auf der Flucht", deren Konzept auf der größtmöglichen Zurschaustellung des Flüchtlingsleidens baut, fast schon eine subversive Handlung.

"Auf der Flucht - Das Experiment", donnerstags, 22.15 Uhr, ZDFNeo

End of Document

"Ein Traum für die Rüstungsindustrie"

SPIEGEL ONLINE

11. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 968 words

Byline: Katja Petrovic

Highlight: Europas Presse kommentiert die EU-Entscheidung über das Grenzschutzsystem Eurosur. Drohnen, Satelliten und Radare sollen das Mittelmeer überwachen. "Ein Traum für die Rüstungsindustrie", meint "Le Temps", ein "Skandal" für die Flüchtlingspolitik, findet "Slate".

Body

Mit der Billigung von Eurosur hat Europa erste Konsequenzen aus dem Flüchtlingsdrama von Lampedusa gezogen. "Damit verfolgt die Europäische Union drei Ziele", erklärt der "**Standard**" aus Wien:

Sie will Schleppern und anderen über Grenzen hinweg tätigen Kriminellen das Handwerk legen, illegale Einwanderung verringern und Flüchtlingen in Seenot helfen. "Der Standard", Wien, 10. Oktober

Für die Hilfe an in Not geratene Flüchtlinge mag die französische Nachrichtenseite "**Slate.fr**", bekannt für ihre scharfen Analysen, jedoch nicht glauben. Sie spricht von einer Militarisierung der Grenzen, was eine noch größere Gefahr für die Migranten bedeute:

Im Herzen von Eurosur findet man ein ganzes Arsenal von Instrumenten zur Seeüberwachung: Radar, Satellitenbilder und sogar Drohnen. Die meisten dieser technischen Mittel werden bereits verwendet, doch die Idee heute lautet, sie effektiver zu nutzen. Eine politische Antwort, welche Charles Heller, Forscher an der Londoner Universität Goldsmiths, "durch und durch skandalös" findet. "Je mehr die Grenzen militarisiert werden, umso gefährlicher werden die Routen, welche die Flüchtlinge nehmen", versichert er. "Slate.fr", Paris, 10. Oktober

Davon ist auch "**Le Temps**" aus Genf überzeugt und geht mit der Kritik an Eurosur noch einen Schritt weiter. Nicht den Flüchtlingen, sondern der Rüstungsindustrie komme die europäische Politik damit entgegen, meint das Blatt:

Die Militarisierung der EU-Grenzen wird in erster Linie von Technokraten und Lobbyisten der Rüstungsbranche vorangetrieben. [...] Eurosur ist der Traum der Sicherheitsapostel und der weltweiten Rüstungsindustrie. Aber wie sollen Flüchtlinge in Seenot von einer Grenzzone wie aus einem Science-Fiction-Film profitieren, in der Drohnen patrouillieren und die von den Verfechtern des Projekts "Festung Europa 2.0" getauft wurde? "Le Temps", Genf, 10. Oktober

Auf die Gefahren von Eurosur weist auch die "**Neue Zürcher Zeitung**" hin:

"Ein Traum für die Rüstungsindustrie"

Gegen die Einführung von Eurosur sind [...] kritische Stimmen lautgeworden. Libertäre Kreise wie beispielsweise die deutsche Piratenpartei warnten davor, mit dem Einsatz neuer Technologien und der Vernetzung der Daten würden im Grenzgebiet die Voraussetzungen für die Einführung eines europäischen Überwachungsstaates geschaffen. Andere Kritiker sehen in Eurosur eine Fortsetzung der repressiven Logik der EU-Flüchtlingspolitik, welche Migranten in die Arme der Schlepper treibe und dazu zwingen, bei der illegalen Einreise immer höhere Risiken einzugehen. "Neue Zürcher Zeitung", Zürich, 10. Oktober

"**De Morgen**" aus Flandern ist überzeugt davon, dass es "so gut wie unmöglich ist, die langen Küsten des Mittelmeers völlig undurchlässig zu machen", und liefert ein Beispiel dafür, dass übertriebene Grenzkontrollen bisher keine Lösung in der Flüchtlingsproblematik gebracht haben:

In den neunziger Jahren wurden die Kontrollen an der Straße von Gibraltar verschärft, was aber nicht heißt, dass der Flüchtlingsstrom aufgehört hat. Stattdessen verlegten die Flüchtlinge im Laufe des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts ihre Routen weiter gen Süden oder Osten. Das Ergebnis war eine unbeabsichtigte Ausweitung des Gebiets, welches sich inzwischen über die gesamte nordafrikanische Küste bis zu verschiedenen Standorten entlang der Küste Westafrikas erstreckt, von wo aus die Flüchtlinge Kurs auf die Kanarischen Inseln nehmen. Seit 1988 sind mindestens 19.000 Menschen umgekommen, und das sind allein die Toten, die gefunden wurden. "De Morgen", Brüssel, 10. Oktober

Die polnische "**Gazeta Wyborcza**" zweifelt ihrerseits an dem Nutzen von Eurosur für die Flüchtlinge. Denn in erster Linie gehe es bei der Grenzüberwachung um unsere eigenen Interessen, schreibt der Leitartikler:

Europa ist überzeugt, dass es für die Sicherheit und den Wohlstand der "Festung Europa" seine Grenzen abschotten muss. Und selbst wenn es nicht laut ausgesprochen wird, ist ein extra Eifer, den Menschen beim Überqueren des Mittelmeeres zu helfen, nicht willkommen. Afrikaner sollen weiterhin Angst vor den tödlichen Gefahren ihrer Route haben. [...] Es ist klar, dass niemand in Europa alle Flüchtlinge aufnehmen kann oder will, doch das Abriegeln der Grenzen wird nicht reichen. Der zweite Schritt muss die Zusammenarbeit mit zumindest einigen der Länder sein, die Quelle illegaler Einwanderung sind. [...] Der dritte Schritt lautet "mehr Europa" im Sinne von "mehr Solidarität" zwischen den EU-Ländern bei der Flüchtlingsfrage. "Gazeta Wyborcza", Warschau, 10. Oktober

Der portugiesische Historiker Manuel Loff weist in seinem Gastkommentar für die Tageszeitung "**Público**" auf einen weiteren Nachteil für die Flüchtlinge bei der von der EU beschlossenen Grenzüberwachung hin:

Das Passieren von Flüchtlingsbooten zu verhindern, ist den Küstenwachen wichtiger als die Sicherheit der Menschen oder das Retten Schiffbrüchiger. Die EU tut alles dafür, um diese Boote davon abzuhalten, auch nur in europäische Hoheitsgewässer zu gelangen. Denn das würde den Flüchtlingen zumindest ein Minimum an Rechten geben, insbesondere das Recht auf einen Asylrechtantrag. "Público", Lissabon, 10. Oktober

Und so kommt die katalanische Tageszeitung "**El Periódico**" in ihrem Kommentar zur europäischen Flüchtlingspolitik zu einem bitteren Schluss:

Europa scheint keine Gelegenheit zu versäumen, die Prinzipien, auf denen die Charta der EU-Grundrechte gründet, also die "universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität", zu schmähern. Die Reaktion der EU [133] auf die Tragödie in Lampedusa verfolgt einzig und allein das Ziel, ihre Unfähigkeit zu verschleiern, die Einwanderung in den Griff zu bekommen. "El Periódico", Barcelona, 10. Oktober

Load-Date: October 11, 2013

Löning wirft Athener Regierung fehlenden Willen vor

Spiegel Online

20. Dezember 2012 Donnerstag 6:20 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FLÜCHTLINGSDRAMA

Length: 368 words

Highlight: Extrem verstörend nennt der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung das, was mit **Flüchtlingen** in Griechenland passiert. Markus Löning ist empört über die katastrophale Lage und nennt sie eine "Schande für ganz Europa".; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-loening-prangert-umgang-mit-fluechtlingen-an-a-874196.html>

Body

Berlin - Es sind deutliche Worte, die der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP), zum **Flüchtlingsdrama** in Griechenland findet. "Es ist eine Schande für alle Europäer, was in Griechenland passiert", sagte er der "Süddeutschen Zeitung". Versorgung und Schutz - etwa vor Übergriffen Rechtsextremer - seien unzureichend. "In dieser Kombination ist das extrem verstörend."

Der Menschenrechtsbeauftragte warf den Verantwortlichen fehlenden Willen zur Verbesserung der Lage vor. "Gäbe es in Griechenland einen Willen, den Flüchtlingen zu helfen, wäre das auch zu leisten", sagte Löning der Zeitung. Es gebe immer noch genügend Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, die dafür eingesetzt werden könnten.

Amnesty International wirft Griechenland unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen vor. Die Migranten - unter ihnen viele Kinder - müssten in Griechenland unter "beschämenden und fürchterlichen" Bedingungen leben. In einem aktuellen Bericht listet die Menschenrechtsorganisation die Missstände auf: Die Flüchtlinge leben danach auf der Straße oder in miserablen Unterkünften, sie müssen tagelang vor Behörden warten und werden von Rassisten angegriffen. Die Bedingungen in den Haftzentren seien vielfach "unmenschlich" und "erniedrigend".

Zehntausende Migranten strömen jedes Jahr nach Griechenland, sie stammen aus Afghanistan und Pakistan, Iran, Syrien und Afrika. Viele kommen über den Landweg. Doch die Grenze wird immer stärker gesichert wird, deshalb versuchen sie nun, über das Meer und den Grenzfluss Evros nach Griechenland zu kommen.

Ohne Zweifel trage Griechenland eine Hauptlast bei den ankommenden Flüchtlingen, sagte Löning der Zeitung. "Die EU, aber auch Deutschland und andere Mitgliedsländer stellen deswegen seit langem finanzielle und logistische Hilfe zur Verfügung, da der würdige Umgang mit Menschen, die bei uns Schutz suchen, eine gemeinsame europäische Aufgabe ist." Der Bericht zeige aber, dass in Griechenland noch erhebliche weitere Anstrengungen nötig seien.

"Wenn Griechenland das Problem selbst nicht in den Griff bekommt, muss überlegt werden, ob internationale Organisationen wie das Uno-Flüchtlingshilfswerk eingeschaltet werden", so Löning.

Löning wirft Athener Regierung fehlenden Willen vor

heb/kgp/dpa/dapd

Load-Date: December 21, 2012

End of Document

So gut passen Schwarz und Grün zusammen

SPIEGEL ONLINE

10. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 968 words

Byline: Florian Gathmann Philipp Wittrock

Highlight: Die Grünen sind des Teufels, denkt mancher in der Union. Erzkonservative Spießer, schimpft die andere Seite über CDU und CSU. Persönlich und kulturell gibt es zwar Differenzen, doch programmatisch trennt die Parteien deutlich weniger. Wo passen sie inhaltlich zusammen, wo nicht? Der Überblick.

Body

Berlin - Alexander Dobrindt und Jürgen Trittin zusammen am Kabinetttisch? Dafür bräuchte es ein gewisses Maß an Phantasie nach diesem Wahlkampf. Eigentlich will sich der CSU-Generalsekretär nicht einmal mit dem Grünen-Spitzenmann an einen Tisch setzen. Aber über die Zusammensetzung ihrer Delegation für die schwarz-grüne Sondierungsrunde bestimmen die Parteien immer noch selbst. Also werden die beiden am Donnerstagnachmittag in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin in einem Raum Platz nehmen müssen.

Dass aus ihnen aber tatsächlich noch richtige Kollegen werden, ist trotzdem nicht sehr wahrscheinlich. Dabei sollte es in der Politik doch gerade nicht um Personen und ihre Befindlichkeiten gehen, sondern vorrangig um Inhalte. Und da trennt Union und Grünen nicht mehr viel. Mit dem Atomausstieg ist die letzte echte Hürde gefallen. Natürlich, bei der Gestaltung der Energiewende oder aktuell in der **Flüchtlingspolitik** gehen die Vorstellungen weiterhin auseinander. Und doch scheint eine Zusammenarbeit auf Sachebene möglich.

Wie hoch sind die Chancen, dass sich Schwarz und Grün am Verhandlungstisch verstehen? Wo Union und Grüne inhaltlich zusammenpassen - und wo nicht. Der Überblick.

1. Hier geht etwas

Europa: Bei aller Kritik - bisher haben die Grünen noch jedes Euro-Rettungspaket der Kanzlerin mitgetragen. Eine grundlegende Änderung des Kurses in dieser Frage wäre also nicht zu erwarten und auch nicht durchsetzbar. Die Union bleibt bei ihrem Nein zu jeder Art von Schuldenvergemeinschaftung, seien es nun die von den Grünen befürworteten Euro-Bonds oder der Schuldentilgungspakt. Wert legen dürften die Grünen im Falle einer Koalition auf konkrete Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit im südlichen Europa.

Energie: Die Energiewende bleibt ein Streitpunkt, Atomausstieg hin oder her. Die Grünen wollen mehr Tempo beim Ausbau des Ökostroms, zudem bis 2030 aus der Kohle aussteigen. Für Letzteres sieht die Union keine Chance, man befürchtet Versorgungsengpässe. Die erneuerbaren Energien sollen langsamer wachsen, damit der Strompreis nicht noch weiter steigt. Die Grünen wollen die Kosten für die Verbraucher dämpfen, indem man die

So gut passen Schwarz und Grün zusammen

ausufernde Industrierabatte bei der Ökostrom-Umlage zusammenstreicht. CDU und CSU wollen die Ausnahmen prüfen, aber nicht grundsätzlich deckeln. Trotz aller Differenzen: Die Energiewende ist von beiden Seiten gewollt, an den Details dürfte ein Bündnis nicht scheitern. Zumal die Grünen sich das Umweltministerium oder ein neues Energiewendeministerium und damit größtmögliche Gestaltungskraft sichern könnten.

Arbeit und Soziales: Einen Mindestlohn von 8,50 Euro fordern die Grünen, gesetzlich festgelegt und flächendeckend. Die Union würde auf eine politische Vorgabe lieber verzichten, signalisiert aber Kompromissbereitschaft. Auch im Kampf gegen Altersarmut ist eine Einigung denkbar: Beide Lager wollen, dass langjährig Versicherte im Alter nicht zum Sozialamt müssen, und beiden schwebt als Sockelbetrag die Summe von 850 Euro monatlich vor. Doch für den Weg dorthin gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Die von der Union geplanten Verbesserungen bei der Mütterrente sehen die Grünen wegen der hohen Kosten skeptisch. Auf der anderen Seite halten CDU und CSU nichts von der grünen Bürgerversicherung in der Gesundheitsvorsorge. Am Ende aber ist alles eine Frage des Gesamtpakets.

Steuern: Wo es nur ging, machte die Union im Wahlkampf Front gegen die Pläne der Grünen für einen höheren Spitzensteuersatz und eine Vermögensabgabe beziehungsweise Vermögensteuer für Millionäre. Nach dem bescheidenen Wahlergebnis signalisieren die Grünen inzwischen, dass sie auch für andere Wege offen sind, um mehr Investitionen in Bildung oder Klimaschutz zu stemmen. Angesichts des deutlichen Neins zu Steuererhöhungen kann die Union kaum noch Zugeständnisse machen, es sei denn, die mittleren und kleinen Einkommen werden zugleich deutlich entlastet. Mit einigen Rechenkünsten wäre ein Kompromiss möglich. Auf mehr Tempo bei der Finanztransaktionssteuer und größeren Druck auf Steuerflüchtlinge könnte sich die Kanzlerin ohne weiteres einlassen.

2. Hier wird es schwierig

Betreuung und Bildung: Ein immer noch ideologiegeprägtes Feld. Die Grünen lehnen das von der CSU durchgesetzte Betreuungsgeld ab und wollen es wieder abschaffen. Aus Grünen-Sicht setzt das Instrument völlig falsche Anreize und kostet unnötig Geld. Stattdessen fordern sie zehn Milliarden Euro für Kita-Ausbau, Betreuung und Bildung. Die CSU beharrt allerdings auf dem Betreuungsgeld. Ein weiteres Streitthema gibt es bei der Finanzierung von Schulen und Hochschulen: Die Grünen fordern ein Ende des Kooperationsverbots von Bund und Ländern. Angela Merkel hat im Wahlkampf immerhin in Aussicht gestellt, Hindernisse abzubauen.

Flüchtlingspolitik: Vor dem Hintergrund der jüngsten Flüchtlingskatastrophe vor der italienischen Insel Lampedusa bauen die Grünen eine Hürde auf, über die CDU und CSU kaum klettern können: Deutschland soll grundsätzlich mehr Flüchtlinge aufnehmen. CSU-Innenminister Hans-Peter Friedrich will genau das nicht. Er plädiert angesichts der Migrantenströme vor allem aus Afrika dafür, die Lebensbedingungen in den Heimatstaaten der Flüchtlinge zu verbessern. Weltfremd und zynisch finden das die Grünen. Kurz vor dem Sondierungstreffen dringen zwar freundliche Signale aus der Union: CDU-Vize Armin Laschet und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) verlangten am Donnerstag einen besseren Schutz für Migranten - allerdings keine neuen Asylquoten.

Gleichstellung: Die Grünen pochen seit Jahren auf die absolute rechtliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften zur Ehe. Insbesondere die Christsozialen bremsen - solange das Bundesverfassungsgericht keine Entscheidungen des Gesetzgebers erzwingt.

Load-Date: October 10, 2013

[Pragmatische Quoten-Migrantin;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/groko-aydan-oezoguz-spd-wird-
erste-migrantin-in-der-bundesregierung-a-939272.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/groko-aydan-oezoguz-spd-wird-erste-migrantin-in-der-bundesregierung-a-939272.html)

SPIEGEL ONLINE

16. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 773 words

Byline: Alexander Demling

Highlight: Mit Aydan Özoguz zieht erstmals eine Tochter von Zuwanderern in eine deutsche Bundesregierung ein. Viel politische Macht hat sie als Staatsministerin für Migration nicht. Eine Rolle als Symbolfigur weiß die Hamburgerin aber gut zu nutzen.

Body

Hamburg - Was es bedeutet, keinen deutschen Pass zu haben, hat Aydan Özoguz früh erfahren. Mit Anfang 20 hatte die Anglistik-Studentin einen Studienplatz in den USA ergattert, samt Stipendium. Voraussetzung: die deutsche Staatsbürgerschaft. Dass die Tochter eines türkischen Kaufmanns als erste in ihrem Freundeskreis Deutsche wurde, nützte ihr nichts mehr. "Als ich endlich eingebürgert war, hatten sich das Stipendium und das Auslandsstudienjahr leider erledigt. Das war bitter."

Immerhin: Premieren hat die 46-Jährige seitdem zu ihrer Spezialität gemacht. 2001 erste Abgeordnete mit Migrationshintergrund in der Hamburger Bürgerschaft, 2011 erste SPD-Bundesvize mit Migrationshintergrund, jetzt als Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration erste Frau in einem Bundeskabinett - mit Migrationshintergrund. Ein Wort, das Özoguz eigentlich gar nicht leiden kann.

Dabei verdankt sie ihren raschen Aufstieg auch ihrer Herkunft. Als der Hamburger SPD-Vorsitzende Olaf Scholz sie 2001 bat, für das Landesparlament zu kandidieren, war Özoguz noch nicht mal SPD-Mitglied. Als Sigmar Gabriel sie in den Parteivorstand holte, gab es eine Migrantenquote zu erfüllen. Ihre Rolle als Quoten-Migrantin sieht Özoguz ganz pragmatisch: Wenn es hilft, warum nicht, sagt sie.

Dass es jungen Migranten besser ergehen soll als ihr, ist nun die neue Mission der SPD-Politikerin. Als Staatsministerin für Migration soll sie für Verständnis zwischen Zuwanderern und gebürtigen Deutschen werben. Ein Willkommenskomitee auf zwei Beinen.

Für türkische Gemeinde ist Özoguz' Ernennung "historisch"

Weitere bittere Erfahrungen sind dabei nicht ausgeschlossen. Einerseits sind nun alle Augen auf das erste Kabinettsmitglied mit ausländischen Wurzeln gerichtet. Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschlands (TGD) nennt ihre Berufung ein "historisches Ereignis".

Andererseits verleiht ihr das Amt nicht viele eigene Kompetenzen. Auf ein Integrationsministerium, wie es in vielen Bundesländern existiert, hat Schwarz-Rot verzichtet. Wichtige Migrationsthemen liegen weiter in der Ressortverantwortung des Innenministers, also bei der Union. Die hat Özoguz in den Verhandlungen bereits heftig ausgebremst: Gerade bei ihrem zentralen Versprechen an Migranten, der Ausweitung der doppelten Staatsbürgerschaft, musste die SPD-Verhandlungsführerin ihre Klientel enttäuschen.

Die Pflicht für junge, in Deutschland geborene Ausländer, sich für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden, soll zwar entfallen. Älteren Migranten nützt die Abschaffung dieser Optionspflicht aber nichts, viele können auch künftig nicht Deutsche werden. Ausländerverbände zeigten sich deshalb heftig enttäuscht vom schwarz-roten Koalitionsvertrag, die Türkische Gemeinde forderte die SPD-Basis zur Ablehnung auf.

Der Ärger ist beim TGD-Vorsitzenden zwar verflogen, die hohen Erwartungen an Özoguz aber bleiben: "Sie muss bei allen Themen die Sichtweise von Migranten einbringen. Sie muss nerven", sagt Kolat. Auch bei der doppelten Staatsbürgerschaft hat er noch Hoffnungen: Sei die Optionspflicht erst mal weg, müssten die, die ihren deutschen Pass bereits abgeben mussten, fairerweise auch eine Chance auf neue Papiere bekommen.

Streit mit den Unions-Innenpolitikern ist da programmiert. Zwar sitzt Özoguz auf Unionsseite nicht mehr der Hardliner Hans-Peter Friedrich, sondern der weit geschmeidigere Thomas de Maizière gegenüber. Doch eine Union, die Konservativen sonst nur noch wenig zu bieten hat, dürfte ihren Erfolg in den Koalitionsverhandlungen kaum kampflos preisgeben.

Den Innenminister Friedrich nannte sie "absolute Fehlbesetzung"

Dass die meist ruhige, abwägende Özoguz für ihre Überzeugungen aber auch mal auf den Putz hauen kann, hat sie schon bewiesen. Als Innenminister Friedrich 2011 in der Islamkonferenz statt über Verständigung lieber über Extremismus sprechen wollte, nannte Özoguz den Minister eine "absolute Fehlbesetzung" und forderte die muslimischen Verbände zum Boykott der Veranstaltung auf. Das saß. Selbst SPD-Chef Gabriel fragte verwundert bei Özoguz nach, ob es nicht auch eine Nummer kleiner gegangen wäre. Nein, es ging nicht. Acht Monate später holte er Özoguz in den Parteivorstand.

Parteivize, Kabinettsmitglied - am Ziel angekommen sieht der TGD-Vorsitzende Kolat seine Parteifreundin Özoguz noch nicht. Warum sollten Menschen mit Migrationshintergrund immer nur Migrationspolitik machen, warum sollte eine Türkischstämmige nicht auch Familien- oder Innenministerin werden? Auch das wäre eine Premiere in Deutschland. Nichts Neues also für Aydan Özoguz.

Load-Date: December 17, 2013

Flucht nach Charlottengrad

Spiegel Online

20. März 2012 Dienstag 8:42 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSSTELLUNG IM JÜDISCHEN MUSEUM

Length: 821 words

Byline: Ingeborg Wiensowski

Highlight: Die Ausstellung "Berlin Transit" im Jüdischen Museum zeigt, wie jüdische Migranten aus Osteuropa in den zwanziger Jahren in die deutsche Hauptstadt kamen und sie ein Jahrzehnt lang zum Zentrum ihrer Kultur machten.; <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,822312,00.html>

Body

Auf seiner Flucht von Kiew nach Berlin legte der Sozialphilosoph David Koigen 1920 mit seiner Frau und seinem achtjährigem Sohn 2780 Kilometer zurück. Die ersten 150 Kilometer bis nach Ruzyn fuhren sie zuerst im Plan-, dann im Pferdewagen, danach versteckt in einem Viehwaggon und einem Militärzug, dann wieder mit einem Fuhrwerk. Weiter ging es per Pferdewagen und zu Fuß. Die rumänische Grenze überquerte die Familie illegal bei Nacht über einen zugefrorenen Fluss. Schließlich erreichten sie über Bukarest mit der Eisenbahn im Frühling 1921 Berlin.

So wie Koigen und seine Familie mussten damals zehntausende osteuropäische Juden nach der Russischen Revolution, den Pogromen und dem Bürgerkrieg in der Ukraine aus ihrer Heimat fliehen. Und ihr erster Zufluchtsort war Berlin, das so für ein Jahrzehnt das Zentrum jüdischer Migration und damit jüdischer Kultur wurde.

Im Gedächtnis der Stadt ist davon nicht viel geblieben. Umso erfreulicher, dass es am Osteuropa-Institut der FU Berlin das Forschungsprojekt "Charlottengrad und Scheunenviertel - Osteuropäisch-jüdische Migranten im Berlin der 1920er/30er Jahre" gibt, deren Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen dem Jüdischen Museum eine gemeinsame Ausstellung vorschlugen. Die ist nun nach zweijähriger gemeinsamer Arbeit ab Donnerstag im berühmten Libeskind-Bau zu sehen.

Keine homogene Gruppe

"Berlin Transit. Jüdische Migranten aus Osteuropa in den 1920er Jahren" heißt die Schau und sie beleuchtet, wer die Migranten waren, warum sie kamen, was sie verband und wie sie ihr Leben in Berlin führten - sowohl im armen Scheunenviertel als auch im bürgerlichen Charlottenburg, das wegen des hohen russischen Anteils der Bevölkerung auch "Charlottengrad" genannt wurde. Denn die Migranten waren keine homogene Gruppe, zu unterschiedlich war ihre politische Ausrichtung, ihre Herkunft, Sprache und Kultur.

Flucht nach Charlottengrad

Gleich im Eingangsbereich zeigt eine große, auf die Wand gezeichnete Landkarte, woher die Flüchtlinge kamen und auf welchem Weg sie ihre Heimat verließen. Fünf Fluchtwege werden dort exemplarisch präsentiert, wie der von David Koigen. Oder der von Vera Slonim, der späteren Frau von Vladimir Nabokov. Mehr als zwei Jahre lang war sie mit ihrer Familie auf der 5300 Kilometer langen Flucht von St. Petersburg über Kiew, Odessa, Jalta, Istanbul und Sofia nach Berlin unterwegs.

Auf derselben Wand ist erstmals auch der etwa fünfminütige Film "Die Pogrome der Juden in der Ukraine" zu sehen, der die brutale Gewalt im ukrainischen Tscherkassy im Mai 1919 zeigt. Schon damals wurde das Filmmaterial nach Berlin geschmuggelt und 1921 vom Ostjüdischen Archiv zu einem Film zusammengeschnitten, um eine internationale Öffentlichkeit zu erreichen. Heute liegt der Film in einem Filmarchiv in Kiew.

Bilder von drastischer Gewalt

Ähnlich schockierende Szenen hat der russisch-jüdische Maler Issachar Ber Ryback in einem Aquarell-Zyklus festgehalten, der schon 1923 in Berlin zu sehen war. "Damals wollte man die Bilder in deutsch-jüdischen Zeitschriften veröffentlichen, um das Ausmaß der Gewalt zu zeigen", sagt Leonore Maier, Projektleiterin der Ausstellung. "Man entschied sich allerdings dagegen, weil ihre Darstellung zu drastisch war". Neben abstrakten Bildern von Ryback sind auch Gemälde von Leonid Pasternak und Naum Gabo zu sehen. Alle drei Künstler konnten sich damals in Berlin ohne staatliche Reglementierung mit der Avantgarde auseinandersetzen.

Sehr persönlich ist der Ausstellungsteil "Charlottengrad" geraten, mit Fotografien, Dokumenten und Gegenständen aus den Haushalten der Familie Chaim Kahan, eines wohlhabenden Ölunternehmers, der in die Charlottenburger Schlüterstraße 36 lebte und ein großes Haus führte. Unter dem Druck der Nationalsozialisten verkauften die Kahans später ihre Firmen und wanderten aus.

Besonders das Kapitel über das Scheunenviertel gleich am Anfang der Ausstellung dürfte für viele interessant sein, denn die Bilder des einstigen Kleine-Leute-Viertels mit seinen Betstuben, Lesehallen und koscheren Geschäften und seinen Bewohnern mit Bart, Schläfenlocken und Kaftan prägen bis heute unsere Vorstellungen. Für die Berliner war das Viertel damals ein Elendsbezirk, für die antisemitische Propaganda das "jüdische Verbrecherzentrum". Solche Aussagen untermauern Polizeibilder von Razzien in den Jahren 1920 und 1923 gegen "lästige Ausländer, Schieber und andere kriminelle Elemente".

Die Bilder bieten einen bitteren Kontrast zu den ausgestellten Privat-Fotografien, in denen sich der Wunsch der Migranten nach Anpassung an die deutsche Kultur und einen bürgerlichen Lebensstil zeigt. Eine Reise in eine Welt, die viel ferner scheint, als sie es sein sollte oder dürfte. Eine Reise, die sich lohnt.

Berlin Transit. Jüdische Migranten aus Osteuropa in den 1920er Jahren. Berlin. Jüdisches Museum. 23.3.-15.7.

Symposium: Museum - Wissenschaft - Familiengedächtnis. Perspektiven einer unbekannten Migrationsgeschichte. Am 24.3. von 9-17.30 Uhr.

Load-Date: March 20, 2012

[Rechter Aufruhr in Schneeberg;
http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/schneeberg-in-sachsen-
rechter-protest-gegen-fluechtlinge-a-931711.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/schneeberg-in-sachsen-rechter-protest-gegen-fluechtlinge-a-931711.html)

SPIEGEL ONLINE

04. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / GESELLSCHAFT

Length: 1082 words

Byline: Andrea Röpke

Highlight: Im sächsischen Schneeberg versammeln sich Bürger, um gegen ein Flüchtlingsheim zu protestieren. Wie in anderen Städten auch scheint der Plan von rechten Kräften aufzugehen: Getarnt als Bürgerinitiative schüren sie ausländerfeindliche Ressentiments. Die Menschen folgen der Hetze.

Body

Sie schlendern an den Geschäften vorbei, Hand in Hand, die Hüte ins Gesicht gezogen, der Wind weht scharf. Es sind auffällig viele Pärchen, die sich an diesem milden Novemberwochenende in Schneeberg aufgemacht haben in Richtung Marktplatz. Dort ist das Rathaus hell erleuchtet. Man grüßt sich hier und da. Die Menschen stellen sich in Grüppchen auf, junge Mädchen mit Handtaschen kommen schwatzend daher und verstummen. Einzelne ältere Männer, darunter welche mit Krückstock, verharren in der Mitte des Platzes.

Es ist ein düsteres Szenario an diesem Tag im Erzgebirge. Der Marktplatz wird abgeschildert von zahlreichen Einsatzfahrzeugen der Polizei. Immer mehr Menschen passieren die Absperrung. Argwöhnisch werden Fernsehteams beobachtet, die ihre Gerätschaften aufbauen. Den Menschen scheint bewusst, dass ihr Handeln für Empörung sorgt.

Schneeberg liegt nur 15 Kilometer entfernt von Zwickau, dem Unterschlupf des rechtsterroristischen "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU), auf dessen Konto neun rassistisch motivierte Morde und zwei Brandanschläge gehen. Und doch gelingt es rechten Kräften, in Schneeberg einen Protest zu schüren, Bürger anzutreiben und zu motivieren, ihre ausländerfeindlichen Ressentiments nicht hinter dem Berg zu halten.

Vermeintlich unabhängige Bürgerinitiativen

Am Rande der Kleinstadt wurden vor rund drei Monaten erste Asylbewerber in die von der Armee geräumte Jägerkaserne verlegt. Sie kamen nach Schneeberg, weil das Erstaufnahmелager in Chemnitz ausgelastet ist. Zur Zeit leben etwa 250 Flüchtlinge in der Anlage. Unter ihnen sind Familien mit Kindern, die vor dem Bürgerkrieg in Syrien über das Mittelmeer geflohen sind.

Der smarte NPD-Vorsitzende des Landkreises Erzgebirge, Stefan Hartung, aus dem Nachbarort Bad Schlema organisiert seit rund drei Jahren Hetze gegen Migranten mit. Und seit 2012 steckt bundesweite Systematik dahinter.

Rechter Aufruhr in Schneeberg <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/schneeberg-in-sachsen-rechter-protest-gegen-fluechtlinge-a-931711.html>

Die NPD startete regelrechte "Asyltouren" vor die Flüchtlingsheime. Nach Recherchen von "Report Mainz" hat die NPD allein in diesem Jahr bundesweit 47 Demonstrationen organisiert oder war daran maßgeblich beteiligt. Insgesamt gab es 67 solcher Aktionen gegen Flüchtlinge.

In Schneeberg lässt sich beobachten, wie die Rechten ihre Kampagnen tarnen: Vermeintlich unabhängige Bürgerinitiativen trommeln gegen die Flüchtlinge, in diesem Fall heißt sie: "Schneeberg wehrt sich". Sie ist das bevorzugte Sprachrohr des NPD-Mannes Hartung. Bei Facebook tauscht er sich seit Wochen mit vielen aufgebrauchten Menschen aus. Die wollen keine "Kanacken" und "Zigeuner" in ihrer Region.

Der Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung beträgt in Sachsen nicht einmal drei Prozent, in Schneeberg sollen es knapp 0,7 Prozent sein. Die Internet-User schimpfen auf den CDU-Bürgermeister und den "elenden Dreckspaffen", weil die sich in den Medien mit Blick auf die Umtriebe der Rechten empört zeigten.

Die Demonstranten sagen, es sei "der Stefan", dem sie folgen. "Das ist einer von uns", sagt eine ältere Frau. "Ich weiß genau, was ich tue", verteidigt sich eine andere Jüngere, sie betont: "Ich bin Streetworkerin hier in Schneeberg." Ein Mann sagt in eine TV-Kamera: "Ich würde auch kommen, wenn die CDU aufgerufen hätte."

Stefan Hartung ist beliebt in der Region. An diesem Samstag folgen etwa 2000 Menschen dem 24-Jährigen. Sie skandieren "Wir sind das Volk" und "Stefan, Stefan". Der Gerufene eilt schließlich mit Gefolge heran: An seiner Seite die NPD-Landtagsabgeordneten Mario Löffler und Gitta Schüßler sowie führende Kader wie Rene Despang oder die Chemnitzer NPD-Stadträtin Kathrin Köhler. Überall sind Neonazis postiert. Alles scheint bis ins letzte Detail geplant. Die nachhaltige Strategie der Akzeptanzgewinnung der NPD scheint aufgegangen - die Neonazi-Partei wird hier im Erzgebirgsort nicht ausgegrenzt, im Gegenteil.

Angriff auf den Bürgermeister

Auf dem Marktplatz wird Schüßler, die einzige weibliche Landtagsabgeordnete der NPD, als normale Demonstrantin vom "Sachsen-Spiegel" des MDR interviewt. Gekonnt wettete die blondgefärbte Mitfünfzigerin in Richtung der Flüchtlinge: "Es ist hinreichend bekannt, dass es um Kriminalität geht, um Drogenverkäufe, dass es um Belästigung für Frauen und Mädchen geht."

Hartung, schlank, Brille, trägt einen Karton und gibt schnell Anweisungen. Er hat seine Ordner selbst rekrutiert. Eine Gruppe durchtrainierter Männer läuft durch die Polizeisperre, strebt gezielt nach vorne. "Das ist ja fast die halbe Türsteherszene aus Chemnitz", raunt ein Beamter einem Kollegen zu. Die Bühne mit Lautsprecher und Beleuchtung wird auf einem Transporter errichtet. Das Kennzeichen des Fahrzeugs wurde unkenntlich gemacht. Ein bekannter schwergewichtiger Neonazi aus dem benachbarten Aue fotografiert politische Gegner und unliebsame Pressevertreter. Er rempelt und droht.

Immer mehr Menschen strömen herbei, viele junge Familien mit Kinderwagen sind darunter. Sie begrüßen sich locker. Die NPD verteilt Luftballons an die Kleinen. Viele Anreisende haben Busse angemietet, sie kommen aus ganz Sachsen, sogar aus Thüringen und Sachsen-Anhalt. Darunter ist auch der "Autonome Nationalist" Michael Fischer mit seiner "Aktionsgruppe Weimarer Land". Der gepiercte Neonazi, Einheizer bei zahlreichen Demonstrationen, gibt sonst Parolen mit dem Megaphon wie "Alles für Volk, Rasse und Nation" vor.

NPD-Mann Hartung stellt sich auf die Bühne und ruft "Glück auf" ins Mikrofon, um dann gegen das Asylbewerberheim Stimmung zu machen. Er attackiert Unterstützer der Flüchtlinge, erinnert daran, dass der Bürgermeister eine Flüchtlingsfamilie bei sich aufnehmen wolle, und setzt nach: "Wo bleibt Ihre tschetschenische Islamisten-Bereicherung? Oder zögern Sie noch vor einer neuerlichen Tuberkulose-Infektion?"

"Wir sind das Volk", skandiert die Menge. Ein paar Fackeln brennen. Von weitem ist die Gegendemonstration zu hören. Einige hundert überwiegend junge Antifaschisten sind unter dem Motto "Refugees Welcome - Gegen den rassistischen Mob in Schneeberg und überall" in Richtung Innenstadt unterwegs. Lokalpolitiker der Grünen, der Linken, der SPD und der Jusos sind darunter. Doch es sind nur wenige. Rund 800 Menschen haben zuvor mit einem Gottesdienst in der Kirche demonstriert.

Rechter Aufruhr in Schneeberg <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/schneeberg-in-sachsen-rechter-protest-gegen-fluechtlinge-a-931711.html>

Einige Kilometer entfernt ist alles ruhig vor der Jägerkaserne. Ein Polizeifahrzeug steht im Schatten. Dann setzt Regen ein, die Menschen verlassen den Marktplatz. Es ist anzunehmen, dass sie wiederkommen.

Load-Date: November 15, 2013

End of Document

"Europa ist ein Einwanderungskontinent"

SPIEGEL ONLINE

14. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 1230 words

Byline: Katharina Peters Veit Medick

Highlight: Fast 400 Flüchtlinge sind binnen zehn Tagen im Mittelmeer ertrunken. EU-Parlamentspräsident Schulz verlangt jetzt eine radikale Neuausrichtung der Asylpolitik. Einwanderer müssten legal einreisen können. Auch Deutschland trage große Verantwortung. Stattdessen betreibe Innenminister Friedrich "billige Polemik".

Body

Berlin - Nach den Flüchtlingsdramen von Lampedusa verlangt der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), ein radikales Umdenken in der europäischen Politik. "Europa muss endlich anerkennen, dass es ein Einwanderungskontinent ist", sagte er SPIEGEL ONLINE. Europa müsse gemeinsam handeln und dürfe Länder wie Italien und Malta nicht alleinlassen.

Schulz sieht auch Deutschland als reichstes und politisch stärkstes Land der EU in der Pflicht: Die Bundesrepublik müsse mehr Flüchtlinge aufnehmen. Er kritisierte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) harsch. "Ich finde die Reaktion des Innenministers angesichts der Lage am Mittelmeer überraschend. Es hat keinen Sinn, sich auf billige Polemik und Zahlenspiele zurückzuziehen." Die Realität sei: "Wir sind ein Einwanderungsland und ein Einwanderungskontinent. Ob es uns passt oder nicht."

Friedrich hatte trotz der jüngsten Flüchtlingsdramen an den Küsten der Mittelmeerinsel Lampedusa zuletzt mehrfach betont, dass er keinen Grund für eine Änderung der Einwanderungspolitik in Europa sehe. Am 3. Oktober geriet ein Boot vor Lampedusa in Seenot, mindestens 360 Menschen starben. Am vergangenen Freitag ertranken erneut mehr als 30 Flüchtlinge im Mittelmeer.

Um solche Dramen künftig zu verhindern, brauche es einen Kurswechsel der Asylpolitik, sagte der EU-Parlamentspräsident. Konkret fordert Schulz die Möglichkeit zur legalen Einreise von Einwanderern. Er verlangt außerdem die Einführung eines Verteilungsschlüssels, der die Aufnahme von Migranten in den EU-Mitgliedstaaten regelt. Nur mit modernen Gesetzen könnten Menschen davon abgehalten werden, "sich unmoralischen Schleppern auszuliefern, die aus ihrer Hoffnungslosigkeit ein Geschäft machen".

Lesen Sie hier das ganze Interview:

SPIEGEL ONLINE: Vor einer Woche sind mindestens 360 Flüchtlinge vor Lampedusa gestorben, am Freitag sind wieder 30 Menschen ertrunken. Wie kann Europa verhindern, dass weitere Menschen im Mittelmeer sterben?

"Europa ist ein Einwanderungskontinent"

Schulz: Wir brauchen zunächst einmal eine unmittelbare humanitäre Hilfe für die Betroffenen. Weder Italien noch Malta kann man alleinlassen, das muss eine europäische Aufgabe sein. Wenn Sie 10.000 Flüchtlinge auf einer Insel wie Lampedusa haben, die 6000 Einwohner zählt, ist das für die Insel eine Katastrophe. Wenn Sie 10.000 Menschen unter 507 Millionen Europäern in 28 Mitgliedstaaten verteilen, ist das machbar.

SPIEGEL ONLINE: Doch wie kann man verhindern, dass die Menschen überhaupt die gefährliche Reise antreten?

Schulz: Europa muss endlich anerkennen, dass es ein Einwanderungskontinent ist. Deshalb brauchen wir ein legales Einwanderungssystem. Alle großen Einwanderungsregionen dieser Erde, so wie die USA, Australien oder Kanada, haben moderne Gesetze, die legale Zuwanderung regeln. Die illegale Einwanderung ist verbunden mit Hoffnungslosigkeit, die legale Einwanderung mit Hoffnung. Das würde die Menschen davon abhalten, sich unmoralischen Schleppern auszuliefern, die aus ihrer Hoffnungslosigkeit ein Geschäft machen.

SPIEGEL ONLINE: Manche befürchten, dass Europa dann von Einwanderern überflutet wird.

Schulz: Bei solchen Aussagen bin ich grundsätzlich skeptisch. Ich sehe nur die Fluten, die die Menschen im Mittelmeer verschlingen. Ich teile die Auffassung, dass Europa nicht alle Probleme der Welt lösen kann, wir werden nicht jeden aufnehmen können. Aber wir brauchen dringend eine Reform unserer Einwanderungsgesetze. Dazu gehört auch ein Schlüssel, mit dessen Hilfe die Einwanderer unter den Mitgliedstaaten verteilt werden. Diejenigen, die von Einwandererfluten sprechen, sollten sich einmal anschauen, wie viele Hunderttausende Flüchtlinge zum Beispiel die Türkei, Jordanien und andere Mittelmeerländer aufnehmen.

SPIEGEL ONLINE: Welche Verantwortung hat Deutschland?

Schulz: Wir sind das reichste und ein politisch starkes Land in der EU, unsere Regierung muss ihren Führungsanspruch wahrnehmen. In Deutschland wird noch häufig die Debatte geführt, dass wir kein Einwanderungsland sind und die Einwanderer hier nichts verloren haben. In einigen europäischen Ländern spielen bestimmte Parteien auch mit den Ängsten der Leute. Daran sollte sich eine deutsche Regierung nicht beteiligen.

SPIEGEL ONLINE: Innenminister Friedrich blockt sämtliche Forderungen, hierzulande mehr Flüchtlinge aufzunehmen, ab. Er verweist unter anderem auf Statistiken, wonach Deutschland bereits jetzt viermal so viele Flüchtlinge aufnimmt wie Italien.

Schulz: Ich finde die Reaktion des Innenministers angesichts der Lage am Mittelmeer überraschend. Wir sind zunächst einmal dazu aufgerufen, das schlimme Schicksal der Menschen zu lindern. Es hat keinen Sinn, sich auf billige Polemik und Zahlenspiele zurückzuziehen. Dahinter steckt die Weigerung, die Realität zur Kenntnis zu nehmen. Die Realität ist: Wir sind ein Einwanderungsland und ein Einwanderungskontinent. Ob es uns passt oder nicht.

SPIEGEL ONLINE: Sollte Deutschland Italien helfen?

Schulz: Ja. Wir können es uns leisten - finanziell und was die Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen angeht. Angesichts der dramatischen Bilder aus Lampedusa fände ich es normal. Das sollte jeder Mensch mit Gefühl tun, der die Bilder von jungen Menschen und Kindern auf den Booten gesehen hat, deren Eltern vor ihren Augen ertrunken sind. Es ist eine humanitäre Verpflichtung des reichsten Kontinents der Erde, diese Menschen aufzunehmen. Wir müssen zwar über Fluchtursachen reden, aber angesichts des Elends dieser Menschen kann man sich nicht allein darauf zurückziehen und nur über Ursachen sprechen, um so direkte Hilfe zu verweigern.

SPIEGEL ONLINE: Viele deutsche Kommunen beklagen schon jetzt die Lasten durch die steigende Armutseinwanderung. Muss dieses Phänomen nicht mitberücksichtigt werden in der Debatte?

Schulz: Ich habe Verständnis für jeden Bürgermeister, der sich wegen der finanziellen Folgen verstärkter Einwanderung sorgt. Ich war selbst elf Jahre lang Bürgermeister einer Grenzstadt und weiß daher, welche Probleme das für eine Kommune bedeuten kann. Deshalb ist mein Vorschlag: Wenn wir zusätzliche Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen, dann muss die Bundesregierung den Städten und Gemeinden die Finanzmittel zur Verfügung stellen, die sie dafür brauchen. Bei Bürgerkriegsflüchtlingen geht es zunächst einmal nur um einen

"Europa ist ein Einwanderungskontinent"

temporären Schutz hierzulande. Sobald sich die Lage in den Herkunftsländern gebessert hat, gibt es auch die Notwendigkeit, dass sie wieder zurückgehen.

SPIEGEL ONLINE: Die SPD befindet sich derzeit im Sondierungsgesprächen mit der Union. Wie müsste die Asylpolitik in einem möglichen schwarz-roten Bündnis aussehen?

Schulz: Heute findet die zweite Sondierungsrunde statt. Morgen sondiert Schwarz-Grün. Alles Weitere wird man dann sehen.

SPIEGEL ONLINE: Die EU hat im vergangenen Jahr den Friedensnobelpreis gewonnen. Wird der Kontinent mit Blick auf Lampedusa diesem Preis gerade gerecht?

Schulz: Die Europäische Union wurde ausgezeichnet dafür, dass ihre Institutionen soziale Gerechtigkeit und Frieden geschaffen haben. Dafür war der Preis verdient. Für Einwanderung und die aktuellen Flüchtlingsdramen tragen zunächst einmal die nationalen Regierungen Verantwortung. Richtig ist aber: Respekt vor der Würde des Menschen als Grundauftrag der EU würde uns gebieten, nicht über Zahlen zu reden, sondern den Menschen zu helfen.

Load-Date: October 14, 2013

Snowden beantragt offiziell Asyl in Russland

SPIEGEL ONLINE

16. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 363 words

Highlight: Der NSA-Enthüller Edward Snowden hat Russland offiziell um temporäres politisches **Asyl** gebeten. Präsident Wladimir Putin hatte bereits angekündigt, einem solchen Antrag stattzugeben - allerdings unter Bedingungen.

Body

Moskau - Edward Snowden hat einen offiziellen Antrag auf vorübergehendes **Asyl** in Russland eingereicht. Ein entsprechendes Gesuch habe der 30-Jährige am Dienstag unterzeichnet, sagte sein Anwalt Anatoli Kutscherena laut der russischen Agentur Interfax. Der US-Amerikaner habe das Schreiben in der Transitzone des Moskauer Flughafens Scheremetjewo einem Mitarbeiter der **Migrationsbehörde** übergeben.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte am Montag sein Asylangebot erneuert. Dieses sei weiter gültig. Er betonte aber auch: "Die Bedingungen für politisches Asyl sind ihm bekannt. Die jüngsten Mitteilungen zeigen, dass er irgendwie seine Position ändert. Die endgültige Situation ist bisher nicht geklärt." Putin hatte bereits mehrmals deutlich gemacht, dass der US-Amerikaner nur Asyl erhalten werde, wenn er den amerikanischen Partnern keinen Schaden mehr zufüge.

Der "Guardian"-Journalist Glenn Greenwald hat aber bereits angekündigt, dass Snowden noch viel mehr brisantes Material habe, das den USA schaden könnte. Tausende Dokumente habe Snowden auf verschiedene Orte verteilt.

Der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter Snowden enthüllte umfangreiche Überwachungsprogramme der USA und Großbritanniens. Laut SPIEGEL-Informationen wurden allein in Deutschland jeden Monat rund eine halbe Milliarde Telefonate, E-Mails und SMS überwacht. In der Bundesrepublik ist eine Debatte darüber entbrannt, was die Regierung von Kanzlerin Angela Merkel wusste.

Snowden sitzt seit mehr als drei Wochen auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo fest, da die USA seinen Reisepass für ungültig erklärt haben.

Bereits vergangene Woche hatte er angekündigt, vorläufiges Asyl in Russland beantragen zu wollen. Die Regierungen in Westeuropa und den USA hinderten ihn an einer Weiterreise- und verletzten damit Gesetze. Er müsse "Russlands Angebot annehmen, weil ich nicht in der Lage bin zu reisen". Dem IT-Spezialisten wurde sowohl von Bolivien als auch von Venezuela und Nicaragua offiziell politisches Asyl angeboten. Unklar ist aber, wie er nach Lateinamerika gelangen kann.

Snowden beantragt offiziell Asyl in Russland

Lesen Sie hier die Chronologie der gesamten NSA-Affäre

kgp/dpa/AFP/Reuters

Load-Date: August 12, 2013

End of Document

Dutzende Menschen offenbar im Mittelmeer ertrunken

SPIEGEL ONLINE

28. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / GESELLSCHAFT

Length: 302 words

Highlight: Flüchtlingsunglück im Mittelmeer: Nach Augenzeugenberichten sind 31 Menschen beim Kentern eines Schlauchbootes vor der libyschen Küste ums Leben gekommen. Rund zwei Dutzend Flüchtlinge konnten von der italienischen Küstenwache gerettet werden.

Body

Rom - Bei einem Flüchtlingsdrama im Mittelmeer sollen nach Augenzeugenberichten 31 Menschen ums Leben gekommen sein. Das Schlauchboot mit 53 Flüchtlingen aus Afrika sei vor der libyschen Küste gekentert, mehr als die Hälfte der Menschen an Bord seien ertrunken, berichtet die Nachrichtenagentur Ansa unter Berufung auf die Überlebenden. Am Sonntag kamen sie auf der süditalienischen Insel Lampedusa an. Die Flüchtlinge standen unter Schock und waren von der langen Zeit im Wasser unterkühlt.

Eine offizielle Bestätigung für die 31 Todesopfer bei dem Unglück am späten Freitagabend gab es zunächst nicht. Ein Sprecher der Küstenwache teilte mit, dass 22 Menschen von dem Boot gerettet wurden. Die zitierte Zahl von 31 Vermissten konnte er nicht bestätigen. Es werde noch nach Überlebenden gesucht, so der Sprecher. Unter den Opfern sollen den Berichten zufolge neun Frauen gewesen sein. Die meisten der Flüchtlinge stammten aus Nigeria, Gambia, Benin und dem Senegal.

Insgesamt wurden am Wochenende mehr als 500 Menschen von der italienischen Küstenwache gerettet und in Sicherheit gebracht. Die letzten 92 Schiffbrüchigen waren am Sonntagnachmittag an Land gebracht worden. Das Flüchtlingslager auf Lampedusa, rund 130 Kilometer von der Küste Tunesiens entfernt, ist Medienberichten zufolge völlig überfüllt: Mehr als 1000 Menschen halten sich dort auf, obwohl das Lager nur 350 Flüchtlingen Platz bietet.

Noch vor wenigen Wochen hatte der Papst auf der Insel Lampedusa an das Leid der dort gestrandeten und im Meer ertrunkenen Migranten erinnert.

Die Insel südlich von Sizilien ist wegen ihrer Nähe zu Afrika seit Jahren für Bootsflüchtlinge das Tor nach Europa. Immer wieder wagen Menschen aus Nordafrika die gefährliche Überfahrt. Ihre Boote sind meist kaum seetüchtig.

lei/dpa

Load-Date: August 12, 2013

Dutzende Menschen offenbar im Mittelmeer ertrunken

End of Document

EU kauft Big-Brother-System für das Mittelmeer

SPIEGEL ONLINE

10. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 858 words

Byline: Gregor Peter Schmitz

Highlight: Die EU zieht ihre ganz eigene Lehre aus dem Drama von Lampedusa - und kauft ein System zur Überwachung "problematischer Menschenströme". Drohnen und Satelliten sollen Flüchtlinge schneller orten. Als Hilfe zur Seenotrettung ist die Technik aber nicht vorgesehen.

Body

Es war ein kurzer Moment des Glücks auf der Überfahrt in den Tod, so schrieb DER SPIEGEL im Mai 2011. 72 Flüchtlinge drängten sich auf einem Kahn, gerade mal sieben Meter lang, nur zwei Tage nach ihrer Abfahrt aus Tripolis gen Europa, gen der verlockenden Flüchtlingsinsel Lampedusa, waren sie schon in Seenot geraten.

Aber nun kreiste über ihren Köpfen ein Helikopter, so erzählten es später die Überlebenden des Dramas den Reportern, bis er knapp über ihnen schwebte. Er seilte Wasserflaschen ab und ein paar Pakete Kekse.

Die Flüchtlinge sahen, wie einer der Soldaten beschwichtigend die Hand hob. Hilfe naht, so interpretierten sie diese Geste. Dann drehte der Helikopter ab. Die Retter sollten nie kommen.

Denn die Flüchtlinge waren zwar geortet worden. Aber wer sich um sie kümmern sollte, war keineswegs geklärt, das ist schließlich Sache der EU-Mitgliedstaaten. Wieder einmal hatten diese das Flüchtlingsleid durchaus gesehen, doch entschieden sich zum Wegsehen.

Italienische Grenzbeamte alarmierten Malta, in dessen Seegebiet das Boot sich offensichtlich befand. Aber Behörden dort wollten später von so einem Anruf nichts gewusst haben. Zudem navigierten die Flüchtlinge haarscharf an der Grenze zur libyschen Verantwortungszone, doch dort herrschte Krieg. Ein Nato-Schiff befand sich in Nähe der Flüchtlingsbarkasse, eine spanische Fregatte war nur elf Seemeilen entfernt, ein italienisches Schiff lediglich 37 Seemeilen, so fand der Europarat später in einer Untersuchung heraus.

Doch niemand half. Nach 15 Tagen wurde der Kahn an die libysche Küste geschwemmt, von 72 Insassen waren 63 tot.

Das traurige Beispiel beweist: Ordnung ist nicht das Problem in der EU-Flüchtlingspolitik, die Koordination der Seenothilfe ist es. Glaubt man den offiziellen Stellungnahmen der Europäischen Kommission zum neuen Eurosur-Programm zur Grenzsicherung, dessen Inbetriebnahme am Donnerstagnachmittag im Europaparlament beschlossen wurde, soll diese sich nun radikal verbessern. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström sagt: "Das

EU kauft Big-Brother-System für das Mittelmeer

neue System bewahrt Flüchtlinge vor dem Tod, da es Migranten, die die lebensgefährliche Überfahrt auf seeuntauglichen Kähnen wagen, schneller ortet."

Überwachung statt Rettung

Doch das System zur Überwachung "problematischer Menschenströme", so der offizielle Jargon, ist als Überwachungsapparat angelegt, wie ihn sich auch der amerikanische Geheimdienst NSA ausdenken könnte. Per Drohnen, Aufklärungsgeräten, Offshore-Sensoren und Satellitensuchsystemen soll das Mittelmeer komplett vermessen werden, verknüpft mit Hilfe von "System-of-Systems"-Technologien. Nationale Koordinierungszentren sollen beim Datenaustausch mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex helfen.

In sieben Mitgliedstaaten soll Eurosur ab Dezember in Kraft treten, um gesetzwidrige Grenzübertritte weiter zu senken, die zu beinahe zwei Dritteln über den Seeweg erfolgen.

Aber Seenotrettung ist keineswegs erklärte Aufgabe von Eurosur, auch wenn europäische Politiker dies in der aktuellen Flüchtlingsdebatte so darstellen. "Eurosur sollte die Reaktionsfähigkeit der Mitgliedstaaten beträchtlich verbessern und damit einen Beitrag zur Rettung des Lebens von Migranten leisten", heißt es lediglich. Wie diese Rettung koordiniert werden und was mit Geretteten geschehen soll, wird aber nirgendwo genau erklärt.

Ska Keller, Europaabgeordnete der Grünen, sagte SPIEGEL ONLINE: "Lebensrettung steht nur drauf, ist aber nicht drin in Eurosur. Künftig wissen wir, wie viele Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa in Lebensgefahr sind. Denn mit Eurosur müssen die Mitgliedstaaten Frontex über Flüchtlinge in Seenot informieren. Aber sie müssen sich nicht besser darum kümmern, Menschen in Seenot zu retten."

"Die Drecksarbeit würden andere Staaten für die EU erledigen"

Außerdem sei das System teuer, sagen Kritiker. Sie monieren, die vorerst veranschlagten 244 Millionen Euro für Installation und Betrieb seien unrealistisch. Auf bis zu 874 Millionen Euro schätzt eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung die Kosten, zumal eine ordentliche technologische Risikobewertung bislang nicht stattgefunden habe.

Besorgniserregender noch: Die Drohnen könnten algerische oder libysche Behörden warnen, mit denen zumindest nach einer Erprobungsphase bilaterale Abkommen geschlossen werden sollen - und ihnen so erlauben, Flüchtlinge aus ihren Ländern wieder heimzuholen, noch bevor sie Europas Außengrenze erreichen. Diese Staaten sind aber für ihren Umgang mit Flüchtlingen oft von Menschenrechtsorganisationen kritisiert worden. "Die Drecksarbeit würden dann also andere Staaten für die EU erledigen", sagt Grünen-Abgeordnete Keller. Die Beteuerung der Kommission, der Einsatz von Eurosur werde "unter der Voraussetzung des vollen Respekts von Grundrechten und dem Prinzip der Nicht-Zurückweisung erfolgen", beruhigt sie nicht.

Ein Austausch von Eurosur-Daten mit den USA, wie es sich Großbritannien wünschte, ist immerhin nach Konsultationen zwischen dem Rat der 28 EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament ausgeschlossen. So ein Schritt war Europa offenbar doch zu heikel.

Load-Date: October 10, 2013

"Deutschland ist schuld, dass wir hier sind"

SPIEGEL ONLINE

31. Mai 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND; S. 0; Ausg. 0

Length: 961 words

Byline: Theresa Breuer

Highlight: Italien soll Flüchtlingen aus Afrika 500 Euro Bargeld gegeben und sie aus dem Land geschickt haben: Dieser Vorwurf sorgt für Spannungen zwischen Rom und Berlin. Viele der Betroffenen leben jetzt in Hamburg auf der Straße - und sie sind wütend auf Deutschland.

Body

Hamburg - Im alten Elbpark nahe der Reeperbahn hängen nasse Kleider über einer Parkbank und werden im Schatten einer Fichte nicht trocken. Vier T-Shirts, drei Paar Socken, eine Boxershorts - fein säuberlich nebeneinander gelegt. Das graue Sockenpaar in der Mitte gehört Nelson. Sein restliches Hab und Gut hat der 25-jährige Schwarzafrikaner in einem wasserdichten Müllbeutel verstaut. "Es regnet ja fast immer", sagt er. Seit zwei Monaten lebt Nelson hier gemeinsam mit sieben anderen Flüchtlingen aus Afrika.

Sie kommen aus Togo, Ghana, der Elfenbeinküste. Ihre Heimat hatten sie verlassen, um Arbeit in Libyen zu finden. Der Krieg 2011 trieb sie zur Flucht, übers Mittelmeer gelangten sie nach Italien, dort strandeten sie in Flüchtlingslagern. Anfang des Jahres hat Italien die Lager geschlossen, den Afrikanern einfach Geld und Schengen-Visa in die Hand gedrückt und ihnen nahegelegt, in andere EU-Staaten zu gehen.

"Sie sagten, ich solle damit (mit dem Geld und dem Visum, Anm. d. Red.) aus Italien ausreisen, nach Deutschland, Belgien, Holland oder Schweden", sagt Francis Kwame, einer der Flüchtlinge, SPIEGEL ONLINE.

Ein Skandal, der die italienischen Behörden dem Verdacht ausgesetzt hat, die Flüchtlinge gezielt durch die Geldzahlung nach Deutschland weggelockt zu haben. Diese Vorwürfe weist Italien zurück. Weder das Geld noch die Ausstellung der Visa seien nach EU-Gesetzen rechtswidrig, heißt es in einer Stellungnahme des italienischen Innenministeriums.

Auch das Bundesinnenministerium betont, dass es keinen Beleg dafür gebe, dass die Flüchtlinge von den italienischen Behörden nach der Auszahlung von 500 Euro explizit nach Deutschland geschickt worden seien. Ein solcher Zusammenhang sei auch in einer Mitteilung an die Ausländerbehörden über die italienische Flüchtlingspraxis nicht hergestellt worden.

Die Bundesregierung bewertet Roms Vorgehen dennoch kritisch - denn es laufe auf eine "Strapazierung des Geistes von Schengen" hinaus, hieß es im Innenministerium.

"Deutschland ist schuld, dass wir hier sind"

Ein Teil der Flüchtlinge lebt nun in Hamburg auf der Straße. Wie viele es sind, weiß niemand genau. Die Schätzungen schwanken zwischen 150 und 300.

Einige Hamburger zeigen Solidarität

Nelson kommt ursprünglich von der Elfenbeinküste. Er sagt, er habe in Libyen auf dem Bau gearbeitet, ein gutes Leben geführt. Als der Krieg ausbrach, konnte er nicht zurück an die Elfenbeinküste. Denn auch dort kommt es immer wieder zu Unruhen. Seine Mutter ist tot, seinen Vater hat er nie kennengelernt. Nur seine Schwester lebt noch dort. Seit er in Hamburg ist, habe er nicht mehr mit ihr gesprochen. "Ich wollte nicht nach Europa", klagt Nelson, "aber ich musste ja vor dem Krieg fliehen."

Wenige Kilometer weiter, am Hamburger Hauptbahnhof, hat die Hilfsorganisation Karawane ein Zelt aufgestellt. Hier haben sich die Flüchtlinge organisiert, das Zelt dient als Büro. Rund 50 schwarzafrikanische Männer stehen in nächster Nähe und unterhalten sich miteinander oder mit neugierigen Passanten.

Eine blonde Frau Mitte 30 schiebt einen Kinderwagen vor die Zeltöffnung. "Ich wusste nicht, ob Sie eher gekochtes oder ungekochtes Essen brauchen", sagt sie zu den zwei Afrikanern, die dort sitzen, "aber ich habe jetzt mal gekochtes mitgebracht." Die Männer nehmen lächelnd eine Schüssel mit Reis entgegen. Die Frau schiebt auch noch zwei Brühwürfel über den Tisch. "Hier", sagt sie, "damit es besser schmeckt."

Einige Hamburger haben inzwischen Anteil am Schicksal der Afrikaner genommen, bringen Essen und Schlafsäcke vorbei. Auch eine Schulklasse ist gekommen. Die Schüler sind selbst Migranten, sie sind erst in den vergangenen zwei Jahren nach Deutschland gekommen, viele ohne Begleitung. "Ich weiß, wie sie sich fühlen", sagt Lara aus der Türkei, "mir ging es ja auch so."

Flüchtlinge sehen Deutschland in der Verantwortung

Im Zelt sitzt der Flüchtling Affo Tchassei, er tritt seit ein paar Tagen als Sprecher der Gruppe auf. "Die EU spielt ein Spiel mit uns", sagt er. "Italien schickt uns nach Deutschland, und Deutschland sagt, wir sollen zurück nach Italien gehen." Er wolle, dass dieses Spiel aufhöre.

"Wir sind spezielle Flüchtlinge", sagt Tchassei, "weil die EU unser Problem überhaupt erst geschaffen hat." Er spricht vom Krieg in Libyen, von den Angriffen der Nato, "den Bomben im Namen der Demokratie", die sie erst gezwungen hätten, Libyen zu verlassen. Da auch Deutschland Nato-Mitglied sei, trage das Land ebenso viel Verantwortung wie Italien. "Deutschland ist schuld, dass wir hier sind." So sehen das viele der Flüchtlinge in Hamburg.

Früher oder später müssen die Flüchtlinge jedoch nach Italien zurück - so will es das Gesetz. Das Asylrecht in der EU ist so geregelt, dass Flüchtlinge in dem Land Asyl beantragen müssen, in das sie zuerst eingereist sind. Die Schengen-Visa der Afrikaner gelten nur für drei Monate, wer sich über die Zeit hinaus in Deutschland aufhält, ist illegal hier.

Noch gibt es keine Unterkünfte für die Männer

Die Stadt Hamburg hat sich bislang wenig um die Flüchtlinge gekümmert. Erst seit das Schicksal der Afrikaner Anfang der Woche an die Öffentlichkeit gelangt ist, bemühen sich die Behörden um eine Lösung. Dirk Hauer von der Diakonie Hamburg erwägt zurzeit mit der Sozialbehörde diverse Unterkünfte. Im Gespräch sei etwa die Turnhalle einer Schule in Langenhorn. "Wir hoffen, dass wir noch an diesem Wochenende eine Lösung präsentieren können", so Hauer zu SPIEGEL ONLINE.

Bis sich die Stadt auf eine Unterkunft geeinigt hat, wird Nelson weiter auf Hamburgs Straßen leben. Wo er diese Nacht schlafen wird, weiß er noch nicht. Zelten im Elbpark können er und die anderen Männer jedenfalls nicht mehr. Die Polizei hat es ihnen verboten.

"Deutschland ist schuld, dass wir hier sind"

End of Document

Aktivisten besetzen französisches Konsulat

Spiegel Online

20. Juli 2012 Freitag 11:36 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PROTEST GEGEN ABSCHIEBUNG

Length: 234 words

Highlight: Demonstranten haben über mehrere Stunden das französische Generalkonsulat und die Landesgeschäftsstelle der Grünen in Düsseldorf besetzt. Sie wollten auf Abschiebungen und den Tod von Einwanderern in einem französischen **Flüchtlingscamp** aufmerksam machen.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/aktivisten-besetzen-generalkonsulat-und-gruenen-geschaeftsstelle-a-845624.html>

Body

Düsseldorf - **Flüchtlingsaktivisten** haben stundenlang Räume der Grünen-Landesgeschäftsstelle und des französischen Generalkonsulats in Düsseldorf besetzt. Die Aktivisten demonstrierten gegen Abschiebungen und verlangten ein Bleiberecht für **Flüchtlinge**.

Zudem wollten sie auf den Tod dreier Einwanderer in einem Flüchtlingszentrum im nordfranzösischen Calais aufmerksam machen, wie die Protestgruppe No Border Camps mitteilte.

Zunächst drangen Aktivisten gegen 12 Uhr in das französische Generalkonsulat im Düsseldorfer Stadtzentrum ein. Die Polizei beendete die Besetzung des Konsulats nach vier Stunden. Gegen elf Demonstranten wurde ein Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs eingeleitet.

Später gelangten rund 40 Mitglieder einer Gruppe aus Köln in die Geschäftsstelle der nordrhein-westfälischen Grünen und hängten Protestbanner aus den Fenstern. Mehr als sechs Stunden nach Beginn der Besetzung begann die Polizei am Abend mit der Räumung.

Den Aktivisten zufolge "verschlimmerten" sich die "Belästigungen" gegen Einwanderer zuletzt, seit die Stadt Calais angesichts der im nahegelegenen England bevorstehenden Olympischen Spiele angekündigt habe, Calais zur "migrantenfreien Zone" machen zu wollen. Der Protest in Düsseldorf erfolge aus "Solidarität" mit den Betroffenen.

In Düsseldorf protestieren derzeit Demonstranten mit einer Mahnwache am Rhein gegen die Lebensbedingungen von Flüchtlingen.

kha/dpa/AFP

Load-Date: July 21, 2012

Aktivisten besetzen französisches Konsulat

End of Document

[Zuwanderung nimmt wieder stark zu;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuwanderung-in-deutschland-
steigt-stark-an-a-939530.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuwanderung-in-deutschland-steigt-stark-an-a-939530.html)

SPIEGEL ONLINE

17. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 202 words

Highlight: Bereits jeder Fünfte deutsche Einwohner hat ausländische Wurzeln - und die Zahl der Migranten nimmt weiter zu. Besonders für Südeuropäer ist Deutschland ein attraktives Einwanderungsland.

Body

Wiesbaden - Die Anzahl der Migranten in Deutschland ist in den vergangenen zwei Jahren stark angestiegen. 2012 wanderten erstmals mehr Menschen in die Bundesrepublik ein, als Migranten der zweiten Generation hierzulande geboren wurden. Insgesamt lebten 2012 mehr als 16,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Wie aus einer Studie des Statistischen Bundesamtes zum Tag der Migranten hervorgeht, hat jeder Fünfte Einwohner ausländische Wurzeln.

Besonders der Zuzug aus den südeuropäischen EU-Ländern, die von der Euro-Krise betroffen sind, steigerten die Migrationszahlen in Deutschland in den zwei vergangenen Jahren massiv. Zwei Drittel der Migranten in Deutschland kommen aus Europa, rund 16 Prozent aus Asien und nur vier Prozent aus Afrika.

Seit 2005 ist die Zahl der Migranten und deren direkte Nachkommen um 1,3 Millionen angestiegen. Die Zahl der Migranten ist gegenüber dem Vorjahr um 381.000 angestiegen. Von 2010 auf 2011 war sie um 216.000 gewachsen, von 2009 auf 2010 lediglich um 43.000. Jeder achte Einwohner Deutschlands ist laut Statistik im Ausland geboren. Insgesamt leben in Deutschland mehr als 10,7 Millionen Migranten aus über 190 Staaten.

cth/dpa/AFP

Load-Date: December 17, 2013

Deutschlands allertollster Beamter

Spiegel Online

27. März 2013 Mittwoch 6:12 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PEINLICHE WERBEKAMPAGNE

Length: 795 words

Byline: Fabian Reinbold

Highlight: Eine Werbekampagne trommelt für Integration - und überhäuft den Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mit Lob. Der "Chef mit Teamplayer-Qualitäten" und "Hobbyfotograf auf hohem Niveau" soll Einwanderer fürs Deutschbüffeln begeistern. Das Ergebnis: eine peinliche Lobhudelei.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/telc-werbekampagne-mit-jubel-portraet-ueber-bamf-chef-manfred-schmidt-a-891025.html>

Body

Hamburg - Zum Einstieg zwei Kostproben: "Seine Vorgesetzten erkannten bei ihm recht bald brillante Auffassungsgabe, Gewissenhaftigkeit, Teamfähigkeit, Einsatzzeifer über normale Dienstzeiten hinaus, kommunikative Kompetenz." Und: "Wenn er sich nach gründlicher Analyse für etwas entscheidet, verfolgt er das Ziel unbeirrt. Seine 2084 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schätzen das sehr an ihm."

Wir stellen vor: Dr. Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Schmidt trägt zwar einen Allerweltsnamen, hat aber eine einzigartige Karriere hingelegt. So beschreibt es zumindest ein Porträt, das in diesen Tagen quer durch die Republik geschickt wird. Es trägt den Titel: "Eine erstaunliche Beamtenkarriere." Ein Poster mit Schmidts Konterfei soll schon bald in Rathäusern, Volkshochschulen, Stiftungsbüros hängen - das wünschen sich die Initiatoren einer Werbekampagne für Integration.

Schmidt, 53 Jahre alt und seit Dezember 2010 Leiter der Nürnberger Behörde, ist das neue Zugpferd einer großen Plakataktion des Sprachtestanbieters Telc, der damit unter Migranten für die deutsche Sprache werben will. Schmidt ist neuer Botschafter für "Mehrsprachigkeit und Integration". Das Plakat wurde an Journalisten, Sprach- und Volkshochschulen geschickt.

Ein hehres Anliegen, doch wie sollen Plakate mit dem spröden Beamten Migranten begeistern? Man trägt dick auf. Der Behördenleiter sei ein "glaubwürdiges Vorbild für Mehrsprachigkeit und Integration", heißt es. Den Beweis soll das begleitende Porträt liefern: "Dr. Manfred Schmidt spricht Englisch, leidlich Französisch und perfekt Frankfurterisch", heißt es dort. "Für den nächsten Urlaub überlegen seine Frau und er eine Rundreise durch die Türkei." Und: "Dass die persönliche Referentin des Präsidenten - sie ist in Deutschland geboren und erstklassig ausgebildet - als Muslima ein Kopftuch trägt, macht das Gesamtbild von Dr. Manfred Schmidt stimmig."

"Eine besondere Beziehung"

Selten dürfte ein Behördenleiter in einer Werbekampagne so bejubelt worden sein. Der Text erzählt die Geschichte eines steilen Aufstiegs. Vom "guten Abitur", über die Stationen im Innenministerium, wo er "auf der Karriereleiter immer höher steigen konnte", bis zum Wechsel an die Spitze des BAMF ("Manfred Schmidt hob rechtzeitig den Finger"). Und es menschtelt. Der Hobbyfotograf "auf hohem Niveau" pflege "auch heute noch ein gutes Miteinander mit den Eltern".

Klingt alles etwas dick aufgetragen? Ach was, heißt es bei Initiator Telc. "Das Porträt ist positiv gehalten, weil es ermutigen soll", sagt eine Sprecherin. Bislang habe es nur positive Rückmeldungen gegeben. Und überhaupt: "Wir haben eine besondere Beziehung zum BAMF und zu Dr. Schmidt."

Das BAMF hat Telc vor Jahren beauftragt, den "Deutsch-Test für Zuwanderer" (DTZ) durchzuführen, der die Abschlussprüfung des Sprachteils des neuen Integrationskurses bildet. Die Firma, die den Test bundesweit anbietet, gewann eine Ausschreibung. Und nun also die Lobhudelei auf den Amtschef - riecht das nicht nach Kumpanei?

"Bei der Kampagne darf es menschteln"

Schmidts Behörde weist das zurück. "Ein Geschmäcke hat das nicht", sagt die Sprecherin Katrin Hirseland. "Die Ausschreibung ist ein paar Jahre her, es wird niemand benachteiligt." Zur Jubelarie, die das BAMF freigab, sagt Hirseland so viel: "Bei solch einer Kampagne darf es auch menschteln. Ob das zu viel Lob ist, kann jeder selbst entscheiden."

Bei Telc heißt es, zuvor habe man ähnlich positiv über frühere Zugpferde der Kampagne, wie Ex-Bildungsministerin Annette Schavan oder den Fußballer Cacau, geschrieben. Schmidt selbst war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Seine Sprecherin betont: "Wenn er kein guter Chef wäre, hätten wir ihn auch nicht als guten Chef dargestellt." Den Text verfasste ein Journalist im Auftrag von Telc, das BAMF hatte zuvor ein Interview mit Schmidt gewährt und nahm den Text anschließend ab.

Und immerhin, das Porträt zeigt auch, dass Schmidt einmal ein Ziel verfehlt hat. "Als er 16 war und keine Lust mehr auf Schule hatte, bewarb er sich im Frankfurter Polizeipräsidium. Dort wurde er jedoch nicht genommen. Das traf ihn wie ein Schock und er zog Konsequenzen."

Doch die Episode wirkt nur als Startschuss für die Heldengeschichte des Manfred Schmidt: "Er wiederholte die zehnte Klasse, passte fortan im Unterricht auf, machte die Schulaufgaben und lernte gewissenhaft, schaffte ein gutes Abitur, absolvierte ein Jurastudium und promovierte über Öffentliches Recht. Dieser Teil seiner Vita sagt sehr viel aus über Charakter und Durchhaltevermögen von Dr. Manfred Schmidt."

Und schließlich: "Nur mit dem Polizeipräsidenten hat es bei Manfred Schmidt nicht geklappt. Stattdessen machte er als Ministerialbeamter im Bundesinnenministerium eine noch steilere Karriere."

Load-Date: March 27, 2013

Neue "Blue Card" lockt kaum Hochqualifizierte an

Spiegel Online

18. November 2012 Sonntag 8:54 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FACHKRÄFTEMANGEL

Length: 317 words

Highlight: Die im Sommer eingeführte "Blue Card" erweist sich offenbar als Flop. Hochqualifizierte aus dem Ausland nutzen diese Möglichkeit bislang kaum, um hier zu arbeiten, berichtet die "Welt am Sonntag". Experten sehen als Grund den schlechten Ruf Deutschlands.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/blue-card-lockt-kaum-fachkraefte-nach-deutschland-a-867882.html>

Body

Hamburg - Eine erste Bestandsaufnahme nach Einführung der Blue Card sorgt für Ernüchterung. Qualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-Eu-Staaten nutzen die Möglichkeit kaum. In den ersten beiden Monaten seien nur 139 Blue Cards vergeben worden, berichtete die "Welt am Sonntag" unter Berufung auf Daten des zuständigen Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge**. Von den vergebenen Karten wiederum gingen demnach 112 an Ausländer, die bereits vor dem Jahr 2012 nach Deutschland eingereist waren und sich somit schon mit einem anderen Aufenthaltstitel in der Bundesrepublik lebten.

"Der Massenansturm von Fachkräften bleibt aus", sagte Gunilla Fincke, Geschäftsführerin des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, der Zeitung. Deutschland eile nach wie vor der Ruf voraus, Zuwanderer seien nicht willkommen, obwohl das Zuwanderungsrecht liberaler geworden sei. "Deutschland wird als nicht so attraktiv wahrgenommen und ist auch wegen der Sprache schwierig", sagte Fincke.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Hans Heinrich Driftmann, kritisierte, dass die Hürden weiterhin zu hoch seien. So sei "das deutsche Zuwanderungsrecht nach wie vor kompliziert und für ausländische Fachkräfte wenig transparent", sagte Driftmann der Zeitung. Deshalb sei es wichtig, im Ausland über die Zuwanderungsmöglichkeiten zu informieren sowie dort für Deutschland als Arbeits- und Studienort zu werben.

Seit August erhalten qualifizierte Ausländer aus Nicht-EU-Staaten eine Blue Card als Aufenthaltserlaubnis, wenn sie ein Jahresgehalt von 44.800 Euro oder mehr vorweisen können. Für Berufe, in denen Fachkräfte gesucht werden, reicht ein jährliches Einkommen von 34.944 Euro. Ausländische Studenten dürfen neben dem Studium mehr arbeiten als bisher. Nach dem Abschluss haben sie zudem nun 18 statt vorher zwölf Monate Zeit, um sich einen Arbeitsplatz zu suchen.

ler/AFP/dapd

Neue "Blue Card" lockt kaum Hochqualifizierte an

Load-Date: November 22, 2012

End of Document

Stromstöße ins Hirn sollen Migräneschmerzen lindern

SPIEGEL ONLINE

10. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: GESUNDHEIT / DIAGNOSE & THERAPIE

Length: 891 words

Byline: Astrid Viciano

Highlight: Für schmerzgeplagte **Migränepatienten** könnte es eine neue Hoffnung sein: Stromstöße, die über Elektroden unter der Haut ins Hirn geleitet werden, sollen das Leiden lindern. Erste Ergebnisse sind vielversprechend - doch das Verfahren wirft auch Fragen auf.

Body

Wenn die Schmerzen beginnen, leitet Markus Steinbach* rasch eine Extraportion Strom durch sein Gehirn. Dann geben acht Elektroden in seinem Hinterkopf die Impulse über seine Nervenbahnen in den Hirnstamm weiter. "Mal kribbelt es nur, oft pulsiert es aber richtig in meinem Schädel", sagt der 48-jährige Journalist aus der Nähe von Münster. Seit fünf Monaten lebt er mit einem speziellen Nervenstimulator - einem Gerät, das ihn nach 32 Jahren von seinen **Migräneattacken** befreien soll.

Steinbach hofft, dass die neue Therapie seine Schmerzen dauerhaft lindern wird. Die Methode soll **Migränepatienten** helfen, die unter einer besonders schweren Form der Kopfschmerzen leiden.

Mindestens jeder zehnte Mensch in Deutschland erkrankt im Laufe seines Lebens an Migräne. Meist vergeht die Pein nach spätestens drei Tagen; mindestens ein Prozent der Bevölkerung entwickelt jedoch eine chronische Migräne, bei der oft kein Medikament den Schmerz mehr bändigen kann. Die Attacken katapultieren die Betroffenen für mehr als 15 Tage im Monat aus ihrem Alltag, lassen sie in abgedunkelten Räumen vor sich hin dämmern. "Diesen Patienten können wir mit der Nervenstimulation eine Chance eröffnen, den schweren Leidensdruck zu reduzieren", sagt der Neurologe Hartmut Göbel, Leiter der Schmerzklinik Kiel.

Dauerreiz soll Schmerzempfindlichkeit senken

Indem die Mediziner bestimmte Nerven gelegentlich oder dauerhaft reizen, wollen sie Häufigkeit, Dauer und Intensität der Migräneattacken ihrer Patienten senken. Dazu stimulieren die Mediziner mal einen Nerv seitlich des Unterkiefers, mal zwischen den Augenbrauen. Oder sie implantieren die Elektroden direkt unter die Nackenhaut, an den Occipitalis-Nerv, wie bei Markus Steinbach. Das Steuerungsgerät wurde ihm - ähnlich einem Herzschrittmacher - unter der Haut eingepflanzt, in Gürtelhöhe am Rücken. Stromstärke und Reizmuster der Impulse wurden individuell an Steinbach angepasst. Seither leitet der Impulsgeber ununterbrochen Strom an die Nerven des Migränepatienten.

Stromstöße ins Hirn sollen Migräneschmerzen lindern

Noch wissen die Neurologen nicht genau, wie die Therapie überhaupt funktioniert. Der Verdacht: Die Stimulation setzt durch die regelmäßige Reizung der Nerven die Schmerzempfindlichkeit im Gehirn herunter. Doch bislang wurden nur wenige wissenschaftliche Studien zum Thema publiziert - mit zum Teil widersprüchlichen Ergebnissen.

"Ich bin von dem Verfahren noch nicht überzeugt", sagt Hans-Christoph Diener, Chef-Neurologe am Uni-Klinikum Essen. Immerhin wurde die occipitale Nervenstimulation im vergangenen Monat vom renommierten und kritischen National Institut for Health and Clinical Excellence (Nice) in Großbritannien als Therapiemöglichkeit für schwer betroffene Migränapatienten vorgestellt.

Handeln, bevor es chronisch wird

Alternativ können sich Betroffene seit September 2011 mit dem Nervengift Botulinumtoxin behandeln lassen. An 31 Stellen der Kopf- und Halsmuskeln injiziert, blockiert es die Signalübertragung an den Nervenzellen und kann so den Kopfschmerz lindern. Schließlich kann auch das Antiepileptikum Topiramamat helfen.

Vor allem ist Neurologen jedoch wichtig, dass die Patienten frühzeitig die richtige Diagnose und Therapie bekommen. In den neunziger Jahren hatte eine Studie gezeigt, dass Kopfschmerzpatienten im Durchschnitt achtmal pro Jahr den Arzt wechseln. "Daran hat sich nicht viel geändert", sagt der Kieler Neurologe Göbel. Frustriert von den Therapieversuchen der Ärzte, probierten Patienten oft jahrelang obskure Heilmethoden, um sich von den Schmerzen zu befreien. "Wenn sie nach Jahren dann zu uns kommen, leiden sie oft bereits an chronischer Migräne", sagt Göbel.

Frühzeitig behandelt können Migränapatienten ihre Erkrankung dagegen gut in den Griff bekommen. Für akute Migräneattacken gibt es seit langem sogenannte Triptane, die Rezeptoren im Gehirn angreifen, sieben verschiedene Varianten sind inzwischen auf dem Markt. Auch gängige Schmerzmittel wie Acetylsalicylsäure oder Ibuprofen und sogenannten Mutterkornalkaloide kommen in Frage. "Allerdings dürfen die Patienten nicht zu häufig Schmerzmedikamente einnehmen, maximal an zehn Tagen pro Monat", warnt Göbel. Sonst können die Schmerzmittel selbst Schmerzen auslösen.

Spezialisierte Schmerztherapeuten für chronische Patienten

Neurologe Göbel hat in den vergangenen Jahren ein bundesweites Kopfschmerz-Behandlungsnetz aufgebaut, mit regionalen Schmerzzentren und fast 500 niedergelassenen Schmerztherapeuten in Deutschland.

Von den Spezialisten lernen die Betroffenen, dass bei der Migräne nicht allein die Medikamente wichtig sind. Die Patienten erfahren auch, dass sie ihr Leben verändern müssen, um die Erkrankung zu bändigen: regelmäßig essen, regelmäßig schlafen, regelmäßig Sport treiben.

Markus Steinbach zum Beispiel bewegt sich heute täglich. Er geht laufen, fährt Fahrrad, macht eine Walking-Runde mit Freunden. Jeden Tag ist er auf den Beinen. Mehr Regelmäßigkeit in seinen Alltag zu bringen, fällt ihm dagegen schwer. "Als Journalist habe ich einen sehr unsteten Beruf gewählt", sagt er. Vor Beginn der Nervenstimulation hatte er ständig an Kopfschmerzen gelitten. "Seither hat sich mein Leben verändert", sagt er. Heute leidet er an 15 Tagen im Monat nur unter leichten Beschwerden, an zehn Tagen ist er völlig von seinen Schmerzen befreit.

*Name geändert

Load-Date: July 23, 2013

Genetische Auslöser für häufigste Migräneform entdeckt

Spiegel Online

11. Juni 2012 Montag 9:00 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: ERBGUT-ANALYSE

Length: 526 words

Highlight: Der Kopf schmerzt heftig, hinzu kommt häufig Übelkeit. Über die Ursachen von **Migräneanfällen** wissen Mediziner nur wenig. Nun haben sie Gene entdeckt, die für die häufigste Form der Krankheit verantwortlich sind.; <http://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/gen-analyse-ausloeser-fuer-haeufigste-migraeneform-entdeckt-a-838067.html>

Body

London - Ein internationales Forscherteam hat die genetische Ursache für **Migräneidentifiziert**, die nicht von Sehstörungen begleitet ist. Sie fanden vier Stellen im Erbgut, die nur bei Menschen mit dieser häufigsten Form der Kopfschmerzkrankung verändert sind. Bisher war zwar bekannt, dass die **Migräne** ohne sogenannte Aura auf einer genetischen Veranlagung beruht, aber man wusste nicht, wo im Erbgut die Auslöser dafür sitzen.

Die Studie identifiziere nun erstmals spezifische Gene, die für diese Erkrankung verantwortlich seien. Dies trage erheblich dazu bei, das Wissen über die Migräne zu erweitern, berichten die Wissenschaftler des International Headache Genetics Consortiums im Fachmagazin "Nature Genetics". An der Studie beteiligt waren auch Forscher des Klinikums der Universität München, des Helmholtz Zentrums München und des Münchner Max-Planck-Instituts für Psychiatrie.

Migräne ist eine der häufigsten neurologischen Erkrankungen - rund zwölf Prozent der Bevölkerung sind Migräniker, wie die Wissenschaftler berichten. Betroffene leiden im Laufe ihres Lebens immer wieder an heftigen, oftmals von Übelkeit begleiteten Kopfschmerzanfällen. Bei etwa einem Drittel von ihnen kündigt sich ein Migräneanfall kurz vorher mit Sehstörungen oder anderen neurologischen Symptomen an, der sogenannten Aura. Weitaus häufiger aber fehlt diese Begleiterscheinung.

Blutfluss und Erregbarkeit des Gehirns betroffen

"Die jetzt identifizierten Gene eröffnen uns neue Wege, um zu erforschen, wie diese Form der Migräne entsteht", sagt Arn van den Maagdenberg vom Medizinischen Zentrum der Universität Leiden in den Niederlanden, einer der Studienleiter. Wie die Forscher berichten, liegen zwei der festgestellten Veränderungen in der Nähe von Genen, die den Blutfluss durch das Gehirn beeinflussen. Das passe zu bisherigen Annahmen, nach denen auch die Gefäße und die Durchblutung des Gehirns eine Rolle für die Migräne spielen.

Die beiden anderen Genveränderungen fanden die Wissenschaftler in Bereichen, die kontrollieren, wie zahlreich und wie aktiv die Synapsen im Gehirn sind. Diese Kontaktstellen zwischen den Gehirnzellen beeinflussen unter

Genetische Auslöser für häufigste Migräneform entdeckt

anderem, wie sensibel das Gehirn auf äußere Reize reagiert. "Man weiß, dass das Gehirn bei Migränikern übererregbar ist", schreiben die Forscher. Es sei daher plausibel anzunehmen, dass die Übertragung erregender Signale bei Migränepatienten ohne Aura durch diese Genveränderungen gefördert werde.

Erbgut von 4.800 Migränepatienten untersucht

Für ihre Studie hatten die Forscher das Erbgut von rund 4800 Menschen mit Migräne ohne Aura mit dem der mehr als 7000 gesunden Kontrollpersonen verglichen. Die Migräniker waren allesamt Patienten von spezialisierten Kopfschmerz-Behandlungszentren in Europa und Australien.

Neben den vier zuvor unbekannten genetischen Auslösern fanden die Wissenschaftler auch zwei bereits bekannte Veränderungen im Erbgut. Diese waren - zusammen mit zwei weiteren - schon zuvor bei Patienten mit der selteneren Migräne mit Aura entdeckt worden. Das deute darauf hin, dass einige der betroffenen Gene bei beiden Formen der Migräne verändert seien, andere jeweils nur bei einer der beiden.

hda/dapd

Load-Date: June 11, 2012

Neue genetische Risikofaktoren für Migräne entdeckt

SPIEGEL ONLINE

24. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WISSENSCHAFT / MEDIZIN

Length: 366 words

Highlight: Forscher haben weitere Regionen im Erbgut identifiziert, die an der Entstehung von Migräne beteiligt sind. Allerdings sind die Genfaktoren nur für einen Teil des Erkrankungsrisikos verantwortlich.

Body

Kiel/New York - Ein internationales Forscherteam hat neue genetische Risikofaktoren für Migräne entdeckt - und erhofft sich davon neuartige Behandlungsansätze. Die Wissenschaftler identifizierten fünf neue Genregionen, die für die Entstehung der Krankheit mitverantwortlich sein sollen. Die Studie, die im Fachmagazin "Nature Genetics" präsentiert wird, stützt sich auf die Untersuchung von mehr als 100.000 Probanden. Etwa 14 Prozent der Erwachsenen leiden den Angaben zufolge unter Migräne. Migräneattacken können beispielsweise mit starker Übelkeit und Erbrechen einhergehen.

Die Gene seien für die Steuerung von Nervenbotenstoffen und der Nervenregulation im Gehirn funktionell bedeutsam, sagte Mitautor Hartmut Göbel vom Migräne- und Kopfschmerzzentrum der Schmerzklinik Kiel. "Auf dieser Grundlage kann nun gezielt die Entwicklung neuer Behandlungsmethoden erfolgen, die präzise in die Entstehungsmechanismen der Migräne eingreifen."

Die rund hundert beteiligten Forscher analysierten Daten von 29 Genom-Studien mit 23.285 Migränepatienten und 95.425 Kontrollpersonen. Es handelt sich nach Angaben der Wissenschaftler um die bisher weltweit umfangreichste Studie zu genetischen Faktoren von Migräne.

Die zuvor entdeckten genetischen Ursachen könnten etwa 20 bis 30 Prozent des Erkrankungsrisikos erklären, sagte der Präsident der Deutschen Migräne- und Kopfschmerzgesellschaft, Andreas Straube.

Zusammen mit den fünf nun entdeckten beschreiben die Forscher in ihrer Studie insgesamt zwölf Regionen im Erbgut von Migränepatienten, die für das Erkrankungsrisiko mitverantwortlich sind. Acht der Regionen wurden den Angaben zufolge in der Nähe von Genen entdeckt, die bei der Kontrolle von Hirnschaltkreisen eine Rolle spielen. Zwei Regionen seien für die Aufrechterhaltung der normalen Hirn- und Nervenzellfunktion verantwortlich.

"Eine besondere Herausforderung wird nun darin bestehen, im Detail aufzuklären, welche molekularen Mechanismen dieser genetischen Veranlagung tatsächlich zugrunde liegen", erklärte Mitautor Christian Kubisch vom Ulmer Institut für Humangenetik. Dann könnten neue und gezieltere Behandlungsansätze entwickelt werden.

hda/dpa

Neue genetische Risikofaktoren für Migräne entdeckt

Load-Date: July 23, 2013

End of Document

Die Macht der Migranten

SPIEGEL ONLINE

09. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 892 words

Byline: Theresa Breuer

Highlight: Deutschtürken wählen SPD, Deutschrussen CDU - auf diese Faustregel konnten sich Politiker lange verlassen. Doch die alten Muster lösen sich auf. Wer künftig Wahlen gewinnen will, muss um die Stimmen von Migranten kämpfen.

Body

Berlin - Wer bei der CDU in Nordrhein-Westfalen fragt, welche Kandidaten für die Bundestagswahl im Herbst besonders wichtig sind, hört diesen einen Namen: Cemile Giousouf. Sie ist jung, attraktiv - und Muslima. Wer bei der SPD in Hamburg fragt, auf welche Kandidaten die Partei im September besonders setzt, bekommt ebenfalls einen ausländisch klingenden Namen zu hören: Aydan Özoguz.

Giousouf und Özoguz - zwei Frauen mit türkischem Migrationshintergrund. Die Sozialdemokratin Özoguz sitzt bereits seit 2009 im Bundestag, seit 2011 ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD. Außerdem ist sie Vorsitzende der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft "Migration und Vielfalt". "Natürlich hat es meiner Karriere geholfen, dass ich eine Frau bin und einen türkischen Namen habe", sagte sie SPIEGEL ONLINE.

Giousouf dagegen ist ein politischer Neuling, sie soll die erste türkischstämmige Abgeordnete für die CDU im Bundestag werden. "Ich sehe mich nicht als Quotenmigrantin", sagte sie SPIEGEL ONLINE. Aber: "Ich hoffe, dass ich Zuwanderern die Politik der CDU nahebringen kann, da ich eine ähnliche Lebensgeschichte habe." Bisher habe die CDU ihre Erfolge in der Integrationspolitik nicht ausreichend kommuniziert, meint Giousouf.

Beide Volksparteien verstärken ihre Bemühungen um die wahlberechtigten Bürger mit Migrationshintergrund. Denn inzwischen sind das mehr als 5,6 Millionen Menschen - fast zehn Prozent aller Wahlberechtigten in Deutschland.

Bislang haben SPD und CDU Migranten als Wählergruppe eher vernachlässigt. Auch deshalb, weil sie von folgenden Gesetzmäßigkeiten ausgingen:

Die Gruppe der Aussiedler beziehungsweise Spätaussiedler wählt vorwiegend CDU - dank der Aussiedlerpolitik der Kohl-Regierung und ihrer grundsätzlichen Ablehnung gegen alles "Rote".

Die Macht der Migranten

Die Gruppe der ehemaligen Gastarbeiter, also hauptsächlich türkischstämmige Migranten, wählt SPD. Sie fühlen sich und ihre Interessen am ehesten bei der Arbeiterpartei mit Gewerkschaftsbindung vertreten - oft waren sie selbst in Gewerkschaften organisiert.

Diese Erkenntnisse stammen aus zahlreichen Studien des Parteienforschers Andreas Wüst. Er ist bislang der einzige Wissenschaftler in Deutschland, der das Wahlverhalten von Migranten empirisch untersucht hat.

Die SPD hat bei Migranten an Vertrauen verloren

Doch Wüsts Studien zeigen auch: Die traditionellen Wahlmuster brechen bei jüngeren Migranten auf. Unter russischsprachigen Wählern lässt die Dankbarkeit für die Politik Helmut Kohls nach. Gleichzeitig haben die Jungen keine negativen Erfahrungen mit einem links-autoritären Regime gemacht. So werden linke Parteien für russischsprachige Migranten immer attraktiver.

Auch die SPD hat bei Migranten an Vertrauen eingebüßt. Schuld daran ist teils das umstrittene Buch "Deutschland schafft sich ab" des Parteimitglieds Thilo Sarrazin. Außerdem fehlt es ihr an migrantischen Persönlichkeiten in den eigenen Reihen. Davon können die Regierungsparteien aber nicht profitieren: Migranten laufen eher selten zur CDU über, sondern wählen die Grünen oder die Linkspartei.

Dass Migranten sich vornehmlich an linken Parteien orientieren, hat einen einfachen Grund: Sie kümmern sich glaubwürdiger um die Belange von Minderheiten. "Oft nehmen sich bestimmte Migrantengruppen als nicht-privilegiert wahr und wählen deshalb Parteien, die gesellschaftlichen Ausgrenzungen entgegentreten", sagt Orkan Kösemen, Projektmanager bei der Bertelsmann Stiftung im Bereich Integration und Demokratie.

Hinzu kommt, dass sich die alten Bindungen der Wähler zu einer bestimmten Partei - einmal CDU, immer CDU - auflösen. "Heute müssen Parteien um ihre Wählergruppen werben", sagt Kösemen.

Studien aus Skandinavien belegen, dass Migranten häufig Politiker wählen, die zu ihrer eigenen Zuwanderungsgruppe gehören. Das haben SPD und CDU mittlerweile erkannt. Deshalb die Nominierung einer türkischstämmigen Frau wie Cemile Giousouf. Deshalb die Wahl von vier Migranten in den CDU-Bundesvorstand im Dezember. Und deshalb die Schaffung einer SPD-Arbeitsgemeinschaft zum Thema Migration und Vielfalt. Bei deren Gründung sagte Aydan Özoguz, die SPD sei die Partei der Migranten.

Tatsächlich sind andere Parteien schon viel weiter. Vor allem die Grünen - sie stellen die meisten Abgeordneten mit Migrationshintergrund, sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene.

Bei der CDU dagegen vollzieht sich die Wende nur langsam - und dies auch nur auf personeller Ebene. Thematisch spielen die Migranten im derzeitigen Wahlkampf keine Rolle. Im Streit um die doppelte Staatsbürgerschaft etwa bleibt die Union auf konservativer Linie und lehnt jede Erleichterung ab.

Noch sind die wahlberechtigten Migranten zu wenige, um Wahlen entscheiden zu können. Doch langfristig wächst ihre Zahl. Noch besitzen nur knapp 50 Prozent der volljährigen Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft. Doch bei der nächsten Bundestagswahl in fünf Jahren werden die ersten Kinder volljährig sein, für die das im Jahr 2000 beschlossene Geburtsortprinzip gilt. Es besagt, dass jeder, der ab diesem Zeitpunkt hier geboren wurde, automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt - vorausgesetzt mindestens ein Elternteil lebte vorher wenigstens acht Jahre rechtmäßig im Land.

Dann wird die Machtfrage neu gestellt.

Load-Date: September 6, 2013

Deutschland soll mehr Flüchtlinge aufnehmen

SPIEGEL ONLINE

07. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 401 words

Highlight: EU-Parlamentspräsident Schulz verlangt Konsequenzen aus der Schiffskatastrophe vor Lampedusa. Der Sozialdemokrat forderte die Bundesregierung auf, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Die Rettungskräfte in Italien bargen inzwischen Dutzende weitere Leichen.

Body

Berlin - Nach der Bootskatastrophe vor Lampedusa hat EU-Parlamentspräsident Martin Schulz die Bundesregierung zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge aufgefordert. "Es ist eine Schande, dass die EU Italien mit dem Flüchtlingsstrom aus Afrika so lange alleingelassen hat", kritisierte der SPD-Politiker in der "Bild"-Zeitung. Die Flüchtlinge müssten in Zukunft gerechter auf die EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. "Das heißt auch, dass Deutschland zusätzliche Menschen aufnehmen muss", verlangte Schulz. Über das Thema müssten die EU-Staaten auf ihrem Gipfel in Oktober in Brüssel beraten, zitiert ihn die Zeitung.

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) unterstrich die Aufgabe der Entwicklungspolitik, für bessere Chancen der Menschen in den Heimatländern zu sorgen. Die Tragödie zeige aber auch, "dass wir eine gemeinsame europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik brauchen". Der Unions-Außenexperte Philipp Mißfelder forderte in der Zeitung mehr Unterstützung für Afrika.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sprach sich für schärfere Maßnahmen gegen Schlepper aus. "Feststeht, dass wir noch stärker die Netzwerke organisierter und ausbeuterischer Schleusungskriminalität bekämpfen müssen", sagte Friedrich der "Welt am Sonntag". "Die Schleuser-Verbrecher sind es, die die Menschen mit falschen Versprechungen in Lebensgefahr bringen und oftmals in den Tod führen."

Wind und Wellen behindern die Rettungstaucher

Am Donnerstag war ein Boot mit 500 Flüchtlingen aus Eritrea und Somalia vor der italienischen Insel Lampedusa gesunken. Taucher haben am Wochenende Dutzende weitere Tote geborgen. Wie die Küstenwache mitteilte, wurden am Sonntag die Leichen von 70 ertrunkenen afrikanischen Bootsflüchtlingen an die Wasseroberfläche gebracht. Damit wurden nach Behördenangaben bislang 181 Menschen tot geborgen. Mehr als hundert wurden weiter vermisst. Hoher Seegang und starker Wind behinderten die Arbeit der rund 40 Bergungstaucher. Das Schiffswrack befindet sich in 47 Metern Tiefe.

Die Überlebenden müssen mit Strafanzeigen und einer Geldstrafe in Höhe von 5000 Euro rechnen. Die Flüchtlinge berichteten Parlamentsabgeordneten am Samstag, sie hätten an ihre Schlepper Tausende Dollar für die

Deutschland soll mehr Flüchtlinge aufnehmen

Reise durch die Sahara und über das Mittelmeer bezahlt. Unter dem Eindruck der Katastrophe hat Italien die Europäische Union um mehr Hilfe gebeten.

ler/Reuters/dpa

Load-Date: October 7, 2013

End of Document

Athen geht verstärkt gegen Rassismus vor

Spiegel Online

23. August 2012 Donnerstag 9:02 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: NEUE POLIZEIABTEILUNG

Length: 371 words

Highlight: Griechenland will die unkontrollierte Gewalt gegen **Migranten** nicht länger dulden. Jetzt gründet das Land eine Sonderabteilung. Deren Einsatzkräfte sollen vor allem rassistische Übergriffe bekämpfen.;
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/athen-gruendet-antirassistische-polizeiabteilung-a-851792.html>

Body

Athen - In Griechenland wird es in Zukunft eine Sondereinheit der Polizei geben. Sie soll sich rassistisch motivierte Gewalttaten aufklären, wie der griechische Minister für Bürgerschutz, Nikolaos Dendias, am Donnerstag mitteilte. Damit zieht Athen Konsequenzen aus Hunderten von Überfällen auf **Migranten**.

"Wir stehen vor der Gefahr eines sozialen Umsturzes", sagte der Minister im Parlament. Die unkontrollierte Migration und die rassistisch motivierte Gewalt könnten nicht geduldet werden, hieß es.

Die linke Opposition hatte zuvor kritisiert, dass Rechtsextremisten in den vergangenen Monaten in mehreren hundert Fällen Migranten aus Asien und Afrika überfallen hätten. Aus fast allen Regionen des Landes wurden Überfälle auf Migranten gemeldet.

Erst Mitte August hatten Rechtsextreme einen 19-jährigen Migranten aus dem Irak erstochen. Griechenland geht seit zwei Wochen mit einem massiven Polizeiaufgebot gegen illegale Einwanderer vor. Nach offiziellen Angaben kontrollierten die Beamten Tausende Ausländer. Fast 2000 Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis wurden festgenommen und in Auffanglager gebracht.

Die Angriffe auf Migranten werden vor allem von rassistischen Gruppierungen angefeuert. Die Hetze rechtsradikaler richtet sich zudem auch gegen Polizeibeamte. Am Donnerstag haben Dutzende Anhänger der rassistischen griechischen Partei "Goldene Morgenröte" die Polizei in der Hafenstadt Korinth mit Steinen angegriffen. Viele trugen schwarze T-Shirts mit dem Logo der rechtsextremistischen Partei. Die Randalierer protestierten gegen die Unterbringung von Migranten in einer Kaserne in der Stadt, wie das griechische Fernsehen berichtete.

Auch ein Parlamentsabgeordneter der "Goldenen Morgenröte" beteiligte sich an dem Angriff. Die Rechtsextremisten, aber auch viele Einwohner Korinths wehren sich gegen die Migranten in ihrer Stadt. Der Bürgermeister Alexandros Pneumatikos sagte, er werde "keinen Müll mehr von der Kaserne holen und auch Strom und Wasserleitungen kappen". Die Polizei hatte am Donnerstag 300 Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis in die Kaserne gebracht.

Athen geht verstärkt gegen Rassismus vor

Griechenland ist seit längerem Anlaufpunkt für Migranten. In den vergangenen zehn Jahren haben mehr als eine Million Menschen dort Zuflucht gesucht.

kha/dpa

Load-Date: August 24, 2012

End of Document

Mit Stromimpulsen gegen Migräne

Spiegel Online

7. Februar 2013 Donnerstag 12:08 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: KOPFSCHMERZEN

Length: 688 words

Highlight: Der Kopf wummert, Übelkeit krümmt den Körper: Wer unter **Migräneattacken** leidet, schluckt oft viele Medikamente. Eine Therapie mit Stromimpulsen könnte helfen, die Anzahl der Schmerzattacken zu reduzieren, zeigt eine kleine Studie. Was hinter dem Effekt stecken könnte, wissen Ärzte allerdings nicht.;

<http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/migraene-neue-therapie-mit-stromstoessen-erfolgreich-getestet-a-881828.html>

Body

Der Schmerz beginnt im Kopf zu pulsieren. Bohrend und hämmernd baut er sich auf, bis er nach ein bis zwei Stunden sein volles Ausmaß erreicht hat. Oft kommt Übelkeit hinzu, manchmal auch eine Sehstörung. **Migräneanfälle** reißen die Betroffenen aus ihrem Alltag und zwingen sie zur Ruhe.

Leiden Patienten ein Viertel Jahr lang mehr als 15-mal pro Monat unter den schweren Kopfschmerzattacken, sprechen Mediziner von einer chronischen Migräne. Eine Behandlung mit gezielten Stromstößen könnte Betroffenen laut einer kleinen Studie helfen, die Migränetage zu reduzieren. Werden die Nerven hinter der Stirn regelmäßig mit aufgelegten Elektroden stimuliert, treten die Schmerzen seltener auf, berichten belgische Mediziner um Jean Schoenen von der Universität Lüttich im Fachjournal "Neurology".

In Deutschland ist es bereits möglich, Migräne mit elektrischen Impulsen zu behandeln. Bei der sogenannten "okzipitalen Nervenstimulation" (ONS) setzen Mediziner zwei kleine Elektroden allerdings unter die Haut im Nacken, um die dortigen Nerven stimulieren. Eine Übersichtsarbeit hatte Mitte des letzten Jahres gezeigt, dass die elektrischen Reize chronische Kopfschmerzen und Migräne-Attacken mildern können. Wie sie wirken, wissen die Forscher nicht sicher. Die Deutsche Gesellschaft für Klinische Neurophysiologie und funktionelle Bildgebung empfiehlt die Behandlung in erster Linie Patienten, bei denen Medikamente nicht helfen.

Therapie ohne Nebenwirkungen?

Die von den belgischen Forschern untersuchte, neue Behandlung wäre für die Patienten eine vergleichsweise geringere Belastung: "Bei der Studie von Schoenen ist sicher der Vorteil, dass keine Operation nötig ist", sagt der Präsident der Deutschen Migräne- und Kopfschmerzgesellschaft, Andreas Straube. Damit sei die Schwelle zur Nutzung geringer. "Die Daten sind aber noch nicht ausreichend", meint der Neurologe vom Klinikum der Universität München. Es sei eine größere Analyse mit mehr Patienten nötig.

Mit Stromimpulsen gegen Migräne

Für die aktuelle Studie untersuchten die Neurologen 67 Patienten in fünf verschiedenen belgischen Kliniken, die an mindestens zwei Tagen pro Monat unter Migräne litten. Jeder der Teilnehmer bekam drei Monate lang täglich für 20 Minuten eine Elektrode auf die Stirn gesetzt. Diese erzeugte aber nur bei der Hälfte der Versuchsteilnehmer tatsächlich Stromimpulse. Bei der anderen Hälfte täuschten die Ärzte die Behandlung nur vor, um den Erfolg der Therapie messen zu können.

Bei der echten Behandlung sank die Zahl der Migräne-Tage im dritten Monat im Vergleich zum ersten Monat der Behandlung von durchschnittlich 6,9 auf 4,8, berichten die Forscher. In der Kontrollgruppe änderte sich die Häufigkeit der Kopfschmerzen dagegen nicht. "Die Ergebnisse ähnelten denen von Medikamenten, die man benutzt, um Migräne vorzubeugen", sagte Erstautor Schoenen laut einer Mitteilung der Fachzeitschrift. Im Gegensatz zu Arzneimitteln habe man bei dem Elektroverfahren bisher aber keine Nebenwirkungen beobachtet.

Sehstörung, Übelkeit, Lichtempfindlichkeit

Demnach könnte die tägliche 20-minütige Stimulation eine Alternative zu Medikamenten bieten, schreiben die Forscher. Ob dies auch Patienten mit chronischer Migräne helfe, müsse noch erforscht werden. Offen ist auch, warum die elektrischen Impulse überhaupt einen Effekt haben. Die Forscher verweisen auf eine Studie an gesunden Personen, der zufolge die Stimulation der Stirnnerven - in diesem Fall der Nervus supraorbitalis und der Nervus supratrochlearis - beruhigend wirkt. Dies deute darauf hin, dass das Verfahren das Zentrale Nervensystem beeinflusse.

Etwa 250 von 100.000 Menschen leiden regelmäßig unter Migräneanfällen. Ein kleiner Teil davon entwickelt schon in der Kindheit heftige Kopfschmerzattacken, die teilweise von Übelkeit, Sehstörungen und Lichtempfindlichkeit begleitet werden. Bei den meisten festigt sich die Krankheit allerdings erst im Erwachsenenalter. Rund drei Viertel der Betroffenen nach der Pubertät sind Frauen. Bei einem Anfall bleibt meistens nur die Möglichkeit, sich zurückzuziehen und ein Schmerzmedikament einzunehmen. In der Regel verschwinden die Beschwerden nach einigen Stunden Schlaf wieder.

irb/dpa

Load-Date: February 7, 2013

137 neue Flüchtlinge auf Lampedusa angekommen

SPIEGEL ONLINE

14. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 462 words

Highlight: Sie kamen in einem nur zwölf Meter langen Boot - weitere 137 afrikanische **Flüchtlinge** haben die Mittelmeer-Insel Lampedusa in der Nacht erreicht. Sie wurden in das überfüllte Auffanglager gebracht.

Body

Lampedusa - Nach dem erneuten Schiffsunglück vor Lampedusa sind in der Nacht zum Montag 137 **Flüchtlinge** im Hafen der Mittelmeerinsel eingetroffen. Sie liefen auf einem nur zwölf Meter langen Boot in den Hafen von Lampedusa ein, berichteten italienische Medien. **Flüchtlinge** hätten am Hafen auf die Polizei gewartet und seien in das bereits völlig überfüllte Auffanglager gebracht worden.

Laut dem Fernsehsender SkyTG24 stammen alle Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Das Boot sei in Libyen losgefahren. 22 Frauen seien an Bord des Schiffes gewesen.

Italien will Rettungseinsatz beschließen

Die italienische Regierung will im Laufe des Montags einen von Ministerpräsident Enrico Letta angekündigten Rettungseinsatz im Mittelmeer beschließen. Dabei sollen zusätzliche militärische und zivile Schiffe und Flugzeuge eingesetzt werden, um das Mittelmeer besser zu überwachen und in Seenot geratene Flüchtlinge zu retten.

Am 3. Oktober waren bei einer Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa mindestens 360 Menschen aus Afrika ums Leben gekommen. Nur 155 der geschätzt rund 550 Bootsinsassen konnten gerettet werden. Am vergangenen Freitag ertranken erneut mehr als 30 Flüchtlinge im Mittelmeer.

32.000 Flüchtlinge in Italien und Malta

Nach den Flüchtlingsdramen von Lampedusa verlangt der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), einradikales Umdenken in der europäischen Politik. "Europa muss endlich anerkennen, dass es ein Einwanderungskontinent ist", sagte er SPIEGEL ONLINE. Europa müsse gemeinsam handeln und dürfe Länder wie Italien und Malta nicht alleinlassen. Konkret forderte Schulz die Möglichkeit zur legalen Einreise von Einwanderern.

Er verlangte außerdem die Einführung eines Verteilungsschlüssels, der die Aufnahme von Migranten in den EU-Mitgliedstaaten regelt. Nur mit modernen Gesetzen könnten Menschen davon abgehalten werden, "sich unmoralischen Schleppern anzuliefern, die aus ihrer Hoffnungslosigkeit ein Geschäft machen".

137 neue Flüchtlinge auf Lampedusa angekommen

EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) plädierte für eine Doppelstrategie gegen das Flüchtlingsselend an den EU-Außengrenzen. "Die Grenzkontrollen sollen verstärkt sowie wirtschaftliche Perspektiven in den Heimatländern der Flüchtlinge eröffnet werden", sagte er. Die süd- und südosteuropäischen Staaten, über die Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten nach Zentraleuropa kommen, bräuchten eine glaubwürdige Nachbarschaftshilfe. "Wir haben löchrige Grenzen und kein Aufbaukonzept für die Herkunftsregionen", kritisierte Oettinger.

Nach Schätzungen des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind in diesem Jahr bereits rund 32.000 Flüchtlinge in Italien und Malta eingetroffen. Viele von ihnen stammen aus Eritrea, Somalia und Syrien.

heb/AFP/dpa

Load-Date: October 14, 2013

End of Document

Einwanderer starten Aufholjagd

Spiegel Online

27. Juni 2012 Mittwoch 11:35 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: REGIERUNGSBERICHT

Length: 1401 words

Byline: Anna Reimann

Highlight: Die Zahl der Schulabbrecher sinkt, immer öfter gehen Einwandererkinder in eine Kita, immer mehr machen Abitur: Im Bildungswesen zeichnet sich laut Ausländerbericht der Regierung eine Aufholjagd ab. Auf dem Arbeits -und Ausbildungsmarkt allerdings ist die Lage verheerend.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/auslaenderbericht-migranten-holen-bei-bildung-auf-a-841066.html>

Body

Berlin - "Deutschland schafft sich ab" - mit diesem provokanten Buchtitel sorgte Thilo Sarrazin vor zwei Jahren für Aufregung. Nun gibt es neue Fakten zum Stand der Integration in Deutschland. Auf mehr als 650 Seiten hat die Bundesregierung in ihrem 9. Bericht über die "Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland" Zahlen und Studien zusammengestellt.

Wie leben Deutschlands Migranten? Was lernen sie, auf welche Schulen gehen sie, wie viel Geld haben sie? Engagieren sie sich in der Gesellschaft? Und: Gibt es immer noch die großen Unterschiede zwischen den "Urdeutschen" und den "Migranten"?

Fest steht: Die apokalyptischen Sarrazin-Thesen lassen sich anhand des Berichts nicht belegen. Im Gegenteil: Von einem Aufholen der Einwanderer ist in dem Bericht von Staatsministerin Maria Böhmer (CDU) die Rede. Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick:

Bevölkerung: Die Zahl der Einwanderer, die in Deutschland leben, ist in den vergangenen Jahren leicht gestiegen. 2010 kamen in Deutschland 15,7 Millionen Menschen aus einer Zuwandererfamilie (100.000 mehr als im Jahr 2008). Die größte Zuwanderergruppe stellen nach wie vor Menschen aus der Türkei. Die meisten Migranten haben die deutsche Staatsbürgerschaft, und die Zahl der Einbürgerungen ist im Berichtszeitraum wieder gestiegen: Nachdem sie im Jahr 2008 auf 94.470 gefallen war, stieg sie 2009 auf 96.122 und 2010 weiter auf 101.570.

Altersstruktur: Zuwanderer sind im Schnitt deutlich jünger - ihr Durchschnittsalter liegt bei 35 Jahren (statt bei 45,9 Jahren in der deutschen Mehrheitsgesellschaft). Bei den unter fünfjährigen Kindern haben in Deutschland mehr als ein Drittel einen Migrationshintergrund - ihr Anteil steigt immer weiter. Besonders viele kleine Kinder aus Einwandererfamilien leben in den Großstädten.

Einwanderer starten Aufholjagd

Zuwanderung : Im Jahr 2011 sind insgesamt rund 240.000 Menschen mehr aus dem Ausland zugezogen als ins Ausland abwanderten. Laut dem Bericht konnte zuletzt im Jahr 2001 ein vergleichbar hoher Zuzug festgestellt werden. Als Grund dafür wird die Arbeitnehmerfreizügigkeit seit Mai 2011 für Bürger aus den acht Ländern, die 2004 der EU beigetreten sind, genannt. Aber auch die Euro-Krise spielt eine Rolle. So kamen im Jahr 2011 deutlich mehr Einwanderer aus Griechenland und Spanien nach Deutschland als im Jahr 2010.

Kitas und Kindergärten: Immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund besuchen Kindertagesstätten. Die Betreuungsquote der Kinder aus Einwandererfamilien ist zwischen 2008 und 2011 um 53 Prozent gestiegen (von 9,1 auf 14 Prozent). Bei Kleinkindern ohne Migrationshintergrund beträgt die Steigerung 39 Prozent - von ihnen besuchten 2011 30 Prozent eine Krippe. Ein großes Problem bei der frühkindlichen Förderung: Es gibt eine starke Segregation. Viele Kinder, die zu Hause nicht Deutsch sprechen, gehen auch in eine Kita, in der die meisten Kinder ebenfalls aus anderssprachigen Elternhäusern kommen. Im Kindergartenalter zwischen drei und sechs Jahren wird auch der Großteil der Kinder aus Einwandererfamilien nicht zu Hause betreut - auch hier ist die Quote in den vergangenen drei Jahren noch gestiegen. 2011 gingen 85 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund in einen Kindergarten und 97 Prozent der Kinder aus Familien, die aus Deutschland stammen. Die Zahlen sind in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich: So sind in Hamburg und Schleswig-Holstein die Unterschiede zwischen Migranten und aus Deutschland stammenden Kindern am größten.

Schule: "Schrittweise nähern sich die schulischen Leistungen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund jenen ohne Migrationshintergrund an", heißt es in dem Bericht. Der Anteil der ausländischen Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sank von 2004 bis 2010 um 39 Prozent - ist aber trotzdem mit 12,8 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei den deutschen Schülern. In dem Bericht werden in diesem Punkt allein Ausländer und Deutsche unterschieden, weil in der Schulstatistik nur Nationalitäten erfasst werden - unabhängig vom Migrationshintergrund. Noch immer gibt es starke Unterschiede in den Schulformen. Überproportional viele Ausländer (33 Prozent, bei den Deutschen 12 Prozent) gehen auf eine Hauptschule - ihr Anteil an den Gymnasiasten ist mit gut einem Viertel weit unterdurchschnittlich. Aber in der Mitte treffen sich beide Gruppen: Die Verteilung auf der Realschule hat sich angeglichen. Und: Der Anteil der ausländischen Schüler, die Abitur oder Fachabitur machen, ist zwischen 2005 und 2010 deutlich gestiegen, um insgesamt 36 Prozent. Bei den Nationalitäten gibt es große Unterschiede: Schüler, die aus Russland stammen, sind unter den Migranten am häufigsten auf einem Gymnasium - am schlechtesten stehen bildungsmäßig türkische und italienische Schüler da. Vor allem die soziale Herkunft ist dem Bericht zufolge hierfür entscheidend.

Ausbildung: Eine Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist dem Bericht zufolge noch nicht erreicht - trotz der guten Entwicklungen bei der Schulbildung. Ende Dezember 2010 lag der Ausländeranteil an allen Auszubildenden bei nur 5,1 Prozent - obwohl die Ausländerquote bei den 15 bis 24 jährigen insgesamt 10,6 Prozent beträgt. Jungen Migranten gelingt es nach wie vor deutlich seltener als Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, nach der Schule eine berufliche Ausbildung zu absolvieren, so der Bericht. Das sei auch darauf zurückzuführen, dass Arbeitnehmer bei Einstellungen immer noch häufig pauschal über die Gruppe der Migranten urteilten. So werde etwa ein niedriger Schulabschluss in Verbindung mit weniger Leistungsfähigkeit und Motivation gebracht. "Problematisch ist, dass diese Eigenschaften dann der gesamten Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zugeschrieben werden, da sie wesentlich häufiger über eine geringe schulische Qualifikation verfügen als diejenigen ohne Migrationshintergrund", so der Bericht. Dramatisch bleibt: Immer noch hatten im Jahr 2010 fast ein Drittel der Migranten im Alter von 25 bis unter 35 Jahren keinen Berufs- oder Hochschulabschluss - dreimal so viele wie bei den Gleichaltrigen, deren Familien aus Deutschland stammen. Dagegen hat sich die Zahl der ausländischen Hochschulabsolventen in Deutschland seit Ende der neunziger Jahre mehr als verdreifacht.

Arbeitslosigkeit : Migranten sind immer noch deutlich häufiger arbeitslos als die Gesamtbevölkerung. Zwar sank im Zeitraum 2005 bis 2010 die Arbeitslosenquote bei Einwanderern insgesamt sehr deutlich von 18,1 Prozent auf 11,8 Prozent (im Vergleich: in der Gesamtbevölkerung von 11,3 Prozent auf 7,1 Prozent). Am häufigsten sind Migranten ohne deutschen Pass ohne Job - aber auch hier gibt es leichte Verbesserungen. Bei Ausländern ging die Arbeitslosigkeit von 2010 bis 2011 von 18,2 auf 16,9 Prozent zurück. Aber: Insgesamt konnten Migranten von der guten Konjunkturentwicklung weniger profitieren als Arbeitnehmer aus deutschen Familien - der Abstand zwischen beiden Gruppen wird immer größer.

Einwanderer starten Aufholjagd

Armut : Das Armutsrisiko ist bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dreimal höher. Einwanderer müssen laut Bericht mehr als doppelt so häufig von einem geringen Einkommen leben als Personen ohne Migrationshintergrund (26,2 Prozent gegenüber 11,7 Prozent). Im Jahr 2010 mussten mehr als 60 Prozent der Familien mit Migrationshintergrund mit weniger als 2600 Euro im Monat auskommen. Bei Familien ohne Migrationshintergrund waren es 44 Prozent.

Kriminalität: Auch neue Zahlen über Kriminalität bei Ausländern gibt es in dem Bericht - sie sind allerdings den Autoren zufolge wenig aussagekräftig. So stieg 2010 der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen im Vergleich zum Vorjahr von 21,1 Prozent auf 21,9 Prozent. Die Zahl der nichtdeutschen Verurteilten stieg 2010 minimal von 169.315 auf 169.667. Daraus zu schließen, dass in Deutschland lebende Ausländer deutlich häufiger kriminell würden, sei aber unzulässig, heißt es in dem Bericht - denn es würden auch Durchreisende, Touristen, Grenzpendler und Illegale in der Kriminalstatistik erfasst. Außerdem heißt es in dem Bericht: Ausländern seien "im Vergleich zur deutschen Wohnbevölkerung deutlich jünger und der Anteil von Frauen ist geringer. Sie leben vermehrt in Großstädten, gehören eher unteren Einkommensschichten an, das Bildungsniveau ist insgesamt deutlich niedriger, die Arbeitslosigkeit hingegen höher. Diese Faktoren begünstigen eher kriminelles Verhalten."

Load-Date: June 27, 2012

End of Document

Der lähmende Schmerz breitet sich in Wellen aus

SPIEGEL ONLINE

10. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: GESUNDHEIT / DIAGNOSE & THERAPIE

Length: 696 words

Highlight: Schuld an der Migräne scheinen fehlgesteuerte Kanäle auf den Nervenzellen zu sein. Ein ähnlicher Mechanismus sorgt vermutlich dafür, dass Betroffene die Attacke Stunden vor dem Kopfschmerz ahnen. Offenbar verarbeitet das Gehirn der Patienten äußere Reize nicht korrekt.

Body

Es beginnt mit Blitzen in den Augen. Oder mit Heißhunger. Manchmal mit starker Unruhe: Bei jedem zehnten Patienten kündigt sich eine Migräneattacke mit einer sogenannten Aura an, die Stunden vor dem Anfall auftritt. Dann wissen die Betroffenen, dass bald starke Kopfschmerzen folgen werden, meist einseitig, meist pulsierend, begleitet von einer starken Überempfindlichkeit gegenüber Licht und Lärm. Vier bis maximal 72 Stunden wird die Migräneattacke das Leben der Patienten von da an im Griff haben.

Seit Jahrzehnten versuchen Wissenschaftler, die Entstehung der Migräneaura ebenso wie der Kopfschmerzattacken zu verstehen. Bei der Aura, so wissen Mediziner heute, werden die Nervenzellen der Hirnrinde wellenartig vom Hinterkopf bis hin zur Stirn erregt, mit einer Geschwindigkeit von drei bis fünf Millimetern pro Sekunde.

Zunächst erfasst die Welle vor allem den visuellen Bereich der Hirnrinde, deshalb sehen 90 Prozent der Patienten mit Aura plötzlich Blitze oder Funken, gezackte Linien oder milchige Schleier. Auf die Erregung der Nervenzellen folgt eine Hemmung für zehn bis zwanzig Minuten. "Dann leiden die Patienten an Sehstörungen, Sprachstörungen oder Lähmungen", sagt Hans-Christoph Diener, Leiter der Klinik für Neurologie des Uni-Klinikums Essen.

Die Störung ist lokalisiert

Inzwischen sind sich die Forscher weitgehend einig, dass eine genetisch bedingte Störung der Ionenkanäle an der Oberfläche von Nervenzellen die Aura wie auch den Migränekopfschmerz bedingt. Diese Kanäle vermitteln die Signalübertragung zwischen den Nervenzellen. Sie sind bei Migränepatienten undicht, haben erste Studien gezeigt. Dadurch bewirken sie, dass sich mit der Zeit immer wieder spontane Erregungswellen in der Hirnrinde bilden.

Früher vermuteten Wissenschaftler, dass eine Erweiterung der Blutgefäße im Gehirn den pulsierenden Kopfschmerz der Migräneattacken auslöst. Überempfindliche Schmerzrezeptoren in den Blutgefäßwänden würden durch die Ausweitung gereizt, so die alte Hypothese. Und die Patienten erhielten Medikamente wie die Mutterkornalkaloide oder Triptane vor allem wegen ihrer gefäßverengenden Wirkung.

Der lähmende Schmerz breitet sich in Wellen aus

Eine aktuelle Studie im Fachmagazin "Lancet Neurology" bestärkt jedoch die Auffassung, dass die Gefäßerweiterung für die Migränekopfschmerzen nicht entscheidend sein kann. Eine dänische Forschergruppe um den Neurologen Messoud Ashina des Dänischen Kopfschmerz-Zentrums in Glostrup hatte die Blutgefäße des Kopfes bei Frauen während einer Migräneattacke und in migränefreien Intervallen untersucht. Mit Hilfe eines speziellen Kernspintomogramms konnten sie beobachten, dass die Blutgefäße des Gehirns und der Hirnhaut während einer Attacke auf der Seite des Kopfschmerzes nur minimal erweitert waren, andere Blutgefäße des Kopfes überhaupt nicht. "Die Gefäßerweiterung ist wohl eher eine Folge des Kopfschmerzes als die Ursache", schreiben die Autoren der Studie.

Migränepatienten sind reizempfindlicher

Auch eine Entzündung gilt seit Jahren als möglicher Auslöser der Pein im Kopf. Botenstoffe des Immunsystems würden bei einer Migräneattacke freigesetzt, die Blutgefäße des Gehirns durchlässig machen und Entzündungszellen im Gehirn aktivieren. Dass diese Entzündung tatsächlich die Kopfschmerzen bedingt, konnte bislang jedoch nicht gezeigt werden.

Wirkstoffe, die gezielt die Folgen der Entzündung im Gehirn bekämpfen sollten, zum Beispiel in den Wänden der Blutgefäße des Gehirns oder der Hirnhaut, scheiterten bislang in klinischen Studien. "Womöglich gibt es diese Entzündung gar nicht", sagt Diener.

Doch Mediziner haben neuerdings beobachtet, dass das Gehirn der Migränepatienten nicht nur überaktiv ist. Es kann sich auch an kontinuierliche Reize nur schwer gewöhnen. So nehmen gesunde Menschen zum Beispiel das Flackerlicht einer Diskothek nach kurzer Zeit kaum mehr wahr; die Situation wird für sie immer erträglicher. Bei Migräne-Patienten dagegen geschieht das Gegenteil: Sie empfinden das unruhige Flackern als quälend, und ihr Leiden nimmt mit der Zeit weiter zu.

Was diese fehlende Gewöhnung bedingt, müssen die Wissenschaftler allerdings noch herausfinden.

Astrid Viciano

Load-Date: July 23, 2013

Einwanderer verdienen deutlich weniger

Spiegel Online

9. Januar 2013 Mittwoch 1:51 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: LOHNLÜCKE IN DEUTSCHLAND

Length: 334 words

Highlight: Migranten erwartet in Deutschland laut einer neuen Studie eine erhebliche Lohnlücke - die jedoch vom Herkunftsland abhängt. Während Türken und Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawen nur langsam aufholen, werden Österreicher oder Amerikaner sogar besser bezahlt als Einheimische.;

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/migranten-verdienen-laut-studie-weniger-als-deutsche-a-876579.html>

Body

Nürnberg - Durch die Euro-Krise ist der deutsche Arbeitsmarkt attraktiver geworden, vor allem Südeuropäer erhoffen sich hier bessere Perspektiven als in ihren Heimatländern. Doch auf die gleiche Bezahlung wie Deutsche können viele Einwanderer nicht hoffen. Das zeigt eine neue Untersuchung des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Demnach verdienen Migranten bei ihrem Eintritt in den deutschen Arbeitsmarkt zunächst oft deutlich weniger als ihre deutschen Kollegen. Ihr Durchschnittslohn betrage nur etwa 64 Prozent des deutschen Niveaus, acht Jahre später habe es sich dann im Schnitt auf 72 Prozent erhöht.

Die in der Studie errechnete Lohndifferenz wird allerdings zum Teil damit erklärt, dass die deutsche Vergleichsgruppe besser qualifiziert und sechs Jahre älter war. Ein weiterer Grund ist laut IAB, dass die Qualifikationen ausländischer Arbeitnehmer häufig nicht zu den deutschen Anforderungen passten. Hinzu komme, dass sich Migranten wegen ihrer zunächst schlechten Deutschkenntnisse auf Stellen mit niedrigeren Anforderungen bewerben. Außerdem sei es für Arbeitgeber schwierig, die Eignung ausländischer Bewerber richtig zu beurteilen.

Im Laufe der Jahre haben die Migranten dann laut IAB die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten durch Weiterbildung im Beruf zu erweitern und an deutsche Anforderungsprofile anzupassen. Außerdem verbesserten sich ihre Deutschkenntnisse, so dass sie auf besser bezahlte Stellen wechseln könnten.

Zu den Lohnanpassungen stellten die Forscher fest, dass Migranten aus Ungarn oder Tschechien schon zum Zeitpunkt des Eintritts in den deutschen Arbeitsmarkt relativ gut bezahlt würden und in den Folgejahren noch besser verdienten als zum Beispiel Türken oder Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Die Bezahlung von Mitarbeitern aus Österreich, den Niederlanden, Großbritannien und den USA liege häufig schon bei deren Markteintritt über den deutschen Durchschnittslöhnen, weil sie als gesuchte Spezialisten nach Deutschland gekommen seien.

Einwanderer verdienen deutlich weniger

dab/dapd

Load-Date: January 9, 2013

End of Document

Träum ich oder wach ich?

Spiegel Online

21. Juli 2012 Samstag 9:08 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: EIN RÄTSELHAFTER PATIENT

Length: 791 words

Byline: Dennis Ballwieser

Highlight: Ein 47-jähriger Mann wird sprachlos und gelähmt ins Krankenhaus eingeliefert. Die Ursache ist den Ärzten ein Rätsel. Sein Zustand bessert sich, am nächsten Tag ist alles wieder wie zuvor. Des Rätsels Lösung findet sich im Kopf des Patienten.; <http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/sprachlos-und-gelaehmt-patient-mit-ungewoehnlicher-migraene-a-845395.html>

Body

Mittags bringt der Rettungsdienst den Patienten in die Notaufnahme des West Cumberland Hospital im britischen Whitehaven. Der Mann liegt gelähmt auf der Trage, er bewegt die Augen, kann nicken und kann etwas mit Fingern und Zehen wackeln, mehr geht nicht. Er spricht nicht mit den Ärzten. Kurz zuvor hat seine Ehefrau ihn im Schlafzimmer gefunden, den Blick starr an die Decke gerichtet, da reagierte er gar nicht auf sie.

Die Ärzte schieben ihren Patienten in den Computertomografen, doch sie sehen nichts Ungewöhnliches. In den nächsten Stunden gehen Lähmung und Sprachschwierigkeiten des Mannes langsam zurück. Er berichtet den Ärzten, er sei die ganze Zeit bei Bewusstsein gewesen. Allerdings habe sich alles angefühlt wie in einem Traum, er konnte nicht unterscheiden, ob seine Erlebnisse real waren oder nicht. Jetzt fühlten sich seine Gelenke steif an, die Muskeln seien schwach, er habe Kopfschmerzen und sehe verschwommen.

Die Ärzte um Kin Tong Chung untersuchen den Mann von Kopf bis Fuß, wie Chung im Fachmagazin "BMJ Case Reports" schildert. Sie kontrollieren die Hirnnerven, jene Nerven, die direkt aus dem Gehirn kommend grundlegende Körperfunktionen steuern. Der Patient riecht und schmeckt normal, kann seine Augen bewegen und die Pupillen reagieren wie erwartet auf Licht, sein Gesicht fühlt sich normal an, er verspürt keine Taubheit, kann normal hören, schlucken, husten und die Zunge bewegen. Seine Muskeln zittern nicht, sind entspannt und als er Arme und Beine bewegen soll, kann er einen Widerstand überwinden. Seine Reflexe funktionieren normal, er hat auch seine Sprache wiedererlangt und kann berichten, was er in den Stunden zuvor gespürt hat.

Schmerzendes Tageslicht

Vieles von dem, was an diesem Tag mit ihm geschehen ist, kennt der Patient bereits, allerdings haben ihn die Symptome seiner Krankheit noch nie mit dieser Wucht getroffen. Morgens um sieben, als er aufstand, spürte der Mann einen pulsierenden Schmerz am linken Hinterkopf. Das Tageslicht schmerzte ihn, er sah bereits verschwommen, ihm war übel und er konnte sich kaum auf den Beinen halten. Er nahm einige Medikamente ein,

Träum ich oder wach ich?

die er für solche Fälle zu Hause hat, und legte sich wieder ins Bett. Gegen zehn am Morgen wachte er erneut auf. Der Kopfschmerz war stärker als zuvor, zog sich bis an die Stirn. Doch es kam noch schlimmer: Sein Körper gehorchte ihm nicht mehr, er konnte sich nicht bewegen und konnte auch nicht sprechen. In diesem Zustand fand ihn schließlich seine Frau und rief den Rettungsdienst.

Kopfschmerzen im linken Hinterkopf, pulsierende Schmerzen bis an die Stirn, eine undeutliche Sprache und selbst das Gefühl von Muskelschwäche sind Symptome der Migräne, unter der der Mann seit einer Kopfverletzung 17 Jahre zuvor leidet. Noch häufiger beginnen die Schmerzen hinter der Stirn, im linken Auge, mit einem klopfenden Schmerz, der Mann nimmt seine Umgebung dann nur noch verschwommen wahr und vermeidet es ganz, die Augen zu öffnen, weil das Licht die Symptome noch verstärkt. Noch nie allerdings war seine Migräne so ausgeprägt wie in diesem Fall.

Die Ärzte bleiben misstrauisch

Doch die Ärzte sind misstrauisch. Das, was mit dem Patienten heute passiert war, ist keine normale Migräne. Zwar passen viele der Symptome zu einem Migräneanfall, doch sie haben noch nie einen Migränapatienten gesehen, der komplett gelähmt und unfähig zu sprechen war. Sie ziehen Kernspinaufnahmen des Patienten zu Rate, die wenige Monate alt sind. Eigentlich würden sie auch an diesem Tag gerne eine Magnetresonanztomografie des Kopfes machen, doch in ihrem Krankenhaus ist kein Gerät verfügbar. In den früheren Aufnahmen fallen ihnen Hinweise auf Durchblutungsstörungen im Gehirn auf, sonst nichts.

Nachdem die Mediziner keine Hinweise auf einen Schlaganfall oder einen Gehirntumor finden, und der Patient am Tag nach der Lähmung keine Beschwerden mehr hat, gehen die Ärzte von einer äußerst ungewöhnlichen Migräneattacke aus. Sie schreiben in ihrem Fallbericht, es habe noch nie eine Schilderung von einer kompletten Lähmung durch eine Migräne gegeben. Den Vorfall erklären sie sich so: Beim Migräneanfall könnten die Gefäße im Gehirn sich so sehr geweitet haben, dass die übermäßige Durchblutung beider Hirnhälften die Lähmung und die Sprachschwierigkeiten des Patienten auslöste.

Für möglich halten die Mediziner noch einen weiteren Mechanismus. Die chronische Migräne mit ihren regelmäßigen Anfällen belastet den Patienten sowohl körperlich als auch geistig. Von psychiatrischen Patienten kennen Ärzte dissoziative Bewegungsstörungen: Die Patienten können nicht mehr sprechen, sich nicht mehr richtig bewegen oder alleine stehen. Chung will nicht ausschließen, dass sein Patient als Folge der schweren Migräne unter einer dissoziativen Bewegungsstörung litt.

Load-Date: July 21, 2012

Immer mehr Migrantenkinder brauchen Sprachförderung

Spiegel Online

13. Mai 2013 Montag 8:33 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: INTEGRATION

Length: 222 words

Highlight: Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, sieht ein wachsendes Deutsch-Defizit bei Kindern mit Migrationshintergrund. Neue Untersuchungen belegen den Mangel. In manchen Ländern brauche fast jedes zweite Kind gezielte Sprachförderung, monierte sie in der "Bild"-Zeitung.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/boehmer-warnt-vor-deutsch-defizit-bei-migranten-kindern-a-899400.html>

Body

Berlin - Immer mehr Migrantenkinder brauchen nach einem Bericht der "Bild"-Zeitung zusätzliche Sprachförderung, weil ihre Deutschkenntnisse für den Schulunterricht nicht ausreichen. Das belegten neue Zahlen von Bund und Ländern zu den Sprachkenntnissen von Schülern mit Migrationshintergrund, schreibt die Zeitung. Die Ursache liege darin, dass in vielen Zuwandererfamilien zu Hause kaum oder gar kein Deutsch gesprochen werde.

Maria Böhmer, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, sagte dem Blatt: "In einzelnen Ländern braucht fast jedes zweite Kind gezielte Sprachförderung. Das ist eine gewaltige Aufgabe. Sie muss überall oberste Priorität haben." Böhmer mahnte, gute Deutschkenntnisse seien die Voraussetzung für "eine gelingende Integration und die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg". Wer kein Deutsch spreche, sei nur "Zaungast in unserem Land". Jedes Kind sollte mit Eintritt in die Schule so gut deutsch sprechen, dass es dem Unterricht folgen kann. "Umso wichtiger ist die Sprachförderung von Anfang an."

Die Zeitung nennt als Beispiel Hamburg, wo laut Statistikamt Nord 23 Prozent der Grundschüler zu Hause kaum deutsch sprechen. In Bayern sei für knapp 15 Prozent der Grundschüler die "Verkehrssprache" in der Familie nicht Deutsch, in Nordrhein-Westfalen treffe das auf 18 Prozent der Grundschüler zu.

ler/dpa/AFP

Load-Date: May 15, 2013

Für Deutschland kämpfen

Spiegel Online

23. Oktober 2012 Dienstag 6:40 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: ENGAGIERTE MIGRANTEN

Length: 1144 words

Byline: Anna Reimann

Highlight: Unter deutschen Migranten spielt sich eine leise Revolution ab. Immer stärker bestimmen sie in den Großstädten die Zivilgesellschaft, kämpfen für bessere Schulen, für mehr Gleichberechtigung - und gegen Gewalt und Islamisten.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/engagement-von-migranten-in-zivilgesellschaft-waechst-a-860225.html>

Body

Berlin - Es war ein abscheulicher Mord. Auf dem Dach eines Hochhauses in Berlin-Kreuzberg schlug im Juni dieses Jahres ein aus der Türkei stammender Mann seiner Frau den Kopf ab und warf ihn in den Hinterhof. Die sechs Kinder des Paares haben den grässlichen Streit vermutlich mitbekommen, sie leben jetzt im Heim.

Am Tag nach der Tat waren Männer am Tatort, sie trugen T-Shirts, auf denen stand: "Männer gegen Gewalt". Die Männer kommen aus der ersten türkischen Vätergruppe in Deutschland, die der Psychologe Kazim Erdogan vor sechs Jahren in Berlin-Neukölln gegründet hat. Erdogan hat mit seiner Initiative große Bekanntheit erlangt, aber er baut noch an etwas Größerem. Ihm geht es nicht darum, nur den Kümmerer für die türkische Community zu spielen, er will sich für die ganze deutsche Gesellschaft engagieren. Erdogan tritt ein für Bildung, sein Neuköllner Projekt "Woche der Sprache und des Lesens" gibt es nun berlinweit, er kämpft mit seiner Gruppe gegen Spielsucht.

Erdogan ist ein Beispiel dafür, dass deutsche Migranten sich ihre Rolle nicht mehr aufdrängen lassen, sondern sie selbst bestimmen. Sie fühlen sich nicht ausreichend vertreten von den großen Organisationen, der Türkischen Gemeinde etwa, den religiösen Verbänden. Nach jedem sogenannten Ehrenmord gibt es die Erwartung, dass sich muslimische und/oder türkische Vertreter von der Tat distanzieren. Aber immer mehr Einwanderer wollen Stellung nehmen, nicht nur wenn man es von ihnen verlangt, nicht nur zu Themen, die für Migranten vermeintlich besonders wichtig sind. Es ist eine neue selbstbewusste Definition von zivilgesellschaftlichem Engagement - oft auf lokaler Ebene.

Kritik am Buschkowsky-Buch

Als in Neuss kürzlich eine Mitarbeiterin des Jobcenters erstochen wurde, verschickte Erdogan im Namen seines Vereins "Aufbruch Neukölln" eine Pressemitteilung, in der er die Tat verurteilte. Als ihn Journalisten fragten, ob er die Nachricht auch versandt hätte, wenn der Täter keinen Migrationshintergrund gehabt hätte, sagte Erdogan: Natürlich hätte er das, immer wenn Gewalt geschehe, wende er sich dagegen.

Für Deutschland kämpfen

Das Buch des Neuköllner Bürgermeisters Heinz Buschkowsky "Neukölln ist überall" erregt in diesen Wochen die Gemüter - die einen finden, dass Buschkowsky Recht hat, dass die Wahrheit gesagt werden müsse über die großen Probleme, die unter vielen sozial schwachen Migranten herrschen, dass beschönigen nichts bringe. Die anderen - und darunter sind viele, die selbst einen Einwandererhintergrund haben - finden, dass Buschkowsky sich mit Thilo Sarrazin gemein mache, dass er mit platten Thesen Menschen und den Stadtteil diffamiere. Die Wissenschaftlerin Naika Foroutan schreibt im Spiegel, Buschkowskys Buch sei rassistisch, auch wenn der SPD-Mann das vielleicht gar nicht beabsichtigt habe.

Wie auch immer man seine Diagnose über Buschkowsky fällt - dass es Probleme unter armen Migranten gibt, ist unbestritten. Aber es gibt eine andere Seite, immer mehr Migranten wollen sich einmischen und Stellung beziehen: für die Demokratie in Deutschland. In den politischen Parteien sind einige Migranten längst nach ganz oben aufgestiegen. Das Wirken von Leuten wie Erdogan spielt sich von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ab.

"Wir sind schon lange nicht mehr die Putzfrauen der Nation"

Die drei "Zeit"-Journalistinnen Alice Bota, Özlem Topçu und Khuê Pham haben in ihrem Buch "Die neuen Deutschen" eine neue Haltung beschrieben. "Unsere Eltern sind hier eingewandert, wir sind hier aufgewachsen - deshalb fühlen wir uns dem Land zugehöriger als sie. Wir fordern und erwarten mehr." Fordern und selbst etwas anbieten - darum geht es vielen deutschen Migranten. "Die kleinen Vereine haben jahrelang darauf gewartet, dass die religiösen und säkularen Dachverbände etwas auf die Beine stellen - passiert ist wenig. Deshalb machen sich jetzt die Menschen selbst auf den Weg", sagt Kazim Erdogan.

Viele von ihnen sind Frauen, wie die Frankfurter Headhunterin Sunay Capkan. Als im Frühjahr Salafisten in den Fußgängerzonen deutscher Großstädte Korane verteilten, wuchs bei Capkan und den anderen Frauen der "Frankfurter Initiative progressiver Frauen" (fralNfra), einem Netzwerk säkularer Migrantinnen, die Wut - auch über die große Aufmerksamkeit, die die Islamisten bekamen. Nachdem kurz darauf Christen Bibeln verteilten, starteten Capkan und ihre Mitstreiterinnen Zeliha Dikmen und Gönül Halat-Mec eine Gegenaktion - statt religiösen Büchern brachten sie das Grundgesetz unter die Leute. In Frankfurt, Köln und Berlin wurden sie innerhalb weniger Wochen insgesamt 4500 deutsche Verfassungen los. "Wir finden, das Grundgesetz ist das einzige Buch, das für uns alle gilt", sagt Capkan. Migranten würden oft auf ihre Religion reduziert, aber "uns verbindet nicht die Religion, sondern die Überzeugung, dass Religion ins Private gehört", sagt die 45 Jahre alte Mutter zweier Töchter. "Wir wollten mit der Grundgesetzaktion die gesamte Gesellschaft aufrütteln", sagt Halat-Mec.

Gegründet haben die Frankfurterinnen das Netzwerk vor drei Jahren. "Wir haben uns als Migrantinnen immer in eine Schiene geschoben gefühlt. Wir sind integriert, aber wir haben auch Sorgen und Ansprüche und wollten eine wahrnehmbare Stimme werden." Rund 170 Migrantinnen aus unterschiedlichen Ländern haben sich der Initiative angeschlossen, sie haben auch weitere Ziele: Karriere und Familie müssen besser vereinbar werden, das Bildungswesen müsse den gesellschaftlichen Anforderungen angepasst werden. "Wir kämpfen für alle Frauen in Deutschland", sagt Capkan.

Direkt dort vor Buschkowskys Amtssitz, dem Rathaus von Berlin-Neukölln, trafen sich im Juni Dutzende Frauen zu einer Kundgebung. Sie machten sich Sorgen um ihre Kinder, die steigende Gewalt im Viertel hatte sie zutiefst verstört. Mehrere Jugendliche waren in den Monaten zuvor getötet worden, an der Bushaltestelle, nach einem Fußballspiel. Organisiert hat die Demonstration der "Treff- und Informationsort türkischer Frauen" (Tio). Ihr Slogan lautete: "Wir wollen weder Opfer noch Täter sein." Die zunehmende Gewalt auf den Straßen Berlins lasse sie - Frauen mit und ohne Migrationshintergrund - nicht gleichgültig, hieß es in der Pressemitteilung zu der Kundgebung. Und: "Wir als Teil der deutschen Gesellschaft tragen für alles, was in unserer Stadt passiert, Mitverantwortung." Die Frauen forderten bessere Schulen, mehr Streetworker.

"Ich bin hier aufgewachsen, habe hier studiert. Ich habe den Anspruch, mich in gesellschaftliche Prozesse einzumischen und sie mitzugestalten", sagt Nesrin Tekin von Tio. Das sei nicht immer einfach. Sie erlebe auch, dass die Forderung, Migranten müssten sich einbringen, nicht wirklich ernst gemeint sei. Manchmal sei Engagement, wenn es auch mit Ansprüchen verbunden sei, gar nicht erwünscht. Viele Migrantinnen wollten aber ein Zeichen setzen: "Wir sind schon lange nicht mehr die Putzfrauen der Nation", sagt Tekin.

Für Deutschland kämpfen

Load-Date: October 23, 2012

End of Document

[Gekommen, um zu gründen;
http://www.spiegel.de/karriere/berufsstart/migranten-als-
unternehmensgruender-in-deutschland-a-939427.html](http://www.spiegel.de/karriere/berufsstart/migranten-als-unternehmensgruender-in-deutschland-a-939427.html)

SPIEGEL ONLINE

21. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: KARRIERESPIEGEL / BERUFSSTART

Length: 687 words

Highlight: Ein fremdes, bürokratisches Land - und trotzdem gründen viele Einwanderer in Deutschland ein eigenes Unternehmen. Warum tun sie sich das an? Dieser Frage geht eine Studie nach. Und erklärt, warum diese Jungunternehmer oft schon sehr deutsch wirken.

Body

Migranten sind eifrige Unternehmensgründer. Obwohl sie in einem anderen Land geboren sind und vieles erst lernen müssen, was in der Fremde selbstverständlich ist, machen sie ebenso häufig wie die Einheimischen eine eigene Firma auf. Mit der Bedeutung der Unternehmeraktivität von Einwanderern haben sich nun Forscher des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) beschäftigt.

Demnach ist der Gründeranteil an der Bevölkerungsgruppe bei Migranten und Nicht-Migranten ungefähr gleich groß: Er liegt bei 5,3 Prozent aller 18- bis 64-Jährigen, die 2012 oder in den dreieinhalb Jahren davor ein Unternehmen gegründet haben. Dabei wurden alle Menschen als Migranten gezählt, die in einem anderen Land geboren sind, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft.

Die Forscher unterscheiden zwischen Einwanderern aus den westlichen und nördlichen Nachbarstaaten Deutschlands, die sogar häufiger gründen als Einheimische, und solchen aus dem Süden und Osten Europas, die etwa auf dem gleichen Niveau liegen.

Viele Einwanderer wagen den Schritt ins eigene Geschäft aus naheliegenden Gründen. Ihnen fällt es häufig schwer, eine Festanstellung zu bekommen, oft weil mögliche Arbeitgeber ihre Qualifikationen nicht kennen. Das ist praktisch in den meisten Ländern so, nicht nur in Deutschland. Wenn sie dann eine Anstellung bekommen, liegt ihr Lohn im Schnitt meist niedriger als der ihrer einheimischen Kollegen. Daher lohnt sich eine Gründung für Einwanderer ganz besonders. Das gilt nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten Ländern. Im Internationalen Zusammenschluss Global Entrepreneurship Monitor untersuchen die IAB-Leute auch Gründungsaktivitäten im Ländervergleich.

Weitere Gründe für Gründungen: Viele Migranten kommen mit der Absicht, ein Unternehmen zu gründen. Ein wichtiger Faktor sind auch Vorbilder: Wenn schon die Eltern einen eigenen Laden eröffnet haben, und sei es im Ursprungsland der Familie, ist die Bereitschaft der Kinder besonders groß, es ihnen nachzumachen.

Gekommen, um zu gründen <http://www.spiegel.de/karriere/berufsstart/migranten-als-unternehmensgruender-in-deutschland-a-939427.html>

Beim Risiko ziemlich deutsch

Wer beschließt, in der Fremde eine Existenz aufzubauen, bringt viele Eigenschaften mit, die für eine Unternehmensgründung förderlich sind, Durchsetzungsvermögen zum Beispiel oder Risikobereitschaft. Allerdings gehen Einwanderer bei ihren Firmengründungen keine größeren Risiken ein als die Einheimischen, so die Studie.

In diesem Punkt passen sich die Migranten in Deutschland ihrem neuen Heimatland an. Deutsche Gründer sind ein bisschen weniger risikofreudig als die Einheimischen in anderen Ländern, das gleiche gilt für die jeweiligen Einwanderer. Ebenfalls vergleichbar ist der Frauenanteil: Auch unter den Migranten gründen Frauen seltener.

Die Rahmenbedingungen sind für Migranten, die nicht aus dem europäischen Wirtschaftsraum (EWR) kommen, oft schwierig. Während für Menschen aus EU-Ländern, aus Island, Norwegen, Liechtenstein und der Schweiz eine Unternehmensgründung rechtlich problemlos möglich ist, brauchen alle anderen eine Aufenthaltserlaubnis und unterliegen Beschränkungen der Gewerbefreiheit. Das bedeutet meist: Sie müssen nachweisen, welcher deutschen Berufsausbildung ihr Kenntnisstand entspricht. Ein Weg zur Aufenthaltserlaubnis ist eine Mindestinvestition in die neue Firma, was für viele aber zu teuer ist.

Für die Studie zog das IAB Umfragedaten aus knapp 15.000 Interviews heran, am internationalen Vergleich des GEM nehmen inzwischen 69 Länder teil, insgesamt wurden 199.000 Menschen befragt.

Mit der Arbeit ausländischer Gründer haben sich bereits andere Studien befasst. Laut der KfW-Bankengruppe hat jeder fünfte Firmengründer in Deutschland einen Migrationshintergrund. Dass auf Einwanderer mehr Gründungen zurückgehen als auf Einheimische stimmt laut IAB inzwischen aber nicht mehr. Die KfW-Untersuchung ist knapp zwei Jahre alt.

Übereinstimmend plädieren Experten für bessere Bedingungen, gerade für ausländische Gründer mit hoher Qualifikation. Die eingewanderten Gründer schaffen nämlich Arbeitsplätze in Deutschland. Nicht nur für andere Einwanderer, sondern auch für Einheimische.

mamk

Load-Date: December 26, 2013

Bahn lässt Asylbewerber keine Koffer mehr tragen

SPIEGEL ONLINE

24. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 414 words

Highlight: Die Bahn beendet das umstrittene **Flüchtlingsprojekt** am Bahnhof von Schwäbisch Gmünd. Dort helfen seit dieser Woche **Asylbewerber** den Reisenden beim Koffertragen - für 1,05 Euro die Stunde. Ab Donnerstag übernehmen Bahn-Mitarbeiter den Job. In der Stadt herrscht Unverständnis.

Body

Schwäbisch Gmünd - Es war ein ungewöhnliches Projekt, das sich Stadt und Bahn in Schwäbisch Gmünd ausgedacht hatten: Während der Umbauarbeiten am Bahnhof sollten **Asylbewerber** den Bahnreisenden beim Koffertragen helfen. Dafür sollten die **Flüchtlinge**, die sich freiwillig zur Arbeit gemeldet hatten, jedoch nur 1,05 Euro pro Stunde erhalten. Mehr lässt das **Asylbewerberleistungsgesetz** nicht zu.

Am Mittwoch hat die Bahn das Projekt beendet. "Die konkreten Beschäftigungsbedingungen sind der Deutschen Bahn erst jetzt bekannt geworden", teilte das Unternehmen in Stuttgart mit. Arbeitsverhältnisse zu diesen Konditionen könne die Bahn nicht unterstützen. Dieter Maier, Leiter des Bahnhofsmanagements, war bei der Vorstellung des Projekts am Montag zwar anwesend, von den Umständen, unter denen die Flüchtlinge arbeiten, hat er jedoch offenbar nichts mitbekommen. Ab Donnerstag werde die Bahn eigene Mitarbeiter einsetzen, die nach Tarif bezahlt werden, sagte ein Unternehmenssprecher.

In der Stadt Schwäbisch Gmünd herrscht Unverständnis über die Entscheidung der Bahn. "Wir sind nicht glücklich über die Entscheidung und hätten das Projekt gern fortgeführt", sagte Stadtsprecher Markus Herrmann. Die Asylbewerber seien sehr enttäuscht gewesen, als sie vom Aus erfuhren.

Asylbewerber bekommen 346 Euro pro Monat

Ähnlich äußerte sich Bernd Sattler vom Arbeitskreis Asyl. Für die Flüchtlinge sei der Job am Bahnhof eine Gelegenheit gewesen, der großen Langeweile in der Gemeinschaftsunterkunft zu entfliehen. Kritik an dem Projekt könne allenfalls auf einem Missverständnis beruhen, sagte Sattler. "Wir müssen pragmatische Lösungen finden, um die Asylbewerber zu integrieren. Projekte wie das Koffertragen am Bahnhof ermöglichen ihnen soziale Kontakte. Anders können wir das gar nicht leisten."

Er verwies darauf, dass Flüchtlinge in Schwäbisch Gmünd bereits in der Behindertenhilfe und in Altenpflegeeinrichtungen tätig seien. "Die Asylbewerber fühlen sich dadurch enorm aufgewertet und werden als gleichberechtigte Kollegen wahrgenommen." Außerdem habe die Beschäftigung bereits mehreren Asylbewerbern geholfen, deren Aufenthaltserlaubnis im Zuge einer Härtefallentscheidung verlängert wurde.

Bahn lässt Asylbewerber keine Koffer mehr tragen

Natürlich sei die Bezahlung von 1,05 Euro generell ungenügend, sagte Sattler. Nur müssten dafür die Bundesgesetze erhöht werden. Gegenwärtig bekommen Asylbewerber pro Monat 346 Euro ausbezahlt. Maximal 100 Euro dürfen sie ohne Abzüge hinzuverdienen.

syd

Load-Date: August 12, 2013

End of Document

Ärzte warnen vor Gefahr durch Migränemittel

SPIEGEL ONLINE

13. September 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: GESUNDHEIT / DIAGNOSE & THERAPIE

Length: 777 words

Byline: Irene Habich

Highlight: Triptane gelten als Wundermittel bei Migräne. Immer mehr Pharmafirmen versuchen, diese Wirkstoffe rezeptfrei auf den Markt zu bringen. Doch Ärzte warnen: Für Patienten wird die Therapie teurer und ohne ärztliche Überwachung auch schnell gefährlich.

Body

Unerträgliche Schmerzen, häufig gepaart mit Übelkeit und Lichtempfindlichkeit: Millionen Deutsche leiden unter Migräne. Für die Betroffenen sind wirkungsvolle Medikamente gegen die quälenden und wiederkehrenden Kopfschmerzattacken oft ein Segen.

Dazu zählen Triptane, eine Gruppe von Wirkstoffen, die die Behandlung von akuten Anfällen revolutioniert haben. Sieben solcher Wirkstoffe gibt es. Zwar sind sie oft wirkungsvoll, aber nicht immer unbedenklich. Seit 2006 wurden bereits zwei Triptane in kleinen Packungsgrößen aus der Verschreibungspflicht entlassen. Zwei weitere sollen voraussichtlich Ende des Jahres für den rezeptfreien Verkauf freigegeben werden.

Hartmut Göbel, Migräne-Experte und Leiter der Schmerzklinik Kiel, kritisiert diese Pläne. Denn: Die gesetzlichen Krankenkassen erstatten Medikamente in der Regel nur dann, wenn sie unter Verschreibungspflicht stehen. "Wenn diese wegfällt, werden die Kosten auf die Patienten abgewälzt", sagt Göbel. Eine Tablette koste zwischen drei und fünf Euro, bei einem Migräneanfall müssen oft mehrere eingenommen werden.

Doch die Kosten seien nur einer der Gründe, die gegen die Rezeptfreiheit sprechen. "Triptane erfordern eine ärztliche Begleitbehandlung", sagt Göbel. Dazu gehöre auch, die Diagnose Migräne zu stellen und Kopfschmerzen anderer Ursache auszuschließen. Denn nur bei Migräne können Triptane helfen. Es sei wichtig, Patienten nicht bloß über die richtige Einnahme dieser Mittel aufzuklären - sondern auch darüber, wie sie Migräneattacken vorbeugen können. Gut eine Stunde Zeit nimmt sich Göbel dafür, wenn Betroffene in die ambulante Sprechstunde der Schmerzklinik kommen: "In der Apotheke ist das so nicht zu leisten", sagt der Experte.

Unvorhersehbare Risiken

Bei falschem Gebrauch schaden Triptane zudem mehr, als sie nutzen. Wer sie an mehr als zehn Tagen im Monat einnimmt, kann die Beschwerden verschlimmern, die er eigentlich lindern will. Mediziner sprechen vom medikamenteninduzierten Kopfschmerz. Für einige Patienten sind Triptane sogar gefährlich, weil sie den Blutdruck erhöhen. Wer unter Herz- oder Gefäßkrankheiten leidet, sollte auf Triptane verzichten, um das Risiko für einen

Ärzte warnen vor Gefahr durch Migränemittel

Infarkt nicht zu steigern. Die Schmerzlinik Kiel bittet Patienten regelmäßig zur Kontrolluntersuchung, um solche Gefahren auszuschließen.

Warum aber werden immer mehr dieser Mittel rezeptfrei verkauft? Am Anfang steht in der Regel ein Antrag der Pharmahersteller beim Sachverständigenausschuss für Verschreibungspflicht, angesiedelt am Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM). Im Fall des Migränemittels Sumatriptan sprachen Vertreter der Hersteller bereits 2009 in dem Ausschuss vor. Im Protokoll werden sie anonym als externe Sachverständige geführt, eine Präsentation der Firma Betapharm ist dort einsehbar.

Argumentiert wurde mit Herstellerstudien: Demnach würden nur solche Patienten in der Apotheke nach Triptanen verlangen, die eine diagnostizierte Migräne hätten. Der Ausschuss sprach sich dafür aus, einige Sumatriptan-Präparate ohne Rezept zu verkaufen. Das Bundesgesundheitsministerium ließ daraufhin einen Entwurf zur Änderung der Verschreibungsverordnung erarbeiten. Wenn der Bundesrat auf einer für November geplanten Sitzung zustimmt, wird die Rezeptpflicht für die Wirkstoffe Sumatriptan und Zolmitriptan teilweise aufgehoben.

Mehr Eigenverantwortung

Ein Mitglied des Sachverständigenausschusses ist Karen Nieber, Direktorin des Instituts für Pharmazie an der Universität Leipzig. Über die Triptan-Freigabe habe man viel diskutiert, sagt sie. Problematisch sei gewesen, dass immer mehr Anträge von Herstellern einliefen, nachdem ein erstes Präparat freigegeben war. "Da hatte ich schon manchmal Bauchschmerzen." Im Fall des Wirkstoffs Rizatriptan sei die Freigabe sogar abgelehnt worden, weil dessen Wechselwirkungen mit anderen Medikamenten besonders gefährlich seien. Die erfolgten Empfehlungen hält sie aber für richtig.

Zwar glaubt auch Nieber nicht, dass jeder Apotheker die Käufer genügend berät. "In der Packungsbeilage wird aber auf die Risiken hingewiesen - auch darauf, dass die Triptane nur nach einer Migränediagnose eingenommen werden sollten", sagt Nieber. "Und ohnehin werden ja nur kleine Packungen ohne Rezept verkauft."

Zwar bleiben große Packungen rezeptpflichtig und werden auch erstattet. Fraglich ist aber, ob Betroffene überhaupt noch zum Arzt gehen, um sich die Medikamente verschreiben zu lassen. Nieber hofft auf die Eigenverantwortlichkeit der Patienten. "Wir sollten ihnen mehr zutrauen. Und wer den Beipackzettel nicht liest, der sollte gar keine Medikamente nehmen."

Load-Date: September 18, 2013

[Migranten fordern ein Integrationsministerium;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/migranten-fordern-einrichtung-
eines-integrationsministeriums-a-932940.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/migranten-fordern-einrichtung-eines-integrationsministeriums-a-932940.html)

SPIEGEL ONLINE

11. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 412 words

Highlight: Das Thema Integration wird zwischen den Ministerien für Inneres, für Arbeit und anderen hin und her gereicht. Mit dem Kompetenzgerangel soll Schluss sein, fordern Migrantenverbände. Sie sprechen sich in einem offenen Brief für die Einrichtung eines Integrationsministeriums aus.

Body

Hamburg - Deutschland sei in Sachen Integration zwar vorangekommen, doch die Bemühungen reichten nicht aus - so hat es die Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in einem offenen Brief formuliert. Deswegen fordern die Verbände von Union und SPD, ein Ministerium für Integration und Zuwanderung einzurichten. Ihren Brief richteten sie an die Parteichefs Angela Merkel (CDU), Horst Seehofer (CSU) und Sigmar Gabriel (SPD).

Was bisher auf Innen- und Arbeitsministerium oder andere Ressorts verteilt ist, soll in einem Haus gebündelt werden, fordern die Migranten. "Ein Ministerium hat eine ganz andere Entscheidungs- und Handlungskompetenz", heißt es in dem Brief. In den meisten Bundesländern gebe es bereits Integrationsministerien - im Bund lediglich die Migrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) im Kanzleramt.

Die Schaffung eines separaten Integrationsministeriums hatten Anfang Oktober bereits 60 Wissenschaftler gefordert. Mit einer Online-Petition machten sie sich für ein Querschnittsministerium stark, das auch die Dimensionen Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur im Blick behalten solle. Die Petition wurde bereits von mehr als 8000 Unterstützern unterschrieben.

Ein Knackpunkt der Koalitionsverhandlungen

Die Arbeitsgemeinschaft forderte zudem eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Das derzeitige Optionsmodell, nach dem sich junge Migranten bis zu ihrem 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen, sei "inakzeptabel und nicht zielführend". "Ein Abkommen, zumindest mit der Türkei, halten wir für dringend angeraten, solange die Optionspflicht nicht abgeschafft wird", schreiben die Verbände. Eine wichtige Verbesserung wären "Einbürgerungen unter Hinnahme der Mehrstaatlichkeit".

Die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft ist einer der Knackpunkte der Koalitionsverhandlungen: Die SPD will Migranten grundsätzlich zwei Pässe gestatten, nicht nur denjenigen aus Europa. Die Union lehnte das bisher

Migranten fordern ein Integrationsministerium <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/migranten-fordern-einrichtung-eines-integrationsministeriums-a-932940.ht...>

kategorisch ab. CSU-Chef Seehofer will der SPD nun entgegenkommen: Nach Informationen des SPIEGEL haben er und Merkel Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) aufgefordert, seine Blockadehaltung aufzugeben. Dieser prüft nun Änderungen am sogenannten Optionszwang. Die Regel betrifft vor allem in Deutschland geborene Türken. Sie müssen sich bisher zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr entscheiden, ob sie die türkische Staatsbürgerschaft abgeben, um Deutsche zu bleiben.

vek/AFP

Load-Date: November 15, 2013

End of Document

Jeder dritte Arbeitslose hat ausländische Wurzeln

SPIEGEL ONLINE

28. Mai 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES; S. 0; Ausg. 0

Length: 263 words

Highlight: Menschen mit Migrationshintergrund haben in Deutschland häufig schlechtere Startbedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Nach einer Umfrage hat jeder dritte Arbeitslose ausländische Wurzeln. Ein Grund für die schlechten Jobaussichten könnte die fehlende Ausbildung vieler Zuwanderer sein.

Body

Nürnberg - Die Bundesagentur für Arbeit (BA) sieht bei der Vermittlung von Arbeitslosen mit ausländischen Wurzeln Nachholbedarf. "Gemessen am Bevölkerungsanteil können Menschen mit Migrationshintergrund häufig nicht hinreichend erfolgreich am Erwerbsleben teilnehmen", teilte die Bundesagentur anlässlich des Integrationsgipfels der Bundesregierung an diesem Dienstag mit. Sie beruft sich dabei auf eine eigene Umfrage unter Arbeitslosen.

Demnach hat gut jeder dritte Arbeitslose in Deutschland ausländische Wurzeln. Unter den Hartz-IV-Empfängern liege ihr Anteil sogar bei 42 Prozent, habe die Umfrage vom Dezember 2012 ergeben. Besonders hoch sei der Anteil arbeitsloser Hartz-IV-Bezieher mit Migrationshintergrund in Hessen (57 Prozent), Hamburg (54,8 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (51 Prozent).

Grund für die Arbeitslosigkeit von Migranten ist nach Vermutung der Bundesagentur häufig eine unzureichende Schul- und Berufsausbildung. Von den Erwerbslosen mit ausländischen Wurzeln haben der Umfrage zufolge 52 Prozent keinen Schulabschluss; bei Erwerbslosen ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil dagegen bei 48 Prozent.

Über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen demnach lediglich 18 Prozent der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund. Zum Vergleich: 82 Prozent der Arbeitslosen ohne ausländische Wurzeln haben laut der Studie einen Berufsabschluss. Den Unterschied führt die Bundesagentur auch darauf zurück, dass in einigen europäischen Ländern formale Berufsausbildungen keine so große Rolle spielten wie in Deutschland.

stk/dpa

Load-Date: June 25, 2013

Guter Gauck, böser Gauck

Spiegel Online

23. Februar 2012 Donnerstag 6:32 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PRÄSIDENTEN-STREIT UNTER MIGRANTEN

Length: 893 words

Byline: Anna Reimann

Highlight: Zahlreiche Migranten haben Vorbehalte gegen Joachim Gauck geäußert, jetzt verteidigen andere den künftigen Präsidenten vehement gegen die Kritik aus den eigenen Reihen. Insbesondere warnen sie vor Hysterie wegen seiner Äußerungen zum Fall Sarrazin.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,816814,00.html>

Body

Berlin - Der Grünen-Politiker Omid Nouripour ist in den achtziger Jahren in Iran großgeworden. Er weiß, was es heißt, nicht frei leben zu können, er weiß, was es heißt, wenn Menschen Angst haben müssen, ihre Meinung zu sagen.

Seit 23 Jahren lebt Nouripour in Deutschland. Er wird am 18. März in der Bundesversammlung für Joachim Gauck stimmen. "Gauck ist gerade für die, die aus dem Ausland kommen und dort Unrecht und Unterdrückung erfahren haben, ein Segen", so Nouripour. Und er wolle keinen Bundespräsidenten, der seine Meinung nachplappere. "Ich stimme in mehreren Sachen nicht mit Gauck überein - aber das ist alles absolut im Rahmen."

Wie Nouripour sehen es auch andere Vertreter von Migrantenverbänden und deutsche Politiker mit ausländischen Wurzeln. Sie distanzieren sich damit von den zahlreichen Stimmen aus der Migrantenszene, die Joachim Gauck in den vergangenen Tagen scharf kritisierten und ihm ihre Unterstützung versagten - weil Gauck Thilo Sarrazin zwar inhaltlich widersprach, dem Ex-Bundesbanker aber Mut attestiert hatte.

Er werde nicht für Gauck stimmen, hatte etwa Mehmet Kilic angekündigt. "Er ist aus meiner Sicht nicht wählbar", sagte Kilic, der für die Grünen im Bundestag sitzt. Aiman Mazyek vom Zentralrat der Muslime erklärte: "Es ist ein Bundespräsident gefordert, der nicht spaltet, sondern versöhnt." Andere sprachen von heftigen Irritationen, die Gauck bei Migranten ausgelöst habe.

Gleichzeitig hatten Migrantenvertreter Christian Wulff, gegen den die Staatsanwaltschaft ermittelt, hoch gelobt. Sie werde noch ihren Enkelkindern von Wulff erzählen, so etwa die junge Deutsch-Türkin Aylin Selcuk, Studentin und Gründerin der "Deukischen Generation", nach dem Rücktritt des Staatsoberhauptes.

Verschwörungstheorien in der türkischen Presse

Guter Gauck, böser Gauck

In der türkischen Presse und in dem Online-Magazin "Migazin" brachen sich sogar Verschwörungstheorien Bahn. In einem "Migazin"-Kommentar heißt es: "Bundespräsident Christian Wulff wurde zurückgetreten - von der vierten Gewalt. Ob seine Rede vom 3. Oktober 2010 ausschlaggebend war, in der er dem Islam bescheinigte, auch zu Deutschland zu gehören, wird niemals aufgeklärt werden."

Wulff war - vor allem muslimischen Migranten - enorm wichtig. Der Islam gehöre auch zu Deutschland, hatte das ehemalige Staatsoberhaupt erklärt und damit ein Signal gesetzt. Noch in seiner Rücktrittsrede sagte Wulff: "Es war mir ein Herzensanliegen, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken. Alle sollen sich zugehörig fühlen, die hier bei uns in Deutschland leben, eine Ausbildung machen, studieren und arbeiten, ganz gleich, welche Wurzeln sie haben."

Wulff deshalb zu überhöhen - und Gauck schon vor Amtsantritt das Vertrauen zu entziehen - davor warnt Ali Ertan Toprak, Vize-Chef der Alevitischen Gemeinde in Deutschland. "Es ist übertrieben, dass jetzt viele Migranten und muslimische Vertreter Gauck wegen seiner angeblichen Sarrazin-Äußerungen für untragbar halten. Er hat eine sehr interessante Vita, ich bin gespannt und überzeugt, dass Gauck zum Zusammenhalt zwischen der Mehrheitsgesellschaft und Migranten beiträgt", sagt Toprak.

Serkan Tören: "Gauck steht für den Gedanken der Freiheit"

Die Autorin Necla Kelek, die Gauck schon 2010 bei seiner Kandidatur unterstützte, sagt: "Es macht mich stutzig, dass offenbar viele Migranten so ticken, dass sie schon zufrieden sind, wenn nur jemand - wie Herr Wulff es getan hat - sagt: 'Der Islam gehört zu Deutschland. Ihr gehört zu uns'. Daraus ist ja nichts weiter gefolgt." Gerade aus dem Rücktritt Wulffs könnten "wir Migranten aus islamischen Ländern" lernen. "Nämlich, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind und der Rechtsstaat in Deutschland funktioniert", so Kelek.

"Gaucks zentrales Thema neben der Freiheit ist die Verantwortung des Einzelnen, und das sollten wir - auch alle mit ausländischen Wurzeln - ernst nehmen", sagt Kelek. "Denn wenn man Verantwortung übernimmt, dann erst ist man wirklich Bürger dieses Landes und nicht mehr Opfer. Vielleicht können wir Migranten durch Gauck endlich lernen, Deutschland zu lieben, denn Liebe bedeutet eine Entscheidung und eben Verantwortung."

Ähnlich sieht es der türkischstämmige FDP-Politiker Serkan Tören: "Gauck steht für den Gedanken der Freiheit, für die Integration von Ost und West und auch für die Integration von Migranten. Ich werde ihn wählen." Im übrigen habe Gauck nicht Sarrazins Thesen übernommen.

"Ich finde, Gauck muss die Chance bekommen zu zeigen, dass ihm nicht nur die deutsch-deutsche Integration wichtig ist. Er kann beweisen, dass er Bundespräsident aller Menschen ist", sagt auch die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD). Grünen-Chef Cem Özdemir attestierte Gauck, er sei jemand, der zusammenführen könne. Gauck sei wahrlich kein Unterstützer der Thesen Sarrazins. "Sonst hätten wir ihn nicht vorgeschlagen", sagte Özdemir in der "Financial Times Deutschland".

Der türkischstämmigen Politikerin Öney gingen bei der Nominierung Gaucks nicht Sarrazin-Äußerungen durch den Kopf, sondern eine ganz andere Frage: "Schon die Tatsache, dass wir jetzt nicht nur eine ostdeutsche und protestantische Kanzlerin, sondern auch einen ostdeutschen, protestantischen Bundespräsidenten bekommen, gefällt einigen nicht. Mir ist das nicht so wichtig, anderen aber schon." Ihr sei aufgefallen: "Wann hatten wir eigentlich zuletzt Spitzenpolitiker jüdischen Glaubens?"

Load-Date: February 23, 2012

Nur vier Prozent der Kandidaten haben Migrationshintergrund

SPIEGEL ONLINE

18. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 363 words

Highlight: Bei der Bundestagswahl im September treten 81 Kandidaten mit Migrationshintergrund an - das entspricht einer Quote von nur vier Prozent. Die meisten Bewerber aus Einwandererfamilien stellen die Grünen, keinen einzigen die CSU. Nur wenige haben Aussicht auf einen Platz im Bundestag.

Body

Hamburg - Wenn am 22. September ein neuer Bundestag gewählt wird, sollten die Kandidaten im Idealfall einen Querschnitt der Bevölkerung repräsentieren. Doch dies gilt nicht für Menschen mit Migrationshintergrund. 2011 machten diese rund 19,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Bei der aktuellen Bundestagswahl stammen jedoch lediglich vier Prozent aller Kandidaten aus Einwandererfamilien.

Das ist das Ergebnis einer Recherche vom Mediendienst Integration. Dafür wurden alle 16 Landesgeschäftsstellen von SPD, CDU/CSU, Grüne, FDP, Linke und Piraten abgefragt.

Für die Wahl im September sind demnach mindestens 81 Kandidaten mit Migrationshintergrund aufgestellt. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kandidaten aus den genannten Parteien liegt der Anteil von Menschen aus Einwandererfamilien somit bei unter vier Prozent, auf aussichtsreichen Plätzen sitzen demnach sogar nur ein Prozent. Nach Parteien sortiert finden sich 23 Kandidaten bei den Grünen, je 18 bei SPD und Linken, neun bei der FDP, sieben bei den Piraten und sechs Kandidaten bei der CDU. Die CSU hat offenbar keine.

Baden-Württemberg liegt ganz vorn

Zieht man die Ergebnisse der Bundestagswahl 2009 und die aktuellen Prognosen für die Wahl im September zu Rate, können lediglich 15 bis 20 Listenplätze oder Wahlkreise als aussichtsreich betrachtet werden. Bei derzeit 620 Sitzen im Bundestag würden somit lediglich rund drei Prozent der Abgeordneten die ethnische Vielfalt Deutschlands repräsentieren.

Die meisten Kandidaten aus Einwandererfamilien finden sich in Baden-Württemberg, gefolgt von Berlin und Bayern. Allerdings ändert sich die Aussagekraft zur interkulturellen Öffnung der Parteien, wenn man die Anzahl der Kandidaten ins Verhältnis zur Bevölkerung und Parteigröße stellt. Hier schneidet Berlin am besten ab: In der Hauptstadt kommen rund 300.000 Einwohner auf einen Kandidaten mit Migrationshintergrund. Auch die anderen Stadtstaaten Bremen und Hamburg kommen auf gute Werte.

Schlusslichter sind ausgerechnet die Flächenländer, in denen der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund besonders hoch ist, wie Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Nur vier Prozent der Kandidaten haben Migrationshintergrund

jok

Load-Date: August 12, 2013

End of Document

Lampedusa vor dem Brandenburger Tor

SPIEGEL ONLINE

16. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 1213 words

Byline: Sebastian Kempkens Andreas Spinrath

Highlight: Das Lampedusa-Drama wirkt sich auch auf Deutschland aus: Über die italienische Insel kommen Flüchtlinge nach Berlin und Hamburg. Was fordern sie und: Dürfen sie bleiben?

Body

Sie schlafen auf den Straßen Hamburgs, treten in München und Berlin in den Hungerstreik, fordern Asyl. Die Katastrophe im Meer vor Lampedusa verschärft auch die Debatte um die Aufnahme derer, die über Italien nach Deutschland gekommen sind.

Die italienische Insel liegt zwar mehr als 2000 Kilometer entfernt. Und doch ist das Drama auf den Flüchtlingsbooten vor dem Brandenburger Tor in Berlin präsent. 28 Asylbewerber stehen hier im Hungerstreik, einige von ihnen haben es über Lampedusa nach Deutschland geschafft. Am Dienstag rückte die Feuerwehr auf dem Pariser Platz an und brachte mindestens fünf Demonstranten in ein Berliner Krankenhaus.

"Wir haben die Fahrt nach Lampedusa überlebt", sagt ein Kongoleser, der seinen Namen nicht nennen will. "Aber wenn Deutschland uns keine Rechte geben will, sterben wir eben hier." Er und seine Mitstreikenden wollen erst wieder essen und trinken, wenn ihre Asylanträge anerkannt werden.

Was fordern sie? Was sagt die Politik? Dürfen sie bleiben? Die wichtigsten Fragen und Antworten zu den Auswirkungen des Lampedusa-Dramas im Überblick:

Wie viele Flüchtlinge sind über Lampedusa nach Deutschland gekommen?

1200 Anträge auf Rücknahme von Flüchtlingen hat Deutschland laut der Organisation Pro Asyl im ersten Halbjahr 2013 an Italien gestellt. 969 Anträgen wurde stattgegeben. Das ist allerdings nur eine Größenordnung, denn eine offizielle Zahl gibt es nicht. Kaum ein Asylbewerber gibt zu, über die italienische Insel gekommen zu sein. Das Problem: Flüchtlinge, deren erste europäische Station Lampedusa ist, sind illegal in Deutschland. Sie haben laut Grundgesetz in Deutschland kein Recht auf Asyl. Die Dublin-II-Übereinkunft sieht vor, dass ihr Asylverfahren im Einreiseland stattfinden muss - also Italien. Eine Größenordnung darüber, wie viele es trotzdem nach Deutschland geschafft haben, deuten die sogenannten Übernahmemeersuche an.

Wie viele Flüchtlinge sind 2013 insgesamt nach Deutschland gekommen?

Lampedusa vor dem Brandenburger Tor

85.423 Asylanträge wurden von Januar bis September 2013 in Deutschland gestellt. Allein im September 2013 gingen 11.461 Asyl-Ersteinträge bei den deutschen Behörden ein. Dies ist der höchste Wert seit Oktober 1996. Im Vergleich zum Vormonat stieg die Zahl der Erstanträge um 20,6 Prozent. Verglichen mit den Zahlen aus den neunziger Jahren sind die Zahlen dennoch niedrig: 1992 beantragten 438.191 Menschen in Deutschland Asyl.

Wie viele sind das im europäischen Vergleich?

Bei der Zahl der Asylanträge im Verhältnis zur Bevölkerungszahl lag Deutschland im Jahr 2012 mit 945 Anträgen pro einer Million Einwohner auf Platz elf. Malta (4980), Schweden (4625) und Luxemburg (3905) waren auf den ersten drei Positionen.

Auch die bisherigen Zahlen für 2013 zeigen, dass Deutschland weiterhin im Mittelfeld rangiert. Dennoch gibt es Streit: Deutschland nimmt - in absoluten Zahlen - die meisten Asylbewerber auf, Innenminister Friedrich will deshalb die Verantwortung auf Länder wie Italien abschieben. **Was fordern die Flüchtlinge?**

Die Flüchtlinge aus Lampedusa verlangen ein Bleiberecht und berufen sich dabei auf das Konzept der "Gruppenverfolgung". Das garantiert einer "spezifischen Gruppe" ein erleichtertes, gemeinsames Asylverfahren. Als eine solche Gruppe sehen sich die Flüchtlinge: Sie seien Überlebende des Kriegs in Libyen und der Nato-Intervention gegen Gaddafi und außerdem Opfer der humanitären Notlage in den Auffanglagern von Italien, ihrem Erstaufnahmeland. Eine entsprechende Gruppenanerkennung kann laut Paragraf 23 des Aufenthaltsgesetzes jedes einzelne Bundesland im Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium erteilen.

Wie werden die Flüchtlinge unterstützt?

Die Flüchtlinge vor dem Brandenburger Tor sind aus Bayern nach Berlin gekommen. In Bayern bekommen sie während ihres Asylverfahrens hauptsächlich Sachleistungen. Viele der Flüchtlinge sind alleinstehende Männer, ihnen werden laut bayerischer Verwaltung zusätzlich 137 Euro monatlich gezahlt. In Hamburg haben die Lampedusa-Flüchtlinge keinen Aufenthaltsstatus. Sie leben nur von Sach- und Geldspenden, die beispielsweise durch die Kirchengemeinde ausgegeben werden.

Was passiert jetzt mit ihnen?

Die Berliner Behörden haben die Flüchtlinge am Brandenburger Tor bislang ignoriert. Den Asylbewerbern, die auf dem Oranienplatz am Kottbusser Tor campieren, versprochen sie, auch im Winter einen Infostand aufbauen zu dürfen.

In Hamburg haben die Behörden Anfang Oktober 2013 begonnen, die Lampedusa-Flüchtlinge zu kontrollieren. Dutzende Polizisten nahmen in den Stadtteilen St. Pauli und St. Georg zahlreiche Flüchtlinge unter dem Verdacht des illegalen Aufenthalts fest, auch am Dienstag kam es nach Aussagen von Unterstützern zu weiteren Kontrollen. Die Flüchtlinge wurden nur mit einer Meldeaufgabe wieder freigelassen. Am Dienstag kam es deswegen in Hamburg zu Ausschreitungen. Der Hamburger Senat lehnt die Genehmigung eines Gruppenbleiberechts ab, er will sie nach Italien abschieben.

Wo kommen die Flüchtlinge im Winter unter?

In Berlin sollen die Flüchtlinge aus dem Protest-Camp am Kreuzberger Oranienplatz für den Winter eine Unterkunft bekommen. Aus der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales heißt es: Alle Zuständigen seien sich einig, dass das Camp nicht den Winter überdauern könne. Die Flüchtlinge am Brandenburger Tor hingegen werden wohl kein Dach über dem Kopf haben, sollten sie ihren Protest fortsetzen wollen. Der Bezirksbürgermeister schiebt die Verantwortung der Senatsverwaltung zu. Der Senat weist darauf hin, dass die Flüchtlinge gegen "bundespolitische Entscheidungen" protestieren, "die das Land Berlin und auch die Senatsverwaltung nicht betreffen".

Kirchenvertreter haben in Hamburg für die Errichtung eines Containerdorfs plädiert. Derzeit finden von den geschätzten 300 Lampedusa-Flüchtlingen nur etwa 80 Zuflucht in der St.-Pauli-Kirche von Pastor Sieghard Wilm.

Lampedusa vor dem Brandenburger Tor

Dem "Hamburger Abendblatt" liegt ein internes Schreiben der Hamburger Behörden vor, in dem vor dem Bau einer solchen Unterkunft für die illegalen Flüchtlinge gewarnt wird: "Auch die Hilfeleistung ist strafbar", heißt es darin.

Was sagen die Deutschen?

In einer Umfrage des ARD-Deutschlandtrends sprach sich eine Mehrheit von 51 Prozent gegen eine Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge in Deutschland aus. Unter Anhängern der eurokritischen Alternative für Deutschland war die Ablehnung mit 70 Prozent besonders stark, bei den Unionsanhängern votierten immerhin 61 Prozent gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge. Besonders Grünen-Wähler sprachen sich mit 72 Prozent für höhere Aufnahmezahlen aus. Bei der SPD sind es dem ARD-Deutschlandtrend zufolge 54 Prozent, bei den Linken 48 Prozent.

Was macht die Politik?

Über Asylpolitik diskutiert die Politik gerade in den Sondierungsgesprächen. Die Grünen haben auf ihre Unterschiede zur Union in der Flüchtlingspolitik hingewiesen. Und auch aus der SPD mehren sich die Stimmen, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen müsse. EU-Parlamentspräsident Schulz (SPD) sagte im SPIEGEL-ONLINE-Interview: "Europa ist ein Einwanderungskontinent." Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) betont hingegen weiterhin, dass Deutschland im europäischen Vergleich schon jetzt verhältnismäßig viele Flüchtlinge aufnimmt.

Load-Date: October 16, 2013

Große Mehrheit für verschärftes Asylgesetz

SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND; S. 0; Ausg. 0

Length: 358 words

Highlight: Die Schweizer haben mit großer Mehrheit ein verschärftes Asylgesetz bestätigt. Es ermöglicht beschleunigte Verfahren, schränkt Chancen auf Asylanträge ein und erlaubt "spezielle Zentren" für Bewerber, die Schwierigkeiten machen.

Body

Bern - Trotz Bedenken von Kirchen und Menschenrechtsorganisationen halten die Schweizer an ihrem im vergangenen Jahr verschärften Asylrecht fest. Mit überwältigender Mehrheit stimmten die Wähler am Sonntag für die Regelung, mit der die Zuwanderung gebremst werden soll. Dem Schweizer Fernsehsender SSR zufolge waren es rund 79 Prozent.

Angesichts steigender Zuwanderungszahlen hatten Umfragen bereits eine Mehrheit für die Asylrechtsverschärfung vorausgesagt. Die von der Regierung eingebrachte Asylrechtsänderung hatte das Parlament Ende September in Bern in Kraft gesetzt. Zahlreiche Kritiker stellten sich jedoch dagegen und wollten mit dem Referendum erreichen, dass die Verschärfung rückgängig gemacht werde.

Die wohlhabende Schweiz rangiert bei der Aufnahme von Flüchtlingen unter den europäischen Staaten an vierter Stelle hinter Malta, Schweden und Luxemburg. Auf 332 Schweizer kommt ein Asylbewerber, im europäischen Durchschnitt ist es einer je 625 Einwohner. Zuletzt warteten etwa 48.000 Menschen in der Schweiz auf ihren Asylbescheid, die meisten aus Eritrea, Nigeria, Tunesien, Serbien und Afghanistan. Allein 28.631 Flüchtlinge kamen im vergangenen Jahr. Allerdings hatten nur knapp zwölf Prozent der Anträge Erfolg.

Zu den umstrittensten Neuerungen zählt, dass künftig Fahnenflucht nicht mehr als Asylgrund gilt. Vor allem Flüchtlinge aus Eritrea begründen damit und mit drohenden harten Strafen in ihrer Heimat ihre Asylanträge. Zudem fiel der Novelle die europaweit einzigartige Möglichkeit zum Opfer, überall in Schweizer Botschaften Asyl beantragen zu können.

Das neue Asylgesetz sieht zudem die Einrichtung spezieller Zentren für Asylbewerber vor, die als "Unruhestifter" gelten. 2012 stieg die Zahl der von Asylbewerbern begangenen Vergehen nach Angaben der Behörden um rund 38 Prozent. Zudem wird das Recht auf Familienzusammenführung eingeschränkt.

Das Referendum sei "ein Desaster" für Asylbewerber und Flüchtlinge, erklärte das Komitee, in dem sich die Gegner der Regelung zusammengeschlossen hatten. Immerhin aber habe eine Minderheit der Bevölkerung "noch ein Gewissen".

Große Mehrheit für verschärftes Asylgesetz

ler/AFP/dpa

Load-Date: June 25, 2013

End of Document

Kinder von Einwanderern haben gute Jobchancen

Spiegel Online

3. Dezember 2012 Montag 2:11 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: OECD-LOB FÜR DEUTSCHLAND

Length: 887 words

Highlight: Migrantenkinder in Deutschland haben oft niedrige Schulabschlüsse - trotzdem ist ihre Jobsituation besser als in vielen anderen Ländern. Das ist das Ergebnis einer Integrations-Studie der OECD. Große Defizite bescheinigt der Bericht Deutschland aber auf anderen Feldern.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/oecd-studie-einwandererkinder-finden-in-deutschland-leichter-jobs-a-870572.html>

Body

Berlin - Der Bericht verteilt Lob und beklagt zugleich Versäumnisse in der deutschen Integrationspolitik: Erstmals hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Stand der Integration in den 30 wichtigsten Industrieländern verglichen - in zentralen Feldern wie Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Wohnungsmarkt, Einkommen, Diskriminierung. Es gibt vielschichtige Ergebnisse, die mehr oder weniger für alle Länder gelten: Einwanderer haben viel häufiger befristete Jobs oder sind häufiger überqualifiziert für ihre Arbeit.

Ein grundsätzliches Fazit ziehen die OECD-Forscher: In vielen Bereichen gelingt es den Mitgliedsländern besser als noch vor zehn Jahren, Zuwanderer zu integrieren - in fast allen OECD-Ländern ist zum Beispiel in den vergangenen zehn Jahren die Arbeitslosigkeit unter Migranten gesunken. In Deutschland ist diese Entwicklung besonders deutlich: Im Jahr 2000 waren nur 57 Prozent der Zuwanderer erwerbstätig, 2010 sind es 64 Prozent. (EU-Durchschnitt 65 Prozent).

Insgesamt erreicht Deutschland nach dem Bericht sehr unterschiedliche Ränge. Ein besonders positives Ergebnis:

Die Arbeitsmarktsituation von Einwandererkindern ist hierzulande verhältnismäßig gut - auch wenn sie häufiger schlechtere Bildungsabschlüsse haben als in den meisten anderen Ländern. So waren in Deutschland im Jahr 2008 nur 13 Prozent der Kinder von Einwanderern zwischen 15- und 34 Jahren arbeitslos oder ohne Ausbildung - im OECD-Schnitt beträgt die Zahl mehr als 16 Prozent. Am niedrigsten sind in diesem Bereich die Zahlen in Kanada, Dänemark, Luxemburg, Slowenien und der Schweiz. Am meisten Einwandererkinder waren 2008 in Spanien ohne Job oder Ausbildung (41 Prozent).

Als Grund dafür, dass Einwandererkinder in Deutschland einfacher einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz finden als in vielen anderen Industrieländern, nennen die Forscher auch das duale Ausbildungssystem. Außerdem würden niedrigqualifizierte Migranten bei vielen Chefs als Arbeitnehmer gelten, die bereit seien viel zu arbeiten, erklärt OECD-Integrationsexperte Thomas Liebig. Migranten mit geringen Qualifikationen seien in Deutschland sogar besser in den Arbeitsmarkt integriert als die vergleichbare Gruppe in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Kinder von Einwanderern haben gute Jobchancen

Die Kehrseite dieser Einschätzung sei allerdings: Migranten mit hoher Qualifikation würden bei Einstellungen kaum als hochqualifiziert wahrgenommen.

Und Hochqualifizierte strömen immer mehr nach Deutschland. 12 Prozent mehr Neuzuwanderer als noch vor zehn Jahren haben einen Hochschulabschluss - im OECD-Schnitt ist die Zahl hingegen nur um fünf Prozent gestiegen. Einen ähnlichen Zustrom von hochqualifizierten Neuzuwanderern konnten noch Australien, Dänemark und Luxemburg und Großbritannien verzeichnen.

Immer noch aber sind es zu wenige Einwanderer mit Uni-Abschluss, die in Deutschland ihr Glück suchen, um etwas an der Gesamtsituation zu ändern: Der Anteil der gering qualifizierten Migranten ist hier besonders hoch. "38 Prozent aller im Ausland geborenen und in Deutschland lebenden Menschen zwischen 15 und 64 Jahren haben maximal den Pflichtschulabschluss", heißt es in dem Bericht. Im Durchschnitt der OECD-Länder beträgt die Zahl 30 Prozent.

Die Söhne sind gebildeter als die Väter

Allerdings gibt es auch hier Ermutigendes: Vor allem die männlichen Nachkommen von Zuwanderern erzielen im Bereich Bildung gegenüber ihren Vätern Fortschritte, heißt es in dem Bericht. Die Bildungsabschlüsse die Einwandererkinder erlangen, seien besser als es die Pisa-Studie bei unter 15-Jährigen vermuten ließen. Offizielle Zahlen hätten in den vergangenen Jahren die Lage düsterer erscheinen lassen als sie ist, so Thomas Liebig. "Die Statistiken basieren meist auf der Nationalität der Befragten, deshalb sieht man häufig kaum Fortschritte." Bei den Deutsch-Türken etwa hätten allerdings besonders von den gut integrierten inzwischen viele die deutsche Staatsbürgerschaft. Auch Regierungsstudien hatten zuletzt eine Aufholjagd der Einwandererkinder konstatiert. Im letzten Ausländerbericht der Bundesregierung heißt es: "Schrittweise nähern sich die schulischen Leistungen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund jenen ohne Migrationshintergrund an", heißt es in dem Bericht.

Nach dem OECD-Bericht ist Deutschland jedoch unter den Schlusslichtern bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt in einem Feld, das nach Expertenmeinung viel über die Sicht auf Zuwanderer und den allgemeinen Stand der Integration sagt: Im öffentlichen Dienst sind in Deutschland hier geborene Einwandererkinder selten beschäftigt. Von den 15 bis 34-Jährigen arbeiten die Nachkommen von Migranten nur halb so häufig in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungsbereich, im Gesundheitssektor oder bei Sozialdienstleistern als Kinder von in Deutschland geborenen Eltern - nämlich nur 13,4 Prozent. In Großbritannien, Frankreich und Norwegen liegt diese Quote bei mehr als 20 Prozent. Schlechter als Deutschland schneiden hier noch Australien, Estland und Spanien ab. "In Deutschland wurde der öffentlichen Dienst lange nicht als Motor der Integration gesehen", so OECD-Experte Liebig. "In der Nationalmannschaft zu spielen wie Mesut Özil ist für viele Kinder aus Zuwandererfamilien nicht möglich, aber Lehrer zu werden sollte möglich sein. In diesem Bereich wird Integration messbar."

anr

Load-Date: December 3, 2012

So kommen Migränepatienten durch den Alltag

SPIEGEL ONLINE

10. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: GESUNDHEIT / DIAGNOSE & THERAPIE

Length: 433 words

Highlight: Migränepatienten sind den Kopfschmerzen nicht schutzlos ausgeliefert. Für die meisten Betroffenen gibt es eine passende Therapie. Im Alltag helfen meist bereits wenige, aber wichtige Grundregeln weiter.

Body

Migränepatienten müssen ihren Kopfschmerz genau kennen lernen. Meist leiden sie an mindestens zwei verschiedenen Kopfschmerzformen. Sie sollten wissen, wo die Schmerzen sind, wie lange sie anhalten. Daher bietet es sich an, ein **Kopfschmerztagebuch** zu führen und jeden Anfall genau zu protokollieren.

Das wird beim Arztbesuch helfen, die Kopfschmerzen zu definieren und für den jeweiligen **Kopfschmerztyp** die richtige Therapie zu finden. Patienten sollten zum Beispiel beobachten, wie oft die Schmerzen auftreten, wie lange sie anhalten, wie stark sie sind.

Dazu sollte man sich notieren, ob die Schmerzen bei körperlicher Aktivität zunehmen, welche Symptome eine Attacke begleiten, zu welcher Tageszeit oder in welcher Situation sie auftreten. Das Tagebuch kann so helfen, **Auslöser** der Migräneattacken auszumachen und zu vermeiden.

Vor allem geht es darum, unnötigen Stress im Alltag zu vermeiden. Daher ist eine strenge **Regelmäßigkeit im Alltag** wichtig. Das gilt für den Schlaf-Wach-Rhythmus wie auch für das Essen. Betroffene sollten immer zur gleichen Zeit schlafengehen und aufstehen - auch am Wochenende. Ebenso sollten sie stets zur gleichen Zeit Nahrung zu sich nehmen, das Frühstück dabei nicht vergessen. Generell hilft ein gleichmäßiger Tagesablauf, Migräneanfälle zu vermeiden.

Wichtig ist regelmäßige **Bewegung** - zum Beispiel beim Schwimmen, Radfahren, Wandern. Das hilft den Patienten, zu entspannen. Deshalb sind auch regelmäßige Pausen im Tagesablauf günstig.

Betroffene müssen lernen, nein zu sagen, sich nicht im Beruf und in der Freizeit zu überfordern und damit ihren gleichmäßigen Rhythmus außer Takt zu bringen. Schließlich sollten die Patienten bestimmte **Entspannungsmethoden** lernen, zum Beispiel die progressive Muskelrelaxation nach Jacobsen.

"Das sollte zum Alltag der Patienten dazu gehören wie das Zähneputzen", sagt Hartmut Göbel, Neurologe und Leiter der Schmerzlinik Kiel. Auch ein Selbstsicherheitstraining kann helfen, die soziale Kompetenz zu erhöhen und Ängste abzubauen.

So kommen Migränepatienten durch den Alltag

An höchstens zehn Tagen im Monat sollten die Patienten **Schmerzmedikamente** einnehmen. Durch eine Übermedikation können nämlich wiederum Kopfschmerzen entstehen, die dann mit den üblichen Arzneimitteln kaum zu behandeln sind. Die Betroffenen sollten auch keine Wirkstoffe einnehmen, die bei ihnen nicht optimal wirken. Diese können die Attacken sogar verschlimmern.

Wenn die Patienten an mehr als sechs oder sieben Tage im Monat an Migräne leiden, sollten sie einen auf die **Schmerztherapie** spezialisierten Arzt aufsuchen.

Astrid Viciano

Load-Date: July 23, 2013

End of Document

"Die wirkliche Todesrate ist weitaus höher"

SPIEGEL ONLINE

27. September 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT / UNTERNEHMEN & MÄRKTE

Length: 365 words

Highlight: Drastische Kritik an WM-Gastgeber Katar: Laut dem Internationalen Gewerkschaftsbund sterben in dem Emirat mehr Migranten als bislang bekannt. Wenn sich nicht sofort etwas ändere, werde allein die Fußball-WM 4000 Menschen das Leben kosten, sagt die Generalsekretärin des Verbandes.

Body

Hamburg - Der Internationale Gewerkschaftsbund IGB verschärft seine Kritik an der geplanten Fußball-WM 2022 in Katar. Bei der Ausbeutung von Gastarbeitern handle es sich um "moderne Sklaverei", sagte Sharan Burrow vom IGB. Burrow ist Generalsekretärin des IGB und damit oberste Vertreterin von weltweit 174 Millionen Mitgliedern aus 156 Ländern.

Der britischen Zeitung "Guardian" zufolge sind von Anfang Juni bis Anfang August 44 nepalesische Arbeiter in Katar gestorben, mehr als die Hälfte an Herzversagen oder bei Arbeitsunfällen. Die Arbeitsbedingungen seien "unmenschlich", sagt auch Burrow, die schon mehrmals selbst vor Ort war.

"Die nepalesische Botschaft schätzt offiziell, dass jedes Jahr 200 nepalesische Migranten sterben. Die indische Botschaft schätzt auch jährlich 200 Tote", sagt Burrow. Sie sei aber der Ansicht, dass "die wirkliche Todesrate weitaus höher ist".

"Katar muss sofort seine Gesetze reformieren"

Teilweise werde Arbeitern der Zugang zu sauberem Trinkwasser verwehrt, Migranten seien "dem Arbeitgeber durch das Kafala-System (Bürgensystem zur Aufnahme von Arbeitskräften) ausgeliefert". Selbst grundlegende Rechte, so Burrow, stünden ihnen nicht zu. "Wenn sich da nicht sofort etwas ändert, wird die WM mit 4000 toten Arbeitern bezahlt."

Katar und den Fußball-Weltverband Fifa fordert Burrow zum umgehenden Handeln auf: "Katar muss sofort seine Gesetze reformieren. Firmen, die an den Bau- und Infrastrukturarbeiten in Katar beteiligt sind, müssen dafür sorgen, dass dies nicht auf Kosten von Menschenleben geschieht. Die Fifa sollte Druck auf die Regierung ausüben - und die Weltmeisterschaft nie wieder in einem Land durchführen, in dem Arbeiterrechte und Menschenleben derart verletzt werden!"

Auch vor der WM 2018 in Russland befürchtet Burrow, dass Arbeiterrechte missachtet werden. "Dort besteht auch die Gefahr, dass die Weltmeisterschaft keine guten und fairen Arbeitsplätze schafft." Die Fifa setze die

"Die wirkliche Todesrate ist weitaus höher"

russische Regierung stark unter Druck, eine Gesetzesänderung zu verabschieden, durch die das Arbeitsrecht für Migranten in den kommenden fünf Jahren außer Kraft gesetzt werden soll, sagte die IGB-Chefin.

cte/sid

Load-Date: September 27, 2013

End of Document

Türken geben Staat Mitschuld an Neonazi-Terror

Spiegel Online

13. Januar 2012 Freitag 1:53 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: UMFRAGE IN DEUTSCHLAND

Length: 805 words

Byline: Jens Witte

Highlight: Eine repräsentative Umfrage zeigt: Die Morde der Zwickauer Terrorzelle haben das Vertrauen türkischstämmiger Einwanderer in den Staat offenbar stark erschüttert. Klar wird aber auch, dass sie die Taten einer kleinen radikalen Gruppe zuordnen - und nicht der Mehrheit der Bevölkerung.;

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/0,1518,808815,00.html>

Body

Hamburg - Rund 2,5 Millionen Menschen in Deutschland haben türkische Wurzeln. Welche Gefühle, Meinungen und Vorstellungen haben sie zur Mordserie der Zwickauer Neonazi-Zelle? Antworten auf diese Frage versucht eine gemeinsame Studie des Instituts für Migrations- und Politikforschung der Hacettepe-Universität Ankara sowie des Berliner Meinungsforschungsinstituts SEK-POL/Data4U zu geben. Demnach haben türkische Migranten das Vertrauen in den deutschen Staat in erheblichem Maße verloren.

Für die Studie wurden den Autoren zufolge 1058 repräsentativ ausgewählte und in Deutschland lebende türkische Einwanderer ab 15 Jahren befragt. Die Erhebung fand zwischen dem 5. und 15. Dezember statt. Mehr als die Hälfte, 55 Prozent der Befragten, glauben, dass die Rechtsterroristen vom deutschen Staat geschützt oder gar gefördert wurden. Rund ein Drittel von ihnen ist sogar überzeugt, dass es "extreme" staatliche Unterstützung für die Zwickauer Neonazis gab. Nur etwa 21 Prozent glauben dagegen nicht an diese Unterstützung.

Hintergrund des großen Misstrauens der Migranten gegenüber dem deutschen Staat sei insbesondere der lange Zeitraum, in dem die Taten verübt wurden, so die Macher der Studie. "Für die Türken bedeutet Deutschland eigentlich Ordnung, Organisation und ein sehr gut funktionierender Sicherheitsapparat. Deshalb können viele von ihnen nicht begreifen, dass diese Morde mehr als zehn Jahre lang nicht aufgeklärt wurden", sagt Murat Erdogan, Direktor des Zentrums für Migrations- und Politikforschung der Hacettepe-Universität. Hinzu kämen Berichte über Behördenpannen bei der Ermittlungsarbeit, etwa beim Verfassungsschutz. Zudem sei bei den Ermittlungen zunächst das Bild einer "gefährlichen türkischen Mafia-Gesellschaft" in Deutschland entstanden, so Erdogan.

Exzesse einer radikalen Minderheit

87 Prozent der Befragten verfolgen die Nachrichten zu der rechtsextremen Mordserie - überwiegend in türkischen Medien. Als beruhigende Erkenntnis kann möglicherweise gewertet werden, dass die große Mehrheit der türkischen Migranten, 78 Prozent, die Gewalttaten als Exzesse einer radikalen Minderheit sieht und nicht mit der

Türken geben Staat Mitschuld an Neonazi-Terror

deutschen Gesellschaft als Ganzes in Verbindung bringt. Weniger als sieben Prozent glauben, dass "große Teile der Bevölkerung" für die Morde mitverantwortlich sind. "So deutliche Ergebnisse habe ich nicht erwartet", sagt Erdogan.

Die am 4. November tot aufgefundenen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gelten als Haupttäter der Zwickauer Terrorzelle. Beate Zschäpe, die in Untersuchungshaft sitzt, soll gemeinsam mit ihnen den "Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) gegründet haben. Die Gruppierung NSU soll in den Jahren 2000 bis 2006 neun Morde an Kleinunternehmern türkischer und griechischer Herkunft sowie den Mord an einer Polizistin in Heilbronn vom 25. April 2007 verübt haben. Zudem soll sie für die Sprengstoffanschläge vom 19. Januar 2001 und vom 9. Juni 2004 in Köln verantwortlich sein.

Ausmaß der Verunsicherung ist groß

Mehrmals hatten Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe in den neunziger Jahren mit der Polizei zu tun, auch der Staatsschutz befasste sich mit dem Neonazi-Trio, es wurde observiert - doch die drei tauchten unter. Fast 14 Jahre lang blieben sie verschwunden, obwohl es immer wieder Hinweise auf ihren Aufenthaltsort gab und das Trio sich offenbar keinesfalls abschottete, sondern weiterhin Kontakt pflegte zur von V-Leuten gespickten rechten Szene.

Das Ausmaß der Verunsicherung unter den türkischstämmigen Einwanderern ist auch daran zu erkennen, dass rund zwei Drittel der Befragten glauben, deutsche Politiker versuchten, das Thema zu vertuschen und die Morde unter den Teppich zu kehren. Weniger als die Hälfte der türkischen Migranten sieht laut Studie die Entschuldigung des Bundestags als Bedauern und glaubhafte Trauer der deutschen Verantwortlichen.

Etwa drei von vier Umfrageteilnehmern befürchten weitere rassistisch motivierte Morde in Deutschland. Und fast 40 Prozent haben konkret Angst davor, dass sie selbst oder Freunde und Bekannte Opfer ähnlicher Morde durch Neonazis werden könnten. Trotz dieser Besorgnis überwiege bei den türkischen Migranten als generelle Reaktion auf die Mordserie nicht Angst (acht Prozent), sondern Trauer (74 Prozent), so die Autoren der Studie.

Die Ergebnisse der Umfrage legen zudem nahe, dass sich die meisten Türken in ihrer eigenen Lebensplanung nicht von der rechtsextremen Mordserie beeinflussen lassen: Mehr als drei Viertel der Befragten sagten, sie fühlen sich gut integriert und wollen auf Dauer in Deutschland bleiben. Nur vier Prozent der Interviewten gaben an, angesichts der Morde sicher in die Türkei zurückkehren zu wollen. "Diese Werte halte ich für vielversprechend", sagt Erdogan, "damit beweisen die türkischen Migranten große Gelassenheit und Reife - und dass sie ein fester Bestandteil Deutschlands geworden sind."

Load-Date: January 13, 2012

Immer mehr Migrantenkinder brauchen Sprachförderung

SPIEGEL ONLINE

13. Mai 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND; S. 0; Ausg. 0

Length: 226 words

Highlight: Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, sieht ein wachsendes Deutsch-Defizit bei Kindern mit Migrationshintergrund. Neue Untersuchungen belegen den Mangel. In manchen Ländern brauche fast jedes zweite Kind gezielte Sprachförderung, monierte sie in der "Bild"-Zeitung.

Body

Berlin - Immer mehr Migrantenkinder brauchen nach einem Bericht der "Bild"-Zeitung zusätzliche Sprachförderung, weil ihre Deutschkenntnisse für den Schulunterricht nicht ausreichen. Das belegten neue Zahlen von Bund und Ländern zu den Sprachkenntnissen von Schülern mit Migrationshintergrund, schreibt die Zeitung. Die Ursache liege darin, dass in vielen Zuwandererfamilien zu Hause kaum oder gar kein Deutsch gesprochen werde.

Maria Böhmer, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, sagte dem Blatt: "In einzelnen Ländern braucht fast jedes zweite Kind gezielte Sprachförderung. Das ist eine gewaltige Aufgabe. Sie muss überall oberste Priorität haben." Böhmer mahnte, gute Deutschkenntnisse seien die Voraussetzung für "eine gelingende Integration und die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg". Wer kein Deutsch spreche, sei nur "Zaungast in unserem Land". Jedes Kind sollte mit Eintritt in die Schule so gut deutsch sprechen, dass es dem Unterricht folgen kann. "Umso wichtiger ist die Sprachförderung von Anfang an."

Die Zeitung nennt als Beispiel Hamburg, wo laut Statistikamt Nord 23 Prozent der Grundschüler zu Hause kaum deutsch sprechen. In Bayern sei für knapp 15 Prozent der Grundschüler die "Verkehrssprache" in der Familie nicht Deutsch, in Nordrhein-Westfalen treffe das auf 18 Prozent der Grundschüler zu.

ler/dpa/AFP

Load-Date: May 31, 2013

Bericht zeigt Fortschritte bei Integration

Spiegel Online

12. Januar 2012 Donnerstag 11:51 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: NEUE ZAHLEN

Length: 571 words

Highlight: Gute Bilanz für Migranten? Das neue Integrations-Papier der Bundesbeauftragten Maria Böhmer spricht von deutlichen Fortschritten in vielen Lebensbereichen. Das ist richtig, aber bei allen guten Zahlen sind Unterschiede zur Gesamtbevölkerung weiter dramatisch.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,808672,00.html>

Body

Berlin - Starke Zahlen hat Maria Böhmer (CDU) da vorgelegt: Die zuständige Bundesbeauftragte präsentierte am Donnerstag in Berlin den Regierungsbericht zum Fortschritt der Integration. Bildung, Arbeit und Gesellschaft wurden in endlose Datenreihen gepackt - eine deutliche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migranten ist in fast allen Themengebieten zu erkennen.

Doch es wird auch klar: In praktisch allen Bereichen weichen die Daten für Menschen mit Migrationshintergrund vom Durchschnitt der Bevölkerung ab. Das sind die wichtigsten Ergebnisse der Studie:

Die florierende Wirtschaft hat sich anscheinend positiv auf die Arbeitslosenquote bei Migranten ausgewirkt. Seit 2005 ist sie um fast zehn Prozent auf 15,8 gesunken. Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund schließen die Schule mit Abitur oder Fachhochschulreife ab und nehmen an Weiterbildungen teil. Doch in praktisch keinem Bereich können die Migranten gleichziehen: allein die Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung ist mit 7,7 Prozent im Jahr 2010 mehr als doppelt so niedrig. Auch das Armutsrisiko ist unter Migranten weiter hoch: Mit 26,2 Prozent liegt es laut Bericht deutlich über dem der Gesamtbevölkerung (14,5 Prozent). Beim Thema Schulbildung gibt es eine positive Entwicklung. Migranten bleiben seltener als zuletzt ohne Schulabschluss (4,4 Prozent). Allerdings ist das doppelt so häufig wie bei den übrigen jungen Erwachsenen (1,6 Prozent). Viele arbeitslose Zuwanderer fanden dem Bericht zufolge einen Job. Migranten bleiben jedoch doppelt so häufig ohne Arbeitseinkommen wie einheimische Deutsche. Ein eigenes Kapitel geht auf das Thema Kriminalität ein. Demnach stehen Ausländer im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung häufiger vor Gericht, sie sind auch bei Gewaltdelikten wie Raub oder Totschlag häufiger vertreten. Die Kriminalstatistik erfasst laut "Süddeutscher Zeitung" nur Bürger mit ausländischem Pass, Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft werden nicht eigens registriert.

Nach dem ersten Bericht aus dem Jahr 2009 ist dies der zweite, der von der Integrationsbeauftragten Böhmer vorgestellt wird. Vier Wissenschaftler haben Daten aus den Jahren 2008 bis 2010 zusammengetragen, die vor allem auf dem Mikrozensus basieren. Mehrere Dutzend Indikatoren sollen Aufschluss über Stand und Entwicklung der Integration geben.

Bericht zeigt Fortschritte bei Integration

Ein wichtiges Ziel bleibt es demnach, die frühkindliche Bildung und Sprachförderung auszubauen. Denn der soziale Status und die deutsche Sprache entscheiden oft mehr über den Erfolg in der Schule und am Arbeitsplatz als der Migrationshintergrund, wie auch der Bericht aufzeigt. Grundsteine, die im jüngsten Alter gelegt werden müssen.

Zahlreiche Maßnahmen haben bereits gegriffen. So konnte über die Jahre 2008 bis 2010 ein deutlicher **Anstieg der Betreuungsquote** der unter dreijährigen Kinder erreicht werden. Doch die Zahlen täuschen: Die Quote der Krippenkinder kletterte damit nur auf 12,2 Prozent. Dies bleibt ein deutlicher Unterschied zu den Betreuungsquoten der durchschnittlichen Bevölkerung. Bei den unter dreijährigen Kindern sind deutschlandweit nämlich ein knappes Drittel in einer Tagesbetreuung.

Böhmer sagte der "Süddeutschen Zeitung", die Probleme gerade im Bereich der Kriminalität dürften nicht wegdiskutiert werden. Der gesamte Bericht zeige jedoch, dass die Integration auf dem richtigen Weg sei. In Deutschland leben rund 16 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien.

lup/dpa

Load-Date: January 12, 2012

End of Document

Die Vergessenen der Sahara

Spiegel Online

26. Juni 2012 Dienstag 9:51 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FLUCHT AUS SCHWARZAFRIKA

Length: 1691 words

Byline: Horand Knaup

Highlight: Überfälle, Krankheit, Verfolgung durch die Polizei - die Flüchtlingsroute durch die Sahara nach Algerien ist ein Pfad des Elends und der Gefahr. Migranten aus Schwarzafrika lassen sich davon nicht abschrecken. Der Traum von Europa treibt sie an. Für viele endet die Reise mitten in der Wüste.;
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-aus-schwarzafrika-gefaehrliche-odyssee-durch-die-sahara-a-835946.html>

Body

Johnson ist zurück. Vier Monate war er fort, irgendwo im Niemandsland zwischen Mali und Algerien. Die Polizei hatte ihn geschnappt, hatte ihn zusammen mit 80 Schicksalsgefährten auf einen Lastwagen geladen und nach Tin Sawatin gekarrt, zwei Tage auf einer Ladefläche, 700 elende Kilometer lang nach Südwesten, nur über Sand und Steine. In einer Ansammlung von Blechhütten hatten die Polizisten ihre Ladung abgekippt und sich selbst überlassen.

"Sie haben uns behandelt wie Tiere", sagt Johnson. "Ein Brot am Tag und Wasser von der Viehtränke. Selbst würden sie das nie trinken."

Aber jetzt ist Johnson, 32, wieder zurück in Tamanrasset, im Süden von Algerien, mitten in der Sahara. Noch ein bisschen hagerer, noch ein bisschen schmaler als vorher. Er hat sich die 700 Kilometer zurückgekämpft. Aufgebrochen waren sie in Tin Sawatin zu zweit, angekommen ist er allein. 40 Kilometer vor der Stadt habe er seinen Freund begraben, behauptet Johnson, gestorben an einem geplatzten Blinddarm. "Er hat es nicht mehr geschafft."

Es gibt nicht viele Flüchtlinge, die die Wüstenstadt Tamanrasset so gut kennen wie Johnson Varny. 1995 kam er zum ersten Mal an. Damals war er 16. Drei Jahre zuvor war er aus dem umkämpften Liberia geflohen. Wie oft er inzwischen, freiwillig und unfreiwillig, Tamarasset gesehen hat, weiß er nicht mehr. Im Jahr 2000 habe er es schon einmal bis Oran am Mittelmeer geschafft, sagt er. Doch bevor er ein Boot nach Europa fand, schnappte ihn die Polizei und schob ihn ab.

Magnet Europa

Die Vergessenen der Sahara

Seit knapp 20 Jahren ist Tamanrasset Durchgangsstation für Migranten aus Schwarzafrika. 100.000 Einwohner groß, rings herum nur Sand, Steine und Felsen. Erst waren es einige Dutzende, dann plötzlich Hunderte, inzwischen Zehntausende, die die Stadt jährlich passieren. Sind es Flüchtlinge, Wanderarbeiter, Migranten? Die Grenzen sind fließend. Sie bleiben Wochen oder Monate, häufig auch Jahre. Dann ziehen sie weiter.

Dann gibt es für sie nur noch ein Ziel - Europa. Sie werden von dem Kontinent im Norden angezogen wie Eisenspäne vom Magneten. Nur 15 bis 20 Prozent, so schätzen Experten, kommen tatsächlich an. Aber sie lassen sich nicht abhalten, nicht von Stacheldraht und Grenzern, nicht von Räubern und auch nicht von den Berichten über die vielen hundert Flüchtlinge, die jedes Jahr bei der Überfahrt ertrinken. Sie wollen dem Elend zu Hause entkommen, und sie eilen den Träumen hinterher, die das Satelliten-Fernsehen in ihre Köpfe gepflanzt hat.

Tamanrasset hat in diesen 20 Jahren eine erstaunliche Entwicklung erfahren: Es gibt geteerte Straßen, Bürgersteige, Strom, neue Stadtviertel und sogar eine Universität. Gebaut mit Öl- und Schmuggelgeldern, aber auch mit der Arbeitskraft und den Millionen, die die Kurzzeit-Gäste hinterlassen haben.

Im Revier der Illegalen

Am Westrand der Stadt beginnt hinter den letzten Wohnvierteln übergangslos die Wüste. Noch einen Kilometer leicht hügelan, dann ist man im Revier der Illegalen: ein paar Decken, tagsüber unter Felsen gerollt, ein bisschen Feuerholz und ein paar Töpfe, Wasserflaschen und viel Müll. Hier logiert das nackte Elend.

Keine Regierung und keine Hilfsorganisation hilft. Algerien will keine Unterstützung für Wanderarbeiter. Ein paar barmherzige Ordensschwestern bringen manchmal Decken vorbei, eine italienische Organisation gibt Geld für Medikamente, und zwei, drei Ärzte aus dem Krankenhaus behandeln umsonst. Mehr an Hilfen gibt es nicht.

Johnson hustet, er hat Tuberkulose, auch er bräuchte Medikamente, aber wovon bezahlen? Auch er haust draußen bei den Felsen. Seine ganze Gruppe schläft dort, morgens schleichen sie sich in die Stadt, Steine schleppen, Malern oder Ziegelbrennen. Oder einfach nur warten. Nicht immer geht es gut. "Du arbeitest für einen Araber", sagt Johnson. "Tagelang, wochenlang, aber anstatt dir am Ende das Geld zu geben, ruft er die Polizei."

4000 Euro kostet die Fahrt

Wenn sie genug für die Weiterfahrt gespart haben, könnten sie bequem mit einem Bus in Richtung Algier rollen. Aber sie besteigen, ausgerüstet mit Brot, ein paar Konserven und einem Wasserkarbid, in einem Hinterhof einen Lastwagen. Gestartet wird nachts, um die Kontrollen zu umgehen, verlässt der Fahrer am Stadtausgang die Teerstraße und rumpelt auf Pisten in Richtung Norden.

4000 Euro kostet die Fahrt nach Marokko, sagt Johnson, 6000 Euro inklusive Überfahrt nach Spanien. Die Nigerianer hätten das Geschäft fest im Griff. Frauen hätten es leichter, findet Johnson. Mit der nicht unerheblichen Einschränkung, dass sie ihre Schulden in spanischen Bordellen abarbeiten müssen.

Es sind Hunderttausende, die von Süden aus gegen die Wagenburg Europa anrennen. Gegen den alten Kontinent, der die Mauern immer höher zieht und über Drohnen, Offshore-Sensoren und Satellitensuchsysteme nachdenkt, um den Ansturm abzuwehren. Bis zu zwei Milliarden Euro will die EU für neue Sicherheitssysteme an den Außengrenzen ausgeben.

Die Migranten wird das nicht bremsen. Sie brechen auf an den Küsten Ghanas, in den Dörfern der Elfenbeinküste oder in Hauptstädten wie Kinshasa. Meistens hat die Familie zusammengelegt, manchmal das ganze Dorf. Oft sind es die Erstgeborenen einer Familie, die losziehen - weil sie eine innere Verpflichtung verspüren, das Abenteuer suchen. Vor allem aber, weil sie dem Elend entfliehen wollen.

Auch Parfait, 36, ist Flüchtling. Es geht ihm schlecht, er atmet flach - auch er hat Tuberkulose. Reden will er eigentlich nicht, wie fast alle Illegalen in Tamanrasset. Die Stadt ist ein Sammelbecken gebrochener, misstrauischer Menschen. "Du hast alles, was du brauchst, ich habe nichts und brauche Medikamente", keucht er. Schließlich, für ein paar Dinar, gibt er doch Auskunft, diskret im Haus eines Bekannten.

Die Vergessenen der Sahara

Vor zehn Jahren sei er in Kamerun aufgebrochen. Mit rund 200 Euro in der Tasche. 30 Euro hatte er angespart, 170 Euro steuerte die Familie bei. Durch den Tschad quälte er sich, es dauerte eineinhalb Jahre, bis er im libyschen Bengasi ankam. Er hat alles gesehen - wie die Lastwagen in der Sahara steckengeblieben sind, er hat die Checkpoints der Polizei passiert, an denen sie geschlagen wurden, wenn sie nicht zahlten, er hat die Überfälle der Banditen überlebt.

Parfait sieht die Sache inzwischen nüchtern: "Es sterben immer welche."

Immerhin, er fand in Bengasi Arbeit, weil er eine Ausbildung als Elektriker hat, und verdiente sich das Geld für die Überfahrt nach Lampedusa. Es wären noch 16 oder 18 Bootsstunden gewesen, optimistisch betrachtet. Aber Parfait wollte plötzlich nicht mehr. "Ich habe Angst bekommen", sagt er: zu viele Geschichten von windigen Schleppern, gesunkenen Booten und vermissten Freunden.

Auf halber Strecke ausgeraubt

Er kehrte um - und nahm nach einigen Monaten zu Hause in Kamerun einen neuen Anlauf. Diesmal über Mali. 65 Euro bezahlte er für die 1200 Wüsten-Kilometer auf einem Pick-up von Gao nach Tamanrasset. Auf halber Strecke wurden sie von Räubern gestoppt. Parfait verlor sein Handy und 300 Euro.

Zweimal hat er sich danach bis Algier durchgeschlagen, zweimal griff ihn die Polizei auf und transportierte ihn die 2000 Kilometer zurück an die Grenze. Jetzt ist er schon wieder seit drei Monaten in Tamanrasset, will seine Krankheit auskurieren und Geld verdienen. Oder umgekehrt. Denn wie soll er an die nötigen Medikamente kommen ohne Geld?

Von Anfang an war Tamanrasset Durchgangsstation für Wanderflüchtlinge aus Schwarzafrika. Es gibt nicht viele Wege, die Sahara zu durchqueren. Doch seitdem der Weg durch Libyen zum Mittelmeer wegen des Bürgerkriegs versperrt ist, bleiben nur noch zwei Routen. Sie wandern die afrikanischen Westküste entlang über den Senegal oder Mauretanien nach Marokko, um von dort nach Spanien überzusetzen. Oder sie versuchen, die Sahara in ihrem Zentrum zu durchqueren. Und dann passieren sie Tamanrasset.

Zweiklassen-Gesellschaft in Tamanrasset

Es ist eine Zweiklassen-Gesellschaft, die sich dort herausgebildet hat. Da sind die Wanderarbeiter aus den Nachbarstaaten Mali und Niger, die Sichtbaren, die kein Visum brauchen, sich legal in Algerien aufhalten und zu Hunderten auf den Bänken und Mäuerchen der Stadt lungern. Sie warten heute, sie warten morgen, sie warten auf Jobs.

Und da sind die anderen, die Unsichtbaren, aus dem Kongo und aus Ghana, aus Nigeria und Sierra Leone, die ohne Papiere gekommen sind und sich vor der Polizei fürchten müssen. Sie verbergen sich, und sie wollen auch nicht über ihre Erfahrungen reden.

Parfait will nach Spanien. Weil seine Tochter in Bilbao sei. Sechs Jahre alt sei sie, er kennt sie nur von Bildern und vom Telefon, gesehen oder auf den Arm genommen hat er sie noch nie. Ihre Mutter habe die Überfahrt vor einigen Jahren geschafft, sagt er. Zweimal habe sie Geld geschickt, dann nicht mehr. Die Beziehung sei schwierig.

Trotz all dieser Dramen: Zurück wollen die Flüchtlinge nicht mehr. Oder können sie nicht mehr. Die Schmach wäre zu groß, das Scheitern zu offensichtlich. Voller Erwartungen - von Seiten der Familie und an sich selbst - waren sie gestartet. Und plötzlich sind sie wieder da, mit leeren Händen und ohne Europa je gesehen zu haben?

Europa kennen sie aus dem Fernsehen

So werden sie umhergeweht wie Treibsand, auch weil sie nicht viel wissen von Europa. Im besseren Fall haben sie einen Freund, einen Verwandten oder zumindest eine Telefonnummer, die sie kontaktieren können. Im Normalfall haben und wissen sie - nichts.

Die Vergessenen der Sahara

Europa ist für sie eine Chiffre, die für den Traum vom besseren Leben steht: für Arbeit und Bildung und Wohlstand. Europa ist der gelobte Kontinent, den sie aus dem Fernsehen kennen, wo schwarze Fußballspieler ihr Glück machen, wo es angeblich Jobs für alle gibt, immer zu essen, Krankenhäuser und gute Schulen.

Von Lampedusa, der Insel im Mittelmeer, die nahe an Afrika liegt und zu Italien gehört, hat in Tamanrasset kaum je einer gehört. Noch weniger haben eine Ahnung, was sie in Europa erwartet. Und über eine Landkarte hat sich noch überhaupt niemand gebeugt.

"Ich erhoffe mir eine Ausbildung, einen Job", sagt Parfait. Er macht eine Pause, dann fügt er hinzu: "Ich erwarte mir viel." Bedenken lässt Parfait nicht gelten. "Bestimmt gibt es auch Schwierigkeiten bei euch, aber es sind andere Schwierigkeiten als bei uns."

Load-Date: June 26, 2012

End of Document

Migrationsrat geißelt "Zuständigkeitsdschungel"

Spiegel Online

12. April 2013 Freitag 11:34 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: ANERKENNUNG AUSLÄNDISCHER ABSCHLÜSSE

Length: 879 words

Byline: Markus Flohr

Maximilian Popp

Highlight: Gute Idee, mäßig umgesetzt: Ein Gesetz erlaubt es Zuwanderern zwar, ihre Berufsabschlüsse in Deutschland anerkennen zu lassen. Doch das Verfahren ist nahezu undurchschaubar, kritisiert der "Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und **Migration**". Fachkräfte verirren sich im "föderalen Zuständigkeitsdschungel".; <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/sachverstaendigenrat-migration-kritisiert-anerkennungsgesetz-a-893870.html>

Body

Die Zahnärztin fährt Taxi, der Physiker arbeitet als Türsteher - weil ihre Abschlüsse in Deutschland lange Zeit nicht anerkannt wurden, arbeiteten viele **Migranten** mit guter Ausbildung oder Studienabschluss in Billigjobs. Gleichzeitig fehlen den deutschen Unternehmen weiter reihenweise Fachkräfte. Seit 1. April 2012 gilt nun das neue "Anerkennungsgesetz", das den **Migranten** helfen soll, in ihren erlernten Berufen arbeiten zu können.

30.000 Menschen haben seitdem den Antrag gestellt, ihren Berufsabschluss in Deutschland anerkennen zu lassen, teilte Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) mit. Das Gesetz sei gelungen und ein wichtiger Impuls gegen den Fachkräftemangel. Der "Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und **Migration**" (SVR) sieht das anders: In seinem Jahresgutachten zur EU-Binnenmigration, das er an diesem Freitag vorgestellt hat, fordert er die Bundesregierung auf, eine **Migrationspolitik** "aus einem Guss" zu entwickeln - und er weist vor allem darauf hin, was noch nicht funktioniert.

Erst fünf Bundesländer haben ein Gesetz

"Das Anerkennungsgesetz", so SVR-Vorsitzende Christine Langenfeld, "ist eine entscheidende Starthilfe für die Integration" - umso wichtiger sei es, die Hürden zu beseitigen. Ein Grundproblem: Das Gesetz gilt bei weitem nicht für alle Berufe und nicht in ganz Deutschland einheitlich. Für Ausbildungsberufe in Industrie und Handel, Handwerksberufe und Gesundheitsberufe ist der Bund zuständig. Damit greift das neue Gesetz. Für Lehrer, Ingenieure, Erzieher und alle Studienabschlüsse, die keinem bestimmten gesetzlich geregelten Beruf zugeordnet werden können, sind dagegen die Bundesländer zuständig. "Das übergeordnete Ziel, die Anerkennungsverfahren

Migrationsrat geißelt "Zuständigkeitsdschungel"

in Deutschland umfassend zu verbessern, um Fachkräfte anzuziehen, darf nicht im föderalen Zuständigkeitsdschungel verloren gehen", sagte Langenfeld.

Damit das Gesetz in der Breite wirken kann, müssen alle deutschen Bundesländer ihrerseits ein Landesgesetz verabschieden, das die Anerkennung ausländischer Abschlüsse möglich macht oder vereinfacht. Erst in fünf Ländern gibt es bereits entsprechende Gesetze: in Hamburg, Saarland, Niedersachsen, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern. Andere Bundesländer wollen im Laufe des Jahres 2013 nachziehen.

Doch auch dort, wo das Gesetz bereits greift, zum Beispiel bei den sogenannten Gesundheitsberufen, fehle es an vielem, so das Gutachten des Sachverständigenrats: Das Bundesgesundheitsministerium habe es bisher versäumt, eine zentrale Stelle einzurichten, die Ärzte oder Pfleger mit einem ausländischen Abschluss prüft. Es gebe auch keine klaren Leitlinien, wie die Abschlüsse in Deutschland anerkannt werden können. Der Verwaltung fehle es zudem an Personal, dies behindere eine effektive Anwendung des neuen Gesetzes. "Für Außenstehende" sei das System bei den Heilberufen "praktisch undurchschaubar", so der Bericht.

Wichtig sei zudem, dass sich die Bundesländer darauf einigen, in der EU anerkannte Lehrer mit nur einem Unterrichtsfach zuzulassen, auch wenn sonst zwei vorausgesetzt sind. "Es kann nicht sein, dass dringend gesuchten Fachlehrern aus dem EU-Ausland der Zugang zum Lehrerberuf in Deutschland erschwert wird", so Langenfeld.

Migration nicht verhindern, sondern ermöglichen

Der entscheidende Punkt bleibt aber nach Sicht des Rates, dass ein Wandel im Bewusstsein von Politik und Verwaltung eintritt: Zuwanderung, gerade von Fachkräften, soll nicht verhindert, sondern ermöglicht werden. Menschen, die seit Jahren unter dem Niveau ihrer ausländischen Ausbildung in Deutschland arbeiten müssen, sollen die Chance haben, endlich in ihren ursprünglichen Berufen zu arbeiten - oder sich so weiterzubilden, "nachzuqualifizieren", dass sie eine ähnliche Stelle in Deutschland bekommen können.

Politik und Verwaltung sollten sich von dem Ziel leiten lassen, so der Bericht, "die beruflichen und fachlichen Potentiale von Migranten gezielt für den deutschen Arbeitsmarkt zu erschließen". Das neue Gesetz solle als Chance begriffen werden, so der Bericht, "Qualifikationen von Migranten in Deutschland" sinnvoll einzusetzen.

Migration nach Deutschland müsse insgesamt vereinfacht werden, regt der Bericht an, auch für Menschen, die keinen Hochschulabschluss haben, aber zum Beispiel eine Ausbildung als Fachkraft in einem Beruf, in dem in Deutschland Mangel herrscht. Der Sachverständigenrat schlägt zudem vor, Menschen bereits vor der Anerkennung ihrer Qualifikation ein Aufenthaltsrecht zu verleihen, um Zeit zu haben, zum Beispiel eine Nachqualifikation in Deutschland zu beginnen. Das Zuwanderungsrecht und das Anerkennungsgesetz sollten nicht gegeneinander gestellt werden, sondern sinnvoll miteinander verknüpft.

Immerhin hat das Bundesbildungsministerium im vergangenen Jahr eine Internetseite ins Leben gerufen: Unter "Anerkennung in Deutschland" können sich Interessenten über das neue Gesetz informieren und darüber, wie sie ihren ausländischen Abschluss eventuell in Deutschland geltend machen können.

Bisher gibt es die Seite auf Deutsch und Englisch.

Korrektur: In einer früheren Version dieses Artikels stand, dass es die Internetseite "Anerkennung in Deutschland" nur in einer deutschsprachigen Version gibt. Das war leider nicht richtig, es gibt sie auch auf Englisch. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Load-Date: April 18, 2013

Hartz IV für alle?

Spiegel Online

29. Januar 2013 Dienstag 12:23 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: EU-EINWANDERER IN DEUTSCHLAND

Length: 935 words

Byline: Maximilian Popp

Highlight: Steht Einwanderern aus der Europäischen Union Hartz IV zu? Die schwarz-gelbe Koalition sperrt sich dagegen. Doch ein Gericht könnte die Bundesregierung zu mehr Großzügigkeit zwingen.;
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/hartz-iv-gericht-entscheidet-ueber-sozialleistungen-fuer-eu-auslaender-a-880225.html>

Body

Lazarinka R. glaubte, Deutschland sei das Land ihrer Zukunft, sie glaubte, hier könne sie glücklich werden. Nun klagt sie gegen dieses Land und dessen Gesetze.

Lazarinka R., 24, kam im Spätsommer 2008 aus Bulgarien nach Stuttgart, sie arbeitete als Kellnerin, schwarz. Nach eineinhalb Jahren wurde sie schwanger, ihr Freund setzte sie vor die Tür. Lazarinka R. hatte nicht einmal Geld, um zum Arzt zu gehen. Gegen Ende der Schwangerschaft verlor sie ihre Arbeit. Also wandte sie sich an das Jobcenter in Stuttgart. Vielleicht würde der deutsche Staat ihr helfen? Dort teilten die Beamten ihr mit, dass sie nach deutschem Gesetz nichts zu erwarten habe. Man riet ihr, nach Bulgarien zurückzuziehen.

Lazarinka R. zog stattdessen vor Gericht, gegen die Stadt Stuttgart. Bulgarien ist wie Rumänien seit 2007 Mitglied der Europäischen Union. Der Anwalt der Bulgarin argumentiert, das Europarecht verpflichte den deutschen Staat, **Migranten** aus Mitgliedsländern ähnlich zu unterstützen wie die eigenen Bürger. Der Fall beschäftigt inzwischen das Bundessozialgericht in Kassel.

Die Tatsache, dass Lazarinka R. einst schwarz gearbeitet hat, spielt dabei keine Rolle. Schließlich ist Hartz IV keine Versicherungsleistung, die frühere Einzahlungen in die Sozialkassen erfordern würde. Relevant ist allein die Bedürftigkeit - und die ist bei Lazarinka R. offenbar gegeben.

Doch beim Prozess vor dem Bundessozialgericht in dieser Woche geht es längst nicht mehr nur um den Streit zwischen der jungen Mutter aus Bulgarien und der Stadt Stuttgart. Es geht möglicherweise um eine grundsätzliche Entscheidung: Bekommen Einwanderer aus EU-Ländern alle Sozialleistungen, die Deutschen zustehen? Besitzen auch Bulgaren und Rumänen einen Anspruch auf Hartz IV?

Und hinter allem steht die große Frage, was ein vereintes Europa überhaupt bedeutet: Ist die EU eine Gemeinschaft mit ähnlichen Rechten für alle Bürger oder doch eher ein loser Wirtschaftsverbund?

Die schwarz-gelbe Regierung gibt sich sperrig

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beschwört in der Euro-Krise gern die "europäische Solidarität". Sie tritt für ein engverbundenes Europa ein, für offene Grenzen und einen gemeinsamen Markt. Wenn aber Menschen aus europäischen Ländern nach Deutschland kommen und während der Arbeitssuche finanzielle Unterstützung brauchen, gibt sich die schwarz-gelbe Regierung sperrig. Dann ist schnell die Rede von unkontrollierter Zuwanderung in den Sozialstaat.

Dabei hatten sich diverse europäische Staaten bereits 1953 auf ein sogenanntes Fürsorgeabkommen verständigt. Alle Bürger, die sich rechtmäßig in einem der 17 Unterzeichnerstaaten aufhielten, hatten dort ein Anrecht auf Sozialleistungen. Im Jahr 2006 änderte die Bundesregierung das deutsche Recht. Ausländer auf Arbeitssuche durften nicht mehr direkt nach ihrer Ankunft Hartz IV beantragen. 2010 entschied dann das Bundessozialgericht, dass Bürger jener Länder, die den Fürsorgevertrag unterzeichnet hatten, Leistungen bekommen müssten.

Doch die Regierung versuchte, das Kasseler Urteil zu umgehen, und fügte im Dezember 2011 einen Vorbehalt in den Fürsorgevertrag ein: Hartz IV sei davon ausgenommen. Die Entscheidung sollte auch Wirtschaftsflüchtlinge aus Euro-Krisenstaaten wie Griechenland oder Spanien abschrecken. Das Arbeitsministerium von Ursula von der Leyen (CDU) begründete den Schritt auf recht kuriose Weise: Bürger aus Ländern wie Rumänien oder Bulgarien, die zwar in der EU, aber beim Fürsorgeabkommen nicht dabei seien, profitierten nicht von dem Vertrag, deshalb dürften andere es auch nicht tun.

Mit dieser Gerechtigkeitslogik versucht die schwarz-gelbe Koalition, die Benachteiligung Einzelner zu heilen, indem sie alle Migranten schlechterstellt.

"Europa- und sozialpolitisch fatales Signal"

Sozialverbände und Oppositionspolitiker kritisieren den Beschluss. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands, spricht von einem "europa- und sozialpolitisch geradezu fatalen Signal". Vor allem aber ist die Hartz-IV-Sperre im Fürsorgevertrag juristisch fragwürdig. Georg Classen vom Berliner Flüchtlingsrat beanstandet, dass Deutschland einseitig Teile eines multilateralen Vertrags kündigt. Schließlich bekämen deutsche Staatsbürger im Ausland weiterhin Sozialleistungen. Die Sperre sei "völkerrechtswidrig".

Der Deutsche Anwaltverein argumentiert ähnlich und forderte die Bundesregierung auf, die Vertragsänderung zurückzunehmen. Selbst die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags bezweifeln die Rechtmäßigkeit. Einige Migranten klagten erfolgreich vor Landessozialgerichten dagegen. Das Bundessozialgericht könnte Kanzlerin Merkel nun zu einem Kurswechsel zwingen.

Rechtsanwalt Rolf Gutmann, der die Bulgarin Lazarinka R. vor Gericht vertritt, will in Kassel erstreiten, dass EU-Bürger gleich behandelt werden, aber nicht gleich schlecht, wie die Bundesregierung es derzeit vorsieht, sondern gleich gut: Hartz IV für alle.

Gutmann beruft sich auf das Europarecht, das EU-Bürgern gleiche Rechte garantiert. Aus einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2002 schließt er, dass Leistungen, die sich aus dem Fürsorgeabkommen ableiten, für Bürger jedes EU-Landes gelten, selbst wenn dessen Regierung nicht unterzeichnet hat.

Falls das erste Argument die Richter nicht überzeugt, will Gutmann sich auch auf die EU-Verordnung zur "Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit" stützen. Auch daraus ließen sich Ansprüche von EU-Migranten auf Hartz IV ableiten. Folgen die Kasseler Richter wenigstens einem von Gutmanns Argumenten, stünden künftig Menschen aus allen Mitgliedstaaten der EU in Deutschland Sozialleistungen zu.

Hartz IV für alle?

End of Document

"Wie viele müssen sterben, bis gehandelt wird?"

SPIEGEL ONLINE

12. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / DEFAULT

Length: 570 words

Highlight: Im Mittelmeer ist erneut ein Schiff mit Flüchtlingen aus Afrika gesunken, an Bord waren Hunderte Menschen, mindestens 34 starben. Die Regierungschefs von Malta und Italien fordern mehr Hilfe anderer EU-Länder.

Body

Lampedusa - Die Toten des Flüchtlingsdramas vom 3. Oktober sind noch nicht alle geborgen - nun hat sich eine weitere Tragödie vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa ereignet. Dutzende Menschen starben, als ein Boot mit mehreren hundert Menschen an Bord sank. Die italienische Nachrichtenagentur Ansa berichtete unter Berufung auf Rettungsteams, 34 Flüchtlinge seien tot geborgen worden, 22 davon allein von Zollkreuzern der italienischen Finanzpolizei.

Mehr als 200 Menschen wurden demnach gerettet. Eine offizielle Bestätigung der italienischen Behörden gibt es noch nicht. Italienische und maltesische Rettungskräfte waren vor Ort. Nach Angaben von Ansa und italienischen Zeitungen sind unter den Toten auch etwa zehn Kinder. Offiziell wurde dies noch nicht bestätigt.

Rund 200 Menschen wurden Medienberichten zufolge gerettet. Ein maltesisches Schiff nahm 150 Menschen auf, 56 weitere wurden von der Mannschaft eines italienischen Marineschiffes in Sicherheit gebracht. Die Einsatzkräfte berichteten nach Angaben der maltesischen Regierung, es seien Menschen mit und ohne Schwimmwesten ins Wasser gesprungen, nachdem das Schiff 60 Seemeilen vor Lampedusa gekentert war.

Nach Angaben der maltesischen Marine war das Schiff in stürmischer See umgekippt, als sich die Flüchtlinge an einem Ende des Bootes versammelten, um ein Militärflugzeug auf sich aufmerksam zu machen. In anderen Berichten hieß es, die Passagiere hätten versucht, ein maltesisches Patrouillenboot auf ihr Schiff aufmerksam zu machen. Per Satellitentelefon konnten die Flüchtlinge einen Notruf absetzen. Starke Winde hätten die nächtlichen Rettungsarbeiten erschwert, sagte ein Marinesprecher.

"Dies ist ein europäisches Problem"

"Wie viel mehr Menschen müssen sterben, bis gehandelt wird?", fragte der maltesische Regierungschef Joseph Muscat vor der Presse. "Malta und Italien arbeiten zusammen, und kommen sich in diesem Vorhaben ziemlich verlassen vor. Dies ist ein europäisches Problem." EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström teilte mit, sie habe mit "Trauer und Sorge" die Rettungsoperationen verfolgt.

"Wie viele müssen sterben, bis gehandelt wird?"

In den vergangenen beiden Tagen mussten Handelsschiffe im Mittelmeer fünf Flüchtlingsboote mit zusammen mehr als 500 Migranten an Bord zu Hilfe kommen. Die Flüchtlinge wurden in sizilianische Hafenstädte gebracht, so nach Trapani und Porto Empedocle, berichtete die Nachrichtenagentur Ansa.

In der vergangenen Woche war vor Lampedusa ein anderes Flüchtlingsschiff gesunken. Die Zahl der geborgenen Opfer stieg auf 339, nachdem Taucher am Freitag insgesamt 28 weitere Leichen in der Nähe des Wracks gefunden hatten. Im Schiff sind keine Leichen mehr. Laut Küstenwache geht die Suche außerhalb des Schiffs weiter. 155 Flüchtlinge waren nach dem Schiffbruch gerettet worden, insgesamt 545 waren nach den Angaben von Überlebenden an Bord des Bootes gewesen.

Seit dem Unglück in der vergangenen Woche wird in der EU heftig über die europäische Flüchtlingspolitik diskutiert. "Italien und Malta können mit diesem Problem nicht allein gelassen werden", sagte Muscat nach einem Telefonat mit dem italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta, der seinerseits von einer "dramatischen Bestätigung des Notstands" sprach. Beide Länder fordern mehr Unterstützung bei der Bewältigung des Flüchtlingsansturms, stehen aber auch in der Kritik wegen ihres Umgangs mit den Hilfesuchenden.

ulz/AFP/dpa

Load-Date: October 12, 2013

End of Document